SHADWELL

Zusammenbruch des Sozialismus



ARTHUR SHADWELL

Der Zusammenbruch des Sozialismus

MÜNCHEN BEI F. BRUCKMANN A.G.

EUROPÄISCHE POLITIK UNTER EDUARD VII. Herausgegeben von J. A. Farrer. Aus dem Engliſchen überſetzt von Freifrau von Biſſing. Mit einer Einleitung von Dr. G. Karo. Oktavformat. 352 S. Geheftet M. 7.50, in Leinen geb. M. 9.—.

Das Buch iſt nichts Geringeres als eine auf umfaſſendem Quellenſtudium baſierende Geſchichte der geſamteuropäiſchen Politik während der Regierungszeit Eduards VII. Zum erſten Male iſt hier von engliſcher Seite die ungeheuer bedeutſame Rolle Eduards VII., in deſſen Händen in der Tat die Fäden der ganzen europäiſchen Politik zuſammenliefen, aufgedeckt worden, die Anteilnahme des Königs an der Schaffung der Atmoſphäre, die ſchließlich zum Krieg führen mußte.

AM ZARENHOF WÄHREND DES WELTKRIEGES. Von Maurice Paléologue, ehemaliger franzöſiſcher Botſchafter in Petersburg. Tagebücher und Betrachtungen. Oktavformat. 2 Bände mit zuſammen 985 Seiten, Dünndruckausgabe. In zwei Leinenbänden M. 16.50, in einem Band zuſammen M. 15.—.

Das Werk behandelt die Ereigniſſe in Rußland vom Kriegsausbruch bis zum Ende des Zarismus; es zeigt das Weſen des Zaren und ſein Unterliegen unter myſtiſchen Vorſtellungen und zeichnet in Kapiteln von atemraubender Spannung die Geſtalt Raſputins. Wertvolle Eſſays über alle ruſſiſchen Kulturfragen.

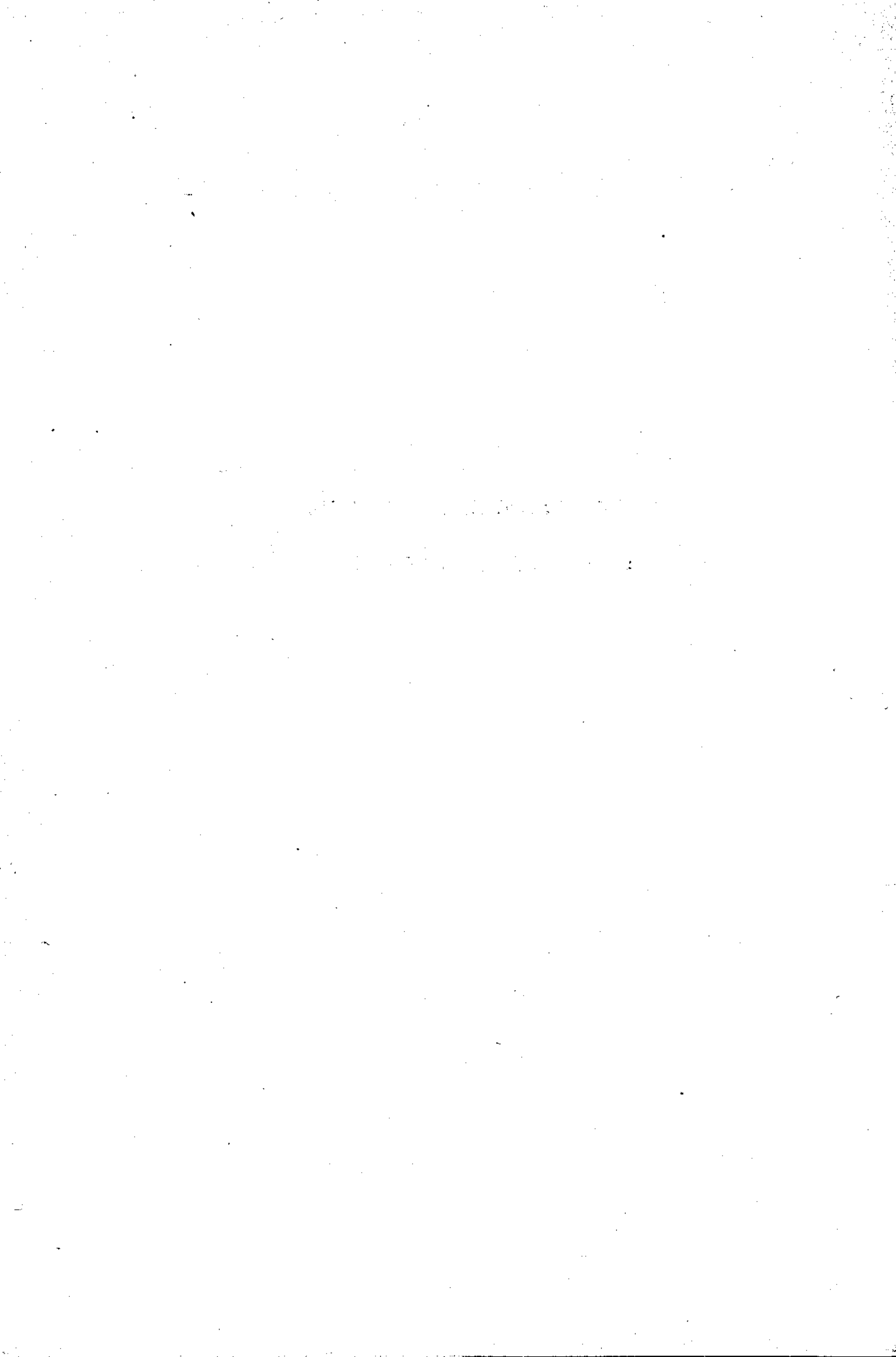
LORD GREY. 25 JAHRE MEMOIREN. 2 Bände in Oktav von zuſammen 700 Seiten. Geheftet M. 15.—, in Leinen gebunden M. 18.—. Einzige autoriſierte Überſetzung.

Die Erinnerungen des in den erſten Kriegsjahren führenden Staatsmannes, der Macht, welche die internationale Politik in der Hauptſache beſtimmte, übertreffen an politiſcher Bedeutung alles, was in den letzten 25 Jahren von gegneriſcher Seite über internationale Politik geſagt worden iſt.

[illegible] 1987



Der Zusammenbruch des Sozialismus



Der Zusammenbruch des Sozialismus

Von

Arthur Shadwell

Dr. iur., Dr. med. etc.



1927

Verlag von F. Bruckmann A.-G., München

Autorisierte Übertragung
aus dem Englischen von
Else Baronin Werkmann

Frohe Weihnachten 1928!

Else Werkmann.

Inhaltsübersicht

Vorwort

Dieses Buch ist aus einer Reihe von Aufsätzen hervorgegangen, die unter demselben Titel im Februar 1926 in den „Times" veröffentlicht wurden. Sie waren das Ergebnis einer Reise, die ich auf dem Kontinent unternommen, um — wie in der Einleitung erklärt wird — den Fortschritt festzustellen, den der Sozialismus seit dem Kriege gemacht hat. Ich wußte nicht, was ich dort finden würde, deshalb ging ich hin. Was ich aber antraf, waren Zustände, für deren Schilderung ich keinen besseren kurzen Titel wüßte als „Zusammenbruch". Und ich habe trotz allem Nachdenken auch seither keinen bessern entdecken können. Wenn ich den Sozialismus erfolgreich gesehen hätte, würde ich es sicherlich gesagt haben. Warum auch nicht? Es wäre wohl ebenso interessant gewesen.

Auf vielseitiges Verlangen nach ihrem Wiederabdruck habe ich diese Artikel erweitert und viel neues Material sowie zwei Kapitel über Rußland hinzugefügt, um die Frage gründlicher zu beleuchten, als dies im Rahmen einer Tageszeitung möglich ist. Ich muß den „Times" für die Erlaubnis des Wiederabdrucks in der gegenwärtigen Form danken; dem Auswärtigen Amte für die Förderung meiner Forschung; dem schwedischen Minister Baron Palmstierna für die Erlaubnis, Herrn Sandlers Vortrag im Anhang benützen zu dürfen; Mr. G. B. de Montgomery für die

Übersetzung des Programms der schwedischen sozialdemokratischen Partei; dem Grafen Ledebur für die Erlaubnis, den im VI. Kapitel wiedergegebenen Brief zu veröffentlichen. Ich habe ferner vielen andern Herrn in den verschiedenen von mir besuchten Ländern für ihre unschätzbare, mir an Ort und Stelle zuteilgewordene Unterstützung Dank zu sagen; aber ihre Zahl ist zu groß, als daß ich sie alle namentlich anführen könnte. Ich fühle mich auch dem Internationalen Arbeitsamte sehr verpflichtet, dessen Veröffentlichungen eine wahre Fundgrube genauester Informationen sind; ich habe von ihnen in den Kapiteln über Rußland und „Die eigentlichen Strömungen unserer Zeit" ausgiebig Gebrauch gemacht.

A. Shadwell.

Einleitung

Es mag verblüffend klingen, wenn ich von einem „Zusammenbruch" spreche, hat doch der Sozialismus als politische Bewegung an Umfang und Macht einen raschen Aufstieg erlebt. Mancher wird sich vielleicht an dem Worte stoßen, deshalb ist eine Erklärung notwendig. Wie ich schon im Vorworte bemerkt habe, gebrauche ich es absichtlich und in seiner vollen Bedeutung, nicht als Paradoxon. Wenn irgend etwas zusammenbricht, so muß es nicht unbedingt ein Ende nehmen: es kommt zu einem momentanen Stillstand, vielleicht sogar zu einer Rückwärtsbewegung. Wenn es wieder hergerichtet ist, wird es vielleicht wieder in Gang kommen. Das scheint mir auf den Fall recht gut zu passen. Sicherlich läßt es sich von der bolschewistischen Abart des Sozialismus sagen.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Sozialismus in den letzten Jahren eine so strenge Prüfung auf seinen wahren Wert zu bestehen hatte wie noch nie zuvor, und daß er in mancher Hinsicht zusammengebrochen ist. Ich persönlich glaube, daß er, wie sich mit der Zeit zeigen mag, auch noch in anderen Beziehungen zusammenbrechen wird. Ehe ich aber fortfahre, ist es mit Rücksicht auf die Verwirrung, die bezüglich des Begriffes „Sozialismus" herrscht, notwendig, festzustellen, in welcher Bedeutung ich ihn hier gebrauche. Ich gebrauche den Ausdruck, um damit zwei verschiedene, aber innig zu-

sammenhängende Dinge zu bezeichnen; nämlich 1. eine politische Bewegung, die sowohl national als international organisiert ist und danach strebt, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten an sich zu reißen, um 2. eine neue auf Gemeinsamkeit des Eigentums und gemeinsamer Verfügung über das Kapital gegründete Wirtschaftsordnung statt der gegenwärtigen einzuführen, die auf dem privaten Eigentumsrechte beruht und Kapitalismus genannt wird. Der Sozialismus stellt sich zweifellos in diesen beiden Formen dar, wobei die erste ein Mittel ist, die zweite als Endzweck zu erreichen; diese Vorstellung von seinem Wesen hat sich allgemein eingebürgert. Er hat auch noch andere Züge, aber die gehören in das Reich der Theorie. Man kann darüber Erörterungen pflegen, aber sie können nicht bei einer sachlichen Prüfung, wie sie mir vorschwebt, in Betracht gezogen werden. Die Frage, mit der ich mich beschäftigen will, lautet: Wie ist es dem Sozialismus in seinen beiden eben geschilderten, bestimmten Formen während des Krieges und unter dessen Nachwirkungen ergangen?

Die erste Wirkung des Krieges war, daß die Bewegung als internationale Organisation vollständig zu bestehen aufhörte. Dies zu beweisen, ist nicht nötig, da die Tatsache aller Welt offenbar war und von den Sozialisten aller Länder fortwährend betont und bedauert wurde. Doch ist das Ereignis von Wichtigkeit für die Frage, so daß es nicht ganz übergangen werden kann, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, weil es ein sprechendes Beispiel einer jener Wahnvorstellungen ist, für die die Sozialisten in besonders hohem Maße empfänglich sind; zweitens, weil es dauernde Nachwirkungen hatte, von denen sich die Bewegung noch nicht ganz erholt hat. Was die Illusion anbelangt, zeigte es

sich, daß die zuversichtlichen Hoffnungen — und es waren mehr als Hoffnungen, es waren Pläne — der internationalen Organisation bei der Berührung mit einer unerbittlichen Wirklichkeit zerflatterten. Der Widerstand gegen jeden Krieg, mit Ausnahme des Klassenkampfes, war vor 1914 durch fast fünfzig Jahre, nämlich seit 1866, einer der Hauptpunkte der sozialistischen Politik gewesen. Seit 1900 war er in den Erörterungen auf den verschiedenen Kongressen der Zweiten Internationale immer mehr in den Vordergrund gerückt. Die Forderung nach diesem Widerstande wurde immer nachdrücklicher erhoben, was schließlich zu dem Beschluß, jeden Krieg zu verhindern, und zu dem Glauben führte, daß die Organisation tatsächlich die Macht dazu hätte, so daß auf einem eigenen Kongresse im Jahre 1912 die Verhaltungsmaßregeln für den Fall drohender Kriegsgefahr festgelegt wurden[1]). Der Grund für diese Haltung ist leicht zu erkennen. Zweifellos waren viele Sozialisten wirklich von Menschlichkeitsideen geleitet, aber diese waren durchaus nicht ihr Monopol, und die Vorgänge in Rußland haben gezeigt, in wie unglaublichem Maße die Genossen alle Menschlichkeit vergessen können, wenn es die Durchführung ihrer Theorien gilt. Ein weitaus praktischerer Grund ist der, daß der gemeinsame Klassenkampf, der das Ziel des Internationalen Sozialismus ist, durch den Krieg zwischen den Nationen absolut ausgeschaltet wird, weshalb ein solcher Krieg um jeden Preis verhindert werden muß. Als aber die Zeit gekommen war, diese Absichten in die Tat umzusetzen, versagte der Sozialismus. Er brach zusammen, und zwar in einer Weise, die keinen Zweifel übrig ließ, mit einem weithin vernehmbaren Krach. Der Gegen-

[1]) Siehe „The Socialist Movement", I. Teil, Seite 151.

satz zwischen den Erwartungen und den Ereignissen war ein wirklich dramatischer. Niemals haben Männer, die darauf ausgingen, etwas zu leisten, die Kräfte, mit denen sie zu tun hatten, und ihre eigene winzige Macht so falsch eingeschätzt, wie die Führer der Sozialisten. Sie waren Zwerge im Ringen mit einem Titanen, Mücken, die gegen einen Sturmwind ankämpften. Die meisten von ihnen wurden weggefegt und die wenigen, denen das nicht geschah, flohen in Löcher und Winkel. Ihre Ohnmacht war eine vollkommene.

Wenn ich an diese Erfahrungen erinnere, will ich niemandem einen Vorwurf machen und kein moralisches Urteil fällen; ich finde nur, daß sie lehrreich sind. Die falsche Einschätzung von Kräften, wie sie dieser Versuch, auf einer Gartenleiter den Mond zu erreichen, zeigt, ist typisch für eine gewisse Art geistiger Veranlagung, die auch ihre guten Seiten haben mag, aber ganz besonders empfänglich für Trugbilder und daher leicht Fehlschlägen unterworfen ist, wenn sie sich den Wirklichkeiten des Lebens und der Eigenart der menschlichen Natur gegenübergestellt sieht.

Stalin, der Führer der Sowjets, der zur Zeit, da dieses Buch geschrieben wird, alle seine Kollegen überflügelt und das Szepter Lenins mit fester Hand erfaßt zu haben scheint, hat sehr bissige Worte für die Zweite Internationale und ihren Zusammenbruch. Sie finden sich in einer Serie von Vorträgen über die „Die Grundlagen des Leninismus", die in der Swerdlow-Universität gehalten und mit einem Vorworte Béla Kuns im Jahre 1924 in Wien herausgegeben wurden:

„Mit Bezug auf die politischen Phrasen und Beschlüsse der die Zweite Internationale bildenden Parteien, braucht

man sich nur an das Losungswort ‚Krieg dem Kriege' zu erinnern, um zu erkennen, daß die politische Praxis dieser Parteien eitel Schwindel und Humbug ist, und daß sie ihre gegenrevolutionären Handlungen hinter revolutionärem Wortschwall und revolutionären Beschlüssen gut zu maskieren versteht. Wer erinnert sich nicht an die stolze Zurschaustellung der *Zweiten Internationale* auf dem Kongreß zu Basel, wo man den Imperialisten mit allen Schrecken des Aufruhrs drohte, wenn sie es wagen sollten, einen Krieg zu beginnen, und wo der fürchterliche Wahlspruch ‚Krieg dem Kriege' geprägt worden ist? Wer aber erinnert sich nicht auch daran, daß unmittelbar nach Ausbruch des Krieges dieser Beschluß sofort beiseite geschoben und den Arbeitern der neue Befehl erteilt worden ist, sich gegenseitig für den Ruhm des kapitalistischen ‚Vaterlandes' abzuschlachten?"[1]).

Dieser Spott ist berechtigt; aber die Opfer von Stalins Zorn könnten darauf erwidern, daß sie nicht die einzigen sind, die mit Trugbildern und schönen Redensarten arbeiten, Redensarten, von denen sich gewöhnlich herausstellt, daß sie gar nichts oder ganz etwas anderes bedeuten, wenn sie in der rauhen Wirklichkeit die Probe bestehen sollen. Die Geschichte des Sozialismus in allen seinen Formen ist von Anfang bis zum Ende nichts anderes als eine Geschichte der Illusionen. Jede der unzähligen Sekten hat sehr wohl die Trugbilder der andern als solche erkannt, den ihren aber in einer glückseligen Blindheit weiter gehuldigt. Doch niemand ist so sehr an Illusionen gehangen wie die russischen Kommunisten; und, obwohl sie sich gezwungen sahen, einige davon aufzugeben, wie wir im nächsten Kapitel sehen

[1]) „Lenin und der Leninismus", Seite 23.

werden, klammern sie sich immer noch hartnäckig an andere.

Als politische Bewegung brach der Sozialismus, sowohl der nationale als auch der internationale, unter dem Drucke des Krieges zusammen. Das war der erste Zusammenbruch. Der ist vorübergegangen, und der Sozialismus hat sich seither wieder sehr erholt; aber er ist nicht derselbe geblieben. Früher war die internationale Bewegung durch mehr als zwanzig Jahre, nämlich seit Ausschluß des extremen linken Flügels im Jahre 1893, durch eine einzige Organisation vertreten. Auch diese enthielt noch widerstrebende Gruppen von entgegengesetzter Meinung, aber man vermochte doch, das Ganze zusammenzuhalten und äußerlich den Eindruck der Einigkeit zu machen. Damit ist es vorbei. Der Krieg verwandelte versteckten, mühsam unterdrückten Gegensatz in offenen Widerstreit und spaltete die Bewegung in zwei einander feindlich gegenüberstehende Lager. Nach dem Kriege artete die Spaltung zu einem regelrechten Ringen aus. Die Begründung der Dritten Internationale durch die in Rußland triumphierenden Bolschewiken im Jahre 1919 war eine Kriegserklärung an jene, die sich anstrengten, der Zweiten Internationale neues Leben einzuhauchen. Diese Bemühungen führten im Jahre 1923 schließlich zu einem Erfolg, und seitdem stehen sich die rivalisierenden Organisationen in fortwährendem Kampfe gegenüber, indem jede trachtet, die Unterstützung des Proletariates, wie man nach der marxistischen Phraseologie in andern Ländern sagt, oder der Trade Unions (Gewerkschaften), wie wir hier in England sagen, zu gewinnen.

Tatsächlich ist also die Bewegung scharf in eine Rechte und eine Linke geschieden. Jene nennt sich Sozialismus, diese

Kommunismus. Aber diese Bezeichnungen bedeuten, so wie sie gebraucht werden, keine Verschiedenheit der Ziele, sondern nur der Mittel und Wege. Das heißt, sie bedeuten nicht eine verschiedene Einstellung zu der bestehenden Wirtschaftsordnung oder zu der neuen, die sie ersetzen soll, sondern der Unterschied zwischen den beiden Richtungen liegt nur in den verschiedenen Anschauungen über die zum Umsturz der alten und zum Aufbau der neuen Ordnung anzuwendenden Mittel. Beide verlangen die Abschaffung des Kapitalismus, aber sie möchten diese auf verschiedene Weise bewerkstelligen. Der Sozialismus will auf verfassungsmäßigem Wege zur Macht gelangen und dann den Kapitalismus allmählich abschaffen. Der Kommunismus dagegen beabsichtigt, durch einen revolutionären Gewaltakt die Macht an sich zu reißen und danach die bestehende Wirtschaftsordnung auf einmal zwangsweise vollkommen umzustürzen. Diese Unterscheidung der Begriffe ist jetzt wohl allgemein bekannt, aber es ist doch notwendig, sie hier anzuführen, da sie mit dem Hauptgegenstande unserer Erörterung zusammenhängt, die sich mit der Durchführbarkeit der beabsichtigten Umwandlung des Wirtschaftssystems beschäftigen soll, insoweit sie nach den tatsächlichen Vorgängen der letzten Jahre zu beurteilen ist. Beide Methoden, den Sozialismus im Sinne einer neuen Wirtschaftsordnung zu verwirklichen, sind angewendet worden: die kommunistische anläßlich der russischen Revolution im November 1917 und bei mannigfaltigen, fehlgeschlagenen Versuchen, sie anderswo nachzuahmen; die sozialistische in verschiedenen Ländern bei Anmaßung oder Übernahme der vollen oder teilweisen Verantwortlichkeit für die Regierungsgeschäfte durch sozialistische Parteien.

Über die letzteren Versuche weiß man viel weniger als

über die russischen. Vom Bolschewismus wird bei uns immer geredet — dem Vorgehen des konstitutionellen Sozialismus aber schenkt man viel weniger Aufmerksamkeit, trotzdem das Anwachsen seiner politischen Macht einen viel weiter reichenden und tiefer greifenden Umschwung bedeutet als die gewalttätige Revolution, die vor neun Jahren Rußland überwältigt hat. Der Aufstieg des konstitutionellen Sozialismus ist eine Nachwirkung des Krieges und hat sich trotz der Spaltung in eine Rechte und eine Linke ergeben, die nicht nur die internationale Bewegung, sondern in einem gewissen Maße den Sozialismus aller Länder in zwei Lager getrennt hat. In einigen Staaten hat diese Spaltung wenig Wirkung gehabt, in anderen hat sie die Bewegung arg geschwächt und wirksam ist sie auch jetzt noch. Die relative Stärke des Kommunismus hat in verschiedenen Ländern ganz seltsame Schwankungen mitgemacht, was anscheinend in hohem Maße mit den für Propagandazwecke beigestellten Geldmitteln zusammenhängt. Der Kommunismus ist ein Faktor, der bei Betrachtung der allgemeinen Lage nicht übersehen werden darf, doch ist er außerhalb Rußlands überall durch die andre Methode der Verwirklichung des Sozialismus, dem der Krieg in der Politik zur Aktualität verholfen hat, verdrängt worden.

Die ganze Bewegung hat tatsächlich eine neue Entwicklungsstufe erreicht. Sie hat aufgehört, ein bloßes Werben, ein Streben nach der Macht zu sein und ist auf das Feld politischer Betätigung übergegangen. Die endgültige Spaltung in eine Rechte und eine Linke, die früher nur unausgesprochen bestand, infolge des Krieges aber zur Bildung eigener, organisierter Parteien geführt hat, gibt der Mitwelt Gelegenheit, beide Methoden in ihren Auswirkungen zu

studieren. Die in Rußland angewendete und anderswo versuchte Methode des Kommunismus ist infolge ihrer Natur die vollkommenere, und wir haben über sie viele lehrreiche Aufschlüsse erhalten. Aber auch die andre wurde der Prüfung durch praktische Erfahrungen unterworfen, und zwar auf einem viel weiteren Gebiete, auf dem sie sich allerdings mehr versuchsweise betätigt hat. Für ein abschließendes Urteil über sie sind noch nicht genug Anhaltspunkte vorhanden, man muß da die weitere Entwicklung abwarten, die, wie ich nicht zweifle, noch kommen wird, denn die Bewegung ist noch auf dem Marsche. Immerhin aber bietet sich schon jetzt genug Stoff, um einigen Einblick in das Problem der praktischen Verwirklichung des Sozialismus als einer wirtschaftlichen Gesellschaftsform durch verfassungsmäßige Mittel zu gestatten und den wahrscheinlichen Ausgang der Versuche, diese Frage zu lösen, voraussehen zu lassen. Jedenfalls aber genug, um mehr Studium zu verdienen, als dieser Sache bisher in unserem Lande gewidmet wurde.

Es handelt sich um Stoff; den bisher verfügbaren in einen historischen Rahmen zu fassen und zu sichten, ist notwendig, um die Bedeutung der gegenwärtigen Lage richtig zu erfassen.

In meinem voriges Jahr veröffentlichten Buche über die Sozialistische Bewegung („The Socialist Movement“) habe ich auseinandergesetzt, daß die Geschichte des Sozialismus seit dem Zeitpunkte, da diese Bezeichnung zum ersten Male geprägt wurde, um eine organisierte Bewegung zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Umformung der Gesellschaft zu benennen, in drei Abschnitte oder Entwicklungsstufen zerfällt:

1. Vom Beginn der Bewegung nach Beendigung der

Napoleonischen Kriege bis zu ihrem Zusammenbruch im Jahre 1848;

2. von ihrem Wiederaufleben in Deutschland um die Jahre 1863—1864 bis zum Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914.

3. Die heutige Periode, die mit dem Jahre 1917 einsetzte.

Diese drei Perioden der Tätigkeit, die durch zwei Intervalle eines Scheintodes oder mindestens Winterschlafes getrennt sind, zeigen ganz verschiedene Züge. Die erste Phase, die auf Frankreich und England beschränkt blieb, war durch einen ungeheuer verschwenderischen Aufwand an Gedanken und Entwicklungsplänen gekennzeichnet, die auf friedlichem Wege durch freiwillige Tätigkeit verwirklicht werden sollten. Die zweite war vorwiegend von einer einzigen, auf die reine Zerstörung gerichteten Idee beherrscht, von der des Klassenkampfes, der durch Agitation herbeigeführt und durch den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung auf der ganzen Welt gekrönt werden sollte. Die dritte, in der wir uns jetzt befinden, ist dadurch gekennzeichnet, daß der Sozialismus ganz oder teilweise in den Besitz der politischen Macht gelangt ist und damit Gelegenheit gefunden hat, von der Agitation zum Handeln überzugehen und seine Theorien in der Praxis zu erproben.

Offenkundig ist damit eine neue Lage geschaffen, die eine Menge frisches Material zur Beurteilung der Möglichkeit des Sozialismus als einer wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung liefert.

Bisher hat es nicht viele Anhaltspunkte gegeben, dieser Frage beizukommen. Wohl kannte man zahlreiche Versuche mit auf sozialistischer Grundlage eingerichteten Musterge-

meinschaften und in andern Formen, aber die Sozialisten der zweiten Periode haben stets abgeleugnet, daß solche in der ersten Phase ziemlich häufige Versuche überhaupt Sozialismus seien, und behauptet, daß daher ihr Fehlschlagen gar nichts gegen dessen reine Lehre beweise. Dieser Einwurf ist einigermaßen begründet. Es ist offenbar ein großer Unterschied zwischen einer einzelndastehenden Gemeinschaft und der Umformung aller Gemeinschaften, wie sie das Ziel des Sozialismus bildet. Immerhin aber kann man auch von einem solchen Mikrokosmos lernen, und es wäre entschieden weiser, nach den Ursachen des unausweichlichen Fehlschlagens aller solcher Unternehmungen, deren letzte nicht weiter als dreißig Jahre zurückliegt, zu forschen, als mit Verachtung darüber hinwegzusehen. Niemand wird daran zweifeln, daß sie, wenn ihnen Erfolg beschieden gewesen wäre, als Beweis für die Vorzüge des Sozialismus vorgebracht werden würden — und das mit Recht, denn sie alle wurden nach den von den Sozialisten gepredigten und immer noch aufrechterhaltenen Grundsätzen als gemeinwirtschaftliche Genossenschaften gegründet. Wie immer dem auch sei, sie gehören der Vergangenheit an und nicht eigentlich zu dem Gebiete dieser meiner Untersuchung. Ich erwähne sie nur so nebenbei als einen Teil des bisher zur Verfügung gestandenen Forschungsmaterials.

Solches wird weiterhin von den verschiedenen bereits bestehenden öffentlichen Unternehmungen und Diensten geliefert. Dieses Material ist vielleicht noch wichtiger, weil die betreffenden Einrichtungen einen Bestandteil des gegenwärtigen Wirtschaftsapparates ausmachen und in einem gewissen Maße als die Vorläufer des Prozesses angesehen werden können, durch den die Sozialisten ihr Ziel, nämlich

den Übergang der wirtschaftlichen Mittel aus privatem Besitz und Verfügungsrecht in die Hände des Staates, zu erreichen hoffen und erwarten. Das war ja, seitdem die Bewegung in Gang gekommen, immer ihr Um und Auf: öffentlicher staatlicher oder gemeinschaftlicher Besitz statt des privaten, und öffentliches oder gemeinschaftliches Verfügungsrecht statt des individuellen. Es ist dies das einzige bestimmte und erkennbare Merkmal, das den Sozialismus von vielen andern politischen Richtungen oder Bewegungen unterscheidet, die auch alle demselben Endziele zustreben, mag es nun gesellschaftliche Entwicklung oder Fortschritt der Zivilisation oder Hebung des Niveaus der Menschheit heißen oder sonst ein ähnliches, allgemeines Ideal verkörpern. Die Sozialisten wollen es eben durch die besondern, gerade dargestellten Mittel erreichen. Alle Musterniederlassungen waren auf dem gleichen Prinzipe gemeinsamen Besitzes und gemeinsamer Verwaltung aufgebaut. Sie waren Versuche, diese Grundsätze im Kleinen zur vollen Anwendung zu bringen, wobei man hoffte, daß dank bewiesener Überlegenheit des sozialen über das individuelle Prinzip die Einrichtungen freiwillig nachgeahmt werden und sich schließlich über die ganze zivilisierte Welt verbreiten würden. Als diese Versuche fehlschlugen und in Mißkredit kamen, wurde der Alternativplan entworfen, das Prinzip sowohl auf die ganze nationale als auch auf die internationale Gemeinschaft anzuwenden, an dem seither festgehalten wurde. Das System wird das der Nationalisierung, am Kontinent noch häufiger das der Sozialisierung genannt.

Dies ist die praktische Seite des Sozialismus, der ohne sie nur ein unbestimmtes, von andern ähnlichen nicht zu unterscheidendes Wunschgebilde, eine Form ohne Inhalt wäre.

Er wird oft mit dem Christentum verwechselt, das die gleichen Endziele jedoch mit den wesentlich verschiedenen Mitteln eines sich an das Individuum wendenden Sittengesetzes anstrebt. Auch mit dem allgemeinen Wirken des Staates als solchen wird der Sozialismus verwechselt, weil der Staat die ganze Gemeinschaft vorstellt. Aber diese Ansicht ist ersichtlich unhaltbar, weil das private Besitzrecht — gerade das Recht, das man teilweise oder ganz abschaffen will — selbst eine vom Staate eingeführte und von ihm, der allein die Macht dazu hat, aufrechterhaltene Einrichtung ist. Klarerweise liegt der Unterschied darin, daß es sich nicht um staatliche Maßnahmen im allgemeinen, sondern nur um solche gegen das Besitzrecht handelt. Jede Politik, die nach einer Umwandlung des privaten Besitzes in staatlichen strebt, pflegt sich auf zahlreiche Argumente sowohl sittlicher als auch wirtschaftlicher Natur zu stützen, und auch diese wieder werden oft mit Sozialismus verwechselt. Doch führen sie zu keinem Resultate, wenn sie sich nicht auf das einzige praktische Problem beschränken, bloß den Besitz und die Beherrschung des zur Lebensführung notwendigen Apparates (und nicht allen Eigentumes) zu regeln.

Selbstverständlich müssen nun diejenigen Teile dieses Apparates, die bereits öffentliches Eigentum und der Kontrolle der Allgemeinheit unterstellt sind, betrachtet und einer Untersuchung unterzogen werden. Sie sind sozusagen das Sprungbrett des Sozialismus, der sie gerne vermehren würde und oft für sich ins Treffen führt. Man behauptet, diese Einrichtungen seien sehr ersprießlich, weil kein Verlangen danach bestehe, sie Privatunternehmungen zu übergeben, und daß daher auch andere auf derselben Grundlage aufgebaute Einrichtungen ebenso erfolgreich sein müßten. Ich

werde über dieses Kapitel später noch viel zu sagen haben, für jetzt will ich nur bemerken, daß ich selbst es war, der den Umstand, daß kein Verlangen nach einer Rückgabe an die Privatwirtschaft bestehe, als Argument gebraucht hat[1]). Ich habe es nicht von andern übernommen, und, wenn ich auch nicht beanspruche, dessen einziger Erfinder zu sein, sehe ich doch, daß es jetzt, nachdem ich es zuerst gebraucht habe, von vielen Leuten herangezogen wird. Nur habe ich es in einem andern Sinne gebraucht. Ich habe die Tatsache, daß viele Einrichtungen schon in öffentlichen Besitz übergegangen sind und daß in England kein allgemeines Verlangen besteht, dies zu ändern, nicht hervorgehoben, um zu beweisen, daß jene Einrichtungen so besonders erfolgreich seien(tatsächlich sind sie der Gegenstand fortwährender Klagen), sondern nur, um der übertriebenen Ansicht entgegenzutreten, öffentliche Unternehmungen müßten an und für sich schon unzweckmäßig und verderbenbringend sein. Diese Behauptung nämlich ist ganz unhaltbar, da jene öffentlichen Unternehmungen mit allgemeiner Zustimmung fortbestehen. Doch hat das Argument noch eine zweite Seite, die ich auch darlegte. Wenn auch im allgemeinen kein Verlangen danach besteht, die öffentlichen Unternehmungen wieder in private Hände zurückzulegen, so besteht doch auch keinerlei Wunsch, sie zu vermehren, wie es gewiß der Fall wäre, wenn ihre Vorzüge so groß wären, wie die Sozialisten behaupten. Diese Beweisführung ist von verschiedenen Kritikern verwendet worden, die ausführen, daß die Privatunternehmungen schon lange vom Wettbewerb verschlungen worden wären, wenn die öffentlichen wirklich so überlegen wären, während diese doch nur auf ein sehr enges

[1]) „The Socialist Movement", II. Teil, Seite 191.

Betätigungsgebiet beschränkt blieben, auf dem sie aus bestimmten Gründen überlegen sind. Jedenfalls kümmert sich die Gemeinschaft der Verbraucher im allgemeinen — und dieser gehört jedermann an —, kümmert sich der Konsument als solcher nicht im entferntesten um Theorien und Prinzipien; man will das Beste, was zu erlangen ist, zu einem möglichst niedrigen Preise haben und wird es dem weniger Guten oder dem Teureren ohne Rücksicht auf soziale oder wirtschaftliche Theorien vorziehen. Tatsächlich stehen die meisten Menschen diesen Dingen ganz teilnahmslos gegenüber und wissen gar nicht oder kümmern sich nicht darum, ob zum Beispiel die Verkehrsmittel oder das elektrische Licht, das sie täglich benützen, von einer öffentlichen Behörde oder von einem Privatkonzern beigestellt werden. Wie ich oft selbst die Erfahrung gemacht habe, können sie einem keine Auskunft darüber geben, wenn man sie befragt. Doch wissen sie sehr gut, was sie brauchen, und wenn die Leistungen des Staates bessere wären, so würden sie überall danach verlangen.

Ich will mich an geeigneter Stelle ausführlich mit der Frage der am Kontinent bestehenden staatlichen Unternehmungen befassen. Sie bilden, wie wir sehen werden, einen wichtigen Bestandteil des gesamten Fragenkomplexes, doch stehen sie angesichts der neuen Lage, die dadurch geschaffen wurde, daß die Sozialisten zur Macht gelangt sind, nicht mehr im Vordergrunde. Die Politik der Sozialisten geht dahin, einen radikalen Wechsel des Wirtschaftssystems herbeizuführen, und zielt daher weit über jene Formen des Allgemeinbesitzes hinaus, die sich schon in der bestehenden Ordnung eingebürgert haben, ohne eine nennenswerte Bresche in sie zu reißen. Es sind auch durchaus nicht sozialistische

Institutionen, weil sie nicht grundsätzlich, sondern aus verschiedenen Gründen eingeführt worden sind, die nichts mit dem Sozialismus zu tun haben, in manchen Fällen diesem sogar gegnerisch gegenüberstehen. Überdies sind sie alle auf der Grundlage irgendeines Privatunternehmens geschaffen worden. Einige dieser staatlichen Unternehmungen sind aus königlichen Vorrechten oder Einrichtungen der Vergangenheit hervorgegangen, so zum Beispiel der Postdienst, die größte und verbreitetste Anstalt dieser Art. Aber auch verschiedene industrielle Unternehmungen waren von den Landesherren aus wirtschaftlichen Gründen oder zur Erfüllung künstlerischer Zwecke ins Leben gerufen worden und sind dann Staatseigentum geworden, wie Kohlengruben, Bergwerke, Glas- und Porzellanfabriken (wie etwa Sèvres und Meißen). Ein andrer bedeutender Zweig solcher staatlicher Unternehmungen sind die Staatseisenbahnen, die auf zwei Arten in die Hand des Staates kamen, entweder indem sie — wie in Schweden und Australien — wegen Mangels an privatem Kapital von diesem selbst erbaut worden sind, oder indem sie aus strategischen Gründen von ihm übernommen wurden wie in Mitteleuropa. Aber auch zahlreiche andere Geschäfte sind für fiskalische Zwecke erworben und monopolisiert worden, wie der Handel mit Tabak und Zündhölzchen in Frankreich und die meisten Gemeindeanstalten.

Alle diese Einrichtungen bieten einigen Einblick in das Wesen der staatlichen Betriebe, doch sind sie nicht das Ergebnis einer zielbewußten Politik und sie wurden auch nicht eingeführt, um einer bestimmten Theorie zum Siege zu verhelfen. Eine ganz andre Sache ist es mit Unternehmungen, die grundsätzlich zu dem Zwecke begründet wurden, den Sozialismus zu verwirklichen. Wir hatten früher keine

Erfahrungen über solche sammeln können, weil die Sozialisten bis dahin noch keine Gelegenheit gehabt hatten, ihre Politik durchzusetzen und ihre Theorien in der Praxis zu erproben. Jetzt aber hatten sie bereits reichliche Gelegenheit dazu, so daß uns genügend Material zur Bildung eines Urteils vorliegt. Diese Gelegenheit hat sich ihnen in verschiedener Art und in verschiedenem Ausmaße geboten; daß sie sich aber überhaupt ergab, ist jedenfalls etwas Neues und bildet das Kennzeichen der gegenwärtigen Phase in der Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Die Fragen, die uns dabei interessieren, sind: Was ist geschehen, wenn und wo die Sozialisten die politische Macht errungen haben und ans Ruder gekommen sind? Was haben sie geleistet? Was können sie leisten?

Die allgemeine Aufmerksamkeit hat sich naturgemäß hauptsächlich auf Rußland gerichtet, nicht nur, weil dort mit viel Lärm ein Versuch in großem Maßstab durchgeführt wird, sondern auch, weil die Sowjetbehörden, nicht zufrieden mit ihrer eigenen Revolution, immer und eingestandenermaßen darauf ausgingen, ähnliche Revolutionen in andern Ländern hervorzurufen und ihr Äußerstes taten, dieses Ziel durch systematische Propaganda und Schaffung einer eigens für den Zweck bestimmten internationalen Organisation zu erreichen. Keine Regierung der Welt hat sich je zuvor in solchem Maße mit den inneren Angelegenheiten andrer Länder befaßt und sich in so unzweideutiger Weise bemüht, Aufruhr in denselben anzuzetteln und sie zur Befolgung des eigenen Beispiels zu verlocken. Die Welt aber hat sich so sehr an dies Schauspiel gewöhnt, daß sie das Befremdliche daran vergessen hat, und offenbar ist es so weit gekommen, daß die andern Regierungen den Skandal

mit einer staunenswerten Nachsicht betrachten, etwa wie die Launen einer schönen Frau, obwohl sie mit gewöhnlichen Spionen, die bloß auf Nachrichten ausgehen, streng genug zu verfahren pflegen und obwohl „die schöne Frau" selbst bei jeder Einmengung in ihre eigenen inneren Angelegenheiten kurzen Prozeß machen würde. Doch die Verhältnisse bringen es mit sich, daß das allgemeine Interesse, auch das der Gleichgültigsten, auf Rußland gerichtet ist. Und viele interessieren sich nicht bloß, sondern nehmen leidenschaftlich Partei, für oder wider.

Infolgedessen besteht eine besondere Nachfrage nach Auskünften über Rußland, und solche sind uns auf verschiedenen Wegen zugekommen, die authentischesten jedoch durch die außerordentliche Mitteilsamkeit der führenden russischen Politiker selbst. Man braucht sich nicht an Kritiker oder Gegner zu halten, denn die ausführlichsten und genauesten Informationen über den Verlauf des bolschewistischen Experimentes bieten uns die von amtlichen Sowjetstellen zusammengetragenen und vom Internationalen Arbeitsamte herausgegebenen Berichte. Zusammen mit den in bolschewistischen Veröffentlichungen wiedergegebenen Reden der leitenden Staatsmänner und der von der Sowjetregierung ganz öffentlich verfolgten Politik, bieten uns die Studien des Internationalen Arbeitsamtes reichliches Material, um uns ein Urteil über Erfolg oder Mißerfolg des Bolschewismus als eines Wirtschaftssystems bilden zu können. Sie geben Tatsachen mit vielen Einzeldaten, und ich habe davon in den Kapiteln über Rußland ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Ein anderes für meine Zwecke sehr nützliches Werk ist ein im Februar 1926 von M. Fedoroff in Paris herausgegebenes Buch, das zwar mehr polemischer Natur, aber doch

auch aus amtlichen Dokumenten zusammengetragen ist. Es enthält achtzehn verschiedene Aufsätze aus der Feder russischer Professoren, Techniker und früherer Beamten über ebenso viele Themata. Forschungsreisen nach dem Lande wären von Wert, wenn sie von Personen unternommen würden, die auch das alte Rußland gekannt haben, die die Sprache verstehen und genügend technische Kenntnisse sowie eine gewisse Erfahrung in sozialen und wirtschaftlichen Untersuchungen besitzen, und wenn diese Personen sich vollkommen frei bewegen könnten, zu allen Personen und Einrichtungen freien Zutritt hätten, ein genügend großes Gebiet zu bereisen und ihrer Aufgabe entsprechende Zeit zu widmen vermöchten. Aber es ist mir noch keine solche Reise bekannt geworden, wogegen Touren unter irgendwelcher Führung auch unter den allergünstigsten Verhältnissen nicht viel Wert haben. Die Reisegesellschaft sieht dabei immer nur, was ihr eben gezeigt wird, sieht nur das Auslagefenster. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie irreführend solche Besichtigungsreisen sind, da ich selbst an einigen teilgenommen habe. Im Rußland von heute werden sie absichtlich zur Irreführung veranstaltet: sie sind reine Propaganda, und kein Forscher von einiger Erfahrung wird sie als eine Quelle wirklicher Belehrung ansehen[1]). Jedenfalls sind sie aus den angegebenen Gründen überflüssig.

Die andern in Betracht kommenden europäischen Länder haben die allgemeine Aufmerksamkeit viel weniger gefesselt. Doch sind die dort gemachten Erfahrungen in gewissem Sinne weitaus lehrreicher für uns, obgleich — oder vielleicht gerade weil — die Ereignisse dort einen weniger aufregenden

[1]) Siehe die auf Seite 101 angeführte Bemerkung des Gewerkschaftsführers Andreieff.

Verlauf genommen haben. Man hat dort denselben Weg eingeschlagen wie bei uns, ist aber weiter darauf fortgeschritten. Ich meine dabei nicht die in mehreren Ländern unternommenen krampfhaften und kurzlebigen Versuche, dem russischen Beispiel zu folgen, Sowjet-Republiken auszurufen und einen vollkommenen wirtschaftlichen Umsturz herbeizuführen, sondern die andre Richtung, die daran ging, den Sozialismus stufenweise durch verfassungsmäßige Maßnahmen einzuführen, und den Sieg über die bolschewistischen Absichten davontrug. Da diese Richtung auch hier vorgezogen wird, hätte man erwarten können, daß man sich für die Erfahrungen in den andern Ländern lebhaft interessieren würde, die, auf dem gleichen Wege wandelnd, einen Vorsprung vor uns haben oder hatten. Was geschah in Deutschland und Österreich, nachdem die Revolutionen dort die sozialistischen Parteien ans Ruder gebracht hatten? Was haben diese getan, um ihre Theorien in die Praxis umzusetzen? Was hat sich in Schweden und Dänemark unter sozialistischen Regierungen ereignet? Was in der neugeformten tschechoslowakischen Republik?

In unserem Staate, wo die Sozialisten auch einmal die Verantwortung der Regierung übernommen haben, wissen wir, daß nichts geschah und daß nicht einmal versucht wurde, mit der Abschaffung des Kapitalismus zu beginnen. Aber Mr. MacDonalds Ministerium hatte auch eine besonders schwache Stellung, da seine Partei nicht einmal die stärkste im Unterhause war. Sie war nur durch eine Laune des Schicksals zur Gewalt gekommen und wurde nur wenige Monate geduldet. Und wenn sie vielleicht auch ein wenig mehr hätte wenigstens versuchen sollen, so kann man gegen ihre Ausflucht, daß sie wohl das Amt, aber keine Gewalt gehabt hätte, nichts ins Treffen führen.

In den Staaten des Kontinents jedoch waren die Sozialisten in einer weitaus stärkeren Stellung; sie haben dort einige Versuche gemacht, ihre Theorien zu verwirklichen, oder sich doch wenigstens ernstlich mit dem Problem beschäftigt. Die Ergebnisse dieser Bemühungen erschienen mir als eine Sache von größter Bedeutung, doch fand ich es ungemein schwierig, umfassende und genaue Aufschlüsse darüber zu erlangen. Schließlich kam ich zu der Erkenntnis, daß der einzige Weg, solche zu erlangen, der wäre, selbst hinzugehen und sie zu verlangen. Das tat ich denn auch, und das Ergebnis meiner Nachforschungen ist in diesem Buche enthalten. Es ist weit davon entfernt, so vollständig zu sein, wie ich es gewünscht hätte, aber, wenn auch die Lücken ausgefüllt würden, die ich besser sehe als irgend jemand anderer, so würde sich das Gesamtbild doch nicht ändern. Und, da noch nirgends ein Versuch unternommen worden ist, die Tatsachen zusammenzustellen, biete ich in gutem Glauben meine Arbeit als einen Beitrag zur zeitgenössischen Geschichte behufs Belehrung der englischsprechenden Welt an, die über diese kontinentalen Vorgänge noch sehr wenig unterrichtet ist.

Ich glaube, sie beantwortet auf Grund der gemachten Erfahrungen einigermaßen die durch den Sozialismus aufgeworfene Frage, die nicht eigentlich lautet, ob die bestehende Wirtschaftsordnung eine vollkommen zufriedenstellende, durch nichts zu verbessernde und durch keine bessere zu ersetzende sei, sondern, ob die von den Sozialisten vertretene tatsächlich irgendwie besser oder überhaupt möglich wäre. Bisher haben die Sozialisten bloß behauptet, daß sie der andern überlegen sei. Wie schlecht aber die gegenwärtige Ordnung auch immer sein mag — und ich glaube, niemand wird sich ihren Mängeln verschließen — kann die Wirksamkeit des empfohlenen

Heilmittels doch nicht ohne weiteres als sicher angenommen werden. Ein Mann mag recht krank sein, deshalb steht es noch lange nicht fest, daß eine noch nicht erprobte Arznei seinen Zustand bessern müsse; vielleicht wird sie ihm sogar schaden. Noch weniger aber kann diese Arznei als das alleinige Heilmittel angesehen werden, weil einige Ärzte, die sie noch nie versucht haben und nicht mehr davon wissen als wer immer, es behauptet haben. Es mag andere Mittel geben, die im gegebenen Fall dienlicher wären.

I. Kapitel

Rußland von 1917 bis 1921

Das kommunistische Experiment. — Rußland ist das einzige Land, in dem das Nachkriegsringen, das zwischen Sozialismus und Kommunismus in dem in der Einleitung dargelegten Sinne einsetzte, zugunsten des Kommunismus ausging. Zuerst hatten die Sozialisten die Oberhand. In den ersten drei Koalitionsregierungen, die sich nach der Abdankung des Zaren und der ersten Revolution im März 1917 bildeten, nahm ihr Einfluß ständig zu, und die Sowjets oder Arbeiter- und Soldatenräte, die sich konstituiert hatten und deren Zahl seit Beginn der Revolution schnell gewachsen war, standen auf ihrer Seite. Kerensky, der Führer der Sozialisten, genoß das allgemeine Vertrauen und wurde daher im Juli das Haupt der dritten Koalition. Sie war jedoch zu stark mit dem noch immer wütenden Kriege und mit der Bekämpfung der von Lenin geführten, den Umsturz bezweckenden bolschewistischen Agitation beschäftigt, um sich mit irgendeinem der sozialistischen Probleme befassen zu können. Das war ihr Unglück. Die Soldaten wünschten die Beendigung des Krieges; die Bauern, aus deren Reihen die Soldaten stammten, wünschten Land. Die Erfüllung dieser beiden Begehren hatten sie von einer Revolution erwartet. Doch Kerensky konnte ihnen weder Frieden noch

Land geben. Die Anhänger Lenins setzten bei wachsender Unzufriedenheit in der Armee und im Hinterlande ihre Arbeit fort, bis sie endlich genügend Unterstützung gefunden hatten, um die Macht mit Gewalt an sich zu reißen[1]).

Das war die zweite Revolution, die sich am 7. November abspielte. Seither ließen die Führer der Bolschewiken, die selbst eine Regierung gebildet hatten, niemals mehr die Zügel der Macht ihren Händen entgleiten und gaben, ganz wie es ihnen paßte, Gesetze, Banknoten oder Erlässe heraus. Ihre Entscheidungen wurden wohl der Form halber dem Sowjetkongresse unterbreitet, doch immer angenommen. Die bolschewistischen Führer waren daher in der Lage, die große wirtschaftliche Revolution, zu der die politische nur der Auftakt gewesen, einzuleiten, den Sozialismus ohne weiteres einzuführen und die ganze gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Das war ihr Ziel, wie Trotzky als Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten in einer Sitzung des Zentral-Exekutiv-Ausschusses am 14. Februar 1918 gesagt hat:

„Die Revolution hat in entschiedenster Weise die Frage des privaten Besitzes von Grund und Boden und der Produktionsmittel aufgeworfen, — eine Frage, die Leben oder Tod der ausbeutenden Klassen bedeutet.... Nur eine genaue Berechnung des nationalen Einkommens, nur eine systematische — das ist eine auf einem das ganze Land erfassenden Plan aufgebaute — Organisation der Produktion, nur eine vernünftige und wirtschaftliche Verteilung aller Produkte kann das Land retten. Und das heißt: Sozialismus... Laßt uns in geschlossenen Reihen dafür kämpfen, laßt uns Arbeitsdisziplin und sozialistische Ordnung schaffen, laßt uns

[1]) Nähere Einzelheiten siehe in „The Socialist Movement", II. Teil, Kapitel 1.

unsere Leistungsfähigkeit erhöhen und vor keinem Hindernis zurückschrecken — das sei unsere Losung[1])."

Die Geschichte der nun folgenden Ereignisse zerfällt in zwei Teile: 1. in die vor der neuen Wirtschaftspolitik und 2. in die nach der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik. Dieses Kapitel behandelt den ersten Teil — von 1917 bis 1921. Die darauffolgende Periode ist im nächsten Kapitel behandelt.

Die Bolschewiken hatten keinen ins Einzelne gehenden Plan für die Erreichung ihrer allgemeinen Ziele, als sie fünf Monate vorher die Macht an sich rissen, sondern taten, was ihnen von Fall zu Fall vorteilhaft erschien. Wie bei allen marxistischen Sozialisten waren ihre Gedanken und ihre Politik zu ausschließlich auf die Ausrottung des Kapitalismus eingestellt, als daß sie dem Probleme des Aufbaues einer neuen Wirtschaftsordnung genügend Aufmerksamkeit hätten schenken können. Auch Lenin, der im April 1917 von den deutschen Behörden im plombierten Zuge aus der Schweiz nach Rußland gebracht worden war, hatte in dem Programm, das er nach seiner Ankunft aufstellte, nur zwei Punkte, die sich übrigens in ganz allgemeinen Wendungen mit dieser Frage befaßten, und zwar die Konfiskation und Verstaatlichung des Bodens und die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank.

Beides sind Punkte, die in vielen sozialistischen Programmen, auch in dem der britischen Sozialisten, vorkommen, nur wird im allgemeinen die Enteignung gegen Entschädigung der Konfiskation vorgezogen; der Glaube an die Staatsbank ist dagegen auf dem Kontinente verschwunden.

---

[1]) L. Trotzky, „Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag", Seite 118.

Keine Maßnahme wies nur irgendwie auf die Gestaltung der einzurichtenden wirtschaftlichen Organisation hin, erst später wurde ein bestimmter Plan ausgearbeitet. Lenins Aprilprogramm war eher eine Aufforderung an das Volk, ihn im Ringen um die Macht gegen die gemäßigten Sozialisten zu unterstützen, als ein wirtschaftspolitisches Programm und der Punkt über die Verstaatlichung des Bodenbesitzes eine gute Waffe in dem politischen Kampfe. Es war dies eines der zwei Mittel, auf die er aus den bereits erklärten Gründen baute, daß sie ihm zum Siege über die Menschewiken und Sozialrevolutionäre verhelfen würden[1]).

Nachdem die Bolschewiken am 7. November die Macht an sich gerissen hatten, mußten sie, um ihre noch sehr unsichere Stellung zu befestigen, die Erwartungen erfüllen, die sie im Volke geweckt hatten und sich sofort mit den Fragen des Friedensschlusses und der Bodenreform befassen. Trotzky sagte das in der öffentlichen Sitzung des St.-Petersburger Sowjets am Tage nach dem Staatsstreich. Lenin und Zinowieff, die sich bis dahin verborgen gehalten hatten, erschienen und wurden mit stürmischen Ovationen empfangen. „Doch die Freude über den gewonnenen Sieg wurde durch die Besorgnis getrübt, wie das Land wohl die Revolution aufnehmen werde und ob die Sowjets wirklich die Regierungsgewalt behalten würden[2]).“

Diese Sorge war begründet. Als die Konstituierende Nationalversammlung — eine gewählte, verfassungsmäßige Kör-

---

[1]) Die Menschewiken bildeten den rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei, die Bolschewiken den linken; die Sozialrevolutionäre waren nichtmarxistische Sozialisten. Menschewiken und Sozialrevolutionäre gehörten Kerenskys Koalitionsministerium an.

[2]) Op. cit., Seite 69.

perschaft — im folgenden Januar zusammentrat, waren die Bolschewiken darin in der Minderheit. Ein von Swerdloff in ihrem Namen eingebrachter Beschlußantrag wurde mit 273 gegen 140 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärten sie die Versammlung für aufgelöst und ließen sie niemals wieder zusammentreten, was klar genug den autokratischen Charakter ihrer Regierungsweise zeigt und nach demokratischen Grundsätzen die späteren Versuche der Gegenrevolutionäre, sie zu stürzen, rechtfertigt.

Dieser Vorfall ist um so bezeichnender, als die Bolschewiken ja die zwei brennenden Fragen der Bodenreform und des Friedensschlusses schon erledigt hatten. Lenin hatte tatsächlich mit der ihm eigenen Entschiedenheit beide an jenem allerersten Tage, von dem Trotzky berichtet, in Angriff genommen. In der Abendsitzung hatte er zwei Dekrete eingebracht, von denen das eine die Verstaatlichung von Grund und Boden und das andere den Friedensschluß mit Deutschland bestimmte. Beide wurden einstimmig angenommen. Mit dem letzteren befasse ich mich nicht. Das erste jedoch, das den Privatbesitz von Grund und Boden für immerwährende Zeiten abschafft, war der erste und für Rußland wichtigste Schritt in der großen wirtschaftlichen Revolution. Es wurde im folgenden März in einem Grundgesetze niedergelegt und ist noch immer in Kraft. In Anbetracht des führenden Platzes, den die Verstaatlichung von Grund und Boden als ein wesentlicher und unerläßlicher Teil der ganzen Politik in allen sozialistischen Programmen einnimmt, sind die Erfahrungen, die man damit in Rußland gemacht hat, von großem Interesse. Ich will mich daher zunächst mit dieser Frage beschäftigen, vorher aber noch den allgemeinen Wirtschaftsplan, der später von Bukharin entworfen und als amtliche

Erklärung überall verbreitet worden ist, in kurzen Zügen wiedergeben[1]).

Dann können wir uns den andern Themen zuwenden, die in diesem Buche behandelt werden sollen. Das erscheint mir als der einfachste Weg, die ziemlich verwickelte Sache zu erklären.

Das allgemeine Wirtschaftsprogramm. — In Aussicht genommen ist die Vernichtung der wirtschaftlichen Vorherrschaft des Bürgertums, womit die Kapitalisten gemeint sind, und jede Maßnahme ist ein Teil eines systematischen, einheitlichen Planes, der zu diesem Ziele führen soll. Wenn irgendwelche besondere Maßnahmen fehlschlagen sollten, so müssen sie durch andere ersetzt werden, die sich dem System anpassen, ohne seinen Charakter zu zerstören oder es von seinem Ziele abzulenken.

Die wirtschaftliche Herrschaft des Bürgertumes beruht auf seiner Macht, über das Kapital (einschließlich des Bodenbesitzes) zu verfügen, und die wirtschaftliche Knechtschaft der Arbeiter findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Lohnarbeit. Diese beiden Dinge gehen Hand in Hand und müssen mit der Wurzel ausgerottet werden.

Dahin führen zwei Wege: 1. die allgemeine Güterteilung und 2. die gemeinsame kommunistische Produktion.

Die erste Maßnahme, die besonders den Bauern zusagte, ist mit den marxistischen Grundsätzen unvereinbar und muß daher verworfen werden. Sie würde nur eine Teilung des Privatbesitzes in kleinste Teile, aber nicht dessen völlige Abschaffung bedeuten[2]). Folglich muß die Alternative des Kommunismus angenommen werden. Seine Maßnahmen sind

[1]) Bukharin, „Das Programm der Kommunisten".

[2]) Op. cit., Seiten 9—10.

die Verstaatlichung des Bodens, der Banken und der Industrie.

Was den Boden betrifft, so waren die Großgrundbesitzer schon durch das Dekret vom November 1917 enteignet worden, und es war nur die Frage, wie die Landwirtschaft weiter betrieben werden sollte. Man beschloß, die Landwirtschaft im großen Maßstabe zu betreiben, die früheren großen Privatbesitze in genossenschaftlicher Weise zu bearbeiten und die Verwaltung Arbeitsgemeinschaften anzuvertrauen, in denen die armen Landleute oder das „Dorfproletariat" die „Dorfbourgeoisie" oder reichen Bauern beherrschen und die Produktion überwachen und leiten sollten[1]).

Für die Industrie hatte man ähnliche Grundsätze aufgestellt, die nur den anders gearteten Verhältnissen angepaßt waren. Das heißt, die Kontrolle über die Produktion sollte in die Hände der in Betriebsräten, Arbeiterräten und Gewerkschaften organisierten Arbeiter gelegt werden. Die technischen Beamten, die man nicht missen konnte, ehe nicht die Arbeiter gelernt haben würden, ihre Funktionen zu übernehmen, sollten im Amte belassen, jedoch unter die Kontrolle der Arbeiter gestellt werden und sich diesen ebenso unterzuordnen haben wie früher ihren Arbeitgebern.

Die Industrie sollte als ein Ganzes zu einer einzigen Zentralorganisation zusammengefaßt werden, die, bei Fabrikausschüssen anfangend, stufenweise zu Kreisräten und besonderen, ganze Industriezweige vertretenden Zentralausschüssen bis zu einem obersten Industrierat für das ganze Reich ansteigen sollte[2]). Die vollkommene Zentralisierung aller Dinge war ein charakteristischer Zug in Lenins Theorien über den Sozialismus.

[1]) Op. cit., Seite 36.

[2]) Op. cit., Seite 42.

Der Gedanke eines symmetrischen Aufbaues der Industrien, bei dem sich „Rat" an „Rat" zu einer Hierarchie zusammenfügt, tauchte in den letzten Jahren häufig auf. Wie jemand, der etwas von „Räten" und der tatsächlichen Leitung industrieller Unternehmen oder vom praktischen Betriebe versteht, annehmen kann, daß ein solches Gefüge arbeitsfähig ist, verstehe ich nicht. Man beabsichtigte und erhoffte damit, die Mängel der Bürokratie beseitigen zu können, aber dieser Aufbau würde nichts anderes als eine Bürokratie in excelsis ergeben, weil die große Schwäche der Bürokratie in dem Mangel des Momentes persönlicher Verantwortlichkeit bei der Verwaltung liegt, in diesem System aber jede Verantwortlichkeit vollkommen ausgeschaltet wäre. Außerdem barg das russische System zwei andere verhängnisvolle Elemente. Erstens sollten alle Ausschüsse und Räte, denen die Kontrolle über technisch gebildete und befähigte Männer zugedacht war, aus dem Proletariate, also aus der unwissendsten Klasse der Gemeinschaft gebildet werden; zweitens sollte das ganze System der eigenartigen Verfassung des Landes angepaßt werden, um diese zu stützen, was bedeutete, daß die wirtschaftliche Verwaltung nicht nur nicht von politischen Einflüssen — dem zweiten großen Fehler der Bürokratie — befreit, sondern geflissentlich von solchen abhängig gemacht wurde.

Der nächste Punkt war die Auferlegung der allgemeinen Arbeitspflicht, verbunden mit der Aufgabe, für alle Arbeit zu finden, — ein Problem, das durch die neue und verbesserte Organisation der Produktion gelöst werden sollte. (Die Arbeitslosigkeit ist immer als eine gewollte Schöpfung des Kapitalismus angesehen worden; folglich kann es keine mehr geben, wenn dieser abgeschafft ist.)

Die Verteilung oder die Kontrolle der Arbeit sollte durch Arbeiterorganisationen vorgenommen werden, die eine normale Tagesleistung festsetzen und darauf sehen sollten, daß jeder sie erziele. Man vertraute dabei auf die gewissenhafte Ausführung der Arbeit durch jeden einzelnen, da man annahm, daß das Bewußtsein, für die Gemeinschaft und nicht für einen einzelnen Arbeitgeber zu arbeiten, anspornend wirken würde[1]).

(Die Annahme, daß das Volk sich unter einer neuen Ordnung ganz anders benehmen und seine schlechten Gewohnheiten ablegen würde, ist allen sozialistischen Systemen gemeinsam. Sie ist das Schmieröl für die neue Arbeitsmaschine.)

Die Produktion sollte also in dieser Weise geregelt und mit dem Verbrauche durch ein System der Registrierung in Übereinstimmung gebracht, der Privathandel abgeschafft und der Handel mit dem Auslande vollkommen in die Hände des Staates gelegt werden. Die Menge der für den Konsum benötigten Waren sollte von Verbraucherorganisationen, die nach denselben Regeln wie die Organisationen für die Produktion gebildet waren, festgesetzt werden. Diese aus den bereits bestehenden Konsumgenossenschaften durch Ausbau und Systemisierung zu bildenden Körperschaften sollten den Bedarf der Bevölkerung berechnen und die Güter verteilen, die von den verschiedenen landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsorganisationen nach Maßgabe der diesen gelieferten Aufstellungen aufzubringen waren. Die Schätzung des Bedarfes sollte bei den kleinsten örtlichen Einheiten beginnen und stufenweise zusammengefaßt werden, bis sich der Gesamtbedarf ergab. Das Ergebnis sollte der

[1]) Op. cit., Seite 46.

obersten Produktionsbehörde mitgeteilt werden, welche ihrerseits wieder die verschiedenen Stufen produzierender Körper bis zu den kleinsten Einheiten hinab zu verständigen hatte. Dann sollten die Produkte den umgekehrten Weg vom Umkreis zum Zentrum machen und von dort wieder zurück in den Umkreis der Konsumenten. Auf keinem andern Weg wäre es sonst möglich gewesen, das geplante System genauer Angleichung von Produktion und Verbrauch sowie die vollkommene Zentralisierung durchzuführen. Ein schwerer zu handhabender und unbrauchbarerer Apparat konnte gar nicht ersonnen werden; es war wirtschaftliche Bürokratie in höchster Potenz. Das einzige, was dem Individuum überlassen werden sollte, war der Verbrauch der ihm zugeteilten Dinge.

Für die Entlohnung der Arbeiter wollte man sich eines Haushaltbuches bedienen, das auch gleichzeitig ein Mittel sein sollte, die allgemeine Arbeitspflicht durchzusetzen und die Verteilung der Güter zu bewerkstelligen. Die von jeder Person täglich geleistete Arbeit sollte in dieses Buch eingetragen werden, und nur sie allein sollte ein Anrecht auf den Bezug von Rationen geben, so daß niemand etwas bekommen konnte, ohne sich die dazu erforderlichen „Marken" verdient zu haben: ein Wiederaufleben von Robert Owens Arbeitsscheinen (labour notes). Da der private Handel verboten war, gab es keinen Markt mehr; es bestand auch die Absicht, das Geld nach und nach abzuschaffen. Bis dahin sollte es denen, die welches besaßen oder anhäuften, durch ein geschicktes System periodischer Währungsänderung abgenommen werden. Besitzer außer Kurs gesetzten Geldes konnten dieses gegen neue Währung umtauschen, mußten sich aber einen großen Abzug gefallen lassen. Alles eine

gewisse Summe übersteigende Geld aber wurde konfisziert. An Stelle der Geldwirtschaft sollte mit der Zeit „die natürliche Wirtschaft“ des Warenaustausches treten.

Das ist im kurzen Umriß der Plan, dessen Verwirklichung sich die Bolschewiken vornahmen. Er bedeutet „völlige Sozialisierung“, und sie erwarteten von ihm eine Erhöhung der Produktion. Doch was geschah?

Landwirtschaft. — Die Bauern sahen in dem Dekret vom November 1917 die Erlaubnis, sich der großen Güter zu bemächtigen und deren Eigentümer zu vertreiben; weiter wollten sie nicht gehen.

Einige hundert Arbeitsgemeinschaften bildeten sich, doch nach den amtlichen Berichten, die in der „Iswestia“ veröffentlicht wurden, war das gar nichts im Vergleich zu den Millionen Bauern, die das Land selbst unter sich aufteilten und von denen jeder sich fest an sein eigenes Stück klammerte, das er auch nur bebaute, um für sich Nutzen daraus zu ziehen. Von den Gemeinschaften versagten einige infolge schlechter Bewirtschaftung, andre wieder wurden zu kapitalistischen Gütern, die bezahlte Arbeiter beschäftigten. Die Bauern weigerten sich überdies, für die Gemeinschaft zu produzieren und ihre Erzeugnisse ohne ein ihnen angemessen scheinendes Entgelt abzuliefern. Als Gewalt angewendet wurde und bewaffnete Kommissäre ihnen ihre Produkte wegnahmen, beschränkten sie den Anbau, zur Abwehr, auf ihre eigenen Bedürfnisse. Alle Zwangsmaßnahmen scheiterten an ihrem hartnäckigen Widerstande. Sie betrachteten das Land als ihr Eigentum, und schließlich gab die Regierung den Kampf auf. So war also das Ergebnis der Sozialisierung nicht die Abschaffung des privaten Eigentumes (oder höchstens dem Namen nach) und nicht die Einführung einer

keinen Gewinn bringenden Produktion für die Allgemeinheit, sondern nur eine Vermehrung der Einzelbesitzer, die ausschließlich für ihren eigenen Nutzen arbeiteten.

Und so gab es viele andere Dinge, die noch vollkommener bewiesen, wie irrig die Erwartungen auf eine Zunahme der Produktion gewesen waren, und die schließlich mehr als alles andre nach den schrecklichsten Leiden und dem Massensterben durch die Hungersnot zu dem völligen Zusammenbruch des ganzen Systems führten. Die Hungersnot begann im Jahre 1918 und wütete „nicht nur in den beiden Hauptstädten, sondern auch in Dutzenden von Distrikten des ackerbautreibenden Rußland", wie Lenin in einer Rede erklärte, die er vor dem Zentralexekutivausschuß der Sowjets hielt, und die in der bolschewistischen Presse veröffentlicht wurde[1]). Er sprach von den „unmittelbar bevorstehenden Qualen des Hungers, die das Volk werde leiden müssen", und sagte, daß der frühere Überfluß nicht mehr existiere". „Die Situation ist kritisch," fuhr er fort, „denn das Volk ist von einer Hungersnot nicht nur bedroht, sondern sie ist schon da[2])."

Und sie war gekommen, um bestehen zu bleiben. Von dieser Zeit an herrschte ständig Mangel, der in erträgnisreicheren Jahren etwas weniger, in schlechteren mehr fühlbar war, niemals jedoch ganz behoben werden konnte. Die böseste Zeit war der trockene Sommer des Jahres 1921, in dem Millionen den Hungertod fanden und weitere Millionen ihr Schicksal geteilt haben würden, wenn nicht aus dem Ausland Hilfe gekommen wäre. Aber diese übermäßigen Auswirkungen einer schlechten Ernte waren hauptsächlich auf

---

[1]) Der Kampf um das Brot, Seiten 9—10.

[2]) Op. cit., Seiten 23 und 36.

den Zustand der Verwirrung zurückzuführen, in den der Ackerbau seit der bolschewistischen Revolution immer mehr versunken war. Schon Monate vor Einsetzen der Trockenheit herrschte Hungersnot. Schließlich zwangen, im Januar, Hungerrevolten in Petrograd und eine Meuterei von Matrosen in Kronstadt Lenin, das bisherige System aufzugeben und eine neue Wirtschaftspolitik einzuführen.

Viel Land lag brach und der Ertrag dessen, das noch bebaut wurde, war durch Teilung, Mangel an Betriebskapital, an Werkzeugen, Vieh und Dünger, vor allem aber infolge des Fehlens jeglichen Ansporns immer geringer geworden. Einige Statistiken, die den offiziellen Berichten des Volkskommissariats für Ackerbau und des Zentraldepartements für Statistik entnommen und von dem Internationalen Arbeitsamte veröffentlicht wurden, werden am besten zeigen, was sich ereignet hatte[1]). Es werden darin die Jahre 1913, 1916, 1920 und 1921 verglichen, und, wenn auch während des Krieges das Erträgnis etwas gesunken war, so ist es doch offensichtlich, daß es später noch viel geringer geworden ist.

Jahr	Bebaute Fläche (in Millionen Desjatinen[2]))	Bruttoertrag der Brotfrucht (in Millionen Puds)
1913	88,3	4624
1916	82,4	3482
1920	63,5	2082
1921	61,9	1689

[1]) „The Co-Operative Movement in Soviet Russia" („Die Genossenschaftsbewegung in Rußland"), Seiten 90—92 (Genf, 1925).

[2]) Eine Desjatine ist ungefähr ein Hektar oder $2^1/_2$ Morgen.

Wenn man die Daten des Jahres 1913 als Hundert-Einheiten zur Grundlage nimmt, so fiel die bebaute Fläche von 100 auf 70,1 und der Ertrag von 100 auf 36 Einheiten.

Mit den anderen Bodenfrüchten stand es noch schlechter als mit den Getreidearten. In Millionen Puds ausgedrückt fiel der Ertrag: an Flachs von 33,4 auf 5,1; an Hanf von 25,6 auf 10,0; an Tabak von 6,3 auf 0,3 und an Zuckerrüben von 55,0 auf 2,5.

Über Vieh ist für das Jahr 1913 keine Statistik gegeben, aber von dem Jahre 1916 bis 1921 war der Rückgang, in Millionen Stück ausgedrückt, wie folgt:

Pferde	von	31,3	auf	23,6
Rindvieh	„	50,3	„	38,1
Schafe und Ziegen . .	„	80,5	„	45,5
Schweine	„	19,3	„	13,5
Summe:	von	181,4	auf	120,7

Fast die ganze Verminderung der Stände erfolgte nach dem Jahre 1917 — dem Revolutionsjahre.

In den meisten dieser Produktionskategorien ist seit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik einige Besserung zu verzeichnen, worauf ich später zurückkommen werde. Gegenwärtig befasse ich mich mit der Politik vollkommener Sozialisierung und ihren Resultaten, die zu dem Zusammenbruch des Jahres 1921 führten. Die oben angeführten amtlichen Daten geben einen allgemeinen Überblick über deren Wirkungen auf die Landwirtschaft und der daraus ersichtliche fortschreitende Niedergang steht in einem auffallenden Gegensatz zu der wirtschaftlichen Erholung anderer Länder nach

dem Kriege. Noch deutlicher jedoch tritt das auf dem Gebiete industrieller Produktion zutage.

Industrie. — Die städtische Industrie ist die Kehrseite der Medaille. In einem gewissen Sinne war sie für die Politik der Bolschewiken von größerer Wichtigkeit, weil die städtischen Arbeiter als das wahre „Proletariat" angesehen werden und die Seele der proletarischen Revolution sind. Das heißt, die Führer der Revolution, die sich selbst als Regierung eingesetzt hatten, stützten sich auf sie, obwohl sie selbst nicht dieser Klasse angehörten. Die ganze Revolution, die auf den Lehren des Marxschen Kommunistischen Manifestes fußte, hatte das Ziel, den Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bürgerschaft durch einen Sieg des Proletariates und durch die Errichtung der „Diktatur des Proletariats" zu einem Ende zu bringen. Folglich ließ man die Proletarier im Vordergrund der Szene paradieren und räumte ihnen auch anfangs einige Macht ein.

Das Bürgertum, die Arbeitgeber, wurden nicht sofort aus ihren Betrieben entfernt, doch ein im November 1917 herausgegebener Erlaß führte die „Arbeiterkontrolle" ein, was bedeutete, daß die Besitzer, die Direktoren und ihre Stäbe das Werk unter der Oberleitung der Arbeiter zu führen hatten. Das war ein Versuch, einen Gedanken zu verwirklichen, der sich hier in England während des Krieges sehr verbreitet hatte und teilweise in der Bewegung der Werkstättenvertrauensmänner (Shop Stewards Movement) zum Ausdruck gekommen war. Aber er darf nicht mit dem eigentlichen Syndikalismus verwechselt werden, der darauf hinzielt, den nach Industrien organisierten Arbeitern gemeinschaftlich nicht nur die Kontrolle, sondern auch den Besitz der Betriebe zu verschaffen. Das war nicht Lenins Politik;

im Gegenteil, er hat immer den Syndikalismus angegriffen, der offensichtlich mit dem Prinzip der starren Zentralisierung unvereinbarlich ist. Arbeiterkontrolle ist syndikalistisch; doch in Rußland sollte sie von Arbeitern gehandhabt werden, die als Organe des Staates und nicht als unabhängige Körperschaften zu handeln hatten.

Natürlich versagte dieser Plan. Es kam zu Reibungen, und die Arbeiter, die das große Wort führten, warfen ihre früheren Vorgesetzten hinaus oder zwangen sie, sich zurückzuziehen. Als die Arbeiter sich dann als ganz unfähig erwiesen, die Fabriken selbst zu leiten, schritt der Staat ein und ergriff mit der Begründung, daß die Eigentümer den Novembererlaß nicht befolgt hätten, ohne jegliche Entschädigung Besitz von den Werken. So begann die sich dann immer mehr und mehr ausbreitende Sozialisierung oder Nationalisierung der Industrie. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Schwerindustrie geschenkt, die auch heute im Mittelpunkt des sozialistischen Denkens steht und gewöhnlich dem Kapitalismus gleichgesetzt wird, obwohl die Grenze zwischen Schwer-, Mittel- und Kleinindustrie ganz willkürlich ist und die wirtschaftlichen Grundlagen für alle dieselben sind. Schließlich kam alles in die Hände des Staates, nur den kleinen Leuten wurden ihre Geschäfte belassen, wie es jetzt alle sozialistischen Parteien zu tun beabsichtigen.

Doch bevor ich an die Besprechung der praktischen Auswirkungen der Sozialisierung gehe, scheint es mir angebracht, einige besonders hervorstechende Merkmale des Systems zu erwähnen.

Gewerkschaften. — Vor der bolschewistischen Revolution war es wie anderswo die Hauptobliegenheit der Gewerkschaften, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern abzu-

schließen. Dies ging auch nach der Umwälzung noch einige Zeit so fort und zwar in erweitertem Ausmaße. Die den Arbeitern zuteilgewordene neue Macht ermutigte sie einerseits, zu einer dem wahren Syndikalismus zustrebenden Organisation nach Industrien zu schreiten, anderseits aber riefen sie den Staat zu Hilfe, um die Arbeitgeber, die den stets wachsenden Forderungen Widerstand entgegensetzten, gefügig zu machen. Dies war einer der Umstände, die zur Verstaatlichung führten. Und mit dem Fortschreiten des Verstaatlichungsprozesses änderten sich Wirkungskreis und Charakter der Gewerkschaften vollkommen. Die Kollektivverträge wurden allmählich abgeschafft und an ihre Stelle traten durch Erlässe festgesetzte Lohntabellen. Die Gewerkschaften aber wurden staatliche Organe, denen verschiedene, mit der Fortentwicklung der kommunistischen Politik sich mehrende Aufgaben anvertraut wurden. Sie waren verantwortlich für den Betrieb der staatlichen Unternehmungen, für die Durchführung der Bestimmungen über die allgemeine Arbeitspflicht, für die Festsetzung der Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Rationen, die an Stelle von Löhnen ausgefolgt wurden.

Der allgemeine Arbeitszwang — die sogenannte Militarisierung der Arbeit — wurde eingeführt, um dem Grundsatze *„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen"* zur Geltung zu verhelfen; jedermann mußte daher in eine Gewerkschaft eintreten. Die Mitgliedschaft war eine zwangsweise, die Mitgliederzahl erhöhte sich von 923 691 im Jahre 1917 auf 8 428 362 im Juli 1921[1]). Doch, wie Trotzky in seinem Buche „Terrorismus und Kommunismus"[2]) erwähnt, war

[1]) „Industrial Life in Soviet Russia", Seite 242 (Internationales Arbeitsamt, Genf, 1924).

[2]) „Terrorism and Communism", Seite 156.

wenig von dem bestehen geblieben, was man allgemein unter Gewerkschaftswesen versteht. Er verteidigt die Militarisierung der Arbeit als eine unvermeidliche Folge der Sozialisierung.

„Das Prinzip der Arbeitspflicht", sagt er, „hat das Prinzip des freien Lebens ebenso vollkommen und bleibend ersetzt wie die Sozialisierung der Produktionsmittel das kapitalistische Eigentum ersetzt hat." Er bemerkt ferner: „Wenn ein organisiertes Wirtschaftsleben nicht ohne allgemeine Arbeitspflicht denkbar ist, so kann diese nicht verwirklicht werden, ohne daß die Einbildung von der Freiheit der Arbeit aufgegeben und durch das Prinzip der mit einem tatsächlichen Zwange zur Arbeit verbundenen Arbeitspflicht ersetzt wird"[1]).

Die Vorstellung von der Freiheit der Arbeit wurde vollkommen preisgegeben. Wie er zugibt, gab es keine Freiheit mehr. Jeder, gleichgültig ob Mann oder Weib, wurde eingeteilt, mußte hingehen, wohin er geschickt, und machen, was ihm anbefohlen wurde. Wer sich weigerte, bekam keine Ration. Auch hatte niemand bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzureden, wenn er nicht Mitglied der kommunistischen Partei war, die eine zahlenmäßig beschränkte, bevorzugte Klasse bildete, zu welcher der Zutritt eifersüchtig gehütet wurde. Die Gewerkschaften, die staatliche Organe geworden waren, wurden von erprobten und verläßlichen Mitgliedern der Kommunistischen Partei beherrscht, die einen Zentralausschuß bildeten. Dieser war in Wirklichkeit ein Departement der Regierung und übernahm Funktionen, die bisher von anderen Abteilungen ausgeübt worden waren[2]).

---

[1]) Op. cit., Seiten 126 und 131.

[2]) „Industrial Life in Soviet Russia", Seite 10 (Internationales Arbeitsamt, Genf, 1924).

Die Ergebnisse der industriellen Produktion waren noch schlechter als die der landwirtschaftlichen. Die nachfolgend angeführten Zahlen sind von der Statistischen Zentralabteilung angegeben und vom Internationalen Arbeitsamt in Genf veröffentlicht worden[1]):

Industrielle Produktion

Jahr	Große u. mittlere Industrien		Kleine Industrien	
	Millionen Goldrubel	Indexzahl	Millionen Goldrubel	Indexzahl
1912	3721	100,0	730	100,0
1920	518	13,9	193	26,4

Insgesamt ergibt sich eine Verminderung von 4451 auf 711 Millionen Goldrubel, oder in Indexzahlen von 100 auf 15,9. Wenn man sich an dem Vergleiche mit dem Jahre 1912 stoßen sollte, so mag bemerkt werden, daß die Fabriksleistungen während des Krieges bedeutend angestiegen waren — und zwar auf 127,5 % der Vorkriegsproduktion. Aus derselben Quelle stammt die Aufstellung über Einzelprodukte auf Seite 44.

Der Ertrag pro Kopf der Bevölkerung war im Jahre 1912 Goldrubel 31,79. Im Jahre 1920 war er auf 4,63 Goldrubel gesunken.

Es mögen noch einige andre statistische Daten angeführt werden, die von der stetigen Abnahme der Produktion erzählen[2]).

[1]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia" (Die genossenschaftliche Bewegung in Sowjet-Rußland) Seiten 93—94 (Genf, 1925).

[2]) „The Co-operative Movement in Russia", Seite 105.

Industrielle Produktion

Industriezweige	Millionen Puds (1913)	Millionen Puds (1920)	Indexzahl (1913 = 100)
Kohle	1738,0	476,0	26,0
Naphtha	560,0	234,0	42,0
Eisenerz	550,0	10,0	1,8
Roheisen	257,0	1,0	2,7
Siemens-Martin-Stahl	259,0	9,9	3,8
Walzstahl	214,0	112,0	52,0
Baumwollgarn	12,0	0,8	6,7
Baumwollstoff (in Artschins)	2700,0	55,0	2,0
Tabak (Einheiten)	38731,0	18700,0	48,3
Zucker	87,5	5,5	6,3
Papier	11,9	2,1	17,6

Im Jahre 1913 betrug das Staatseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 101,35 Rubel; im Jahre 1921 war es auf 38,6 Rubel gefallen.

Das Erträgnis aus der Landwirtschaft betrug in 1921 bis 1922 nur 52,9 v. H. von dem des Jahres 1913; das aus der Industrie nur 22,9 v. H. Die letzte Angabe ist durch Kameneff mehr als bestätigt, der sagte, daß die Produktion mit dem Frühjahr 1921 auf 20 v. H. des Vorkriegsniveaus gefallen sei[1]).

Der Rückgang der ländlichen und der Verfall der städtischen Produktion hatten in gegenseitiger Rückwirkung zur Folge, daß der Niedergang beider sich beschleunigte. Die Städte konnten keine Nahrungsmittel erhalten und das Land keine Werkzeuge, keinen Dünger und keine andern notwendigen Artikel. Dabei wurde die Not beider noch durch das Versagen der Transportmittel erhöht.

[1]) „Pravda" — Bericht des Allrussischen Kongresses, Dezember 1921.

Man könnte fragen, ob nicht trotz dieser Zustände die Lebensbedingungen der Arbeiter sich in gewissen Beziehungen gebessert hätten. Tatsächlich hatten sie sich nur für die Mitglieder der Kommunistischen Partei gebessert, die ohne Rücksichtnahme auf ihre Fähigkeiten alle Amtsposten besetzten und die ungeheuere, stetig anwachsende Bürokratie bildeten. Für alle andern waren die Lebensbedingungen stufenweise fortschreitend viel schlechter geworden. Sie hatten durch die Militarisierung der Arbeit alle Freiheit eingebüßt, die Löhne waren ungeheuer gefallen, während die Preise — insoferne auf Wegen eines unbefugten Handels überhaupt etwas zu kaufen war — noch unverhältnismäßig mehr gestiegen waren. Bis zum Jahre 1917 wurden die Löhne größtenteils noch in Geld ausbezahlt, und zwar betrugen in diesem Jahre die Geldlöhne 96,4 % derjenigen des Jahres 1913, wozu noch ein geringer Zuschlag in Nahrungsmitteln und Leistungen der Gemeindeanstalten kam, so daß im ganzen das Lohnniveau des Jahres 1913 überschritten wurde und zwar im Verhältnisse von 101,8 zu 100. Im folgenden Jahre, dem ersten der bolschewistischen Verwaltung, fielen die Geldlöhne auf 21,5%, die Gesamtlohnleistungen auf 40,9%. Im Jahre 1920 betrugen die Geldlöhne nur mehr 2,2% und die Gesamtlohnleistungen 32,4%, oder weniger als ein Drittel derer vom Jahre 1917[1]).

Der Verbrauch per Kopf der Landbevölkerung bezifferte sich vor dem Kriege auf 21,31 Goldrubel; in den Jahren 1920—1921 war er auf 3,41 Goldrubel gesunken[2]).

---

[1]) „Industrial Life in Soviet Russia", Seite 169 (Internationales Arbeitsamt, Genf, 1924).

[2]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia", Seite 108 (Internationales Arbeitsamt, 1925).

Diese Tatsachen, denen noch viele andre zugesellt werden könnten, erklären vollkommen, weshalb Lenin die Politik völliger Sozialisierung aufgegeben und im Jahre 1921 eine neue Wirtschaftspolitik aufgenommen hat. Es war offenkundig unmöglich, ein System aufrecht zu erhalten, das solche Ergebnisse gezeitigt hatte und sie progressiv verschlimmerte. Man versuchte die Schuld an dem Zusammenbruche den Verwüstungen des Bürgerkrieges und der Hungersnot von 1921 in die Schuhe zu schieben, aber der Zusammenbruch war schon vor der Hungersnot erfolgt; und der wirtschaftliche Niedergang, der zu ihm führte, hatte schon lange vor Ausbruch des Bürgerkrieges begonnen und hörte auch nach dessen Ende nicht auf. Überdies hatte der Bürgerkrieg die städtischen Industrien überhaupt nicht berührt, sondern nur gewisse ländliche Bezirke geschädigt, während der Niedergang der Landwirtschaft für beide in gleichem Maße fühlbar war.

Doch man muß nur Lenins eigenes Zeugnis hernehmen, dessen Autorität wohl kaum bestritten werden kann. Eine der hervorstechendsten Eigenschaften dieses ungewöhnlichen Mannes war die Bereitwilligkeit, mit der er Irrtümer zugab, was im Leben überhaupt, ganz besonders aber unter Politikern eine große Seltenheit ist. Die fortwährende Überprüfung und Kritik seiner eigenen Politik, die offene Anerkennung von Fehlern und der schnelle Wechsel der Taktik gehörten zu seinen Prinzipien. Schon im April 1918 — lange vor dem Bürgerkriege — kritisierte er die bolschewistische industrielle Politik und sagte er seinen Anhängern, daß es notwendig wäre, einen Schritt zurück zu tun und industrielle Fachmänner aus den Bürgerkreisen zu hohen Gehältern heranzuziehen, da bei der Proletarisierung der Werkstätten alle davongejagt worden seien. Überdies müßte in den Fabriken

die strengste Disziplin herrschen. Unbedingter Gehorsam gegen den Leiter, gewissenhafte Abrechnung, regelmäßige Arbeit, eine den Leistungen entsprechende Bezahlung, kurz alles, was man abschaffen zu können geglaubt hatte, sei von unbedingter Notwendigkeit[1]).

Diese Rede war sehr aufschlußreich. Sie war das Bekenntnis einer Enttäuschung und enthielt viel mehr, als gesagt wurde. Die in die Praxis umgesetzte Theorie hatte gezeigt, auf wie vielen Trugschlüssen und falschen Auffassungen sie beruhte, hatte das Trügerische der Lehre vom Klassenkampfe und der Werttheorie des Proletariates und der Arbeiterpartei dargetan und die Pfeiler des ganzen Marxistischen Gebäudes erschüttert. Nach der Theorie erzeugen die Arbeiter oder das Proletariat alles und werden nur von den bürgerlichen Kapitalisten und Leitern der Industrie ausgebeutet, die die Produktion zu ihrem eigenen Nutzen allein betreiben. Daher der Klassenkampf, der mit der Unterdrückung des Bürgertumes und dem Siege des Proletariats enden sollte, das — vom bedrückenden Joche kapitalistischer Autorität und von ungebührlichen Forderungen befreit — freudigen Herzens die Industrien weit mehr im Interesse der Allgemeinheit fortführen und selbst den Nutzen der neuen Werte genießen wird, die es auch bisher geschaffen, die ihm aber von den Kapitalisten geraubt worden waren.

Diese Annahmen waren in Rußland bis zum April 1918 durch sechs Monate auf die Probe gestellt worden. Der Klassenkampf hatte mit dem Siege des Proletariats geendet, das zur Macht gelangt und mit der Herrschaft über die Industrien betraut worden war. Das Ergebnis war ein

[1]) „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht", Seiten 19, 35, 51, 52, 56.

vollständiger Fehlschlag. Weit davon entfernt, die auf sie gesetzten Hoffnungen zu rechtfertigen, hatten sich die Proletarier unfähig gezeigt, die Industrien zu leiten, und, anstatt besser und gewissenhafter für die Allgemeinheit zu arbeiten, hatten sie nur an sich gedacht und waren fauler und nachlässiger denn je gewesen. So erwies es sich denn als notwendig, sie abermals unter die Autorität von Männern zu stellen, die sich auf die Leitung der Industrien verstanden, und sie einer strengen, eisernen Disziplin zu unterwerfen, nebstbei aber einen persönlichen Anreiz zur Arbeit zu schaffen, indem man sie nach ihren Leistungen bezahlte.

Lenin hatte die Entdeckung gemacht, daß Verwaltung und Buchführung eine besondere Arbeit darstellen, die eigene Kenntnisse erfordert, wie sie weder die Sozialisten noch das Proletariat besitzen, die daher aus dem erzielten Gewinn (Produktionsüberschuß) bezahlt werden müsse. Er hatte das früher nicht gewußt, weil auch Marx, von dem seine Ideen stammten, es nicht gewußt hatte. Er kam ferner darauf, daß die Menschen von Natur aus faul seien und der Disziplin sowie eines Anspornes bedürften, um überhaupt zu arbeiten. Er hatte einiges gelernt, sein Vertrauen in das Proletariat war nun erschüttert. Aber er hatte nicht alles gelernt, was ihn seine ersten Erfahrungen hätten lehren sollen, die in Wirklichkeit alle seinen Versuchen zugrunde gelegten Behauptungen der sozialistischen Theorie, besonders aber die Ansicht von der Überlegenheit des Proletariates über die Bourgeoisie über den Hauf warfen. Er dachte immer noch, daß die Mängel durch die von ihm angegebenen Maßregeln behoben werden könnten, daß die Schwierigkeiten vorübergehender Natur seien und das Proletariat imstande sein würde, die notwendigen Kenntnisse zu erwerben, so daß es sich später

einmal wieder von jeder Einflußnahme der Bourgeoisie werde freimachen können. In der Zwischenzeit glaubte er die notwendige Disziplin durch staatlichen Zwang aufrechterhalten zu können. Er irrte damit, wie die Folge zeigte, und bereitete sich selbst nur weitere Enttäuschungen, da er an Irrtümern festhielt und die Frage nicht ganz erfaßte. Wie ich sofort erkannte, als ich seine Rede vom Jahre 1918 zum erstenmal las, hatte er keine Aussicht auf Erfolg.

Der Krach kam zu Anfang des Jahres 1921, herbeigeführt durch die zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse, wie sie sich in den bereits angeführten statistischen Daten spiegelt. Und wieder anerkannte Lenin, daß die eigenen Fehler seiner Partei daran schuld seien und daß deren Wirtschaftspolitik abgeändert werden müsse. Öffentlich behandelte er die Angelegenheit zum ersten Male am 15. März 1921 auf dem 10. Kongreß der Kommunistischen Partei. Vorher hatte er seine Ansichten dem Zentralausschusse vorgetragen, der sie, wie gewöhnlich, billigte. Dem Kongreß kamen sie aber offenbar etwas befremdlich vor, so daß sie zuerst einigem Widerspruch begegneten. Lenin begann damit, die gebieterische Notwendigkeit einer die Landbevölkerung zufriedenstellenden Politik darzulegen; hievon hänge der Bestand der Sowjet-Regierung ab:

„Wir wissen, daß — so lange nicht auch in andern Ländern die Revolution ausgebrochen ist — nur eine Verständigung mit den Bauern die soziale Revolution in Rußland sichern kann.... Unsere Mittel sind beschränkt, aber wir müssen die Mittelklasse der Landbevölkerung zufriedenstellen[1])." Er sagte ferner: „Ein Kommunist, der es für

[1]) Lenin, „Complete Works", Band XVIII, I. Teil, Seite 138, zitiert vom Internationalen Arbeitsamt („The Co-operative Movement", Seite 80.)

möglich gehalten hat, die wirtschaftliche Grundlage des Ackerbaues in drei Jahren abzuändern, muß ein Träumer gewesen sein," und: „Die Leute, die voll der besten Absichten von Dorf zu Dorf gewandert sind, um Arbeitsgemeinden zu gründen und gemeinwirtschaftliche Unternehmungen ins Leben zu rufen, haben nichts von der Landwirtschaft verstanden." Er schloß, daß es nur zwei Wege gäbe, die Lage des kleinen Landwirtes zu verbessern, wie zur Wiederbelebung der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung wäre, und zwar: „Er muß eine gewisse Handelsfreiheit genießen und mit den notwendigen Waren versorgt werden."

„Wenn durch Einführung des freien Handels der Staat instand gesetzt würde, im Austausch gegen Industrieerzeugnisse eine bestimmte Menge von Brotgetreide zu erlangen, und wenn dieses Quantum für die Bedürfnisse der Städte und Industrien ausreichte, so wäre das wirtschaftliche System wieder aufgerichtet...[1])"

Dies war das Problem, das man die „Schere" nannte, die Frage nämlich, wie man die beiden Klingen — landwirtschaftliche und industrielle Produktion — einander anpassen könnte.

In den seinen Ausführungen folgenden Erörterungen wurde ihm entgegengehalten, daß die Wiedereinführung des Handels unzweifelhaft zur Wiederauferstehung des Kleinbürgertums und des Kapitalismus führen müßte, und er gab es auch zu:

„Es ist nutzlos, die Tatsache nicht sehen zu wollen... Freier Handel ermutigt die Kapitalsbildung; darüber kommt man nicht hinweg, und wer da behauptet, daß die Sache anders liegt, verschwendet nur seinen Atem[2])."

---

[1]) „The Co-operative Movement in Russia", Seite 81.

[2]) Op. cit., Seite 84.

Lenin verteidigte seinen Vorschlag, indem er die ganze Frage auf eine weitere Basis stellte. Er sagte, eine Änderung der Wirtschaftspolitik sei nicht nur wegen der Lage der Landbezirke, sondern wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates notwendig. Und sein Wille geschah, wie immer. Die einzige klare Entscheidung aber, die damals (März 1921) getroffen wurde, war die Verordnung, durch die die bisherige zwangsweise Eintreibung von Lebensmitteln, Rohmaterialien und Futterstoffen abgeschafft und dafür eine Abgabe (Steuer) in Naturalien eingeführt wurde, die jedoch höher sein sollte als die bisherige Zwangsleistung. Dieser erste Schritt zog andre nach sich, und die neue Wirtschaftspolitik wurde im Laufe dieses Sommers unter dem tragischen Drucke der Hungersnot, die die Notwendigkeit eines Wechsels unleugbar erscheinen ließ, stufenweise ausgebaut. Am 17. Oktober 1921 hielt Lenin die berühmte Rede, die ein volles Eingeständnis seiner Irrtümer und Fehlschläge enthält. Diese bei einer Konferenz „Politischer Erzieher" gehaltene Rede wurde am 19. Oktober in der „Iswestia" (dem amtlichen Organ der russischen Regierung) veröffentlicht, und eine Übersetzung erschien in „The Socialist Review", der von Mr. J. R. MacDonald herausgegebenen Monatsschrift der „Independent Labour Party" (Unabhängige Arbeiterpartei) im Januar 1922. Es ist notwendig, in diesen Einzelheiten sehr genau zu sein, da es die altgewohnte Praxis gewisser Sozialistenblätter in diesem Lande ist, die Echtheit aller von Rußland kommenden Nachrichten abzuleugnen, die geeignet erscheinen, einen für den Bolschewismus ungünstigen Eindruck zu machen. Ich führe aus der Übersetzung der Independent Labour Party die am meisten ins Auge springenden Stellen, die sich auf den Zu-

sammenbruch des Versuches einer vollen Sozialisierung in Rußland beziehen, an.

Lenin beginnt danach mit einem Hinweis auf die vorgenommene jähe Schwenkung in der Politik, die mehr Elemente der alten Ordnung einbezog, als bisher. Als Grund dafür führte er die Erkenntnis an, daß sich die Annahme, man könnte von dem alten Regime direkt zu einer Kontrolle der Produktion und zu deren Verteilung nach kommunistischen Grundsätzen übergehen, als falsch erwiesen habe. Er erinnerte, fortfahrend, an einige zu Beginn des Jahres 1918 aufgestellte Grundsätze, die man — wie er sagte — unglücklicherweise vergessen habe, und gab zu, daß man einen Irrtum begangen habe, „teilweise beeinflußt durch den Aufstand der Tschechoslowaken und den Bürgerkrieg"[1]. Der Fehler wäre gewesen, daß man versucht habe, „unvermittelt zur Erzeugung und Verteilung der Güter nach kommunistischen Grundsätzen überzugehen".

„Wir dachten, die Bauern würden ihr Getreide beitreiben lassen, dieses würde an Fabriken und Werkstätten verteilt werden, so daß wir zu einem System der Produktion und Verteilung nach kommunistischen Grundsätzen zu gelangen vermöchten. Ich sage nicht, daß dies ein wohldurchdachter Plan war, jedenfalls haben wir unglücklicherweise danach gehandelt. Ich sage unglücklicherweise, weil die Erfahrung — schon die Erfahrung kurzer Zeit — das Irrtümliche unseres Planes erkennen ließ, der im Widerspruch zu allem stand, was wir früher über die Notwendigkeit gesagt hatten,

---

[1]) Die vorausgehenden Ausführungen und Lenins Rede über „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" vom April 1918 beweisen, daß der Fehler begangen worden war, bevor diese Ereignisse irgendwelchen Einfluß ausüben konnten, da sie noch gar nicht stattgefunden hatten.

auf dem Wege vom Kapitalismus zum Kommunismus eine Periode sozialistischer Ordnung einzuschalten, da ohne einen solchen Übergang nicht einmal die unterste Stufe des Kommunismus zu erreichen wäre..."

In dieser Zeit haben wir infolge unseres Irrtums eine ernste wirtschaftliche Niederlage erlitten, nach der wir einen strategischen Rückzug antraten.... Es kann kein Zweifel herrschen, daß wir an der wirtschaftlichen Front eine Niederlage, und zwar eine sehr schwere Niederlage erlitten haben. Wir ziehen daher ganz offen die Frage der Einführung einer neuen Wirtschaftspolitik in Betracht...

Der Versuch, den Kommunismus einzuführen, hat uns an der wirtschaftlichen Front eine Niederlage eingetragen, die viel ernster ist als irgendeine, die wir bisher durch Koltschak, Denikin oder Pilsudski erlitten haben. In dieser Periode hat unsere Wirtschaftspolitik, wie sie von den Behörden entworfen worden war, nicht im entferntesten den tatsächlichen Vorgängen in der Masse der Bevölkerung Rechnung getragen, sie war nicht einmal imstande, die Produktion wiederherzustellen. Jeder Versuch dazu wurde auf dem Lande durch die Requisitionen, in den Städten durch die unvermittelte Einführung des Kommunismus zunichte gemacht. Diese Politik ist es, die die schwere wirtschaftliche und politische Krise des Frühjahrs 1921 heraufbeschworen hat.

Hier erlebten wir, vom Standpunkte unserer allgemeinen Politik aus gesehen, eine Niederlage, eine schwere Niederlage und einen Rückzug....

Die neue Wirtschaftspolitik, die an Stelle der Requisitionen eine Abgabe an Naturalien einführt, bedeutet in einem gewissen Maße die Wiederherstellung des Kapitalismus. Bis zu welchem Grade wissen wir nicht. Konzes-

sionen an ausländische Kapitalisten (von denen bisher im Verhältnis zu unseren Angeboten nur sehr wenige erworben wurden) sowie Garantien für das Privatkapital sind nicht mehr und nicht weniger als eine direkte Wiedereinführung des Kapitalismus, und diese Maßnahmen sind mit unserer neuen Wirtschaftspolitik innig verbunden. Das Einstellen der Requisitionen bedeutet für die Bauern die Freiheit des Handels mit dem ihnen nach Leistung der (nur einen geringen Teil des Ertrages erfordernden) Abgaben verbleibenden Produktionsüberschuß. Die Bauernschaft macht die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung aus und bildet das wichtigste Element unserer Volkswirtschaft, so daß es unmöglich ist, einem sich auf Grund dieser Freihandelsmöglichkeit entwickelnden Kapitalismus auszuweichen... Vom strategischen Standpunkte aus handelt es sich hauptsächlich darum, wer bei dieser neuen Lage am besten fahren wird ... Zweifellos und offenbar hat sich dank des Wechsels in unserer Wirtschaftspolitik trotz der fürchterlichen Hungersnot eine Besserung der allgemeinen Lebensbedingungen ergeben[1]). Wenn anderseits der Kapitalismus Nutzen bringt, wird sich die industrielle Produktion und damit das Proletariat heben. Die Kapitalisten werden von unserer neuen Politik profitieren und jenes industrielle Proletariat wieder großziehen, das infolge des Krieges und des wirtschaftlichen Zusammenbruches bei uns als Klasse eigentlich verschwunden

---

[1]) Das ist zwischen März und Oktober, also in der Periode der großen Dürre. Dieses Geständnis ist ungemein lehrreich. Die alte Politik des Kommunismus hatte das Land bei normalen Ernten ruiniert; die teilweise Zulassung des Kapitalismus dagegen hatte schon in sechs Monaten — nach Lenins eigenen Angaben — trotz der schlechtesten Ernte, an die man sich erinnern konnte, eine Besserung zur Folge gehabt.

ist .... Es handelt sich nur darum, wer zuerst am Platze ist. Wenn die Kapitalisten sich früher organisieren, so werden sie die Kommunisten verdrängen — darüber ist kein Wort zu verlieren. Man muß der Sache ins Antlitz schauen. Wer wird der erste am Platze sein? Wird sich die Macht des Proletariats fähig erweisen, mit Hilfe der Bauern die kapitalistischen Herren im Zaume zu halten, so daß der Kapitalismus vom Staate gelenkt werden kann, so daß ein Kapitalismus geschaffen wird, der dem Staate untertan und ihm zu dienen bereit ist? Die Wiederbelebung des persönlichen Interesses ist die Hauptschwierigkeit dabei. Jeder Spezialist muß soweit interessiert werden, daß die Entwicklung der Produktion ihn direkt angeht. Haben wir das getan? Nein, wir haben es verabsäumt. Wir dachten, Erzeugung und Verteilung der Güter würden sich nach den Grundsätzen der Kommunisten in einem Staate mit einem deklassierten Proletariat durchführen lassen. Wir müssen unsere Methode ändern, sonst werden wir das Proletariat nicht dazu bringen, den Übergang zu verstehen. Unser Sturmangriff hat fehlgeschlagen, wir sind zurückgeworfen worden, müssen uns niederlegen, müssen Laufgräben ausheben und Minen bohren. Die gesamte Volkswirtschaft muß auf dem Interesse der Einzelnen aufgebaut werden. Gemeinsame Beratungen müssen weiterhin gepflogen werden, die Verantwortung aber muß eine persönliche sein... Wir haben nicht früh genug erkannt, wieviel den Besprechungen bei Versammlungen überlassen werden kann und was der Regierung anvertraut werden muß. Und die meisten unserer Kongresse sind in eine leere Wortdrescherei ausgeartet. Haltet Versammlungen ab, wenn ihr wollt, aber befehlt ohne das geringste Bedenken, regiert mit festerer Hand, als

der Kapitalist es getan hat, sonst werdet ihr ihn niemals schlagen können. Die Führung muß strenger, muß unerbittlicher sein als früher. In der Roten Armee wurde die Disziplin, nach Monaten voll Besprechungen, ebenso straff wie unter dem alten Regime. Es wurden Strafen eingeführt, wie sie nicht einmal die alte Regierung gekannt, darunter auch die Todesstrafe[1]).

Wenn wir jetzt nicht gut arbeiten, gehen wir alle zum Teufel. Sie werden uns alle hängen und werden recht damit tun, denn, wenn wir versagen, so sind sie es sich schuldig, uns zu hängen."

Bedarf es noch weiterer Beweise dafür, daß die Maschine völlig zusammengebrochen und daß dieser Zusammenbruch durch die falschen Berechnungen und Grundsätze verschuldet war, nach denen sie erbaut worden? Die Verteidiger des Bolschewismus haben kühne Stirnen, doch auch der Kühnste von ihnen wird wohl kaum behaupten, daß er mehr wisse als Lenin.

Untersuchen wir einmal, was eigentlich zusammengebrochen war. Es war das in Rußland an Stelle des Kapitalismus eingeführte Wirtschaftssystem, der sogenannte Kommunismus — das ist eine durch revolutionäre Methoden und unter Gewaltanwendung durchgeführte vollkommene Sozialisierung, wie ich in der Einleitung erklärt habe.

Diese erzielte nicht die erwarteten Wirkungen, sondern ganz andere, die es unmöglich machten, das System aufrechtzuerhalten. Statt wirtschaftlichen Aufschwunges brachte es den wirtschaftlichen Verfall, und zwar weil es auf trüge-

---

[1]) Das räumt mit einer Menge von eifrig verbreiteten Nachrichten über die größere Freiheit und die Milde der bolschewistischen Herrschaft gründlich auf.

rischen Formeln und tatsächlicher Unkenntnis der wirtschaftlichen Kräfte begründet war. Wollte man den Zusammenbruch irgendeiner andern Ursache zuschreiben, so wäre das bloße Sophisterei. Aus dem Kriege war Rußland, dank seinem Reichtum an Naturschätzen, seiner Mäßigkeit und seiner verhältnismäßigen Unabhängigkeit vom Weltmarkte, in einer besseren wirtschaftlichen Verfassung hervorgegangen als irgendein anderes kriegführendes Land. In dieser Beziehung genoß es große Vorteile vor Großbritannien, Deutschland und Österreich. Lenin betonte in seiner obenangeführten Rede vom April 1918 die infolge seiner natürlichen Hilfsquellen günstige Lage Rußlands: „Die russische Sowjetrepublik", sagte er, „befindet sich insoferne in einer günstigen Lage, als das Land — auch noch nach dem Frieden von Brest — über ungeheuere Naturschätze verfügt: Erze im Ural, Brennmaterial in Gestalt der westsibirischen Kohle, Petroleum im Kaukasus und im Südosten, Torf im Zentrum, ungeheuere Reichtümer an Holz, Wasserkräften und chemischen Rohstoffen usw. Die Ausbeute dieser Naturschätze nach den modernsten technischen Methoden wird die Grundlage für einen noch nicht dagewesenen Aufschwung der Produktion bilden[1])". Dennoch kam die Volkswirtschaft Rußlands immer mehr herunter, während andere Länder, die keine solchen Hilfsquellen besaßen, ihre Industrien umgestalteten, den Innenhandel wieder herstellten und allmählich trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge ihre wirtschaftliche Lage verbesserten.

Rußland hatte auch nicht unter Verwüstungen im Kriege gelitten wie Frankreich, Belgien und Polen, dennoch sank es immer tiefer, während diese sich zu erholen begannen.

Es könnte vielleicht noch jemand fragen: Und was war

[1]) „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht", Seite 33.

es mit dem Bürgerkrieg? Vor allem war dieser ein wesentlicher Bestandteil der bolschewistischen Politik und von ihr absichtlich herbeigeführt. Lenin hat wiederholt gesagt: „Eine große Revolution, insbesondere die sozialistische Revolution ist — auch wenn ihr kein äußerer Krieg vorangegangen — ohne innern, das heißt ohne einen Bürgerkrieg, der noch größere Verwüstungen als der Krieg mit einem äußeren Feinde mit sich bringt, nicht denkbar[1])."

„Kein Sozialist oder Anarchist — nennt mir einen beliebigen — wird, wenn er nicht von Sinnen ist, in welcher Versammlung immer zu behaupten wagen, daß man ohne Bürgerkrieg zum Sozialismus gelangen könne[2])."

Der Bürgerkrieg war ein Teil des Programmes, und Lenin dachte an ihn, als er die oben angeführten Äußerungen über Rußlands natürliche Hilfsquellen und den unerhörten Aufschwung machte, zu dem sie führen würden. Aber der Bürgerkrieg kam noch nicht, Lenin hatte ihn im voraus diskontiert. Mit der gleichen Zuversicht aber sprach Trotzky, nachdem er stattgefunden hatte, im Jahre 1920. Dieser schrieb die schwierige wirtschaftliche Lage den Wirkungen des Krieges zu, fuhr aber fort:

„Gleich nachdem das Morgenrot des Friedens uns zu leuchten begonnen — nach der Niederwerfung Koltschaks, Judenitsch' und Denikins — machten wir uns an das Problem einer möglichst vollkommenen Organisation der Wirtschaft. Und schon nach drei oder vier Monaten intensivster Arbeit auf diesem Gebiete hat es sich mit einer jeden Zweifel ausschließenden Klarheit gezeigt, daß die Sowjetregierung dank ihrem innigen Zusammenhange mit den Volksmassen,

---

[1]) „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht", Seite 44.

[2]) „Der Kampf um das Brot", Seite 34.

dank der Elastizität ihres Apparates und ihrem eigenen revolutionären Unternehmungsgeist über Hilfsmittel und Pläne für den Wiederaufbau verfügt, wie sie keine andere Regierung jemals besaß oder heute besitzt[1]).".

Das wurde im Mai 1920 geschrieben und schon im darauffolgenden März führte Lenin in der oben geschilderten Weise und mit der angeführten Begründung die „Neue Wirtschaftspolitik" ein. Was war aus Trotzkys zuversichtlichen Voraussagen und aus den unvergleichlichen Hilfsquellen geworden, mit denen er geprahlt hatte? Wenn man seine Behauptungen im Lichte von Lenins späteren Eingeständnissen liest, so erscheinen sie wie bitterer Hohn — besonders was den „innigen Zusammenhang mit den Volksmassen" und die „Elastizität des Apparates" anbelangt. Lenin selbst schreibt die Schuld am Zusammenbruche nicht den zerstörenden Wirkungen des Bürgerkrieges zu, sondern der eigenen verfehlten Politik, die seiner Meinung nach allerdings auf eine oder die andere Weise durch den Bürgerkrieg beeinflußt war. — Was die beiden ganz verschiedenen Dinge miteinander zu tun haben, ist freilich ohne nähere Erklärung unverständlich. Warum sollte sie gerade der Krieg auf ihre früheren wirtschaftlichen Grundsätze vergessen lassen haben? Wie dem auch immer sei und welche Zusammenhänge immer man herstellen möchte, der Fehlschlag wurde jedenfalls von ihrem Schöpfer selbst der Wirtschaftspolitik zugeschrieben, und das von ihm vorgeschlagene Heilmittel war ein Wechsel dieser Politik. Das ist nicht zu bestreiten. Wenn aber die Politik nicht an dem Mißerfolge schuld gewesen wäre, warum sollte man sie dann ändern?

---

[1]) L. Trotzky, „The Defence of Terrorism" („Verteidigung des Terrorismus") Seite 121.

Wenn Zerstörungen industrieller Anlagen durch die Weiße Armee als eine Erklärung für die Mißerfolge vorgeschoben wurden, so geschah dies erst nachträglich, und es entsprach nicht den Tatsachen. Das einzige Industriegebiet, das von den militärischen Operationen berührt wurde, war der Bergwerksbezirk des Südens, und dort waren nach den Angaben der Bolschewiken aus jener Zeit alle Anlagen in vollkommener Ordnung, als die Kommunisten von dem Gebiete Besitz ergriffen. Sie alle arbeiteten noch im Jahre 1921, und erst, als zu Ende des Jahres die Regierung mit der „Konzentration der Produktion" begann, wurden einige der Werke geschlossen[1]).

Über die Kohlengruben des Donetzbeckens, des Hauptkohlenbezirkes, berichtete Rabinowitsch, ein Beamter des Bergamtes, ausführlich an den „Gosplan" (Staatsamt für wissenschaftliche Betriebsführung), daß die Donetzniederung mit allem Nötigen ausgestattet sei, und daß es genug Unterkünfte für die Arbeiter gebe[2]).

In Rußland war ebenso wie in allen andern kriegführenden Ländern während des Krieges die Produktion durch Heranziehung der neuesten technischen Einrichtungen erheblich gefördert und gesteigert worden. Diese alle, sowie große Vorräte aller Art standen der bolschewistischen Regierung zur Verfügung. Daß man sie gar nicht oder höchstens zur Ausrüstung der Roten Armee ausgenützt hat, war allein der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. Im Donetzbecken gab es vor dem Kriege 1200 Kohlengruben; ihre Zahl war im Jahre

---

[1]) „L'Économie Nationale de la Russie en 1921—22", herausgegeben von der „Economicheskaia Zhizn" und angeführt in „La Russie sous le Régime Communiste'" Seite 315.

[2]) „Economicheskaia Zhizn", Nr. 65, 1922.

1917 auf 1600 angewachsen, da man zahlreiche kleine Unternehmungen von Bauern einbezogen hatte. An bedeutenderen Gruben waren ungefähr 900 vorhanden. Diese blieben alle in Betrieb, doch die Förderung verminderte sich ungeheuer. In den Jahren 1920 und 1921 waren im ganzen noch 959 Gruben[1]) im Betrieb. Die oben angeführten zuversichtlichen Voraussagen Trotzkys im Jahre 1920 schalten die Entschuldigung, daß der Fehlschlag einem Mangel an Mitteln zuzuschreiben gewesen sei, vollkommen aus. Die Lage und ihre Ursachen werden in einem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes zusammenfassend sehr gut dargestellt, und zwar in der Schrift „The Co-operative Movement in Russia", 1925, Seite 79:

„Der wirtschaftliche Niedergang erreichte seinen Höhepunkt zu Beginn des Jahres 1921. Das System zwangsweiser Eintreibung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Beschlagnahme hatte unter der Bauernschaft Verwirrung gestiftet und großes Unheil angerichtet. Die Fläche bebauten Landes war sehr zurückgegangen, da die Bauern wegen der Aufhebung des freien Handels nicht mehr produzieren wollten, als sie für ihren eigenen Bedarf brauchten. Jeglicher Überschuß an Brotfrucht wurde von den Landwirten sorgsam versteckt, auf daß er nicht der Requisition durch die Fassungsabteilungen anheimfalle. Auch das Vieh war der Beschlagnahme unterworfen, weshalb die Landleute vorzogen, es zu schlachten und selbst zu verzehren und nur so viel an lebenden Tieren zu behalten, als ihnen für die Fortführung ihrer Wirtschaft unumgänglich notwendig erschien. Selbst als man die requirierten Güter an Ort und Stelle bezahlte, hatte das keinen großen Erfolg, denn das

[1]) L'Économie Nationale de la Russie", Seite 72.

Geld wurde so rasch entwertet, daß die Landleute nicht imstande waren, sich dafür Waren zu kaufen.

Das hatte zur Folge, daß die Städte eigentlich einer Blockade seitens der Landbezirke ausgesetzt waren und in den städtischen Bezirken ein steter Lebensmittelmangel herrschte. Die Arbeiter verließen massenhaft die Fabriken und Werkstätten und kehrten in ihre Heimatdörfer zurück.

Überdies hatten der zunehmende Abgang an Arbeitskräften in den Städten, der Mangel an Rohstoffen, der Verfall von Maschinen und Werkzeugen, die ungeschickte, bürokratische Leitung der verstaatlichten Betriebe durch zahlreiche „Zentralausschüsse" (es gab deren nicht weniger als sechzig) zu einem industriellen Chaos geführt. Die Produktion war in erheblichem Maße zurückgegangen; sie reichte nicht einmal mehr aus, den Bauern die Mittel zu einer vernunftgemäßen Bodenbearbeitung zu schaffen. Schließlich führte die Desorganisation der Verkehrsmittel eine vollkommene Unterbrechung der Verbindung zwischen den einzelnen Teilen des Landes herbei."

II. Kapitel

Rußland von 1921 bis 1925

Die „Nep", Neue Wirtschaftspolitik. — Aus der im ersten Kapitel angeführten Rede Lenins vom Oktober 1921 geht klar hervor, daß er beabsichtigt hatte, den freien Handel und private Unternehmungen — das ist den Kapitalismus — in einem gewissen Ausmaße wieder zuzulassen. Diese sollten jedoch nur untergeordnete Wirtschaftsfaktoren vorstellen, während im übrigen die Grundsätze des Sozialismus aufrecht erhalten werden und alle Hauptindustrien sowie der ganze Außenhandel in der Hand des Staates verbleiben sollten. Man nannte das „Staatskapitalismus", anscheinend weil das System einen gewissen, vom Staate abhängigen Kapitalismus in sich schloß. Gewöhnlich aber nennt man es „Staatssozialismus" oder „Kollektivismus", was ein System bedeutet, in dem der Besitz und die Beherrschung der Industrie oder doch des größten Teiles derselben dem Staate übertragen ist, während im übrigen die bestehende Ordnung unberührt gelassen wird. Der Unterschied in der Wortbildung erklärt sich aus dem Umstande, daß man in Rußland die Lage von dem Standpunkte des vorhergegangenen, völlig sozialistischen Regimes aus betrachtete, während sie sonst vom Standpunkte des bestehenden kapitalistischen Systems aus gesehen wird. In jenem Falle

war das Eindringen des Kapitalismus, in diesem bildet das des Sozialismus die Neuerung. Tatsächlich kommt es auf dasselbe heraus, und es erheben sich bei beiden die gleichen wirtschaftlichen Fragen, wenn man von gewissen Verschiedenheiten absieht, die mit den verschiedenen Ausgangspunkten zusammenhängen. Es folgt daraus, daß die neue russische Wirtschaftspolitik ein Beispiel für die Auswirkungen eines Systems bietet, wie es andere Sozialisten einführen wollten. Was war nun sein Erfolg gewesen?

Wenn auch der erste Schritt auf dem neuen Wege nicht mehr bedeutete als eine den Landleuten erteilte Bewilligung, ihre überschüssigen Erzeugnisse zu verkaufen, zog er doch auch andre Änderungen nach sich, die allmählich in hohem Grade den von der Regierung gestützten wirtschaftlichen Aufbau beeinflußten. Lenin hatte das offenbar vorausgesehen und befürchtet, daß dadurch auch das politische System als solches gefährdet werden könnte. Die zahlreichen darauf gefolgten Kurswechsel in der Politik und das ewige Hin- und Herpendeln zwischen Bewilligung und Verbot privater Unternehmungen, wie es von 1921 bis heute an der Tagesordnung ist, sind ein Ausdruck für das Ringen zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und dem Festhalten an den Resten des bolschewistischen Systems.

Der den Bauern zugestandene freie Handel mit ihren Erzeugnissen erforderte die Wiedereinführung von Märkten und der Geldwirtschaft. Die Regierung hatte den offenen Markt unterdrückt und hatte, wenn es ihr auch nicht gelungen war, ihr Ziel zu erreichen und das Geld ganz abzuschaffen, dessen Gebrauch im Handel doch in hohem Maße eingeschränkt und durch ein System des Warenaustausches ersetzt, das sich jedoch von der sogenannten „primitiven" oder

„natürlichen“ Wirtschaft unterschied, indem es zentral organisiert und von den Regierungsdepartements und ihren Agenturen in bürokratischer Weise geleitet wurde. All das wurde von der neuen Politik beeinflußt, die noch einmal einem gelähmten und herabgekommenen Körper neues Leben einhauchte und ihn zur Tätigkeit antrieb. Die Wiedereröffnung des Marktes ließ das Spiel von Angebot und Nachfrage wieder aufleben, das zu Anstrengungen aneiferte. In der Periode des Kommunismus, während der das Bestreben bestand, Produktion und Verbrauch zu berechnen und in gegenseitiger Anpassung zu regeln, hatte es keinen Ansporn für Anstrengungen gegeben. Damals arbeiteten alle unter Zwang, und natürlich leistete keiner mehr, als er mußte. Übrigens waren alle Berechnungen falsch gewesen. Der Innenhandel hing davon ab, ob es gelang, die zwei Klingen der Schere zur Übereinstimmung zu bringen. Die Stadt brauchte Lebensmittel und Rohstoffe, die Dörfer verlangten nach Manufakturwaren. Keinem wurde mit dem Nötigen gedient, und die Anstrengungen wurden daher immer geringer. Als aber der Markt wieder eröffnet wurde, bot sich beiden Teilen eine günstige Gelegenheit, und es tauchten alsbald Händler auf, die als Bindeglied zwischen ihnen die Versorgung mit dem Notwendigen durchführten.

Das blieb nicht ohne Rückwirkung auf die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften, die zu Verteilungsbehörden der Regierung geworden waren und in dieser Eigenschaft ihren Charakter und ihren Wirkungskreis vollständig geändert hatten, ähnlich wie die Gewerkschaften, die sich zu Produktionsbehörden des Staates umgebildet hatten. Die Umwandlung der letzteren ist bereits erwähnt worden; sie waren zu Zwangseinrichtungen geworden, denen alle städtischen Ar-

beiter angehören mußten, und dienten dem Zwecke der Militarisierung der Arbeit. Die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften, die sich sehr entwickelt hatten, waren in eine ähnliche Lage zurückgedrängt worden. Auch sie hatten allen Anstrich von Freiheit verloren, waren zu Zwangsorganisationen geworden und hatten gleichzeitig andre Funktionen übernehmen müssen. „Statt aus der Initiative des Volkes hervorzugehen, waren sie Konsumentenverbände geworden, die der Staat errichtete, und denen jedes Mitglied der Bevölkerung angehören mußte... Die Einlagen der Mitglieder wurden abgeschafft und staatliche Fonds traten an Stelle des Einlagekapitals. Infolge der Einstellung des privaten Handels gab es keine Rabatte und kein Zinsenerträgnis mehr. Damit diese gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften den ihnen von der kommunistischen Politik zugedachten Aufgaben gewachsen wären, wurden ihre verschiedenen Formen in eine einzige staatliche Organisation zusammengefaßt. Da gleichzeitig der Staat sich alle Kreditoperationen selbst vorbehielt und die Tätigkeit der Privatindustrie auf ein Minimum beschränkte, wurden die Kreditgenossenschaften tatsächlich aufgelassen, während die Produktionsgenossenschaften fast völlig verschwanden. Aber auch die Arbeit der gemeinwirtschaftlichen Konsumentenverbände wurde von Grund aus geändert. Da die Handelsfreiheit unterbunden war, konnten sich diese Gesellschaften nicht länger mit kaufmännischen Geschäften befassen. Sie beschränkten sich darauf, das Publikum zu versorgen und die lebensnotwendigen Dinge nach den Weisungen der Behörden zu verteilen. Diese übertriebene Zentralisation und Bürokratisierung hatten auch in dieser Bewegung die gleiche Wirkung wie auf allen andern Gebieten: die industrielle und landwirtschaftliche Produktion sank auf ein

sehr tiefes Niveau herab, und die Nation als Ganzes verbrauchte viel mehr, als sie erzeugte. Das System staatlicher Versorgung, das an Stelle des freien Gütertausches getreten war, funktionierte nicht gut... Unter diesen Verhältnissen konnte die gemeinwirtschaftliche Bewegung ihre Aufgabe, als Zentrale für Beschaffung und Verteilung der notwendigen Güter zu dienen, nicht erfüllen... Sie war unfähig, die Bevölkerung mit den allernotwendigsten Artikeln zu versorgen und der sich immer mehr verbreitenden Niedergeschlagenheit entgegenzuwirken, die das ganze Wirtschaftssystem gefährdete[1])."

Dieser Bericht, der eine große Menge von offiziellen Angaben zusammenfaßt, ist im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Sozialismus und gemeinwirtschaftlicher Bewegung von großem Interesse. Alle sozialistischen Entwürfe ziehen gemeinwirtschaftliche Gesellschaften in Rechnung, doch herrschen über diese verschiedene Ansichten. Einige betrachten sie als mindestens halbsozialistische Einrichtungen, andre nicht. Die Bolschewiken waren der zweiten Meinung. Die russischen Kommunisten fanden, daß sie mit dem Sozialismus nichts gemein hätten, sondern eine Form des Kapitalismus darstellten, da sie auf den Grundlagen des Privatbesitzes und der Privatunternehmungen aufgebaut seien und nur den Zweck hätten, ihre Mitglieder vor gewissen Mißbräuchen des Kapitalismus zu schützen. Doch auch die Bolschewiken beabsichtigten, wie andre Sozialisten es tun, von ihnen Gebrauch zu machen und sie in ihr System einzubeziehen. Dies führten sie in der angegebenen Weise und mit den geschilderten Erfolgen durch, und zwar sehr gegen den Willen der

[1]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia", Seiten 335—336 (Internationales Arbeitsamt, 1925).

Gesellschaften selbst, die dagegen wohl protestierten, sich aber fügen mußten. Das Vorgehen der Regierung verwandelte sie in Bestandteile der Staatsmaschine und tötete ihre Lebensgeister. Tatsächlich gingen sie als Gesellschaften zugrunde, und die einzige überlebende Einrichtung war die „Centresoyus“ (Zentralverband der gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften).

Folgerichtigerweise waren sie nicht imstande, die ihnen in der neuen Wirtschaftspolitik zugedachte Rolle auszufüllen, nämlich auch weiter als staatliche Organe für den Warenaustausch zu wirken, sie hatten ja die bisherige Monopolstellung eingebüßt, da die Wiedereröffnung der Märkte und die Wiederaufnahme des Privathandels den freien Wettbewerb wieder zur Geltung gebracht hatten. Dieser bildete einen Anreiz zu erhöhter Tätigkeit, aber tote Körper reagieren auf kein Reizmittel. Dagegen machte sich die Rückwirkung beim Privathandel sehr fühlbar. Man hatte beabsichtigt, diesen nur örtlich und in bescheidenstem Ausmaße zuzulassen, die großen Handelsgeschäfte aber auch weiter dem Staate und seinen Organen vorzubehalten. Doch der den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Drucke von Angebot und Nachfrage entsprechende Freihandel konnte nicht so beschränkt werden. Er breitete sich aus, und die Erweiterung des Marktes zog die Wiedereinführung des Geldes als des wichtigsten Hilfsmittels des Güteraustausches nach sich. Gleichzeitig trat die Nachfrage nach Kapital und Kredit wieder hervor, und die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften konnten sie nicht befriedigen. Die Mitgliedereinlagen waren abgeschafft worden, als die Mitgliedschaft eine zwangsweise geworden, und einen Kredit auf Warenvorräte konnten sie nicht erlangen, weil keine solchen vorhanden waren. Der Staat hatte auf-

gehört, sie zu finanzieren, und Banken gab es noch keine; erst die Wiederbelebung des Marktes führte gegen Ende des Jahres 1921 zu ihrer neuerlichen Eröffnung. Die Staatsbank wurde im November eröffnet, und eine Genossenschaftsbank im Februar 1922. So sehen wir den Wirtschaftsapparat durch die Wiedereröffnung des offenen Marktes und deren unvermeidliche Folgen neu belebt. Aber alles Leben war beim Privathandel. Das hatte seine Rückwirkungen auf die gemeinwirtschaftlichen und staatlichen Unternehmungen und zwang sie zu erhöhter Tätigkeit.

Während des Jahres 1922 traten beide auf den offenen Markt, um sich an dem gewöhnlichen Handel zu beteiligen. Die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften, die immer von neuem Kredite brauchten, waren gezwungen, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern, um den Umsatz ihres geborgten Kapitals zu vergrößern, was sie veranlaßte, sich am allgemeinen Handel zu beteiligen und ohne Rücksicht auf ihre eigenen Mitglieder neuen Kunden nachzulaufen. Sie nahmen das Motto an „Handel um des Handels willen“ und handelten mit Gütern jeder Art, solange sie ihr Kapital vermehren konnten. Und sie blieben nicht allein bei ihrer Jagd nach Gewinn, bald schlossen sich ihnen im Wettbewerb verschiedene neuerstandene staatliche Handelsgesellschaften an.

Zu Ende des Jahres 1921 wurde dem Obersten Wirtschaftsrate ein Zentral-Handelsamt unterstellt, das den Staatsindustrien aufhelfen sollte. Es sollte ein Bindeglied zwischen den einzelnen Betrieben vorstellen, auf dem offenen Markte Rohmaterial und Maschinen für sie ankaufen und gemeinwirtschaftliche Unternehmungen und private Händler en gros beliefern. Bald wurde auch daraus eine große, neue Bürokratie. Überdies aber bestanden zahlreiche, den

verschiedenen Staatsdepartements angegliederte Handelsgesellschaften, die in einzelnen Fällen auch Privatkapitel zuließen. Der offene Markt lud die staatlichen Unternehmungen und öffentlichen Einrichtungen, die alle dem Bankrott nahe waren, zu kaufmännischer Betätigung ein, und sie beeilten sich, die Gelegenheit wahrzunehmen. „Bald gab es keine Anstalt, kein Kommissariat und keinen Trust, mit einem Worte keine staatliche Körperschaft mehr, die nicht ihre eigene Handelsabteilung errichtet und versucht hätte, Geschäfte zu machen[1]." Der Oberste Wirtschaftsrat hatte neun solche, der Verproviantierungsausschuß fünf, die Ministerien für Volksgesundheit, Unterricht und Landwirtschaft jedes eine, und auch die Provinzialregierungen richteten sich welche ein. „Alle diese Handelsdienste standen miteinander in gegenseitigem Wettbewerb, jeder verlangte für sich ein Monopol für die eigenen Erzeugnisse am heimischen Markte, und jeder verfolgte seine eigene Handelspolitik." Sie alle, wie auch die mit ihnen im Wettbewerb stehenden gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften wendeten sich an private Händler, die mehr Barzahlungen leisteten und weniger Kredit in Anspruch nahmen und infolge der größeren Elastizität und Anpassungsfähigkeit ihrer Unternehmungen und ihrer Beziehungen zu den Kunden die größte Unterstützung bei dem Bestreben boten, die Produkte der verstaatlichten Industrien auf den Markt zu bringen. Diese Händler waren die besten Vermittler zwischen Erzeugern und Verbrauchern, wie dies immer der Fall gewesen. Aus denselben Gründen trugen sie auch viel dazu bei, das Handwerk wieder zu beleben, indem sie den Arbeitern auf dem Lande Material lieferten und deren Erzeugnisse in der Stadt verkauften.

[1]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia", Seite 115.

Die verhältnismäßige Ausbreitung des Privathandels zu Ende des Jahres 1923 ergibt sich aus den statistischen Daten, die eine eigene vom Statistischen Zentralbureau veranstaltete Zählung der Handelsunternehmungen lieferte. Die nachstehend wiedergegebene Tabelle stellt die Anzahl der staatlichen, gemeinwirtschaftlichen und privaten Unternehmungen, ihren Umsatz und die Zahl der von ihnen beschäftigten Angestellten für das Geschäftsjahr 1922/1923 in ihrem gegenseitigen Verhältnisse dar:

Handelsunternehmungen, 1922—1923

Anzahl der Unternehmungen		in %	Umsatz	in %	Zahl der Angestellten	in %
Staatliche	11915	2,6	576089	22,6	74328	14,6
Gemeinwirtschaftliche	27678	6,1	294298	11,6	71749	14,2
Private	420366	91,3	1667565	65,8	358352	71,2

Zu Ende des Jahres 1923 besorgte der Privathandel 64% aller kommerziellen Geschäfte, doch am größten war sein Anteil natürlich am Detailhandel, von dem er 83% an sich gerissen hatte. Sein Anteil an dem Großhandel, der soweit als möglich den staatlichen Anstalten vorbehalten worden war, betrug 14% und an kleineren Engros-Geschäften 50%. Im Februar 1924 ließ der staatliche Textiltrust mehr als 56% seiner Verkäufe durch private Händler tätigen[1]). Ihre überlegene Tüchtigkeit wurde von Dzerzhinsky, dem Haupt des Obersten Wirtschaftsrates, und von Rykoff, dem Präsidenten des „Rates der Volkskommissäre" (der

[1]) „Econ. Zhizn", vom 12. Januar und 8. März 1924.

gegenwärtigen Regierung), anläßlich der Industrie- und Verkehrsmittelkonferenz anerkannt; sie führten Zahlen an, die bewiesen, daß die privaten Händler für ihre Dienstleistung bei der Vermittlung zwischen Erzeugern und Verbrauchern nur 5—15% verlangten, während die staatlichen Organe 50—100% forderten[1]).

Die Führer der Sowjets waren in betreff des Erfolges des Privathandels einer Meinung, es gab nicht zwei verschiedene Ansichten darüber. Der Kommissär für den Innenhandel sagte, daß der Privathandel in gewissen Zweigen geradezu eine Monopolstellung einnehme. In Moskau und Petrograd lägen fast 90% des Fleisch- und Viehhandels usw. in privaten Händen. Im April 1924 sagte dieselbe maßgebende Persönlichkeit:

„Die bemerkenswerteste Erscheinung der letzten Zeit ist die Ausdehnung des privaten Handels, der jetzt den inländischen Markt, besonders was die Gegenstände des täglichen Verbrauches und Textilwaren anbelangt, vollkommen beherrscht. Er ist im Begriffe, auch das Monopol der Lieferung der Großhandelswaren an die privaten Detailhändler an sich zu reißen, die in der Praxis das ganze Detailgeschäft der Sowjetunion besorgen."

Andere Departementsvorstände drückten ähnliche Ansichten aus. Im Januar 1924 wies Sokolowsky, der Vertreter des Obersten Wirtschaftsrates, anläßlich der bereits erwähnten Konferenz auf die Fortschritte der privaten Unternehmungen im Großhandel hin, die sich in erfolgreichem Wettbewerb mit den staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Konzernen durchsetzten:

„Es ist offensichtlich, daß das Privatkapital während des

[1]) „Econ. Zhizn", Nr. 42, 56, 57, 120.

letzten Jahres einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen hat. Vor zwölf Monaten lagen nur 5—6% des Großhandels in den Händen privater Firmen, heute sind es bereits 15%. Der Detailhandel ist eine Quelle des Reichtums für den privaten Kapitalisten. Es hat schon vielfach Reibungen zwischen staatlichen, gemeinwirtschaftlichen und privaten Unternehmungen gegeben. Obwohl das Bestehen eines staatlichen Großhandels in unserem Lande eine notwendige Begleiterscheinung des Staatskapitalismus und der Sozialisierung der Industrie — die ein mächtiges Handelskapital in der Hand der Regierung vorstellt — ist, beginnt der private Unternehmungsgeist bereits hinreichend Kapital aus dem Gewinne des Kleinhandels anzuhäufen, um im Großhandel wieder Fuß zu fassen."

Smilga, ein andrer hoher Funktionär, berichtete ebenfalls über die Vorherrschaft privater Unternehmungen im Detailhandel mit der Landbevölkerung und gab der Befürchtung Ausdruck, sie könnten den Handel mit den Landbezirken vollkommen monopolisieren: „denn das gemeinwirtschaftliche System hat bisher völlig versagt, was zwischen uns und unserem Hauptkonsumenten, dem offenen Markte, dessen Bedarf in stetem Anwachsen begriffen ist, eine Schranke aufrichtet."

Kurz gesagt, die von Lenin vorausgesehene Möglichkeit begann sich zu verwirklichen. Privater Unternehmungsgeist war im Begriffe, den Staat und die gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen auf kaufmännischem Gebiete zu schlagen und sie trotz ihrer privilegierten Stellung zu verdrängen. Die Meinung der Gewerkschaften, die seit 1922 aufgehört hatten, Zwangsvereinigungen zu sein und sich allmählich wieder ihrer ursprünglichen Aufgabe des Schutzes der Interessen

ihrer Mitglieder zuwendeten, ist in ihrem amtlichen Organe, „Trood“, vom 19. April 1924 niedergelegt:

„Wenn die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen nur ein Viertel des Bedarfes der Arbeiter decken können, wenn sie im Handel untüchtig sind und die Wünsche ihrer Kunden nicht berücksichtigen, wenn sie unfähig sind, den Käufern höflich entgegenzukommen, ihre übermäßigen Preise und ihre unnützen Ausgaben herabzusetzen, wer wird dann noch daran glauben, daß sie sich lediglich deshalb bessern würden, weil die Arbeiter gezwungen wären, alle ihre Einkäufe in den gemeinwirtschaftlichen Läden zu machen? ... Während es uns bisher nicht gelungen ist, den Markt zu erobern, hat der Privathandel eine für die Allgemeinheit nützliche Tätigkeit entfaltet[1].“

Dies wurde als Protest gegen einen Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei geschrieben, einen Feldzug gegen den Privathandel zu eröffnen und ihn zum Vorteile der staatlichen Handelskonzerne und der gemeinwirtschaftlichen Bewegung vom Markte zu verdrängen. Während nämlich die Führer der Sowjets mit Worten den wirtschaftlichen Leistungen und der Nützlichkeit des Privathandels Anerkennung zollten, beabsichtigten sie, ihn zu drosseln, womit sie auch bereits begonnen hatten. Die einfache Tatsache war, daß er sich als zu erfolgreich erwiesen hatte und nicht nur die Existenz ihres künstlich aufgebauten Wirtschaftssystems, sondern auch die des damit engverbundenen politischen Systems gefährdete. Innerhalb der kommunistischen Partei, die der Führung durch Lenin verlustig gegangen war, gingen die Meinungen über die einzuschlagende Politik auseinander. Einige befürworteten die vollkommene Unter-

[1]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia“, Seite 310.

drückung des Privathandels und die zwangsweise Monopolisierung des gesamten Detailhandels zugunsten der staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Organisationen. Gegen diese Politik eben protestierten die Gewerkschaften. Andere, und unter ihnen Kameneff, waren einer gemäßigteren Ansicht, sie rieten von jeder gewaltsamen Störung des Marktes ab. Diese erwarteten sich eher von einschränkenden Maßnahmen und von einer Stärkung und Entwicklung der andern Handelsunternehmungen einen fortschreitenden Erfolg in der Richtung der Zurückdrängung des Privathandels. Auf dem 13. Kongreß der kommunistischen Partei trug diese Anschauung den Sieg davon, und der daraus erwachsene Beschluß kann einer Aufgabe „des Sozialismus für unsere Zeit" gleichgewertet werden, da man anerkannte, daß „der Übergang von der neuen Wirtschaftspolitik zum sozialistischen System notwendigerweise ein langwährender und schwieriger sein würde", und daß seine Durchführung „Dekaden, wenn nicht mehr" in Anspruch nehmen würde[1])."

Der gegen den Privathandel eröffnete Feldzug hatte damals zwei Seiten, eine negative und eine positive: zu jener gehörten die zur Einschränkung des Privathandels ergriffenen Maßnahmen, zu dieser die Bemühungen um eine Reform der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen. Diese wieder umfaßten Maßnahmen zur Dezentralisation der Verwaltung, Verringerung des Personals der Anstalten, Befreiung vom bürokratischen Geiste, Förderung der persönlichen Initiative, ferner zum Studium der Wünsche der Mitgliederschaft, zum Anlocken der Arbeiter- und Bauersfrauen und zur Erweiterung der Propaganda. Vorstehende Liste von Heilmitteln weist auf die bestehenden Übelstände hin, die ja im allgemeinen der

[1]) „Econ. Zhizn", 1. Juni 1924.

Nachteil aller staatlichen Unternehmungen sind. Die russischen gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen aber waren während der Periode des Kommunismus vollständig zerrüttet worden und erlangten unter der Herrschaft der neuen Wirtschaftspolitik nicht genug Bewegungsfreiheit, um wieder genesen zu können. Es ging ihnen im Gegenteil immer schlechter.

„Nicht eines der zu Anfang des Jahres 1924 ins Auge gefaßten, die Konsumgesellschaften betreffenden Probleme, deren Lösung für den Erfolg der Bewegung und für die Hebung der staatlichen Industrien als wesentlich betrachtet worden waren, hatte bis zum Ende des Jahres eine Erledigung gefunden. Im Gegenteil, die Finanzlage der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hatte sich nur noch schlechter gestaltet, ihre geschäftlichen Methoden waren nur noch unbefriedigender als vorher geworden und der Wahlspruch: ‚Handel um des Handels willen‘ wurde mehr befolgt als je . . . Man war allgemein der Ansicht, daß die seit 1924 eingeführte Neue Wirtschaftspolitik die Schwierigkeiten der gemeinwirtschaftlichen Bewegung vermehrt hatte [1].“

Die andre Waffe der Kommunisten in dem im Jahre 1924 eingeleiteten Feldzuge gegen die Privatunternehmungen, nämlich die staatlichen Unternehmungen, erwies sich nicht erfolgreicher. Zweck der neuen Wirtschaftspolitik war es gewesen, den Verkauf der Erzeugnisse der Staatsindustrien durch eine Annäherung zwischen Fabrik und Verbraucher zu erleichtern. Man hatte gehofft, dadurch die Unkosten zu verringern, die Preise herabzudrücken und die kaufmännische Tätigkeit behufs Verstärkung des arbeitenden Ka-

[1] „The Co-operative Movement in Soviet Russia“, Seite 324.

pitals zu fördern. „Tatsächlich hat die neue Politik zu gerade entgegengesetzten Ergebnissen geführt[1].“

Kurz gesagt, die positive oder dem Wiederaufbau geltende Seite der Neuen Wirtschaftspolitik führte zu einem vollkommenen Mißerfolg; sie brachte nur noch größere Unordnung und Untüchtigkeit mit sich. Das Ganze aber wurde noch verschlimmert durch die Ergebnisse ihrer negativen Seite, der direkt auf die Einschränkung, wenn schon nicht auf vollkommene Ausschaltung des Privathandels gerichteten Maßnahmen. Die Sowjet-Regierung war immer erfolgreicher in zerstörender als in aufbauender Tätigkeit, und so war es auch in diesem Falle. Das Kommissariat für den Innenhandel war mit der Durchführung der Vorschriften betraut, und die „Ogpu“, als Nachfolgerin der alten Tscheka, unterstützte es dabei mit den alten Mitteln der Spionage, Denunziation, Verhaftungen, Strafen, Konfiskationen und Ausweisungen. Die staatlichen Trusts durften den privaten Händlern keine Waren zu den laufenden Preisen abgeben, die Händler wurden mit ihren Geschäften auf bestimmte Gebiete beschränkt, die Eröffnungsstunden wurden zum Nachteil der Privatgeschäfte geregelt, Mieten, Zinsen und Steuern wurden für sie erhöht[2]. Angeblich wollte man durch all diese Maßnahmen der Profitmacherei und der Spekulation steuern und die Preise herabdrücken, aber nur insoferne, als Privatunternehmungen in Betracht kamen. Die staatlichen Konzerne und die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen huldigten nicht weniger als bisher der Profitmacherei und der Spekulation, und die Preise gingen nicht herab. Die wirkliche Absicht jedoch, die, wie auf dem 13. Kon-

[1]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia“, Seite 325.
[2]) „La Russie sous le régime Communiste“, Seite 349.

greß offen erklärt worden war, dahin zielte, den Privathandel zu unterdrücken, wurde wenigstens teilweise erreicht. Während des Jahres 1924 wurden ungefähr 250 000 Geschäfte gesperrt und der Anteil des Privathandels am Gesamtgeschäfte fiel laut amtlicher Daten von 64% auf 39,3%. Konfiskationen in der Höhe von annähernd 400 000 000 Goldrubel wurden vorgenommen. Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes zweifelt, ob der Privathandel wirklich so sehr zurückgegangen sei, wie die amtlichen Ausweise erkennen ließen. Diese waren nämlich auf die Zahl der ausgegebenen Bewilligungen gegründet, während viele Händler keine Lizenzen mehr nahmen, ihr Geschäft jedoch in irgendeiner andern Form weiterführten. Immerhin erscheint es unzweifelhaft, daß 250 000 Läden geschlossen wurden. Das Kommissariat für Staatsfinanzen drückte sein Bedauern darüber aus, daß 250 000 Steuerzahler ausgefallen und durch „bankrotte gemeinwirtschaftliche Unternehmungen und staatliche Konzerne, die schlechte Zahler sind," ersetzt worden seien.

Der Erfolg alles dessen war, daß den Behörden abermals der Wert und die Notwendigkeit der Privatunternehmungen vor Augen geführt wurde. Weder die gemeinwirtschaftlichen Institute noch die staatlichen Unternehmungen konnten ohne private Händler auskommen, wie sich trotz der gegen Ende des Jahres 1924 in erhöhtem Maße gegen sie angewendeten Unterdrückungspolitik erwiesen hatte. Die amtliche Zeitung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten stellte im November fest: „Bei der allzuplötzlichen Verlegung des Schwerpunktes nach den gemeinwirtschaftlichen Organisationen hin hat man vergessen, eine zur Erhaltung des Gleichgewichtes notwendige Stütze zu beschaffen, an deren Stelle jetzt als Er-

satz der private Händler herangezogen wird, der sich besser als irgend jemand andrer neuen Verhältnissen anzupassen weiß[1])." Die staatlichen Konzerne selbst schlossen ihre Geschäfte lieber mit Privathändlern als mit den gemeinwirtschaftlichen Instituten ab, da diese ganz unfähig und unzuverlässig waren und hauptsächlich oder ganz auf Borg kauften, während „die Geschäfte mit privaten Händlern fast immer gegen Barzahlung abgewickelt wurden oder doch nur sehr wenig Kreditgewährung erforderten"[2]). Die Lage gegen Ende des Jahres 1924, um welche Zeit die Frage in den amtlichen Volkswirtschaftsblättern sehr viel besprochen wurde, wird von dem Internationalen Arbeitsamte in nachstehenden Sätzen zusammengefaßt:

„Die neue Wirtschaftspolitik bedeutete daher eine Verschlimmerung der ohnehin schon sehr kritischen Lage der staatlichen Handels- und Industrieorganisationen sowie der gemeinwirtschaftlichen Bewegung. In der staatlichen Industrie nahm die Krise hauptsächlich die Form eines argen Kapitalmangels an, der die Zunahme der Produktion behinderte, die Unterlassung der notwendigen Reparaturen und Neuerungen zur Folge hatte und es unmöglich machte, die allgemeinen Unkosten zu vermindern, die Löhne regelmäßig auszuzahlen und die erzeugten Waren zu verwerten[3])."

Eine Änderung der Politik war unvermeidlich geworden und wurde allgemein gefordert; man gab freimütig zu, daß man einen Schnitzer gemacht hatte und daß das Privatkapital in höherem Maße herangezogen werden müsse. Zu Be-

---

[1]) A. Sulaieff in dem Blatte „Torgovo-Promyshlennaia Gazeta" vom 21. November 1924.

[2]) „Econ. Zhizn" vom 26. November 1924.

[3]) „The Co-operative Movement in Soviet Russia", Seite 330.

ginn des Jahres 1925 wurde das Problem zur Diskussion gestellt, es fanden Konferenzen der leitenden Politiker und Beamten darüber statt. Im Januar schon beschäftigte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit der Frage, wobei es anerkannte, daß etwas geschehen müsse. Die Mehrheit dieser Versammlung jedoch war eher für eine Reform der Verwaltung als für eine ausdrückliche Umstellung in der Politik. Der daraus hervorgegangene Beschluß war mehr durch politische als wirtschaftliche Erwägungen bestimmt und wurde von den volkswirtschaftlichen Fachmännern, die einen praktischeren Standpunkt einnahmen und einen wirklichen Wechsel befürworteten, nicht gebilligt. Bei den darauffolgenden Konferenzen der Departements gewann ihre Anschauung die Oberhand. Dzerzhinsky, das Oberhaupt des Obersten Wirtschaftsrates, sagte ganz offen: „Wir können ohne den privaten Händler im Kleinhandel nicht auskommen." Sowohl er als auch Kameneff sahen in der weiteren Verfolgung ihrer verhaßten Politik eine größere Gefahr als in ihrer Abänderung. Dzerzhinsky meinte: „Wir werden eine uns feindliche Gewalt ins Leben rufen, wenn wir die Bevölkerung nach Waren hungern lassen und unsere Erzeugnisse zu fabelhaft hohen Preisen verkaufen." Kameneff sagte mit Bezug auf die Schließung von 250000 Läden, daß nach den Berichten aus der Provinz dadurch eine „geschäftliche Wüstenei" geschaffen worden sei, und daß es daher notwendig wäre, das Privatkapital von neuem zur Mitwirkung heranzuziehen. Im Hinblick auf die Gefährlichkeit dieser Maßregel führte er aus: „Wenn man mich fragen würde, was ich der sozialistischen Sache für gefährlicher halte, eine wirtschaftliche Wüstenei oder den Einfluß des Privatkapitals, so würde ich ohne Zögern antworten,

daß die Wüste weitaus das Gefährlichere sei[1])." Er kannte die Stimmung der Landbevölkerung, deren Interessen in dem Kampfe gegen den Privathandel aufgeopfert wurden, deren Gegnerschaft aber die Regierung nicht ertragen konnte. Er sagte, die Bauern seien gegen jede die Produktion erschwerende Maßregel. Natürlich: jedermann ist es! Produktion ist das Hauptbedürfnis jedes Volkes, und dieses naive Eingeständnis, daß die sozialistische Politik ihr entgegenwirke und der Mithilfe des Kapitalismus bedürfe, verurteilt eigentlich die ganze Sache.

Die veränderte Haltung der Regierung fand einen deutlicheren Ausdruck in einer am 30. März 1925 abgehaltenen Konferenz, zu der zum ersten Male private Händler zugelassen wurden. Der amtliche Berichterstatter Smilga sagte, die bis vor kurzem befolgte Politik hätte einen beachtenswerten Rückgang des Privathandels herbeigeführt, der sowohl auf den Geschäftsgang im allgemeinen als auch auf die staatlichen Industrien ungünstig eingewirkt habe. Man vermöge das Problem, Stadt und Land „zusammenzuschweißen", nicht ohne Heranziehung des Privatkapitals zu wirtschaftlicher Betätigung zu lösen, und es sei daher notwendig, die Politik zu ändern. Die Privathändler sollten von den staatlichen Industrien ebenso behandelt werden wie die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, es sollten ihnen von den Banken Kredite gewährt werden, die ihre Tätigkeit einschränkenden amtlichen Verordnungen sollten aufgehoben und ihre Besteuerung herabgesetzt werden. Ferner wäre dem privaten Geschäftsmanne eine gesetzliche Garantie für die Sicherheit seines Geschäftes, seines Eigentums und seiner Person zu gewähren[2]).

[1]) „Econ. Zhizn" vom 2. April 1925.
[2]) „Econ. Zhizn" vom 2. April 1925.

Gegen diese Beschlüsse nahmen wieder die gemeinwirtschaftlichen Institute Stellung, und es folgten weitere Konferenzen. Schließlich kam es zu einer Art von Vergleich. Der Rat für Arbeit und Verteidigung entschied, daß den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen durch eine Staatsunterstützung aufgeholfen, den Privathändlern aber die von Smilga vorgeschlagenen Erleichterungen gewährt werden sollen.

Der im Mai 1925 zusammengetretene 14. Kongreß der Kommunistischen Partei billigte in allgemein gehaltenen Ausdrücken die Politik, die Beziehungen zu den Privathändlern auszubauen und den wohlhabenderen Landwirten gewisse Privilegien zu gewähren, „weil der gemeinwirtschaftliche und staatliche Handel nicht in der Lage seien, dem wachsenden Umfange der Geschäfte gerecht zu werden, so daß für den Privathandel ein beträchtlicher Raum offen bleibe." Es wurde jedoch ausdrücklich festgestellt, daß dieser Beschluß nicht als eine Änderung der Haltung gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen ausgelegt werden dürfe, die nach wie vor der hauptsächliche Vermittler zwischen dem Staate, den kleinen Produzenten und den Verbrauchern bleiben, jedoch reformiert und mit ihren eigenen Schwierigkeiten selbst fertig werden müßten, „die hauptsächlich auf die Unfähigkeit, ihre Tätigkeit den Mitteln anzupassen, auf die Unbeständigkeit ihrer Organisationsformen und Einrichtungen, die hohen Preise ihrer Waren usw. zurückzuführen seien"[1]).

Tatsächlich bedeutete dieser Beschluß eine gewisse Milderung der gegen den Freihandel gerichteten Maßnahmen, begleitet von erneuten Versuchen, die Leistungsfähigkeit der ge-

[1]) „Econ. Zhizn" vom 2. Juni 1925.

meinwirtschaftlichen Institutionen zu heben. Es scheint, daß niemals wirklich Schritte unternommen wurden, den privaten Händlern die von Smilga vorgeschlagenen Rechte zu verleihen, bestimmt aber nicht zur Schaffung der erwähnten gesetzlichen Garantien, die mit dem politischen System ganz unvereinbar gewesen wären. Die Änderung der Politik war rein negativ. Anderseits konnte von einer Verbesserung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wenig erwartet werden, da die Grundursache der aufgezählten Mißstände noch immer fortbestand. Es war dies die Zerrüttung, die ihre Umwandlung in aller Unabhängigkeit, Initiative und alles persönlichen Interesses beraubte staatliche Körperschaften mit sich gebracht hatte. Die Wirkungen dieser Maßregel wurden auch durch die Neue Wirtschaftspolitik nicht aufgehoben, da diese sie weder wirklich von ihrer Fessel befreite noch das psychologische Moment ihrer Unterstellung unter die Staatsgewalt aufhob, von der sie Befehle zu bekommen und jeden Augenblick Hilfe zu erhalten gewohnt waren.

Das Ergebnis der Wandlung der Politik vom Jahre 1925 war also eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen und ein Nachlassen des Feldzuges gegen den Privathandel; man konnte eben ohne ihn nicht auskommen. Doch zeigte sich durchaus kein Nachlassen des Bestrebens, ohne ihn auszukommen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse zwangen abermals zu einem Halt auf dem Wege zur teilweisen Sozialisierung, wie sie vorher zu einem Stillstand auf dem Wege zur vollständigen Sozialisierung gezwungen hatten. Der Umstand aber, daß man immer noch an der Lehrmeinung festhielt, beweist, daß es die Maschine selbst war, die zusammengebrochen, und nicht der Wille. Inzwischen hatte immerhin

die teilweise Sozialisierung sich besser bewährt als die vollständige; das heißt, unter der Neuen Wirtschaftspolitik oder dem Staatskapitalismus hatte sich die Lage doch einigermaßen gebessert. Das kann summarisch auf statistischem Wege nachgewiesen werden, wobei die Bewegung klarer vor Augen geführt wird, wenn die schon angeführten Daten aus früherer Zeit wiederholt werden. Die Zahlen sind vom Internationalen Arbeitsamt nach Veröffentlichungen der Sowjetbehörden zusammengestellt. Wir wollen mit der landwirtschaftlichen Produktion beginnen, wobei zu bemerken wäre, daß das Land im Jahre 1916 von Arbeitskräften entblößt war und die Jahre 1921 und 1924 sehr schlechte Ernten gebracht haben. Nachstehende Zahlen bezeichnen den Ertrag an Bodenprodukten in Prozenten des Ertrages vom Jahre 1913, dessen Ertrag an jeder Sorte als hundert Einheiten angenommen wurde.

Landwirtschaftliche Produktion:

(1913 = 100)

Jahr	Brotfrucht	Flachs	Hanf	Tabak	Zuckerrübe
1916	71	63	51	42,0	80,0
1920	42	17	39	4,0	7,8
1921	36	15	39	4,0	4,5
1922	47	22	58	6,3	16,0
1923	60	32	75	58,0	24,0
1024	55	44	74	49,2	27,0

Auf den ersten Blick erkennt man einen bedeutenden Rückgang zwischen den Jahren 1916 und 1921 und eine deutliche Erholung zwischen 1921 und 1924. Der Ertrag an

Hanf und Tabak überschritt den der Kriegszeit, aber der an den wichtigeren Bodenprodukten blieb hinter dem Ertrage der Kriegszeit immer noch weit zurück. Mit Bezug auf den Stand an lebendem Vieh sind keine Daten aus der Zeit vor dem Kriege zu erlangen. In der folgenden Tabelle wird daher der Stand des Jahres 1916 als hundert Einheiten angenommen und nicht der des Jahres 1913:

Lebendes Vieh

(1916=100)

Jahr	Pferde	Rindvieh	Schafe und Ziegen	Schweine	Zusammen
1917	94,5	94,2	96,8	106,2	95,8
1920	76,3	74,3	57,0	75,1	66,1
1921	75,4	75,1	56,5	69,9	66,1
1922	58,1	63,2	49,6	36,2	52,9
1923	63,9	76,5	70,4	47,1	67,5
1924	69,9	92,4	82,6	87,0	83,1

Das schlimmste Jahr ist hier 1922. Es zeigen sich die Nachwirkungen des Jahres 1921, wo viele Tiere wegen Futtermangels umkamen und viele zu Ernährungszwecken geschlachtet wurden. In den Jahren 1923 und 1924 ergab sich eine gute Erholung des Standes an Rindvieh, Schafen und Schweinen, aber die Zahl der Pferde blieb noch immer eine sehr geringe, was ein großes Hindernis für die Bestellung der Felder war. Im Jahre 1925 besaßen 40% der ackerbautreibenden Bevölkerung keine Pferde.

Wenn wir uns der industriellen Produktion zuwenden, werden wir eine ähnliche Bewegung beobachten können.

Die industrielle Produktion
(1912 = 100)

Jahr	Große und mittlere Industrien	Kleine Industrien	Zusammen
1920	13,9	26,4	15,9
1921	18,0	35,4	24,9
1922	28,4	56,8	39,5
1923	34,8	68,5	48,1
1924	40,5	94,5	49,8

Hier fällt der Unterschied zwischen den kleineren und größeren Industrien ins Auge. Jene hatten um 1924 fast das Niveau der Kriegszeit erreicht und machten in diesem Jahre bereits nahezu ein Drittel der Gesamtindustrie aus, während sie früher nur ein Sechstel davon vorstellten. Die großen Industrien sind gewöhnlich die vom Staate betriebenen, während die kleinen meistens das Gebiet privaten Unternehmergeistes bilden. In Wirklichkeit war der erfolgreiche Wettbewerb der kleinen Industrien und besonders der bäuerlichen Hausindustrie, die durch den Ansporn des Privathandels wieder belebt worden waren, einer der Hauptgründe für den Feldzug gegen den freien Handel. Die verderblichen Wirkungen dieses Feldzuges auf die ländlichen Bezirke gehörten wieder zu den Hauptgründen für die bereits angeführten Änderungen in dem Vorgehen gegen den Privathandel. Zu bemerken wäre, daß die staatlichen Industrien selbst im Jahre 1924 noch nicht auf der halben Höhe ihrer Vorkriegsproduktion angelangt waren, obwohl sie sich, seitdem sie im Jahre 1920 eigentlich fast ganz erloschen waren, in bemerkenswertem Maße erholt hatten. In der nachstehenden Tabelle ist die erzeugte Menge verschiedener Warengattun-

gen für mehrere einander folgende Jahre verzeichnet, und zwar in Prozenten der im Jahre 1913 erzeugten Mengen.

Industrielle Produktion
(1913=100)

Produkt	1920	1921—2	1922—3	1923—4
Kohle	26,0	35,0	37,0	49,7
Naphtha	42,0	50,7	56,0	64,6
Eisenerz	1,8	2,0	4,1	10,0
Roheisen	2,7	3,8	7,0	15,7
Guß-Stahl	3,8	4,6	13,0	23,3
Walz-Stahl	5,6	7,0	13,0	19,0
Baumwollgarn	6,7	25,0	41,0	55,0
Baumwollstoffe	2,0	15,7	30,3	43,5
Tabak	48,3	—	36,4	33,7
Zucker	6,3	3,5	13,0	26,5
Salz	—	44,1	62,7	60,7
Papier	17,6	16,6	34,0	57,0
Streichhölzer	—	24,3	3,7	48,6
Öle	—	15,3	40,7	49,2

Einfuhren und Ausfuhren, die beide in den Jahren des Bürgerkrieges auf Null gesunken waren, zeigten seit dem Jahre 1919 den in folgender Tabelle dargestellten Aufschwung:

Auswärtiger Handel
(1913=100)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1920	2,1	0,9
1921	16,9	1,3
1922	33,3	5,3
1922—1923	10,7	8,7
1923—1924	15,1	22,3

Die Angaben über den Import in den Jahren 1921 und 1922 umfassen auch die zur Linderung der Hungersnot eingeführten Gaben, die dem Werte nach im Jahre 1921 10% und im Jahre 1922 40% der Gesamteinfuhr ausmachten.

Jährlicher Ertrag pro Kopf der Bevölkerung in Goldrubeln:

1912	1920	1921	1922
31,79	4,63	5,23	6,52

Verbrauch pro Kopf der Landbevölkerung:

1912	1920—21	1921—22	1922—23
21,31	3,41	4,94	7,72

Nachstehende Tabelle zeigt die Verbesserung der Lohnsätze in der Industrie. Sie ist einem Berichte über „Änderungen der Löhne in verschiedenen Ländern" entnommen, der vom Internationalen Arbeitsamte im Jahre 1926 herausgegeben wurde:

Monatliche Durchschnittslöhne in effektiven Rubeln

Industrie	1913	1922 (Okt.)	1923 (Dez.)	1924 (Dez.)
Metall	43,21	12,14	19,55	27,58
Textil	20,48	8,45	17,04	19,49
Chemische	24,54	12,12	17,66	24,09
Kohlen	41,77	18,21	16,62	20,45
Allgemeiner Durchschnitt	30,49	12,18	18,62	23,54
Eisenbahnen	—	9,40	20,77	24,41
Staatsangestellte	—	—	31,39	34,34

Der Durchschnittslohn, der im Jahre 1922 auf 40% seiner Vorkriegshöhe gesunken war, erreichte also im Jahre 1924 wieder 77% dieser Höhe. Das ist wohl ein gewaltiges Ansteigen, bedeutet aber nicht sehr viel, wenn man die Preise und die Kosten der Lebensführung jener Zeit berücksichtigt. Die Detailpreise waren nämlich im Jahre 1924 auf 209% ihrer Vorkriegshöhe im Jahre 1913 angestiegen, in Moskau sogar auf 236% und die Lebensführungskosten auf 212%[1]). Das heißt, die Lebensführungskosten waren mehr als doppelt so hoch geworden als in der Vorkriegszeit, die Löhne aber betrugen nur drei Viertel der vor dem Kriege üblichen. Um dieses Verhältnis in eine konkrete Form zu kleiden, wäre zu sagen: der Mann, dessen Lohn es ihm ermöglichte, im Jahre 1913 zwölf Laib Brot zu kaufen, konnte im Jahre 1924 nur mehr vier und einen halben Laib anschaffen. Kein andres Land hat auch nur annähernd eine so schlechte Lage in der Zeit nach dem Kriege zu verzeichnen. Und diese wurde noch durch gewöhnlich rückständige Lohnauszahlung verschlimmert. So betrugen im Juni 1924 die Gesamtrückstände an Löhnen 12 000 000 Goldrubel[2]). Dzerzhinsky meldete dem Obersten Wirtschaftsrate, daß in dem mit November 1924 abschließenden Gebarungsjahre nicht ein einziger Monat vergangen sei, der nicht Rückstände in der Lohnauszahlung der Metallindustrie aufzuweisen gehabt hätte, und daß sich diese Rückstände am 17. November 1924 auf 5 750 000 Goldrubel beliefen, was zusammen mit nicht bezahlten Versicherungsprämien eine Summe von 8 000 000 Goldrubel an Gesamtrückständen ergäbe. Ganz ähnliche Verhältnisse herrsch-

[1]) „International Labour Review" („Internationale Arbeiter-Revue"), Band X, Nr. 4, Seite 697.

[2]) „Trood" vom 3. Juni 1924.

ten in der Kohlenindustrie, und der staatliche Zuckertrust war seinen Arbeitern zu Beginn des Jahres 1925 mehr als 5500000 Goldrubel schuldig. Die Auszahlung der Löhne verzögerte sich gewöhnlich um zwei bis sechs Wochen, manchmal aber auch um Monate. Um den Leuten das Leben überhaupt zu ermöglichen, erhielten sie Anweisungen an die gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften. So zahlte die Verwaltung der Donetz-Kohlengruben 60% der Löhne in solchen Anweisungen aus, die nichts andres bedeuteten als ein Wiederaufleben des „Trucksystems"[1]). Aber auch auf diese Art konnten die Leute oft nicht bekommen, was sie brauchten, weil die Unternehmungen nicht imstande waren, es zu liefern.

Über die Zeit seit 1924 sind keine umfassenden statistischen Daten zu erlangen, doch ist es möglich, aus verschiedenen Einzelheiten die spätere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen zu erkennen. Während des Jahres 1925 trat infolge der milderen Politik gegen die Privatunternehmungen eine gewisse allgemeine Besserung ein. Die Ernte, die stets die wirtschaftliche Grundlage des russischen Lebens bildet, war eine gute, und das wurde für die ganze Gemeinschaft fühlbar. Allerdings hatten die Behörden den Ertrag überschätzt, der tatsächlich nicht den erwarteten Überschuß ergab. Der Grund dafür war zweifellos der Zustand bedauerlicher Verlotterung, in den die Landwirtschaft verfallen war und von dem sie sich trotz eines gewissen, seit 1921 zu beobachtenden Fortschrittes noch immer nicht erholt hatte.

Die Agrarpolitik der Bolschewiken ging ursprünglich dahin, die erfolgreicheren Landwirte, die sogenannten Koulaki,

[1]) Anmerkung des Übersetzers: Teilweise Bezahlung des Arbeitslohnes in Waren, die von der Unternehmung geliefert werden.

die das tüchtigste und fleißigste Element der bäuerlichen Bevölkerung bildeten, auf das Niveau der kleineren Besitzer herabzudrücken, dagegen die ärmste Dorfbevölkerung emporzubringen, um so die Lohnarbeit zu verdrängen und einen Zustand der Gleichheit herbeizuführen. Diese Politik spiegelte sich in der Einteilung der Besitze in vier Größenklassen, von denen die erste den Grundbesitz von weniger als 10 Morgen, die zweite den von 10—20 Morgen, die dritte den von 20 bis 45 Morgen und die vierte den von mehr als 45 Morgen Bodenfläche umfaßte[1]). Im Jahre 1920 war der Prozentsatz der Güter über 20 Morgen von 9 auf 1,7% herabgedrückt, der der Besitze unter 10 Morgen dagegen von 58 auf 86% hinaufgebracht worden. Der oben angeführte Rückgang der Produktion während dieser Periode war teilweise diesem Angleichungsprozeß zuzuschreiben, der den Leistungsfähigeren zugunsten des weniger Leistungsfähigen schädigte, der, auch wenn er tüchtig gewesen wäre, gar nicht die Mittel zu einer rationellen Bewirtschaftung besaß. Im Jahre 1925 hatte sich die Lage stark verändert. Die kleinsten Besitze waren von 86 auf 31,3% der Gesamtheit zurückgegangen, die zweite Gruppe (10—20 Morgen) war von 6,5 auf 49,5% und die der Grundstücke über 20 Morgen von 3,5 auf 19,2% angewachsen. Unter dem Einflusse der Neuen Wirtschaftspolitik, die nicht nur den freien Handel wieder einführte, sondern auch das System der Requisitionen durch eine Steuer in Naturalien ersetzte und schließlich im Jahre 1925 auch diese in eine Geldsteuer verwandelte, hatten sich die Landwirte wieder nach Maßgabe ihrer Tüchtigkeit gesondert, und es war eine verhältnismäßig wohlhabende Klasse unter ihnen

[1]) Anmerkung des Übersetzers: Ein acre (Acker oder Morgen) = 4046 Quadratmeter.

entstanden. Anderseits war auch die Lohnarbeit wieder zum Vorschein gekommen. Im Frühjahr 1925 schätzte das Statistische Zentralamt die Zahl der ländlichen Lohnarbeiter, der sogenannten Batraki, auf 800 000, wobei nur die mitgerechnet sind, die ausschließlich für Lohn arbeiteten. Es gab aber noch eine Menge andre, die von ihren Grundstücken nicht leben konnten und das Fehlende durch Arbeit für Fremde erwarben. Die Gewerkschaft der Landarbeiter selbst warb Mitglieder aus der Schichte der Lohnarbeiter an und führte deren nach Angaben der „Trood"[1]) im April 1925 bereits 100 000 in ihren Listen. Die Gesamtzahl der Bauernwirtschaften betrug 22 700 000 und die der landwirtschaftlichen Arbeiter 45 900 000.

Kurz gesagt, es haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Kapitalismus wieder eingestellt, und die Behörden geben sich in dieser Beziehung keinen Trugbildern hin. Sie mußten sowohl auf die Koulaki als auch auf die Batraki Rücksicht nehmen und gaben im April 1925 ein Dekret heraus, mit dem die Lohnarbeiter als solche anerkannt und ihre Stellung geregelt wurde. Anderseits begannen sie einzusehen, daß die tüchtigeren Landwirte zu unterstützen seien und nicht durch allerlei Maßregeln und durch übermäßige Besteuerung bedrückt werden dürften. In dieser Beziehung ist der nachstehende Absatz aus einem Artikel der „Iswestia" vom 29. April 1925 sehr lehrreich:

„Der fleißige Bauer sagt: Was soll ich tun? Ich habe heuer eine Deßjatine mehr angebaut und habe mir zwei Ochsen mehr angeschafft; jetzt bin ich also ein Koulak, ein Feind. Warum läßt man mich nicht meine eigenen Wege gehen? Ich möchte anbauen, so viel ich will (Land dafür ist

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XIV, Nr. 13, Seite 43.

genug vorhanden), und werde sicherlich meine Steuern zahlen. Aber heuer habe ich 240 Pud an Abgaben leisten müssen, so daß mir nur 40 Pud für den eigenen Bedarf geblieben sind. Wie soll ich unter diesen Verhältnissen arbeiten?"

Auf der im Frühjahr 1925 abgehaltenen Konferenz der Kommunistischen Partei sagte Rykoff: „Es muß zugestanden werden, daß sich bei uns die kapitalistischen Verhältnisse sehr rasch wieder einbürgern[1])." Wenn man auch jeder darauf gerichteten Bewegung grundsätzlich entgegentritt und sie schließlich nur widerstrebend zuläßt, hat es sich doch als unmöglich herausgestellt, ohne sie irgendeinen wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen.

Auch in bezug auf die Industrie wurden einige sehr uneinheitliche Verbesserungen eingeführt. Auf der Versammlung des Zentralrates der Gewerkschaften im Februar 1926 sagte Dzerzhinsky, der Präsident des Obersten Wirtschaftsrates, daß sich der Ertrag der Industrien im ganzen während des Geschäftsjahres 1924/1925 im Vergleiche zum Vorjahr um 64% gehoben, aber auch damit noch nicht die Höhe des Ertrages der Vorkriegszeit erreicht habe. Der Wirtschaftsrat hätte einen Plan entworfen, der in dem folgenden Jahr eine abermalige Steigerung um 39% hätte bewirken sollen. Da aber die staatlichen Industrien bereits all ihr verfügbares Kapital erschöpft hätten, wäre der Erfolg von der Bewilligung von Unterstützungen, von der Eröffnung neuer Kredite und von der Einfuhr von Betriebsmitteln aus dem Auslande abgehangen. Unglücklicherweise sei jedoch die Durchführung des Getreide-Ausfuhr-Planes vom Winter 1925/1926 nicht geglückt, so daß man die Einfuhr und die Gewährung von Staatskrediten habe drosseln müssen und

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XIV, Nr. 13, Seite 45.

daher kaum erwarten könne, daß der Ertrag der Industrien den des Vorjahres um mehr als 25% übersteigen werde. Deshalb sei es auch unmöglich, die Löhne im Jahre 1926 zu erhöhen. Diese seien in den letzten sechs Monaten rascher angewachsen als der Ertrag. Infolge der allgemeinen Einführung der Akkordarbeit seien die Leistungen in der Zeit vom Oktober 1924 bis zum Mai 1925 um 31% gestiegen, die Löhne dagegen in dieser Periode gleichgeblieben. Nach Juni 1925 aber wären die Löhne um 14% gestiegen, die individuelle Leistung dagegen sei in den letzten drei Monaten um 5% gefallen. In Anbetracht dieser Umstände sei es nicht nur unmöglich, die Löhne zu erhöhen, sondern es würde sogar äußerst schwierig sein, sie auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten, wenn sich der Ertrag nicht heben sollte[1]).

Die Gewerkschaften ihrerseits schoben die Schuld an dem geringen Ertrag auf schlechtes Material, Havarien, schlechte Leitung, schlappe Disziplin, übermäßige Anstrengungen, schlechte Wohnungen und niedrige Löhne, die noch immer nicht die Höhe der Löhne von 1913 erreicht hätten. (Die Preise waren im Januar 1926 um 100% höher als im Jahre 1913.) Sie meinten, eine Erhöhung der individuellen Leistung durch größere physische Anstrengungen sei nicht zu erwarten, da diese infolge der Einführung von Akkordlöhnen ohnehin schon auf das Äußerste gesteigert worden seien. Sie machten auch auf die ständigen Verspätungen der Lohnauszahlung aufmerksam.

Der zuletztgenannte Übelstand ist für Rußland charakteristisch, er ist allgemein verbreitet und anhaltend. Er wird bei allen Gewerkschaftsversammlungen erwähnt. Auf dem

[1]) „Industrial and Labour Information“, Band XVIII, Nr. 4, Seite 106.

Kongreß der Baugewerkschaften in den Monaten Januar und Februar des Jahres 1926 wurde darüber geklagt, daß die Rückstände oft zwei Monate betrügen. Gleichzeitig wurde die Klage vorgebracht, daß — besonders in staatlichen Unternehmungen — die Praxis geübt werde, für die Arbeit von zehn oder zwölf Stunden nur nach dem für den Achtstundentag gültigen Lohnsatz zu bezahlen, statt für die Überstunden den gesetzlichen anderthalbfachen Stundenlohn zu berechnen. Der Durchschnittslohn in dieser Industrie betrage 72% des Vorkriegslohnes, doch bestehe ein großer Unterschied zwischen geschulten und ungeschulten Arbeitern, und die Löhne der letztgenannten wären ungewöhnlich niedrig. Ein Memorandum des Zentralrates der Gewerkschaften an das Zentral-Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei machte im März 1926 auf die gefährliche Unzufriedenheit aufmerksam, die wegen rückständiger Löhne unter den Industriearbeitern fast aller zentralen Provinzen, des nördlichen Kaukasus und Sibiriens herrsche. Die Lokalbehörden gaben, wie behauptet wurde, das für die Lohnauszahlung empfangene Geld oft für andre Zwecke aus. Und man wandte sich mit der dringenden Aufforderung an Dzerzhinsky, die Rückstände an Löhnen für die Arbeiter der Zuckerindustrie auszahlen zu lassen; diese Rückstände beliefen sich am 10. März 1926 auf 3 000 000 Rubel. Um diese Zeit hatten manche von den staatlichen Zukkerfabriken noch nicht einmal die Löhne für die erste Hälfte Februar ausgezahlt.

Eine andre ständige Beschwerde der Arbeiter betraf die Wohngelegenheiten. Bei dem oben erwähnten Kongreß der Baugewerkschaften berichtete der Zentralausschuß, daß die Wohnungskrise niederschmetternde Erscheinungen gezeitigt habe. In der Ukraine könnten nur 12—30% der Arbei-

ter Unterkünfte finden, und auch diese wären sehr schlecht. In Moskau selbst hätten während der Bauperiode des Jahres 1925 sehr viele Arbeiter im Freien schlafen müssen. An andern Orten hätten sie bis zu ihren Arbeitsplätzen fünf oder sechs Meilen zu gehen gehabt[1]). Unter diesem Übelstande der Wohnungsnot scheinen besonders auch die Metallarbeiter zu leiden gehabt zu haben. Auf ihrem Kongresse im Jahre 1925 kamen alle Vertrauensmänner darauf zu sprechen. Dzerzhinsky sagte, daß die Wohnungsnot tatsächlich eine arge sei, und zwar nicht nur aus Mangel an Geld, sondern auch, weil Baumaterialien nicht in genügenden Mengen zu haben und alle Baugesellschaften durchaus untüchtig seien. Der amtliche Bericht stellte fest, daß der einem Metallarbeiter durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnraum bloß 40% des gesetzlich vorgeschriebenen Minimums (etwa 10 Quadratmeter Bodenfläche) messe. In den Baracken mancher Unternehmungen werde dem Arbeiter gar nur die Hälfte oder ein Viertel dieses Raumes zugewiesen, das ist „weniger Platz, als ein Sarg einnehmen würde". „Es gibt Orte, wo für drei Arbeiter nur ein Bett vorhanden ist, in dem sie abwechselnd schlafen[2])." Wieder anderswo schliefen die Leute unter dem Herd, und ganze Familien lebten in den Werkstätten auf Brettern. Dieselbe Frage wurde auch auf dem Kongresse der Eisenbahner am 10. März 1926 behandelt, wo berichtet wurde, daß kaum für ein Drittel der Eisenbahner Unterkünfte vorhanden seien, so daß viele in außer Dienst gestellten Waggons, andre wieder in einem

---

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XVIII, Nr. 4, Seite 108.

[2]) „Industrial and Labour Information", Band XVII, Nr. 8 Seite 266.

von ihrem Beschäftigungsorte manchmal bis zu sechzig Meilen entfernten Orte wohnen müßten, was sie zwänge, täglich mehrere Stunden im Zuge zu verbringen[1]). Der Kommissär für das Verkehrswesen machte höchst betrübliche Angaben über das rollende Material, die Geleise und die Reparaturwerkstätten und sagte, man dürfe auch keine gute Arbeit erwarten, solange die Stationsbeamten in leeren Lastwägen oder unter Zelten untergebracht wären, die Niederlassungen der Arbeiter aus selbstgegrabenen Höhlen bestünden und der Gehilfe eines Stationsvorstandes weniger Lohn bezöge als ein Taglöhner.

Die Gewerkschaften haben noch manch andre schwerwiegende Beschwerde vorgebracht und sind selbst wieder Gegenstand heftiger Kritiken gewesen. Im vorigen Kapitel wurde einiges über ihre Verfassung und ihre Aufgaben in dem Zeitabschnitte vor 1921 gesagt, während welcher sie Regierungsorgane vorstellten und die Mitgliedschaft eine zwangsweise war. Nach Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik wurde ihre Stellung notwendigerweise eine andre. Die Mitgliedschaft hörte auf, eine zwangsweise zu sein, und die Mitgliederzahl, die im Juli 1921 auf 8 500 000 angestiegen war, fiel zu Beginn des Jahres 1923 bis auf 4 500 000, um dann wieder zuzunehmen und zu Ende des Jahres 1925 abermals auf 8 000 000 anzuschwellen. Man nimmt an, daß die Gewerkschaften 90% aller Arbeitnehmer des Landes vertreten, und sie schließen Kategorien ein, die sonst dem, was man allgemein unter Gewerkschaftswesen versteht, fernstehen. Sie sind nach ihrer Beschäftigung oder Industrie und nicht nach ihrem Handwerk auf der Grundlage von Betriebsräten organisiert. Ihre Aufgaben haben

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XVIII, Nr. 6, Seite 189 und Band XV, Nr. 6, Seite 56.

sich unter der Herrschaft der Neuen Wirtschaftspolitik allmählich geändert, und sie trachteten, langsam wieder zur alten Ordnung zurückzukehren. Sie haben so gut wie aufgehört, einen Einfluß auf die Betriebsleitungen auszuüben, ja es ist ihnen sogar verboten worden, sich in deren Angelegenheiten einzumengen, und sie sehen sich heute darauf beschränkt, die Interessen ihrer Mitglieder als Arbeitnehmer zu wahren, Kollektivverträge abzuschließen und für den Fall von Streitigkeiten mit den Arbeitgebern, sei es nun der Staat oder seien es Privatpersonen, als Vermittler und Schiedsgerichte zu dienen.

Aber die üblen Nachwirkungen der Zeit kommunistischer Herrschaft und allgemeiner Verstaatlichung sind bei ihnen noch ebenso fühlbar wie bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, und sie waren noch nicht imstande, sich von den politischen Einflüssen bei Besetzung amtlicher Posten, vom bürokratischen Geiste und von ihrer Abhängigkeit vom Staate zu befreien. Infolgedessen gelang es ihnen nicht, bei ihren Mitgliedern ehrliche Teilnahme zu erwecken und deren Interessen wirksam zu vertreten, während finanzielle Schwierigkeiten und die Fortdauer zahlreicher innerer Mißbräuche ihr Ansehen schmälerten. Diese Verhältnisse führten im Sommer des Jahres 1925 zu einer Krise, die den Zentralrat veranlaßte, ein Rundschreiben zu erlassen, in dem er gründliche Reformen forderte. Die bestehenden Übelstände wurden von Andreieff, dem Sekretär des Zentralrates und Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, in einer von ihm am 1. Juli 1925[1]) gehaltenen Rede offen und in allen Einzelheiten geschildert.

---

[1]) Siehe „Trood“ (die Zeitung der Gewerkschaften) vom 19. Juli 1925 und den Auszug daraus in „Industrial and Labour Information“, Band XV, Nr. 10, Seite 12.

Er sagte, die Beamten der Gewerkschaften hätten alle Fühlung mit den Arbeitermassen verloren und aufgehört, diesen gegenüber irgendeine Verantwortlichkeit zu empfinden. Sie hätten sich ganz darauf beschränkt, die Befehle der höheren Gewerkschafts- oder kommunistischen Organisationen auszuführen, und fühlten sich nur ihnen verantwortlich. Er wies auf mehrere ernste Streitigkeiten und Streiks hin, die im Frühling in gewissen staatlichen Unternehmungen vorgekommen waren, und schob die Schuld auf den bürokratischen Geist, auf die Untätigkeit und die Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaftsbeamten sowie auf den ihnen eigentümlichen Mangel an Verständnis für den Arbeiter. Dann wendete er sich nachgenannten besonderen Mißbräuchen zu: der finanziellen Korruption (bei allen Gewerkschafts-Versammlungen der letzten Zeit sei festgestellt worden, daß Unterschleife, Veruntreuungen, unerlaubte Darlehensgewährungen und ähnliches erschreckend häufig vorgekommen, von den Ausschüssen aber mit einem an Mitschuld grenzenden Wohlwollen betrachtet worden seien); einer durch die selbstherrliche Art der Verwaltung der Gewerkschaften, die es mit sich bringe, daß nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder ihren Beitrag zahlten, hervorgerufene Apathie der Arbeiter; der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung; der Neigung der Betriebsräte, in den staatlichen Industrien in Verwaltungsfragen gegen das Interesse der Arbeiter Stellung zu nehmen, und ihr Bestreben, selbst Verwaltungsorgane zu werden; schließlich dem Mißbrauche „freiwilliger Zuwendungen" an verschiedene Organisationen, denen die Mitglieder beizutreten gezwungen werden.

Der Zentralrat machte sich in seinem Rundschreiben alle diese Anklagen zu eigen und legte darin die Grundzüge der

beabsichtigten Reformen fest, die unter anderem eine Herabsetzung der Verwaltungskosten, eine finanzielle Kontrolle und ein demokratischeres Wahlsystem vorsahen. Aus alledem geht hervor, daß die Leitung der Gewerkschaften noch immer stark von der Idee beherrscht war, daß diese eher politische, das heißt kommunistische Organisationen als industrielle Körperschaften seien. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei gab im Herbst jene Tatsachen zu und mißbilligte sie entschieden. Er konnte über das Zirkularschreiben der Gewerkschaften nicht hinwegsehen und mußte mit einer im Oktober verfaßten Erklärung auf die Sache eingehen. Diese Resolution anerkannte die Berechtigung der Beschwerden und den Standpunkt der Gewerkschaften und bemerkte:

„Da die Gewerkschaften von der Kommunistischen Partei organisiert sind und geleitet werden, ist es der fehlerhaften Taktik der Kommunistischen Partei und ihrer lokalen Organisationen zuzuschreiben, wenn unter den Gewerkschaftlern Demoralisation und eine große Teilnahmslosigkeit den Gewerkschaften gegenüber herrschen... Die lokalen Organisationen der Partei begehen immer wieder politische Fehler in der Leitung der Gewerkschaften. Diese Mißgriffe können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die kommunistischen Organisationen befolgen eine Politik kleinlicher Einmischung in die normalen Geschäfte der Gewerkschaften.

2. Die kommunistischen Organisationen sind oft leichtfertig bei der Auswahl der zur Leitung der Gewerkschaften zu bestimmenden Personen. Sie wechseln im Widerspruche zu den bestehenden Vorschriften allzuoft die Beamten.

3. Fast alle die Arbeitsbedingungen, Löhne und Kollek-

tivverträge betreffenden Fragen werden den Gewerkschaften aus der Hand genommen und von den kommunistischen Organisationen behandelt[1])."

Der Beschluß wies dann auf die anzuwendende Taktik hin, die auf eine Durchdringung der Gewerkschaften und nicht auf deren Beherrschung abzielen solle, empfahl den Kommunisten, die Ratschläge des Zirkularschreibens zu befolgen und stellte die ganze Frage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses der Partei im Dezember 1925.

Ich erlaube mir an dieser Stelle auf das besondere Interesse hinzuweisen, das diese Entschließung verdient. Sie zeigt in klarster Weise das Verhältnis zwischen den Arbeitern — dem wirklichen Proletariate — und der Kommunistischen Partei; enthüllt die zwischen beiden bestehende Kluft, das Auseinandergehen ihrer Interessen und die Herrschaft der Partei, die die Gewerkschaften organisiert und leitet. Und das sind die Verbände, mit denen der Kongreß Britischer Gewerkschaften (British Trade Union Congress) in einer Einheitsfront zu bleiben wünscht! Eine Einheitsfront gegen wen und was? In Rußland ist die Front hauptsächlich gegen die staatlichen Unternehmungen, die alle größeren Industrien umfassen, und gegen die staatlichen Dienste gerichtet, hier aber gegen die Privatkonzerne. Wie kann es da eine „Einheitsfront" geben? In diesem Zusammenhange ist eine Äußerung Andreieffs erwähnenswert. Dieser sagte in seiner Aufforderung an die Gewerkschaften, die Weisungen des Rundschreibens durchzuführen: „Diesmal handelt es sich nicht nur darum, einen Eindruck auf Fremde zu machen."

[1]) „Trood" vom 17. Oktober 1925 („Industrial and Labour Information", Band XVI, Nr. 7, Seite 14).

Die oben angeführten Reformen scheinen nur sehr unvollständig durchgeführt worden zu sein, besonders was das Prinzip der Gewerkschaftsdemokratie anbelangt. Bei der Generalversammlung des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften im Februar 1926 brachte der Sekretär neuerliche Fälle des alten selbstherrlichen Vorgehens vor, und es kam ein Beschluß zustande, der die Notwendigkeit betonte, endlich die Taktik der kommunistischen Periode (amtliche Aufstellung amtlicher Kandidaten, Verbot jeglicher Kritik usw.) aufzugeben und die Gewerkschaften wirklich demokratisch auszugestalten, indem man den Arbeitern erlauben möge, die Vorzüge und Mängel der Kandidaten zu besprechen, und von der Praxis ablasse, die Zusammensetzung vorschriftsmäßig erwählter gewerkschaftlicher Körperschaften durch verschiedene Mittel wie Zusatzwahlen, Versetzungen usw. zu ändern[1]). Die geheime Wahl blieb immer noch verboten. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage wurde beschlossen, strengste Sparsamkeit walten zu lassen und nebst anderm die Möglichkeit einer Herabsetzung der Beamtenposten in Betracht zu ziehen. Auch der Überfluß an Beamten war eine Erbschaft aus der kommunistischen Periode. Einmal waren auf je 1000 Mitglieder 11 Beamte gekommen, später war der Stand auf 6 oder weniger Angestellte pro 1000 Mitglieder herabgesetzt worden, aber auch das war noch immer viel zu viel.

Ein andres ernstes Problem bildet die Arbeitslosigkeit, die stetig zunimmt. Sie war im Jahre 1924 im Anwachsen, und die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug im Juli dieses Jahres 1 400 000. Im Jahre 1925 fiel sie

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XVII, Nr. 13, Seite 433 („Trood" vom 10. Februar 1926).

etwas, um dann wieder zuzunehmen und im Mai 1926 abermals auf über eine Million zu steigen. Es gibt etwas wie eine Arbeitslosenunterstützung, aber sie ist außerordentlich niedrig, und es sind nur wenige zu ihrem Bezug berechtigt. Trotz der großen Zahl Unbeschäftigter bereitet der Mangel an geschulten Arbeitern ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Er ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitsgesetzgebung der Sowjets die Einrichtung der Lehrlingsjahre eigentlich ganz abgeschafft hat. Dies ist auch eines der Probleme, die das Volkskommissariat für Arbeit jetzt durch die Ausarbeitung eines neuen Gesetzbuches zu lösen trachtet. Das alte nämlich stammt aus dem Jahre 1922, ist aber von einer solchen Menge einander oftmals widersprechenden Verfügungen durchsetzt, daß eigentlich eine chaotische Unordnung darin herrscht. Die Sowjet-Regierung gibt ebenso selbstherrlich wie früher die Minister des Zaren Erlässe heraus, nur noch viel öfter. Die bis Ende des Jahres 1925 erschienenen Erlässe über Arbeiterfragen umfassen nicht weniger als 2000 Druckseiten und haben die ganze Arbeitsgesetzgebung in solche Verwirrung gebracht, daß sie nicht nur für den gewöhnlichen Arbeiter völlig unverständlich ist, sondern daß „nicht einmal die Beamten des Kommissariates für Arbeit oder der Gewerkschaften sich in der unaufhörlich strömenden Flut von Erlässen und Weisungen zurechtzufinden vermögen"[1]).

Viele von den gesetzlichen Bestimmungen haben sich als ganz undurchführbar erwiesen. „Wenn irgendein Versuch unternommen werden würde, die Bestimmungen des Gesetzbuches strikte anzuwenden, so würde man in gewissen Fällen geradezu mit der Nase auf den Unsinn gestoßen werden".

[1]) „Voprosy Trood", Nr. 7 und 8, 1925.

So zum Beispiel „haben die Erfahrungen gezeigt, daß die zum Schutze der Arbeiter vorgesehenen Maßnahmen sehr schwer aufgezwungen werden können und in der Praxis kaum jemals beachtet werden". Ein bezeichnender Fall, der als Beispiel für diese Behauptung angeführt wird, ist der einer Fabrik in Leningrad, wo die Arbeiter so zusammengepferchtsind, daß ihnen kaum Raum zum Arbeiten bleibt, während das Gebäude dermaßen baufällig ist, daß sein Einsturz jeden Augenblick gewärtigt werden muß. „Die Unternehmungen müßten von Grund auf umgeformt werden, wenn man die in der Arbeitergesetzgebung vorgesehenen gesundheitlichen und Sicherheits-Maßnahmen erzwingen wollte. Da der Staat aber nicht das nötige Kapital besitzt, die Unternehmungen umzugestalten oder zu verbessern, können nur die allgemeinsten hygienischen Maßnahmen und die allereinfachsten technischen Sicherheitsmaßregeln vorgeschrieben werden[1])."

Der Volkskommissär für Arbeit hat selbst zugegeben, daß es unmöglich sei, die Durchführung aller Vorschriften zu erzwingen, beklagt sich aber gleichzeitig über „einen unzweifelhaft an den Tag tretenden Mangel guten Willens seitens der staatlichen Unternehmungen und eine gewisse Schwäche der Fabrikinspektoren". Anscheinend waren die Staatsunternehmungen, die alle großen und die meisten mittleren Industrien umfassen, diejenigen, die sich am meisten gegen die Gesetze vergingen. „Werden die Betriebsreglements dieser Unternehmungen auch nur zum tausendsten Teile eingehalten?" fragt der Kommissär. Die, wie er sagt, nicht genügend gebildeten Fabrikinspektoren haben bisher ihre Aufmerksamkeit einzig und allein den Privatunternehmungen zugewendet, die sie mit außerordentlicher Strenge behan-

[1]) Op. cit., Seiten 23—27.

delten, und jeden Besuch der staatlichen Unternehmungen vermieden, „um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen". Infolgedessen zeigt es sich, „daß trotz der krisenhaft großen Arbeitslosigkeit der Zehnstunden-Arbeitstag noch weit verbreitet ist, besonders in der staatlichen Metallindustrie. Es ist wahr, daß diese Erscheinung hauptsächlich wirtschaftlichen Gründen zuzuschreiben ist (sie tritt z. B. ein, wenn die Produktion trotz dem Mangel geeigneter Arbeitskräfte vermehrt werden muß oder solche Arbeitskräfte wegen des Fehlens von Unterkünften nicht in ausreichender Zahl herangezogen werden können), doch sind diese Mißstände hauptsächlich dem völligen Mangel einer richtigen Kontrolle der Arbeitsverhältnisse zu verdanken[1])."

Aber auch die Gesetze selbst waren daran schuld, und die Notwendigkeit ihrer Verbesserung wurde anerkannt. Die wichtigsten Fragen, die dabei in Betracht gezogen werden sollten, waren: der Achtstundentag, dessen allgemeine, uneingeschränkte Einführung sich als undurchführbar erwiesen hatte; der Arbeiterschutz (von dem schon oben gesprochen wurde); die jährlichen Feiertage (deren Zahl herabgesetzt werden sollte); Regelung des Arbeitsmarktes (Aufgabe des Grundsatzes, daß Anstellungen nur durch staatliche Ämter zu vergeben seien, der sich als „ganz ungeeignet" herausgestellt hatte und durch freies Übereinkommen ersetzt werden sollte); das Lehrlingswesen (das mehr zugunsten der Arbeitgeber gestaltet werden sollte); Frauen- und Kinderarbeit (Frauen sollten auch zur Schwer- und Nachtarbeit, Kinder auch zu gefährlichen Beschäftigungen zugelassen werden[2]).

---

[1]) Op. cit., Seite 26.

[2]) Op. cit., Seite 32 und „Industrial and Labour Information", Band XVI, Nr. 11, Seiten 3—7.

Dieses aus dem amtlichen Organ sowie den Reden des Arbeitsministers selbst entnommene Beweismaterial bezeugt, ohne irgendeine Möglichkeit des Widerspruches offen zu lassen, daß in dem Proletarierstaate die Arbeitsverhältnisse nicht nur nicht besser, sondern in materieller Beziehung weitaus schlechter sind als im kapitalistischen; daß die staatlichen Unternehmungen sich die meisten Verstöße gegen die Arbeitsvorschriften zuschulden kommen lassen und daß aus wirtschaftlicher Not die Lebenshaltung herabgedrückt und zu Methoden gegriffen werden mußte, die anderswo schon lange abgeschafft sind. Wenn gefragt wird, wie sich diese Tatsachen mit dem günstigen Eindruck in Übereinstimmung bringen lassen, den so manche Arbeiterdeputation aus andern Ländern bei ihrem Besuche in Rußland gewonnen hat, so findet sich eine sehr einfache Antwort. Man braucht nicht einmal den guten Glauben der Besucher in Zweifel zu ziehen, wenn auch einige ihrer Berichte höchst unaufrichtig waren. Die russischen Kommunisten nämlich sind voll von idealen Plänen und Projekten, die den ihnen sympathisch gegenüberstehenden Zuhörer zu blenden vermögen, und haben einige Paradeinstitute, die als typisch aufgefaßt werden und vielleicht auch typisch für das sind, was sie erzielen möchten, die aber in keiner Weise den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Es kommt nicht nur in Rußland allein vor, daß auf solche Art falsche Eindrücke erweckt werden, doch bildet Rußland in dieser Hinsicht einen ganz besondern Fall. Alle von Begleitpersonen herumgeführten Besucher sind ähnlichen Täuschungen ausgesetzt: man zeigt ihnen etwas ganz Besonderes, und sie meinen: Das also geschieht in Deutschland oder in Amerika oder sonstwo"; sie schließen nach einem einzigen Beispiel auf das Ganze, auch wenn sie nicht aus

tieferen Gründen irregeführt werden sollen, wie dies in Rußland der Fall ist, wo der Hauptzweck politischer Propaganda niemals aus den Augen verloren wird. Der oben angeführte Ausspruch Andreieffs über „das Gerede, um Fremde zu beeinflussen" wirft ein helles Licht auf diesen Gegenstand.

Ein besonderer Kniff, die Mitwelt zu täuschen, besteht darin, daß man auf dem Papier große Summen für soziale Zwecke auswirft, die aber niemals dafür ausgegeben werden oder überhaupt zum Vorschein kommen. Das Erziehungswesen befindet sich nach den unanfechtbaren Angaben Lunatscharskys, des Volkskommissars für das Unterrichtswesen, Frau Lenins und des Lehrerkongresses in einem geradezu verzweifelten Zustande. Im Jahre 1914 gab es 120 000 Elementarschulen, in denen 8 000 000 Kinder unterrichtet wurden. Im Jahre 1924 waren, nach Lunatscharsky, nur noch 40 000 Schulen mit 3 000 000 Schülern vorhanden, und auch von diesen sollten 20 %, je eine unter fünf, geschlossen werden[1]. Viele von den Schulgebäuden waren nur mehr Ruinen, und ihre Ausstattung mit Unterrichtsbehelfen sah dementsprechend aus. Auf je vier Kinder kam ein Buch, und auch das befand sich in schlechtem Zustande. Mehr wollte man wegen des übermäßig hohen Preises nicht anschaffen. Nur eine kleine Zahl von Kindern kam zum Unterrichte, weil die meisten keine Schuhe hatten und die Zimmer im Winter nicht geheizt wurden. Die Bezüge der Lehrer waren geringer als die eines Taglöhners und blieben noch öfter im Rückstand. Jeder Lehrer ist gezwungen, die Arbeit für zwei oder drei Kollegen zu leisten, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen entlassen

[1]) „Iswestia" vom 10. Oktober 1924.

worden sind, so daß er sechs oder sieben Klassen übernehmen und zehn Stunden im Tag arbeiten muß. Die Lehrer haben außerdem noch andere öffentliche Dienste zu versehen und Propaganda zu betreiben; sie werden von den Ortsbehörden tyrannisch behandelt und sind von deren Seite eigenmächtiger Versetzung oder Entlassung ausgesetzt; die ihnen zugewiesenen Unterkünfte sind Ruinen oder so baufällig, daß es lebensgefährlich wäre, darin zu wohnen, so daß ihre Inhaber bei Nachbarn um Aufnahme betteln gehen müssen[1]).

Diese und andere auf dem Lehrerkongreß im Januar des Jahres 1925 ans Licht gekommene Tatsachen verstärkten den Eindruck des von Frau Lenin dem 13. Kongreß der Kommunistischen Partei erstatteten Berichtes, in dem sie gesagt hatte, daß Untersuchungen an Ort und Stelle „ein Bild des Grauens und des Schreckens" zutage förderten. Nach den Angaben der Voprosy Trood, des amtlichen Organs des Unterrichtsdepartements, waren die geschilderten Zustände nicht nur auf einzelne Provinzialgouvernements beschränkt; nein, überall, wo Untersuchungen eingeleitet worden waren, ergab sich die Tatsache, es sei nicht menschenmöglich, daß ein Lehrer in der Provinz lange auf seinem Posten ausharre[2]). Trotzalledem haben Besucher, die in Rußland herumgeführt wurden, gerade das „Erziehungssystem" zum Gegenstand ihrer Lobpreisungen gemacht und es weniger erleuchteten Ländern als bewunderswertes Beispiel vorgehalten.

Die eben erwähnten Enthüllungen haben einiges Aufsehen

---

[1]) „Trood" vom 18. Januar 1925; „Prawda" vom 11. Januar 1925; „Voprosy Trood" Nr. 7 und 8, 1924.

[2]) „Industrial and Labour Information", Band XIII, Nr. 11, Seite 31.

erregt, und man hat seither einige Anstrengungen gemacht, die Zustände zu bessern. Der Labour Press Service (Arbeiter-Pressedienst) wies am 20. Mai 1926 auf „den bemerkenswerten Fortschritt" hin, den die Sowjetbehörden während der letzten Jahre im Unterrichtswesen erzielt haben. Es wurde dabei festgestellt, daß im Budget für das Jahr 1925/1926 eine Summe von 362 900 000 Rubeln für das Unterrichtswesen ausgeworfen worden und die Zahl der Elementarschulen von 52 900 auf 54 700 und die der Mittelschulen von 2416 auf 2513 angestiegen sei. Alles, was darüber gesagt werden kann, ist, daß es ein wenig besser ist als in den Jahren 1923/1924 und 1924/1925. Doch im Jahre 1914 gab es 120 000 Elementar- und über 15 000 Mittelschulen, und diese alle in gutem Zustande. Das Budget für Schulwesen betrug damals 670 000 000 Rubel, und der Rubel war doppelt soviel wert als heute. Der von den Sowjetbehörden erzielte Fortschritt im Unterrichtswesen ist also wirklich bemerkenswert.

Wir wollen hoffen, daß ein Teil jener geringen Besserung der Verhältnisse dazu beigetragen hat, ein wenig Licht in den allerdunkelsten Winkel des Lebens in jenem unglücklichen Lande zu tragen, daß er den armen verlassenen und obdachlosen Kindern zugute gekommen ist, auf deren wirklich grauenvolles Dasein Frau Lenin und Frau Kalinin die Allgemeinheit aufmerksam gemacht haben. Es sind Waisen, die der Bürgerkrieg oder die politischen Hinrichtungen um ihre Eltern gebracht haben, oder Flüchtlinge aus den Gebieten der Hungersnot. Im Jahre 1923 waren nach Frau Lenin bereits 700 000 solcher Kinder registriert, von den nicht vorgemerkten gar nicht zu reden, und die für sie bestimmten Anstalten konnten nicht mehr als 80 000 auf-

nehmen. Seit jener Zeit ist die Zahl noch angewachsen. Nach Frau Kalinins Bericht gab es im letzten Jahre in Moskau allein Zehntausende von solchen Kindern, und — „ganze Armeen von Proletarierkindern sind verdammt, physisch und moralisch zugrunde zu gehen". Sie streifen durch die Gassen und leben von Bettelei, Diebstahl und Prostitution. Der Kommunist, ein Blatt in Charkoff, hat sie folgendermaßen beschrieben:

„Die in Fetzen gehüllten, verhungerten, vom Fieber geschüttelten armen Dinger schlafen unter den für die Asphaltierung der Straßen benützten Teerkesseln, in den Bedürfnisanstalten oder auf Düngerhaufen. Man jagt sie überall weg und prügelt sie. Ihre Wangen sind vom Lupus angefressen und von Wunden bedeckt; sie leiden am Skorbut und ihre Gaumen bluten. Manche sind in einem derart herabgekommenen Zustand, daß sie nicht einmal mehr betteln können."

Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Rußland hat eine herzzerreißende Schilderung gegeben, wie sie auf den Bahnhöfen betteln und wie sich scheußliche Szenen abspielen, wenn die Polizei kleine Kerle von acht bis neun Jahren aufgreift, weil sie entgegen dem Gesetze auf der Straße Zigaretten oder Schuhriemen zu verkaufen trachten. Die ungeheure Zunahme von Verbrechen der Jugendlichen, die offen eingestanden wird und nicht abgeleugnet werden kann, ist hauptsächlich diesen Horden verlassener Kinder zuzuschreiben[1]).

Es wäre leicht, vorstehende Studie über Rußland unter dem Regime der Neuen Wirtschaftspolitik, des Staatskapitalismus, zu erweitern, nach andern Gesichtspunkten auszu-

[1]) „La Russie sous le Régime Communiste", Seiten 177—182.

gestalten und ihr unendlich viele Einzelheiten anzufügen, aber es ist genug gesagt worden, um in großen Zügen zu schildern, was dort vorgegangen. Seit der ganz unmöglichen wirtschaftlichen Lage im Jahre 1921 und seit dem völligen Zusammenbruche des vorher angewendeten Systems haben sich die Verhältnisse einigermaßen gebessert, und es ist eine kleine Erholung zu bemerken. Die teilweise Sozialisierung ist nicht ganz so danebengegangen wie die vollständige. Die geflickte Maschine ist ein wenig besser gelaufen, doch ist sie, ächzend und stöhnend und immer wieder stehenbleibend, nur sehr langsam vorwärtsgekommen, wobei fortwährende Basteleien und Richtungsänderungen notwendig waren. Sie ist ein gar gebrechlich Werk, das keine Aussicht hat, schließlich zum Ziele zu gelangen, sondern in kurzem einen neuen Zusammenbruch erleben muß, wie einige der führenden Leuchten des Kommunismus bereits erkennen.

Es hat sich unter den mehr praktisch veranlagten Männern der Partei eine Gruppe zusammengefunden, die für einen abermaligen Wechsel der Politik eintritt und einen weiteren, zum Kapitalismus zurückführenden Schritt befürwortet, wie Lenin im März 1921 den ersten getan habe. Sie machen die staatlichen Industrien für das wirtschaftliche Elend des Landes verantwortlich und haben damit zweifellos recht, wenn auch die Krankheit durchaus nicht auf sie allein zurückzuführen ist. Es krankt vielmehr das ganze System, und eine gewisse Lebenskraft zeigt sich nur dort, wo sie sich dank der Gewährung einiger persönlicher Freiheit betätigen kann, wie in der kleinen Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft.

Die Staatsindustrien aber sind jedenfalls das schwächste Glied in dem Kettentrieb und, abgesehen von andren Nach-

teilen, dank ihrer großen Wichtigkeit für das Wirtschaftssystem daran schuld, daß eine wirkliche, allgemeine Besserung der Lage nicht durchgreifen kann. Sie sind nach „kaufmännischen Grundsätzen" als Trusts oder Syndikate organisiert worden, jedoch ebenso bürokratisch geblieben wie vorher und sind mit Beamten überlastet, die als Mitglieder der Kommunistischen Partei die Ansicht hegen, ihre Hauptaufgabe sei nicht wirtschaftliche Tätigkeit, sondern die Aufrechterhaltung der kommunistischen Dogmen. Der Metalltrust scheint einer der schlechtesten zu sein. Auf dem letzten Kongreß dieser Gewerkschaft im November 1925 — auf dem 503 Delegierte erschienen, von denen nur 132 wirkliche und 371 Hilfsarbeiter waren — sagte Dzerzhinsky, daß die Industrie bisher nichts anderes gewesen sei, als eine bürokratische Organisation zur Durchführung der vom Staate gegebenen Befehle, daß sie sich weder den neuen Verhältnissen angepaßt noch den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen habe. Der erfolgreichste dieser Trusts ist der der Textilfabriken, der mehr für die Versorgung des Volkes tut und sich mehr der privaten Händler bedient.

Diese staatlichen Trusts, die zahlreichen verläßlichen, wenn auch noch so unfähigen Mitgliedern der Kommunistischen Partei ein gutes Unterkommen sichern, genießen eine Monopolstellung, von der nur die Klein- und Hausindustrie nicht berührt wird. Die Zahl der an fremde Kapitalisten erteilten Konzessionen ist sehr gering, und die Bewerbung darum hat nachgelassen. In den ersten zwei Jahren der Neuen Wirtschaftspolitik gab es 1200 Gesuche und 51 Konzessionserteilungen; im Jahre 1924 stellten sich nur mehr 250 Bewerber ein, von denen neun Konzessionen erhielten, während zehn früher erteilte eingezogen wurden. Der Grund dafür ist der

durchaus einseitige Charakter eines solchen Geschäftes, bei dem sich die Regierung das Recht vorbehält, einen Kontrakt aus dem Grunde aufzulösen, daß er dem Staatsinteresse zuwiderlaufe, den Besitz des Konzessionärs aber durchaus nicht wirklich gegen Requisitionen oder Beschlagnahmen sicherstellt, trotzdem ein solcher Schutz im Gesetze scheinbar ausgesprochen ist. Ein Sowjetführer namens Larin, der in wirtschaftlichen Fragen sehr rührig ist, schilderte auf dem 14. Kongreß der Kommunistischen Partei im April 1925 die Lage mit großer Offenheit wie folgt: „Können wir schwören, daß *wir in zehn oder fünfzehn* Jahren die wohlhabenden Bauern nicht enteignen werden? Wir können ihnen das ebensowenig zuschwören wie den städtischen Kapitalisten. Wir gestatten dem Industriellen, seine Fabrik auszunützen, aber wir wissen es ebensogut wie er, daß eines Tages das sozialistische Regime hergestellt und ihm seine Fabrik von uns abgenommen werden wird. Wenn die Zeit gekommen sein wird, werden wir den Privatbesitz beschlagnahmen, ohne erst neue Beschlüsse fassen zu müssen. Ein einfacher Erlaß wird genügen."

Es ist wohl leicht einzusehen, daß in einer solchen Atmosphäre keine wirtschaftliche Tätigkeit gedeihen kann. Die obgenannte Gruppe mit Sokolnikoff an der Spitze, die nach einem Wechsel in der Politik verlangte, ist mit ihrer Ansicht unterlegen. Aber die kritische Lage, der fallende Rubel und *die steigenden* Preise *haben* andre Reformbestrebungen nach sich gezogen. Der finanziellen Korruption, die in den Staatsbetrieben an der Tagesordnung zu sein scheint, wurde mit aller Schärfe entgegengetreten und ein neuer Feldzug gegen das Wucherunwesen eingeleitet, um die Preise herabzudrücken. Aber das alles sind nur kleinliche Maßnahmen.

Stalin — eine einigermaßen rätselhafte Persönlichkeit, die plötzlich aus dem Dunkel in das volle Rampenlicht herausgetreten ist — begreift die Notwendigkeit, frisches Kapital heranzuziehen, und scheint sich den wirtschaftlichen Wiederaufbau von einer moralischen Wiedergeburt zu erhoffen. Er hat sich kürzlich, ganz in Lenins Weise, in heftigen Ausfällen gegen Mißbräuche jeder Art ergangen. Er griff die „bürokratischen Erfindungen“ des Institutes für wissenschaftliche Betriebsführung (des so hochgepriesenen „Gosplan“) heftig an, sowie „das verbrecherische Verschleudern staatlicher Gelder durch verantwortliche Arbeiter“, ferner „die Inflation an Beamten bei den Regierungs- und gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die unseligen Bacchanalien, bei denen aus Anlaß von Jubiläen und Festlichkeiten Millionen von Rubeln an öffentlichen Geldern zum Fenster hinausgeworfen werden, und die ungeheuren, alle geschäftlichen Vorgänge belastenden Unkosten“. Er sagte, daß die Kommunisten in dieser Beziehung ärger seien als die Nichtkommunisten, denn sie seien „fähig, den Staat als eine Art Familienbesitz zu behandeln“, so daß „sich eine Orgie von lustiger Räuberei hemmungslos im ganzen Lande abspiele“. Man könnte Tausende von solchen Räubern zählen, das ärgste daran wäre aber, daß man sie allgemein als „fesche Kerle“ ansieht.

Natürlich: sie seien ja Kommunisten, gehörten der herrschenden Klasse an. Aber die Fabrikarbeiter, die das Proletariat und die zweite der neuen Klassen bildeten, seien in ihrer Art genau so schlecht. „Irreguläre Feiertage“ würden allmählich zur Landplage. Hunderte und Tausende von Arbeitstagen gingen wegen Faulheit und Schwänzerei den Fabriken verloren. Man könne unmöglich einen Fortschritt oder

eine Aufbesserung der Löhne erwarten, ehe nicht ein rücksichtsloser Kampf um Arbeitsdisziplin und Produktionserhöhung eingeleitet werde. Er forderte die Arbeiter auf, ihre Anstrengungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu erhöhen und mit den Bauern in Fühlung zu bleiben, denn jede Schwächung des Bundes zwischen Arbeitern und Bauern könnte den Zusammenbruch des ganzen sozialistischen Gebäudes bedeuten. Er warnte sie davor, „die Bauernschaft als eine Art Kolonie und ein Ausbeutungsobjekt der industriellen Klassen" zu behandeln. Eine solche Politik würde die Gewerkschaften, die Bauernschaft und die Diktatur des Proletariates zugrunde richten[1]).

Genau so pflegte Lenin zu sprechen, als er die alte Politik aufnahm, die ein so schmähliches Ende gefunden hat. Es sind wieder dieselben Irrtümer und Illusionen, und sie sind verdammt, die gleichen Enttäuschungen zu erleben. Lenins Bemühungen waren damals ganz aussichtslos, weil die Menschen eben nicht waren, wie er sie sich vorgestellt hatte. Sie sind heute nicht anders geworden, weil man ihnen wunderliche Schilder umgehängt, die einen Kommunisten, die andern das Proletariat, wieder andre die Bourgeoisie benannt und ihnen dementsprechend eingebildete Eigenschaften zugeschrieben hat. Die Sache ist jetzt ebenso hoffnungslos. Lenin hat sich den Tatsachen gebeugt. Er sah ein, daß man den Weg zurückmachen und in einem gewissen Maße zu der alten Ordnung zurückkehren müsse. Doch hielt er an seinen Wahnvorstellungen fest, deren Verwirklichung er nur für aufgeschoben hielt. Seither hat das Ringen zwischen der Wirklichkeit und der Illusion nie aufgehört, aber der Ausgang ist vorausbestimmt. Langsam, widerstrebend, aber unauf-

[1]) Siehe: „The Times" vom 27. April 1926.

haltsam haben Lenins Jünger unter dem unerbittlichen Drucke der Wirklichkeit gegen die alte Ordnung hin zurückweichen müssen. Jeder einzelne Teil des Systems hat gestrebt, sich in die alte Form zurückzuverwandeln und die alten Funktionen wieder zu übernehmen: das Geldwesen, der Markt, die Industrien, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und die Gewerkschaften. Aber alle diese Bestrebungen wurden durch ein entschiedenes Festhalten an den alten, auf Trugbildern aufgebauten Lehrsätzen und durch zeitweise krampfhafte Versuche, sie zu verwirklichen, zunichte gemacht. Sie können unter dem würgenden Joch des Bolschewismus nicht recht zur Geltung kommen. Alles ist zahlungsunfähig, alles verlangt immer wieder Unterstützungen und Kredite von dem ebensowenig zahlungsfähigen Staate, der jedoch trachtet ihr Begehren zu erfüllen, indem er seinerseits von den einzigen, ihren wirtschaftlichen Aufgaben frei obliegenden Leuten Tribut einhebt, die wieder unter seinen Forderungen zusammenbrechen müssen. Der oben angeführte Koulak oder tätige Landwirt hatte von seinem Verdienste eine Einkommensteuer von 96 % zu zahlen. Kein Wunder, daß er sagte, so gehe es nicht weiter.

Es gibt keinen Ausweg. Die Doktrinäre, die das Land regieren wollen, haben entdeckt, was sie früher nie wußten: daß die Produktion eines steten Zuflusses an frischem Kapital bedarf. Da sie aber alles verschleudert haben, was sie den früheren Besitzern abgenommen, strengen sie sich schon seit Jahren an, weiteres zu erlangen. Auf welche Weise? — Durch erhöhte Produktion. — Aber die Produktion läßt sich nicht heben ohne neues Kapital. Da sie dieses durch die Produktion gewinnen wollen, die ihrerseits selbst wieder

gerade das Kapital braucht, das man von ihr, ehe sie imstande ist, es einzubringen, erwartet, sind sie in eine arge Sackgasse geraten. Ein andrer Weg zu einer scheinbaren und zeitlichen Befreiung von dem Dilemma wäre der, vom Ausland Kredite zu erlangen. Man sieht sie daher schon seit Jahren mit dem Hute in der Hand beim ausländischen Kapitalismus um Hilfe betteln. Welch ein Schauspiel! Die Ironie der Weltgeschichte hat noch nie eines ersonnen, das ihm gliche.

Da stehen sie nun, diese Theoretiker, die voll Zuversicht ausgezogen waren, den Kapitalismus zu vernichten und die Welt dank der Überlegenheit des von ihnen eingesetzten Systemes zu erobern, vor den Türen ebendieses Kapitalismus betteln, er möge ihnen wieder sein Joch auflegen, da sie sonst zugrunde gehen müßten. Während sie ihn aber derart um Hilfe angehen, trachten sie immer noch, ihn zu untergraben und zu vernichten, indem sie in andren Ländern zur Revolution schüren und diese verleiten wollen, ihrem Beispiele zu folgen. Das einzig mögliche Ergebnis dieser Anstrengungen könnte doch nur das sein, daß die andern auch auf ihr Niveau herabgezogen und alle gemeinsam dem Verderben preisgegeben werden würden, was die Hilfeleistung unmöglich machte, nach der sie so stürmisch verlangen.

Hat es schon jemals solche Narrheit gegeben? Warum haben sich diese Menschen in sie so sehr verrannt? Einzig und allein aus dem Grunde, weil sie die Worte des Propheten Marx erfüllt sehen wollen. Was das kommunistische Manifest sagt, muß geschehen.

Die Marxistische Theorie hat sich jedoch noch in andrer Hinsicht als ebenso falsch erwiesen. Ich habe mich bisher ganz auf die wirtschaftliche Seite des Bolschewismus be-

schränkt und nichts über sein politisches Antlitz gesagt: über die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, über die Greuel des Terrorismus und die Meere von Blut, durch die er zu seinem eigenen Ruin watete. Es wäre aber noch ein andres, mit den marxistischen Wirtschaftstheorien in Zusammenhang stehendes Ergebnis zu erwähnen.

Die proletarische Revolution sollte nach Marx zur Abschaffung der Klasseneinteilung führen. In Rußland hat er wohl die alte verwischt, dafür aber eine neue geschaffen. Da gibt es das Polit-Bureau, eine Art Venetianischen „Rates der Zehn", das alle Gewalt in Händen hat; dann die Kommunistische Partei, die seine Weisungen ausführt, alle Posten besetzt, alle Vorrechte genießt und dem Feudaladel entspricht, sogar was die „Herrenrechte" anbelangt; ferner das wirkliche Proletariat, das jetzt mehr Schläge als Pfennige bekommt, und schließlich die Bourgeoisie, die überhaupt weder politische noch gesetzliche oder wirtschaftliche Rechte besitzt. So sieht es mit der Abschaffung der Klasseneinteilung aus.

Seitdem ich vorstehendes geschrieben, sind noch einige neuere Nachrichten eingelaufen. Die wirtschaftliche Not hat angedauert, und die Meinungsverschiedenheiten haben sich verschärft. Eines plötzlichen Todes ist Dzerzhinsky im Juli 1926 nach einer Rede in einer Vollversammlung des Exekutivausschusses der Kommunistischen Partei gestorben, in der er mit wenig gewählten Worten das ganze Wirtschaftssystem als eine unerhört bürokratische Einrichtung angegriffen, den Zusammenbruch vorausgesagt und erklärt hatte, die Verantwortung sei zu groß, als daß er sie noch weiter tragen könnte.

Auf der Versammlung des Zentralrates der Gewerkschaf-

ten im Juli sagte der Stellvertreter des Volkskommissärs für Arbeit, die wirtschaftliche Lage habe sich wohl gebessert, der Ertrag der verstaatlichten Industrie aber betrage noch immer nur 60% desjenigen der Vorkriegszeit. Die Arbeitslosigkeit, von der etwa 2 000 000 Menschen betroffen seien, dürfte noch mehrere Jahre im gleichen Maße fortbestehen. Im eigentlichen Rußland arbeiteten 16% der Arbeiter wirklich 9 Stunden im Tage, in der Ukraine 30% täglich 9 bis $9^1/_2$ Stunden; in der Metallindustrie hätten 70% der Arbeiter in dem zu 23 Tagen gerechneten Monat gewöhnlich 40 Überstunden zu leisten; in den Kohlenwerken des Donezbeckens arbeite man 7, 8 oder 9 Stunden täglich, und in einzelnen Fabriken oder Gruben werde kein wöchentlicher Ruhetag eingehalten.

Eine Untersuchungskommission in Angelegenheit der verwahrlosten Kinder hat in ihrem Berichte schreckliche Verhältnisse innerhalb und außerhalb der Anstalten aufgedeckt. Obwohl 350 000 solcher Kinder in Anstalten oder Lagern interniert worden sind, blieben noch immer 300 000 obdachlos.

III. Kapitel

Deutschland

Von den Ländern des Kontinents, die — mit oder ohne politische Revolution — wie Rußland vor das praktische Problem der Verwirklichung des Sozialismus gestellt worden sind, sich aber für dessen Durchführung auf verfassungsmäßigem Wege entschieden haben, ist Deutschland bei weitem das wichtigste, und zwar wegen seiner Größe und der Zahl seiner Bevölkerung, seiner vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung und der Tatsache, daß es mehr als sechzig Jahre in der sozialistischen Bewegung theoretisch und politisch führend gewesen ist[1]. Bereits im Jahre 1912 war die sozialdemokratische Partei die stärkste Partei des Reichstages. Kein Land war wirtschaftlich so „reif" für den Sozialismus, keines war theoretisch mehr darauf vorbereitet, und in keinem waren die Bedingungen nach dem Kriege günstiger für den Versuch. Wenn er dort Erfolg gehabt hätte, so wären andre Länder wohl denselben Weg gegangen, wenn er dort versagte, wo sollte er dann Erfolg haben können?

Die Revolution im November 1918 verwandelte Deutschland aus einem bundesstaatlichen Kaiserreich, das aus König-

---

[1]) Siehe „The Socialist Movement" (Die sozialistische Bewegung), 1. Teil, Kapitel III.

reichen, Fürstentümern und einigen Freien Städten bestand, in einen republikanischen Bundesstaat. Es behielt jedoch den Titel „Reich" bei, der Kaiserreich zu bedeuten pflegte. Diese große konstitutionelle Wandlung vollzog sich am 9. November, als der Kaiser abdankte, also vor dem Waffenstillstand, wurde aber erst nach dem formellen Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen am 28. November zur vollendeten Tatsache. In Wirklichkeit hatte sie bereits im Oktober begonnen; schon am 10. November war eine provisorische republikanische Regierung in der Form eines Rates von Volksbeauftragten gebildet worden, der nur aus Sozialisten bestand. Die einst geeinte Sozialdemokratische Partei hatte, wie ihre Schwestern in andern Ländern, schon früher unter dem Drucke des Krieges einen Zersetzungsprozeß durchgemacht und sich in Mehrheitssozialisten und Unabhängige Sozialisten gespalten, die den rechten und den linken Flügel darstellten. Doch die Revolution brachte sie bei der Bildung der provisorischen Regierung, die aus sechs Mitgliedern bestand, von denen drei dem rechten und drei dem linken Flügel angehörten und deren Präsident Friedrich Ebert, ein Mehrheitssozialist, war, wieder zusammen. Diese Regierung war mit allgemeiner Zustimmung, ohne auf irgendeinen Widerstand zu stoßen, durch eine Art spontaner Bevollmächtigung durch das Volk zu ihrem Amte berufen worden. Die ganze Revolution war in der Tat die Folge einer aus sich selbst entstandenen Volksbewegung, die sich schon seit dem Generalstreik zu Beginn des Jahres unter der Oberfläche vorbereitet hatte. Das erste Anzeichen war im Oktober eine Reihe von Meutereien auf der Flotte gewesen, die von mehreren aufrührerischen Demonstrationen in Kiel gefolgt oder begleitet waren, bei denen Arbeiter und Landsoldaten mit den Blau-

jacken gemeinsame Sache machten. Diese Haltung der Matrosen wird mit dem langen tatenlosen Herumliegen in den Häfen erklärt, wo sich ihre Gedanken nur mit dem Verlauf des Krieges beschäftigten. Wenn sie an Land gingen, machten sich Linkssozialisten an sie heran, die, angefeuert durch die bolschewistische Revolution in Rußland, in den Kneipen eine eifrige Friedenspropaganda machten. Doch ist es so gut wie sicher, daß das Gerücht, das Oberkommando wolle die Flotte zu einer letzten Verzweiflungsschlacht auslaufen lassen — ob es nun falsch oder richtig gewesen —, der Funke war, der die Mine zur Explosion brachte. Die Matrosen wollten ihr Leben nicht für nichts und wieder nichts verlieren und verweigerten in mehreren Fällen den Gehorsam. Versuche, die Disziplin wiederherzustellen, entfachten die Flamme nur noch mehr.

Es ist jedoch vollkommen klar, daß die Erhebung, hätte sie nicht auf diese Weise begonnen, ungefähr zur selben Zeit einen andern Ausdruck gefunden haben würde. Es war eine sich bald in allen Richtungen offen betätigende Massenbewegung, die durch ein müdes, krankes Land ging, dessen Kräfte weit überspannt waren. Die Vorgänge in Kiel, die immer mehr und mehr einen aufrührerischen Charakter annahmen, griffen rasch auch auf andre Küstenstädte, besonders auf Hamburg über. München folgte in der ersten Novemberwoche und proklamierte noch vor der Abdankung des Kaisers die Revolution. Die andern Staaten und Provinzen schlossen sich ihm nacheinander an. Es gab keinen Plan und keinen ausgesprochenen Führer, obwohl gewisse Männer in verschiedenen Orten eine hervorragende Rolle spielten, wie z. B. Kurt Eisner in München, der dann auch Präsident der Bayrischen Republik wurde. Gewöhnlich wurden nur Ver-

sammlungen abgehalten und, augenscheinlich nach russischem Muster, Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, doch konnte niemand genau angeben, wie es dazu gekommen, und es gab auch keine Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Plätzen. Das Erstaunliche dabei war, daß es nie zu Ruhestörungen kam. Es fehlte jede Opposition, denn die Erhebung war zu gewaltig, als daß man sich ihr hätte entgegenstellen können. Und nichts könnte deutlicher ihren spontanen Charakter beweisen als diese Tatsache.

Es war daher nur natürlich, daß hervorragende Sozialisten aus der Menge auftauchten und als Mitglieder einer provisorischen Regierung gewählt wurden. Das geschah am 10. November in einer Volksversammlung zu Berlin. Sie hatten immer die Revolution gepredigt und die Massen — das Proletariat — gedrängt, ihre Ansprüche geltend zu machen. Jetzt war es so weit. Natürlich blickte die Menge auf diese Männer und erwartete von ihnen die Übernahme der Führung, doch ist es schwierig, genau festzustellen, wie oder warum die tatsächlich berufenen Männer gewählt wurden. Die nörgelnde und grübelnde Literatur über die Revolution ist umfangreicher als die rein geschichtliche oder erzählende. Doch der genaue Vorgang ist nicht so wichtig als die Tatsache selbst, daß sie mit allgemeinem Einverständnis auf diesen Platz gestellt wurden.

Diese rein sozialistische Regierung war in ihren Beschlüssen außerordentlich unabhängig. Sie war keinem Parlament verantwortlich, denn es gab keines. Die neue Nationalversammlung, die am 19. Januar gewählt wurde, trat erst einige Wochen später zusammen. Die Regierung hatte, wie ich schon ausführte, die große Masse des Volkes und die Armee hinter sich; wäre dem nicht so gewesen, so hätte man

sie nicht ohne weiteres anerkannt, wie es tatsächlich geschehen. Dr. Hilferding, der bekannte Sozialistenführer, führte in seinem Berichte auf dem X. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg im Juni 1919 über die Sozialisierung aus:

„Wir waren am 9. November bezüglich der Sozialisierung in einer sehr günstigen Lage... Am 9. November war es zum Zusammenbruch gekommen, die arbeitenden Klassen waren in der Lage, die politische Macht zu ergreifen und ihre Rechte mit allen Mitteln geltend zu machen. Warum es dann anders gekommen ist, brauche ich hier nicht zu erklären. Aber wir müssen erkennen, daß die Monate November, Dezember und Januar für die Sozialisierung in psychologischer Hinsicht insoferne günstig waren, als weite Kreise von kapitalistischen Arbeitgebern damit rechneten, daß ihre Zeit vorbei sei. Zum Beispiel herrschte überall die Ansicht, daß für kapitalistische Kohlenbergwerksunternehmungen die Stunde geschlagen habe. (Hört, hört!) Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) hatte damals einstimmig die sofortige Sozialisierung der Kohlenindustrie beschlossen[1]."

Dr. Hilferdings Kollege, Paul Umbreit, der sozialistische Gewerkschaftsführer, ging bei derselben Gelegenheit sogar noch weiter. Er erinnerte an die Vergangenheit und besonders an das Kommunistische Manifest von Marx, aus dem er die berühmten Schlußsätze zitierte: „Laßt die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution erzittern. Das Proletariat hat nichts dabei zu verlieren als seine Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

[1]) Protokoll über die Verhandlungen des X. deutschen Gewerkschaftskongresses, Seite 39.

Er fuhr dann etwa so fort:

„Dieser feurige Aufruf zum Zusammenschluß hat siebzig Jahre lang die arbeitenden Klassen beherrscht, sie zu politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Organisation geführt, sie zu dem Kampfe gegen die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals begeistert und sie von Erfolg zu Erfolg getragen... So wurde die deutsche arbeitende Klasse jahrzehntelang geschult, organisiert und an den Kampf um die Gleichstellung gemahnt. Jahrzehntelang setzte sie ihre Hoffnungen auf die Zeit, da die letzte Stunde für das kapitalistische System schlagen würde und mit ihr die Stunde der Freiheit für das Proletariat, — jahrzehntelang wartete sie auf den Geburtstag der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Und jetzt ist diese große Stunde gekommen. Am 9. November beraubte das deutsche Proletariat durch seine siegreiche Revolution das Bürgertum seiner stärksten Stützen, nämlich der Monarchie und des Militarismus, und so gewann es die politische Macht[1]."

Wenn auch an Einzelheiten dieser Schilderung der Lage Kritik geübt werden könnte, so gibt sie doch zweifellos das allgemeine Empfinden der großen Masse wieder. Diese war ihr Leben lang dazu angespornt worden, den Sozialisten zur Macht zu verhelfen, — dem sichersten Mittel, alles zu erlangen, was das Herz sich wünschte. Und nun war es so weit. Tatsächlich kann man sich kaum vorstellen, daß die Sozialistische Partei je die politische Gewalt in höherem Maße als in jenem Augenblicke besitzen oder solches auch nur hoffen konnte. Sie hatte sie vollkommen und unbestritten in der Hand, und es gab niemand, der sich ihrem Willen widersetzen konnte. Die alte Ordnung war über Bord ge-

[1]) Op. cit., Seiten 7—8.

worfen und ihre Verfechter waren ohnmächtig, gedemütigt, allen Ansehens beraubt. Was aber tat die Regierung, um die Erwartungen zu erfüllen, zu denen man, wie Umbreit sagte, ihre Anhänger verführt hatte? Sie ernannte eine Kommission zur Untersuchung des Sozialisierungsproblems mit besonderer Berücksichtigung der Kohlenindustrie.

Es war dies der erste von den vielen in Deutschland und andern Ländern unternommenen Versuchen, durch amtliche Untersuchungen eine Lösung des Problems zu finden, an der sich auch unzählige Private auf dem Papier versuchten. Das heißt: Als die Regierung der Aufgabe gegenüberstand, die in dem Worte „Sozialisierung" steckenden unklaren Ideen in die Praxis umzusetzen, wußte sie nicht, wie sie es anfangen sollte. Man bedurfte noch weiterer Erfahrungen, ehe man daran denken konnte, die Umgestaltung des Wirtschaftslebens tatsächlich in Angriff zu nehmen. Die Sozialisten hatten in Wahrheit nie daran gedacht. Marx hatte es ausdrücklich abgelehnt, Richtlinien für diese Umgestaltung anzugeben, weil es im Widerspruch zu seiner Philosophie gestanden wäre, Lehren für eine aufbauende Politik festzulegen. Und da die Sozialisten nach keiner andern Erleuchtung als der durch seine Lehren gesucht hatten, waren sie jetzt, da die Zeit für den Aufbau gekommen war, in Verlegenheit. Der zerstörende, unfruchtbare, verneinende Charakter des antikapitalistischen, klassenkämpferischen Marxismus, der für den Eingeweihten immer unverkennbar gewesen, wurde plötzlich in seiner ganzen Nacktheit enthüllt. „Am historischen Wendepunkt vom Kampfe zur Schöpfung erwies sich der Marxistische Sozialismus ohne jeden schöpferischen Geist[1]." Niederreißen ist leicht genug; jeder Narr kann es. Aber Auf-

[1]) Rubinstein, „Romantischer Sozialismus", Seite 36.

bauen ist eine andre Sache. Der Horizont der deutschen Sozialisten war durch den Klassenkampf begrenzt. Sie hatten nicht versucht, darüber hinauszublicken. Dr. Sigmund Rubinstein sagt: „Sie hatten keinen andern strategischen Gedanken, ja, sie kannten überhaupt keinen andern Lebenszweck als den Klassenkampf.“ Sie hatten sich „ein demokratisches und soziales Reformprogramm für die Zeit des Kampfes zurechtgelegt, aber ein sozialistisches Programm war nicht ersonnen worden[1])“. Das einzig Positive in ihrer Vorstellungswelt war der Gedanke, daß aller Besitz und dessen Verwendung dem Staate zustehen sollen, — ein Gedanke, der ursprünglich von Konstantin Pecqueur im Jahre 1842 aufgestellt und ohne jede genauere Prüfung von Marx übernommen worden war; aber, wie dieser Gedanke durchzuführen, ob mit oder ohne Entschädigung, wo zu beginnen und wie weit zu gehen wäre, welche Form die Organisation anzunehmen hätte — alle diese Fragen waren niemals ernstlich erwogen worden. Daher die Untersuchungskommission.

Sie war am 18. November ernannt worden und bestand aus zwölf hervorragenden sozialistischen Politikern und Wirtschaftlern mit Karl Kautsky als Vorsitzenden. Die Herren hatten keine Zeit zu verlieren; die Sache war dringend, da die Regierung die Sozialisierung versprochen hatte; nach einigen privaten Vorberatungen hielt sie ihre erste öffentliche Sitzung am 4. oder 5. Dezember ab. (Das Datum wird von den verschiedenen Fachmännern verschieden angegeben.) Das Proletariat konnte nicht verstehen, warum es überhaupt eine Verzögerung geben sollte; die Umwandlung war ihm immer als ein ganz einfacher, fast automatisch sich auslösender Vorgang geschildert worden. Es verlangte daher

[1]) Op. cit., Seite 31.

ständig nach sofortigen Beschlüssen. Die Kommission war infolgedessen gezwungen, am 10. Dezember dem Arbeiter- und Soldatenrat zu berichten, daß augenblicklich keine Schritte unternommen werden könnten und das bestehende System der Privatwirtschaft vorläufig aufrecht erhalten werden müßte, um Produktion und Handel wieder zu beleben.

Diese Schlußfolgerung scheint der ganzen Sache den Boden abzugraben, denn das zugunsten der Sozialisierung vorgebrachte Hauptargument ist die Behauptung, sie würde durch bessere Organisation und erhöhte Leistungsfähigkeit Produktion und Handel heben. Gerade dieses Argument wurde denn auch von vielen sozialistischen Rednern hervorgeholt. „Deutschland muß sozialisieren," behaupteten sie, „um die wirtschaftliche Lage zu retten." Oder, wie Umbreit sich ausdrückte: „Deutschland muß sozialisieren, ehe es zu spät ist, denn der Sozialismus ist der einzige Ausweg aus der Lage, in die uns der Imperialismus aller kapitalistischen Länder gebracht hat... Der Sozialismus allein kann die fürchterlichen Folgen dieses Weltkrieges überwinden, er allein kann den zerrütteten Staat wieder aufbauen, die verwüsteten Felder in fruchtbaren Boden verwandeln, die gesunkenen Schiffe wieder ersetzen, die zerrissenen Beziehungen zwischen den Völkern auf Erden wieder anknüpfen... Wir müssen sozialisieren! — Wir sind nicht zuletzt auch durch die Friedensbedingungen dazu gezwungen."

Wenn jedoch Privatunternehmen beibehalten werden müssen, weil es dem Handel schlecht geht und es als die wichtigste Aufgabe erscheint, diesem aufzuhelfen, so muß also privater Unternehmungsgeist besser befähigt sein, mit ungünstigen Handelsverhältnissen fertig zu werden als staatliche Unternehmungen. Ich kann nicht begreifen, wie man diesem

logischen Schlusse ausweichen könnte. Aber diese Erkenntnis ließe es als eine Art Luxus erscheinen, wenn man die Wirtschaft aus den Händen der Privaten nehmen und dem Staate übertragen wollte, als einen Luxus, den man sich nur erlauben kann, wenn Wohlstand herrscht und die Tüchtigkeit von geringerer Bedeutung ist, den man sich aber nicht leisten darf, wenn Tüchtigkeit zur Lebensfrage wird. Wahrscheinlich meinte die Kommission nur, daß eine unverzügliche Übertragung eine Unterbrechung des Wirtschaftslebens mit sich gebracht hätte, die katastrophal gewesen wäre und daher gar nicht in Erwägung gezogen werden dürfte. Doch das kommt auf dasselbe heraus. Kann ein hoch entwickelter Wirtschaftskörper, dessen Existenz von der täglichen Produktion abhängt, überhaupt jemals eine Unterbrechung seiner Tätigkeit vertragen? Der Gedanke des Generalstreikes fußt auf der Annahme, daß dies nicht möglich sei, und die Erfahrung mit Rußland zeigt, welches die Wirkungen eines solchen Stillstandes in einem Lande wie Deutschland sein würden, das sich nicht aus Eigenem ernähren kann — wie einige sozialdemokratische Redner in der damaligen Besprechung ausführten.

Das erste Ergebnis der Untersuchung war also, daß jeder sofortige Schritt als unmöglich abgelehnt und ein allmähliches vorsichtiges Vorgehen bei der Sozialisierung anempfohlen wurde; mit Kohle und Eisen als den Industrien, die für eine Umwandlung am ehesten „reif" seien, sollte begonnen werden. Das Wort „reif" ist in diesen Besprechungen überhaupt ein sehr beliebter Ausdruck gewesen. Prüft man es genauer, so findet man, daß es, wie so viele andre, manchen Doppelsinn und die verschiedensten Bedeutungen in sich birgt. Das gehört jedoch zu der theoretischen Seite der Frage und wird hier nur nebenbei erwähnt. Die

Kommission gab nur einer allgemein verbreiteten Ansicht Ausdruck, als sie Kohle und Eisen als die Industrien bezeichnete, die zuerst in Angriff genommen werden sollten. Wie sehr aber ihre Schlußfolgerungen im Widerspruch zu dem standen, was man das Volk erwarten gelehrt hatte, zeigte sich auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der einige Tage später, aber noch im Dezember 1918 tagte. Trotz allen gegenteiligen Beweisführungen und Ermahnungen verwarf dieser jeden Aufschub und verlangte von der Regierung „den augenblicklichen Beginn der Sozialisierung aller hierzu geeigneten Industrien, besonders der Bergwerke". Doch nichts geschah und die Untersuchungskommission setzte ihre Arbeit fort.

Um eine sehr verworrene Geschichte so klar wie möglich darzustellen, erscheint es mir rätlich, von hier ab die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse auseinanderzuhalten und nacheinander zu besprechen, obwohl sie sich zur selben Zeit abspielten und gegenseitig beeinflußten. Ich werde mich also zuerst mit der politischen Seite befassen.

Bis zum 29. Dezember 1918, an welchem Tage die drei Unabhängigen Sozialisten aus der provisorischen Regierung Eberts austraten und von zwei Mehrheitssozialisten ersetzt wurden, hatte sich in der Lage keine offenkundige Änderung vollzogen. Von diesem Datum an bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar am 10. Februar 1919 bestand die Regierung nur aus Mehrheitssozialisten. Doch wurde seit der Revolution im ganzen Lande mehr oder minder heftig ein großer Kampf um die Grundlagen der Verfassung geführt. Es ist schon gesagt worden, daß der Revolution ganz nach russischem Muster die Bildung weitverzweigter Arbeiter- und Soldatenräte vorangegangen und gefolgt war, denen auch einige Bauernräte angeschlossen

wurden. Diese Bewegung dauerte fort und verbreitete sich mit großer Behendigkeit; wie in Rußland erhob sich auch in Deutschland die Frage, ob diese Organisationen die Grundlage für das neue politische System bilden sollten, oder ob man den gewöhnlichen Grundsatz der Volksvertretung beibehalten wolle; ob die oberste Gewalt einem Zentralkomitee von Sowjets oder einem Parlament anvertraut werden solle. Der rechte Flügel der Sozialisten war entschieden für dieses, die extreme Linke für jenes, und zwischen beiden gab es noch eine dritte Gruppe, die weniger entschlossen war, aber eher zur Linken als zur Rechten neigte. Aus den zwei Gruppen waren jetzt drei geworden: die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Spartakisten — eine ursprünglich kleine Gruppe, die sich im Jahre 1916 von der äußersten Linken abgespalten hatte. Sie hatten voll Inbrunst das Glaubensbekenntnis der Bolschewiken angenommen und waren im Treibhaus der Revolution stark geworden. Am 30. Dezember 1918 gründeten sie die Kommunistische Partei Deutschlands. Sie wurden natürlich die rührigsten Aufwiegler, machten Propaganda für die Sowjets, waren die hitzigsten Vertreter eines Systems, das auf diesen Körperschaften aufgebaut werden sollte, und verlangten unvernünftigerweise die Diktatur des Proletariats.

Während dieser ganzen Zeit war das Land in wilder Erregung. Unzählige Stimmen erhoben sich, endlosen Meinungsverschiedenheiten Ausdruck gebend, die größte Verwirrung herrschte überall. Unter diesen Verhältnissen hätte alles geschehen können. Anfangs Januar 1919 kam es auch in Berlin zu einer kommunistischen Erhebung. Aber in Deutschland war der Ausgang des Kampfes zwischen den grundsätzlichen Anhängern der Sowjets und denjenigen des

Parlaments dem in Rußland gerade entgegengesetzt. In Rußland war die Nationalversammlung, die die parlamentarischen Grundsätze verkörperte, zugunsten der Sowjets verdrängt worden; in Deutschland dagegen siegte das parlamentarische System, da es von einem Kongresse der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918 unterstützt worden war. Der kommunistische Aufstand wurde nach einwöchiger Dauer unterdrückt, und drei Tage später, am 15. Januar, wurden die Rädelsführer, Paul Liebknecht und Rosa Luxemburg, niedergemacht. Diese Gewalttätigkeiten, denen später noch andre gefolgt sind, bewiesen, wie tief die deutsche Mentalität durch den Krieg und sein unglückliches Ende sowie durch die Erregungen der Revolution erschüttert war.

Doch die Lage hatte sich gebessert. Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen für die Nationalversammlung statt; am 21. wurde sie einberufen, am 6. Februar in Weimar eröffnet. Zwei Tage früher, am 4. Februar, war das Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte zurückgetreten. Zweifellos entsprach der Ausgang des Ringens zwischen den zwei politischen Systemen dem allgemeinen Volksempfinden. Wenn auch die Vision von Moskau einige leicht erregbare Gemüter hypnotisiert hatte, stieß sie doch eine weit größere Zahl Besonnener direkt ab. Jedenfalls waren die Würfel gefallen, und seither ergab sich niemals mehr eine rechte Gelegenheit zu einem Umsturzversuche. Der weitere Verlauf des russischen Experimentes war für ein demokratisch gesinntes Volk in politischer Beziehung durchaus nicht verlockend und auch in wirtschaftlicher kein Beispiel, das irgendein seiner Sinne mächtiges Volk nachzuahmen wünschen konnte. In den internationalen Lagern des Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung sind die Deutschen die

gewichtigsten und entschiedensten Gegner Moskaus, ebenso wie sie die heftigsten Kritiker des Bolschewismus auf theoretischem Gebiete sind.

Was die Lage der Sozialisten selbst in Deutschland anbelangt, so zeigte sich bei Verkündigung des Ergebnisses der Wahlen zur Nationalversammlung, daß sie wohl gegen die Vorkriegszeit einen Zuwachs zu verzeichnen hatten, aber durchaus nicht so stark waren, wie es den Anschein gehabt hatte, und zwar weil sie entweder das Vertrauen des Volkes tatsächlich nie in so hohem Maße besessen hatten oder aber ein Rückschlag eingetreten war. Die Mehrheitssozialisten erhielten 163 Sitze und die Unabhängigen 22, zusammen also 185 Sitze von 421. Aber das Zentrum, die Liberalen und die Konservativen hatten 226 Sitze, die kleinen Gruppen gar nicht gerechnet. Die Kommunisten waren nicht vertreten. Die Folge war die Bildung einer Koalitionsregierung — später als Weimarer Koalition bekannt —, in der acht von sechzehn Portefeuilles, einschließlich der Ministerpräsidentschaft, den Sozialisten zuerkannt wurden, während Ebert, der an der Spitze der beiden vorhergegangenen Ministerien gestanden hatte, zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Der Sozialismus war also etwas zurückgedrängt worden, seine Vertreter steuerten nicht länger allein das Staatsschiff, hatten aber das Steuer noch fest in Händen und trugen mehr als die halbe Verantwortung. Das neue Ministerium hatte jedoch keine längere Lebensdauer als sein Vorgänger und machte im folgenden Juni einem andern Platz, das nach denselben Richtlinien gebildet worden war. Die Unruhen dauerten noch immer an. In der Ruhrgegend und in Berlin hatte es Generalstreiks gegeben; in Braunschweig und München waren Sowjetrepubliken

errichtet, eine Rheinland-Republik war ausgerufen worden. Es war noch zu mehreren Morden an hervorragenden Politikern gekommen — alles Anzeichen äußerster Unzufriedenheit und wilder Erregung. Doch in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 besserten sich die Zustände; man hatte zwei für die Ordnung der Verhältnisse wichtige Schritte getan, nämlich den Versailler Vertrag unterzeichnet und die inzwischen vorbereitete neue Verfassung angenommen. Anfangs 1920 aber fingen die Unruhen in Gestalt eines fünftägigen Militärputsches in Berlin wieder an; dieser nötigte die Regierung, sich vorübergehend nach Dresden und hierauf nach Stuttgart zurückzuziehen. Dann folgte eine Spartakistenerhebung im Ruhrdistrikt. Trotz dieser Narrheiten der Extremen beider Richtungen hielt die Koalition, wenn auch unter häufigem Wechsel von Ministern und Ministerien, bis zu den allgemeinen Wahlen für den neuen Reichstag zusammen. Diese fanden im Juni 1920 schon nach der neuen Verfassung unter Heranziehung des vollkommensten demokratischen Apparates, bei allgemeinem Wahlrecht aller über zwanzig Jahre alten Staatsbürger nach dem Verhältniswahlsystem statt.

Die Wahlen enthüllten eine entschieden radikalere Einstellung auf beiden Seiten — das heißt, der rechte Flügel verschob sich mehr nach rechts und der linke mehr nach links. So verloren die Mehrheitssozialisten 50 Sitze, wofür die Unabhängigen 59 und die Kommunisten 2 gewannen; anderseits gewannen die Deutschnationale Volkspartei, deren Anhänger man „Diehards“[1]) nennen könnte, 24 Sitze und

[1]) Diehards: Tapfere Krieger, die sich nicht ergeben, sondern lieber sterben. In Großbritannien wird der konservative Adel so genannt, der hart um seinen Besitz kämpft. — Anmerkung des Übersetzers.

die Deutsche Volkspartei, die ihr am nächsten kam, 45 Sitze, während die Demokraten 36 und das Zentrum 20 Sitze verloren, und zwar letzteres durch den Abfall der mehr konservativen Bayrischen Volkspartei.

Der Schwerpunkt hatte sich sowohl bei der bürgerlichen als auch bei der marxistischen Gruppe gegen den äußeren Flügel zu verschoben. Betrachten wir das Wahlergebnis, so sehen wir, daß die gesamten sozialistischen Gruppen ungefähr 11 500 000 Stimmen erhielten, die bürgerlichen Parteien dagegen 15 500 000. Dieses Resultat machte es dem bestandenen Koalitionsministerium unmöglich, im Amte zu bleiben; es wurde ein neues aus den Mittelparteien, doch ohne Zuziehung der Sozialisten und Konservativen, die nicht zusammenarbeiten wollten, gebildet. So glitt damals den Sozialisten das Steuer aus der Hand, und es gelang ihnen nie wieder, es zu ergreifen, obwohl sie später, 1921, und im Jahre 1923 wieder in eine Koalitionsregierung eintraten. (Die „große Koalition".) Von den zahlreichen Verlegenheitsministerien, die nach 1920 ihres Amtes walteten, gehörten sie nur einigen an, in denen sie jedoch weniger Einfluß besaßen als früher. Ihre Macht, die schon durch die Spaltung in Mehrheits- und Unabhängige Sozialisten geschwächt worden war, wurde durch die Zersplitterung der Unabhängigen in zwei Flügel, von denen sich der größere den unter der Botmäßigkeit Moskaus stehenden Kommunisten anschloß, noch mehr verringert. Das trug dazu bei, die konservative Reaktion zu stärken.

Es ist notwendig, etwas von diesen politischen Vorgängen zu wissen, wenn man die Lage des Sozialismus und die wechselnde Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu ihm verstehen will. Aber es würde den Leser nur ermüden und

verwirren, wenn er den unzähligen Zügen und Sprüngen auf dem Schachbrette der Politik folgen müßte. Seit dem Kriege hat es in Deutschland 17 Ministerien und 4 allgemeine Wahlen gegeben; deren deutliches Ergebnis war das allmähliche Sinken des gewichtigen Einflusses der Sozialdemokraten. Es ist wahr, sie sind, wieder geeint, im Reichstag die stärkste von den 26 einzelnen Parteien oder Gruppen, die im Jahre 1924 zur Wahlurne schritten. Bei den letzten Wahlen im Dezember erhielten sie 7 880 058 Stimmen, also 26% der Gesamtzahl und dadurch 131 von den 493 Sitzen des Hauses. Wenn wir die Kommunisten dazurechnen, so wurden für die Linke 10 500 000 Stimmen abgegeben, was 35% und 176 Sitze ausmachte. Aber die Kommunisten sind, obwohl für die allgemeine Lage nicht ohne Bedeutung, für die Sozialisten — wie übrigens überall — nur eine Quelle der Schwäche und der Verlegenheiten. Sie waren eine der Ursachen der auffallenden Stärkung der Konservativen (der Deutschnationalen Partei), die sich mit 103 Mandaten zur zweitgrößten Partei erhoben und 6 000 000 Stimmen oder 20% der Gesamtstimmenzahl erhalten hat, während die wichtigeren der gemäßigten bürgerlichen Parteien nur ihre Sitze beibehalten haben. Das gilt besonders vom Zentrum, das sich immer gleichmäßig behauptet und in jedem der 15 Ministerien vertreten war. Bei den allgemeinen Wahlen im Dezember 1924 erhielt es genau dieselbe Anzahl Sitze (69) wie in den Wahlen des Jahres 1920. Diese Beständigkeit des Zentrums ist um so bedeutsamer, als es hauptsächlich von den nicht sozialdemokratisch orientierten Arbeitern gestützt wird.

Natürlich waren die Zustände während der ganzen Zeit anormale, und die Politik jeder Partei ist durch die Erschüt-

terungen, die das Land mitmachte, beeinflußt worden — durch die auswärtigen Beziehungen, den Vertrag von Versailles, die militärische Besetzung, die Reparationen, ferner durch die inneren Schwierigkeiten, die Geldentwertung, das wirtschaftliche Chaos, durch Steuerfragen und Arbeitslosigkeit. Aber gerade diese schweren Zeiten hätten (wie die Sozialisten selbst erklärt haben) gleich der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch dem Sozialismus Gelegenheit bieten müssen, sich durchzusetzen.

Konnte es für den Sozialismus noch günstigere Verhältnisse geben als die, die in Deutschland nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung, nach der Errichtung der Republik und der Einführung der neuen demokratischen Ordnung herrschten? Die Eroberung der politischen Macht, die die Sozialdemokraten immer als ihre erste Aufgabe und die wichtigste Vorbereitung für die Einführung des Sozialismus angesehen hatten, war ihnen im Handumdrehen und so völlig gelungen, wie sie es sich nie hatten träumen lassen. Sie hatten die Macht in der Hand, und die neue Verfassung bot ihnen die Mittel, sie sich zu erhalten, wenn ihre Berechnungen richtig waren. Als sie aber noch einmal an das Volk herantraten, um sich ihre Macht bestätigen zu lassen, wurde sie ihnen verweigert. Spätere Versuche verschlechterten eher noch ihre Lage, so daß sie jetzt weiter von ihrem Ziel entfernt sind, als sie es vor sieben Jahren waren. Warum? Teilweise wegen der Uneinigkeit in ihrer Partei und der Gewalttätigkeit ihres linken Flügels, der sich nur zerstörend in Aufruhr und Streiks betätigte, die nur die Lage noch verschlechtern und die Reaktion anspornen mußten. Niemand hat das nachdrücklicher betont als die Sozialisten selbst.

Aber zum andern Teile war an dem Rückschlage auch schuld, daß sie die Hoffnungen nicht zu erfüllen vermochten, die sie durch ihre Propaganda ein halbes Jahrhundert lang genährt hatten. Was taten sie, als ihr großer Tag dämmerte? Wie ich schon erwähnt habe, ernannten sie eine Untersuchungskommission. Wenn behauptet wird, daß sie nichts andres tun konnten, so stimme ich dem bei. Das ist es ja gerade! Als gehandelt werden sollte, waren sie ganz unvorbereitet und wußten nicht, wie sie das dringendste und dabei leichteste praktische Problem, das der Sozialisierung der Kohlenbergwerke lösen könnten, ohne diese Frage erst zu prüfen. Und als sie geprüft war, tauchten allerlei Meinungsverschiedenheiten und unerwartete Schwierigkeiten auf.

Das führt mich auf die wirtschaftlichen Fragen und zu der Untersuchungskommission zurück, die wir auf ihrer Tagung im Dezember 1918 verlassen haben. Ihre erste Aufgabe war es, sich über die Frage der Sozialisierung der Kohlenbergwerke zu äußern, die nach allgemeiner Ansicht am ehesten „reif" waren und zuerst in Angriff genommen werden sollten. Die Kommission legte also am 15. Februar 1919 einen formellen Bericht vor. Aber, ehe wir auf dieses Dokument eingehen, möchte ich den englischen Lesern, die sich ständig, wenn auch unter ganz andern Verhältnissen, mit dem Problem der Kohlenbergwerke beschäftigen, einige Erklärungen über die Lage in Deutschland geben.

Eine einheitliche Behandlung der die Kohlenindustrie betreffenden Fragen wird wie in Deutschland gleichwie in Großbritannien dadurch erschwert, daß die Natur der Kohlenvorkommen von Ort zu Ort verschieden ist. In keiner andern Hinsicht gleicht sich die Lage in den beiden Ländern.

Erstens ist in Deutschland ein großer Teil dieser Industrie schon lange in den Händen des Staates. Preußen allein besitzt über vierundfünfzig Kohlenbergwerke, die jährlich 25 Millionen Tonnen fördern. Zweitens gibt es dort Braunkohle und Steinkohle, und drittens sind die privaten Zechen sehr straff zu Syndikaten und Konzernen zusammengeschlossen. Diese Tatsache ist der Grund, warum schon seit langem und nicht nur von den Sozialisten, ein Eingreifen des Staates verlangt worden war; es ist immer geltend gemacht worden, daß eine monopolistische Organisation dieser Industrie der Entwicklung und dem Wettbewerb im Wege stehe, geringere Leistungsfähigkeit wurde dagegen nicht behauptet. Hier haben wir einen sehr interessanten Gegensatz. In Deutschland ist die Bergwerksindustrie reif für die Sozialisierung, weil sie eng zusammengeschlossen und straff organisiert ist; in Großbritannien, weil ihr jede Organisation mangelt und sie die Beute eines wilden Wettbewerbes ist.

Ich kann diese Argumente, die mir in Widerspruch zu stehen scheinen, nicht in Einklang bringen. Wenn behauptet wird, daß der private Besitz stets ein Unrecht und es daher ganz belanglos sei, ob die verschiedenen Bergwerksbesitzer zu Vereinigungen zusammengeschlossen seien oder ein Wirrwarr herrsche, so ist das eine Schulweisheit, über die sich streiten ließe; aber es ist närrisch, zu behaupten, daß eine Industrie in dem einen Lande schlecht sei, weil sie organisiert, in einem andern aber, weil sie es nicht ist.

Die Kommission hatte die Lage im allgemeinen zu prüfen, sowohl die der staatlichen als auch die der privaten Bergwerke; dabei kam eine andre sehr lehrreiche Tatsache heraus, daß nämlich die staatlichen oder nationalisierten Zechen auch schon lange der Gegenstand allgemeiner Kritik und

Unzufriedenheit gewesen sind. Tatsächlich verurteilte sie die Kommission einstimmig nicht weniger nachdrücklich als die Privatunternehmen, und zwar wegen noch schwerwiegenderer Gründe, als da sind: ungenügende Leistungsfähigkeit infolge bürokratischer Wirtschaft, Protektionswesen bei Anstellungen und Beförderungen, politische Einflüsse, Mangel an finanziellem Verantwortungsgefühl, Nachlässigkeit, Langsamkeit und niedrige Löhne. Kein noch so mutiger Kaufmann hat je staatliche Unternehmen so sehr verdammt wie diese Kommission, die aus Sozialisten und mit ihnen sympathisierenden Volkswirtschaftlern bestand. Doch ist diese Frage von so großer Tragweite für den ganzen Sozialismus, daß ich wohl am besten die eigenen Worte der Kommission über private und staatliche Zechen anführe. Sie sind um so gewichtiger, als dieser Teil des Berichtes nach einstimmigem Beschluß abgefaßt wurde, während die Ansichten über die praktischen Reformen, die anempfohlen wurden, geteilt waren.

Bericht der ersten Sozialisierungskommission vom 15. Februar 1919.

I. Allgemeines.

Ein staatliches Eingreifen in die Verhältnisse der Kohlenindustrie und des Kohlenabsatzes ist schon vor dem Kriege eine fast allgemeine Forderung der Wirtschaftspolitiker nicht nur in sozialistischen, sondern in allen sozial interessierten Kreisen gewesen. Der Grund für die Notwendigkeit einer solchen Beeinflussung durch die Allgemeinheit und im Interesse der Allgemeinheit liegt nicht etwa nur darin, daß die Kohle die Grundlage unseres gesamten Wirtschaftslebens bildet. In England und Amerika ist der Gedanke der

„Nationalisierung" der Bergwerke nicht annähernd im gleichen Maße vertreten worden wie bei uns. Für Deutschland speziell ist aber maßgebend, daß der weitaus größte Teil der Kohlenindustrie, soweit er nicht dem Staate gehört, in regional monopolistischen Syndikaten und Konventionen vereinigt ist und daß, selbst abgesehen von dieser nun ein Vierteljahrhundert dauernden, wenn auch kündbaren und von Zeit zu Zeit ablaufenden Organisation, die Möglichkeit, neue Konkurrenzunternehmungen zu errichten, dadurch aufs äußerste beschränkt ist, daß die *neuen* Kohlengruben unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als die alten Werke, daß somit die Errichtung neuer Werke unter steigenden *Kosten, unter abnehmendem Ertrage* gegenüber den alten vor sich geht.

Diese Tatsache ist für die monopolistische Stellung der Kohlenindustrie noch weit wichtiger als das ebenfalls bedeutungsvolle Moment, daß die noch unverritzten Felder — abgesehen von den staatlichen — zum überwiegenden Teile in wenigen Händen, und zwar denen der Privatregalherren und der großen Kohleninteressenten konzentriert sind. Bekanntlich sind die letzten großen Felder aus dem Besitz der Internationalen Bohrgesellschaft in die Hand der Rheinisch-Westfälischen Bergwerksgesellschaft übergegangen, deren Konsorten — die Hauptmitglieder des Kohlensyndikats — sie als ihre Reserve für spätere Zeit betrachten. Niemand kann bezweifeln, daß die vereinigten Kohlenbesitzer in weiten Gebieten des Deutschen Reiches ein wirtschaftliches Monopol besitzen. Als wirtschaftliches Monopol bezeichnen wir eine Marktsituation, bei der die Gegenkontrahenten tatsächlich nur unter wesentlichen Opfern mit andern Unternehmern als den Monopolisten abzuschließen

in der Lage sind, oder aber die alleinigen Verkäufer die wirtschaftliche Macht besäßen, diesen Zustand herbeizuführen, es jedoch vorziehen, die Verkaufspreise bis nahe an die anderweitigen Beschaffungskosten heraufzusetzen und die Differenz als Quasirente für sich in Anspruch zu nehmen. Ebenso unzweifelhaft ist, daß es sich um ein dauerndes Monopol auf Grund des Besitzes von Produktionselementen handelt, die den meisten überhaupt nicht und auch den wenigen potentiellen Produzenten nur zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen zur Verfügung stehen.

Als unbestritten kann es gelten, daß dieses Monopol an dem wichtigsten Rohstoff ein Herrschaftsverhältnis konstituiert, das mit dem Wesen des modernen Staates, nicht nur des sozialistischen, unvereinbar ist. Es erscheint unnötig, von neuem die Frage zu erörtern, ob und in welchem Maße dieses Herrschaftsverhältnis zum Schaden der übrigen Volksgenossen, Weiterverarbeiter, Konsumenten, Arbeiter mißbraucht worden ist; es genügt sein Bestehen, um die Notwendigkeit seiner völligen Aufhebung evident zu machen.

II. Die Frage der Verstaatlichung.

Ein naheliegender Gedanke ist natürlich, den gesamten Kohlenbergbau und den Absatz seiner Produkte zu verstaatlichen.

Die Kommission ist jedoch einhellig der Überzeugung, daß die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche und einer Erweiterung des Einflusses der Gesamtheit eine völlige Umgestaltung dieser Verhältnisse vorauszugehen habe. Wenn auch die Frage der größeren Arbeitsleistung des Arbeiters im

gegenwärtigen Staats- und Privatbergbau von der Kommission mit einem non liquet beantwortet wird, ist sie doch einstimmig der Auffassung, daß die ganze Behördenorganisation, die Anstellungs-, Avancements- und Gehaltsverhältnisse, das Etat- und Rechnungswesen, kurz die gesamte Einordnung in den normalen Staatsbetrieb mit seiner bureaukratischen Auffassung schwere Hindernisse für eine wirtschaftliche Ausnützung der Bergwerke bedeutet. Jegliche Ausdehnung des staatlichen Betriebes ist unökonomisch und daher abzulehnen, solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bureaukratischen Traditionen in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt. Die Verhandlungen der Kommission haben neben allen Vorzügen der staatlichen Bergwerksverwaltung derartig eklatante Beispiele für die Unzulänglichkeit dieses langsamen Staatsorganismus ergeben, daß ein Zweifel an der Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung schon bei dem gegenwärtigen Umfang des Staatsbergbaues überhaupt nicht bestehen kann. Überhäufung der qualifizierten Beamten mit Kleinarbeit, unzweckmäßiger Wechsel der Stellen, absolut sehr geringe, im Verhältnis zur Privatindustrie direkt lächerliche Besoldung, Einengung der freien Betätigungsmöglichkeit, weitgehender Mangel an Verantwortungsfreudigkeit in finanziellen Fragen, vervielfachtes Vorgesetztenverhältnis bis herauf zur Abhängigkeit vom Parlament, jahrelanges Verhandeln über Fragen, die in der Privatindustrie in wenigen Stunden entschieden werden, kurz in allem, Kontrolle über Kontrolle statt Vertrauen und Anreiz zum selbständigen Handeln, das sind die Kennzeichen dieser Organisation, in der selbst die

Tüchtigsten und finanziell Uninteressiertesten, soweit sie dort verbleiben, nur mit größter Einschränkung einen befriedigenden Wirkungskreis finden und in die selbst der Ehrgeiz und das Pflichtgefühl preußischen Beamtentums trotz der ständigen Vergleichsmöglichkeit und des Antriebes durch die konkurrierende Privatindustrie eine wirklich wirtschaftliche Orientierung niemals bringen können.

Ganz abgesehen von diesen Mängeln ist die Kommission der Ansicht, daß eine isolierte Verstaatlichung des Bergbaues beim Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaft in andern Wirtschaftszweigen nicht als eine Sozialisierung betrachtet werden kann, sondern nur die Ersetzung eines Arbeitgebers durch einen andern bedeuten würde[1]).

Der letzte Satz, der bekräftigt, was viele Gegner des Sozialismus und besonders die Syndikalisten immer gesagt haben, läßt die Aussichten für eine Sozialisierung, wenigstens in den früher erwogenen Formen, ziemlich hoffnungslos erscheinen. Aber wahrscheinlich sollte er den Übergang zu Vorschlägen für eine neue Organisationsform bilden. Denn es lagen zwei solche Vorschläge vor. Die Mitglieder der Kommission waren eines Sinnes in der Verurteilung der privaten gleichwie der staatlichen Bergwerke, bezüglich der den Bergleuten zu bietenden Lebensbedingungen und der Bezahlung der Bergleute und Beamten. Ferner empfahlen sie einstimmig die Einsetzung eines Reichs-Kohlenrates, der die Kontrolle über die ganze Industrie ausüben sollte. Aber in den Einzelheiten des Entwurfes gingen die Meinungen auseinander, es kam daher zu zwei Vorschlägen. Der erste, von sieben Mitgliedern unterzeichnet, war für

[1]) Bericht der Sozialisierungskommission, Seiten 31—33.

die sogenannte „Vollsozialisierung", während der zweite der nur zwei Unterschriften trug (zwei andre Mitglieder waren abwesend), beabsichtigte, den Weg hierfür allmählich vorzubereiten. In wenige Worte gefaßt, war der Gedanke der, alle Bergwerke zum Staatseigentum zu machen, die Kontrolle aber einer auf einem besonderen Gesetze beruhenden öffentlichen Körperschaft von 100 Mitgliedern, dem „Deutschen Kohlenrat", zu übergeben, in dem die Bergwerksunternehmungen, die Arbeiter und Beamten der Bergwerke, die Grubenarbeiter, die Konsumenten und das Reich in gleicher Zahl vertreten sein sollten. Die Mehrheit schlug den vollkommenen Ausschluß alles privaten Kapitals vor; die Minderheit hielt eine solche unverzügliche Maßnahme nicht für vorteilhaft. Aus den beiden Berichten geht klar hervor, daß der Punkt, über den man geteilter Meinung war und immer geteilter Meinung sein wird, die Schwierigkeit betrifft, Bewegungsfreiheit und Kontrolle in einem System zu vereinigen, das die Verantwortlichkeit für Mißerfolg oder Erfolg ausschließt, individuelle Initiative und Unternehmungsgeist jedoch, deren Wert jeder intelligente Sozialist anerkennt, beibehält. Es ist dies ein psychologisches Problem, für das bisher noch keine restlose Lösung gefunden worden ist.

Der ganze Bericht machte keinen sehr starken Eindruck, teils weil er verschiedene Ansichten enthielt, teils weil er einigen zu weit ging, andern wieder nicht weit genug. Er wurde als elendes Ergebnis einer so bedeutsamen Untersuchung angesehen; die Kommission wurde nicht ermutigt, ihre Arbeiten fortzusetzen. Aber am 23. März 1919 nahm die Nationalversammlung, die seit der Überreichung des Berichtes zusammengetreten war, ein die allgemeine Soziali-

sierung zulassendes Gesetz an, das eine Bestimmung über die Regelung der Kohlenindustrie enthielt. Paragraph 2 dieses Beschlusses lautet: „Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung und gegen angemessene Entschädigung für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften in Gemeinwirtschaft zu überführen; 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln."

Paragraph 4 lautet: „In Ausübung der in Paragraph 2 vorgesehenen Vollmacht wird durch besondere Reichsgesetze die Ausnützung von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft."

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die private Kohlenindustrie in eine Deutsche Kohlengemeinschaft zusammengeschlossen und unter die Oberaufsicht eines Reichs-Kohlenrates gestellt, der aus Besitzern, Arbeitern und Beamten, Verbrauchern, Händlern und Sachverständigen zusammengesetzt war; doch war das keine eigentliche Sozialisierungsmaßnahme, es hatte tatsächlich nur wenig zu bedeuten. Man wollte hauptsächlich erreichen, daß die Frage für einige Zeit in den Hintergrund der praktischen Politik trete. Aber sie wurde weiter leidenschaftlich erörtert, und im folgenden Jahr wurde die Regierung, die ein Gesetz, mit dem sie die Frage aus dem Wege schaffen wollte, vorbereitet hatte,

durch den Druck der öffentlichen Meinung in den Bergwerksbezirken genötigt, sich mit dem Problem wieder zu befassen. Sie stellte die Untersuchungskommission auf eine breitere Basis und gab den Auftrag, mit den Arbeiten wieder zu beginnen. Das war im Mai 1920. In der Zwischenzeit waren Gesetzesvorschläge des Wirtschaftsministeriums und Beschlüsse der Gewerkschaft der Grubenarbeiter eingebracht worden. Aber die Schwierigkeiten blieben bestehen; das Ergebnis der neuerlichen Untersuchung unterschied sich nicht merklich von dem früheren, nur daß jetzt die Ansichten noch mehr auseinandergingen. Der am 20. Juli erstattete Bericht, der dem mittlerweile errichteten Reichs-Wirtschaftsrate, einer Art beratender Körperschaft, vorgelegt wurde, enthielt zwei Vorschläge. Die Frage wurde dann durch einen Ausschuß dieses Rates mit Hilfe von Sachverständigen, die noch weitere Erhebungen pflogen, geprüft, doch war eine Übereinstimmung nicht zu erzielen. Schließlich wurde in Anbetracht des Vertrages von Versailles der Plan der Verstaatlichung der privaten Bergwerke aufgegeben, und die Frage auf die Reorganisation dieser Gruben beschränkt. Der diesen Gegenstand behandelnde, endlich angenommene Entwurf, der dem Reichs-Kohlenwirtschafts-Gesetze einverleibt wurde, war nur eine verbesserte Auflage des schon beschriebenen. Die Gruben wurden in 11 Bezirkssyndikate mit einer zentralen Körperschaft, der Deutschen Kohlengemeinschaft, zusammengefaßt und der Kontrolle des Reichs-Kohlenrates unterstellt, der aus 100 Mitgliedern bestand und große Machtbefugnisse hatte. Die Besitzer, die Arbeiter und Beamten sowie die Abnehmer waren in gleicher Zahl darin vertreten. Das war wohl eine industrielle Umformung mit sozialem Einschlag, die darauf gerichtet

war, die Macht der Besitzer oder Arbeitgeber zu beschränken, aber sie rührte nicht an dem wesentlichen Grundsatz des Eigentums und war auch kein Sozialismus im eigentlichen Sinne des Wortes. Soviel über die privaten Bergwerke.

Diese Vorgänge zeigen, wie schwierig es ist, selbst unter den günstigsten politischen Bedingungen auch nur in einer einzigen Industrie, die noch dazu als die dafür geeignetste angesehen wurde, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Aber die Geschichte der deutschen Kohlenbergwerke ist damit noch nicht erschöpft; sie enthält noch ein andres interessantes Kapitel. Die preußischen Staatsbergwerke sind schon früher in Verbindung mit dem Plan eines einheitlichen Systems, das alle Zechen des ganzen Reiches umfassen sollte, erwähnt worden. Obwohl dieser Gedanke aufgegeben worden war, ist doch seither mit den Preußen gehörigen Staatsbergwerken etwas geschehen. Durch die Bestimmungen des Friedensvertrages sind sie in ihrem Ausmaß sehr beschnitten worden, aber sie waren noch immer sehr beträchtlich und durchaus schlecht verwaltet. Die schon erwähnte einstimmige Verurteilung durch die Untersuchungskommission ist durch den Bericht des Herrn Osterroth, eines Führers der Gewerkschaft, der jahrelang ein Ratgeber der Regierung in Bergwerksangelegenheiten war und besonders die sozialen Fragen dieser Industrie genauestens kannte, voll bestätigt worden. Seine Berichterstattung ist schriftlich in dem Handbuch der sozialdemokratischen Partei für die Landtagswahlen im Jahre 1924 niedergelegt worden. Er ist ein Mitglied dieser Partei und nahm auch einen führenden Anteil an den Landtagsdebatten über das Wiederaufbaugesetz im Jahre 1923. Er legte dar, daß in Preußen der Staat zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts in der Kohlenindustrie eine

durchaus beherrschende und mit Bezug auf die Eisen- und sonstigen Metallerzbergwerke geradezu eine Monopolstellung innehatte. Aber an dem später einsetzenden großen Aufschwung dieser Industrie hatte er wenig Anteil, obwohl er leicht ein Staatsmonopol für den Bergbau hätte schaffen können. Ich möchte mir beizufügen erlauben, daß es in diesem Falle wahrscheinlich zu keiner Fortentwicklung gekommen wäre, denn sie ist dem privaten Unternehmungsgeist allein zuzuschreiben; der Staat erwarb nur Zechen, die von privaten Besitzern schon eingerichtet waren. Nach Herrn Osteroth war die Verwaltung des Staates eine durch und durch schlechte. Es fehlte die nötige Entschlußkraft, die Leitung hatte nicht die Freiheit, sich schöpferisch zu betätigen, das Verantwortlichkeitsgefühl starb aus, und jeder Beamte „schielte nach oben", wie die „unsagbar traurige gesetzliche Aktion im Saargebiet zu Beginn dieses Jahrhunderts enthüllte". Mit einem Wort, es herrschte technische Unfähigkeit und politische Korruption. Jahrelang waren Reformen verlangt worden, und nach dem Krieg wurden sie dringender notwendig als je.

Nach erschöpfender Prüfung der Lage von allen Gesichtspunkten aus entschied der preußische Landtag, daß es das beste wäre, die Bergwerke in eine Gesellschaft zu verwandeln, deren sämtliche Anteile zu gleichen Teilen dem Handelsministerium und dem Finanzministerium überlassen werden sollten. Aber das Gesetz, das dann am 9. Oktober 1923 angenommen wurde, gestattete die Ausgabe weiterer Anteilscheine, so daß auch noch andre Besitzer denkbar sind. Die Gruben und die ihnen zugesellten Hütten der Gesellschaft, die sich „Preußag" nennt, werden von vier fachmännischen Direktoren geleitet. Über ihnen steht ein Aufsichts-

rat, der aus Vertretern der Regierung, des Landtages (und jeder politischen Partei) sowie aller (nicht nur der wichtigsten, sondern auch der christlichen und sogar der kommunistischen) Gewerkschaften gebildet ist. Eine Kontrolle übt auch die Generalversammlung aus. Herr Osterroth, der einer der Direktoren ist, sagt, daß die Form einer Aktiengesellschaft dem Unternehmen die größte Handlungsfreiheit in technischer, kaufmännischer, organisatorischer und sozialpolitischer Beziehung gibt. Der einzelne Leiter trägt eine viel größere Verantwortung als früher, und seine Initiative ist nicht in Fesseln geschlagen. Die Günstlingswirtschaft hat aufgehört; jedermann muß sich anstrengen, um seine Stellung zu behaupten. Beförderungen können nur mehr mit dem Kopf und „nicht mehr mit dem Sitzfleisch" verdient werden, — eine sehr malerische Phrase, die durch eine höflichere Umschreibung verlieren würde. Er nennt diesen Wechsel „Entbürokratisierung" und sagt, daß das System schon neun Monate nach seiner Einführung gute Erfolge zeitigte. Es wird seither weiter angewendet und erzielte im Jahre 1924 einen Überschuß. Im Mai 1926 wurde im Landtag ein Gesetz über eine Beihilfe von 30 000 000 Mark eingebracht, was auf eine rasche Entwicklung der Bergwerke, aber auch auf ihre Unfähigkeit schließen läßt, das notwendige Kapital aus den eigenen Einkünften zu beschaffen.

Diese „Kommerzialisierung" der Staatsbergwerke durch Einführung der für private Unternehmen charakteristischen Organisationsform um der Leistungsfähigkeit willen ist typisch für eine allgemein erkennbare Tendenz. Die dem Reiche unterstehenden Staatseisenbahnen sind ähnlich behandelt worden; daß dies hauptsächlich geschah, um dem Dawes-Reparationsplan entgegenzukommen, bestätigt nur meine Ansicht.

Die staatlichen Kriegsindustrien sind ein andres Beispiel. Sieben von ihnen sind in ebenso viele Aktiengesellschaften umgewandelt worden, bei denen die Beteiligung von Privatkapital nicht ausgeschlossen ist, und sieben sind in der Absicht gesperrt worden, sie privaten Unternehmern zu überlassen. Ein drittes Beispiel sind die Berliner Gemeindeunternehmungen. Da besagte Tendenz nicht von der entgegengesetzten, die privaten in staatlichen Besitz umwandeln will, begleitet wird, scheint es mir, daß sie eher vom Sozialismus, wie man ihn allgemein auffaßt, weg-, als zu ihm hinführt; und das dem heutigen, in einer so schwierigen Lage befindlichen Deutschland eigene starke Bedürfnis nach höchster Leistungsfähigkeit läßt die ganze Richtung nur noch bedeutungsvoller erscheinen.

Ehe wir das Thema Deutschland verlassen, möchte ich noch auf den Stand der Dinge in den einzelnen Staaten des Reiches hinweisen, die bis zu einem gewissen Grade selbständige Regierungen und ihre eigene Verwaltung haben, obwohl sie alle der Verfassung und den Gesetzen des Reiches unterworfen sind. Die wichtigsten sind die früheren Königreiche Preußen, Bayern und Sachsen. Jetzt sind sie natürlich alle Republiken und anscheinend im Begriffe, sich zu beruhigen, aber nicht ohne eine ganze Reihe von Unruhen durchgemacht zu haben, die der allgemeinen Revolution gefolgt waren.

Bayern und Sachsen

Ich habe schon in der Einleitung die zwei alternativen und miteinander wetteifernden Methoden zur Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erklärt, derenthalben sich die ganze Bewegung in zwei Gruppen gespalten hat; in

1. die gewalttätige und gleich auf das Ganze gehende Methode, Kommunismus genannt, und 2. die ihr Ziel auf verfassungsmäßigem Wege allmählich anstrebende Methode, den Sozialismus. Mit beiden hat man es in Deutschland versucht. Der Kommunismus wurde schon früh im Zentrum des Reiches geschlagen und damit als Reichspolitik erledigt. Den Weg, den der Sozialismus gegangen, habe ich schon gezeichnet. Aber in den Grenzlanden gab die Politik der Gewalttätigkeit nicht so leicht nach. Sie äußerte sich in verschiedenen örtlichen Erhebungen, die sich mit andern begegneten, die aus ganz andern Ursachen entstanden waren und andern Charakter hatten. Neben kommunistischen Aufständen gab es solche militärischer oder patriotischer Natur und andre, die die Losreißung vom Reiche und die Unabhängigkeit zum Ziele hatten. Bei einem allgemeinen Überblick über die Lage Deutschlands seit dem Kriege darf man sie nicht vergessen, aber sie haben keine direkte Beziehung zu meinem eigentlichen Thema, und ich will nur zwei Bemerkungen darüber machen. Erstens: alle diese örtlichen Unruhen, aus welcher Ursache immer sie entsprungen sein mochten, bereiteten der jeweiligen Regierung Verlegenheiten, trugen zu der Unsicherheit der Verhältnisse bei, die ein so auffallender Zug des deutschen politischen Lebens gewesen ist, und hatten ihre unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Wirtschaft sowie auf die auswärtigen Angelegenheiten. Zweitens: die separatistische Agitation war zum großen Teil die Folge der größeren Zentralisierung der Regierung unter der neuen Ordnung und des damit verbundenen Verlustes an Unabhängigkeit und Ansehen der örtlichen Selbstregierung, was, besonders in Bayern und Sachsen, noch immer sehr heftig empfunden wird. Diese Erwägungen und das Spiel der

verschiedenartigen Beweggründe muß man sich vor Augen halten. Doch einige dieser Aufstände hatten rein kommunistischen Charakter und waren auf die Agitation der äußersten Linken sowie auf das Beispiel Rußlands zurückzuführen. Es kam einige Jahre lang sporadisch zu solchen Erhebungen. Sie begannen 1919 und traten bis zum Ende des Jahres 1923 in Intervallen auf. Erst seit 1924 ist das Land verhältnismäßig frei von Unruhen und in eine Periode friedlicherer Entwicklung eingetreten. Aber selbst jetzt noch ist es den Putschversuchen der Extremen, der Kommunisten oder Nationalisten, ausgesetzt, wie erst kürzlich die Ereignisse gezeigt haben. Die letzte Schaustellung dieser Art war den Völkischen zu verdanken. Doch sind diese Abenteuer von keiner Bedeutung. Das Wort Putsch, das auch eine gewisse Geringschätzung ausdrückt, ist ein guter Name dafür! Es sind nur kindische Ausbrüche der unersättlichen menschlichen Kampflust, die die Gattung Mensch von andern Tieren unterscheidet und die in der Geschichte öfter und leidenschaftlicher wegen Meinungsverschiedenheiten als wegen wirklicher Interessen zum Ausbruch gekommen ist. Es ist die Art streitsüchtiger Parteigänger, die Mittel für den Zweck anzusehen und sie selbst zum Ziele zu machen, das sie dann um jeden Preis, sogar um den der Vernichtung des wirklichen Zieles und den eines Sieges des Gegners verfolgen.

Die kommunistischen Erhebungen haben mehr mit meinem Thema zu tun als die Vorstöße der Monarchisten, aber es ist nicht nötig, sie näher zu beschreiben oder sie auch nur aufzuzählen. Sie schlugen alle fehl und waren dazu von Anfang an verdammt. Es fehlten entweder fähige Führer, oder es stand hinter den Führern, die da waren, keine wirk-

liche Macht. Diese Versuche bewiesen nur noch deutlicher den rein zerstörenden Charakter einer solchen Methode, den Sozialismus einzuführen, die ohne Bürgerkrieg nicht denkbar ist, wie Lenin ganz richtig gesagt hat. Und ein Bürgerkrieg bringt ärgere Verwüstungen mit sich als ein Krieg zwischen Nationen — auch das hat Lenin einmal bemerkt. Diese kommunistischen Erhebungen werden als Dinge, die der Vergangenheit angehören, betrachtet, und man ist bemüht, sie der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Aber sie hatten die unvermeidliche Wirkung, eine Reaktion auszulösen und der Sache der gemäßigten Sozialisten zu schaden. Das war besonders in Bayern der Fall, wo die schrecklichsten und erfolgreichsten dieser Versuche im April 1919 gemacht worden waren. In München war danach eine Sowjet-Republik errichtet worden, die fast einen Monat bestand. Das geschah zwei Tage nach der Ermordung Kurt Eisners, der sich von allem Anfang an der Einführung des Bolschewismus widersetzt hatte. Heute sind die Sozialdemokraten im Landtage sehr schwach vertreten, und zwar mit 23 Mitgliedern von 129 gegen 48 der Bayrischen Volkspartei und 23 des Völkischen Blocks. Sie erhielten in den letzten Wahlen von 3 000 000 nur 500 000 Stimmen. Die Kommunisten erhielten weniger als die Hälfte davon und damit nur 9 Sitze. Im preußischen Landtag sind die Sozialdemokraten noch immer die stärkste Partei mit 114 Sitzen von 450, aber im Verhältnis zu den Konservativen und den Mittelparteien zusammengenommen sind sie erheblich schwächer als im Reichstag. Die Kommunisten haben 44 Sitze. Die Sozialisten und Kommunisten haben zusammen 158 Mandate, wogegen die Deutschnationale Volkspartei (diese konservativste Partei hat mit ihren 109 Sitzen

annähernd ebenso viele wie die sozialdemokratische Partei), das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und einige kleinere Gruppen im ganzen über 263 Mandate verfügen.

Ich habe nicht die entsprechenden Zahlen für den sächsischen Landtag zur Verfügung, aber der Sozialismus ist und war dort immer viel stärker vertreten als anderswo. Denn in Sachsen, im Jahre 1863, begann ursprünglich die deutsche sozialdemokratische Bewegung, und Sachsen ist für sie ein starkes Bollwerk geblieben. Im Jahre 1924 erhielten die Sozialisten bei den Reichstagswahlen im Dresdener Wahlbezirk mehr Stimmen als in irgendeiner andern Gegend Deutschlands; Leipzig und Chemnitz kamen knapp danach. Im Jahre 1920 war ihr Erfolg noch größer. Die Konservativen haben zwischen den beiden Wahlen an Boden gewonnen. Ein Grund hierfür war, daß Ende des Jahres 1923 in Sachsen eine kommunistische Erhebung, und zwar die letzte stattgefunden hatte. Damals war eine sozialistisch-kommunistische Regierung eingesetzt worden, die ungefähr 14 Tage lang ihres Amtes waltete. Dann sandte die Reichsregierung Truppen, die das sächsische Kabinett ab- und vorübergehend einen Zivildiktator einsetzten. Diese ganze Episode ist in einen Schleier gehüllt, den ich nicht genügend zu lüften vermochte, obwohl ich selbst die Plätze in Leipzig und Dresden gesehen habe, wo Maschinengewehre aufgestellt waren. Soviel ich entnehmen konnte, glich übrigens dieser Aufruhr allen andern derselben Art.

Sachsen ist ein bedeutendes Industrieland, das, wenn überhaupt, nur dem Rheinlande in dieser Beziehung nachsteht, und das Volk litt dort wirklich schwere Entbehrungen. Es war tatsächlich zu Hungerrevolten gekommen. Die Un-

zufriedenheit war mit der Zeit immer größer geworden und hatte den Boden für die Agitation vorbereitet. Es wäre wirklich seltsam gewesen, wenn die Kommunisten dort nach der Revolution und all den andern Erregungen die Gelegenheit nicht genützt hätten, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Sinovieff hatte mit der ihm eigenen unbesonnenen Schwatzhaftigkeit verraten, daß er eine allgemeine Erhebung in ganz Deutschland erwarte, und tatsächlich kam es zu einer solchen in Hamburg und zu der in Sachsen. Die Sozialdemokraten waren offenbar selbst über die Wendung, die die Dinge nahmen, sehr erschrocken, wie das unter ähnlichen Umständen oft der Fall war, und bildeten mit den Kommunisten eine Regierung, um einen mäßigenden Einfluß ausüben zu können. Vielleicht wäre es ihnen, wie sie oft behaupteten, auch ohne die Einmischung der Reichsregierung gelungen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, aber es ist eher anzunehmen, daß dem nicht so gewesen wäre und daß das Einschreiten der Reichsregierung wirklich viel ärgere Unruhen verhindert hat. Die Krise ging trotz allem bei sehr geringer Anwendung von Gewalt vorüber. Die in manchen Lagern bestehende Ansicht, daß die ganze Sache nur ein Vorwand für militärische Vorbereitungen gewesen sei, erscheint mir falsch. Die andre Erklärung entspricht vollkommen den Verhältnissen.

Zweifellos stand die Reichsregierung, die eine Koalitionsregierung mit mehreren sozialdemokratischen Mitgliedern war, vor einer ernsten Krise; die Anwendung von Gewalt war daher berechtigt. In Bayern gab es zur selben Zeit ebenfalls Unruhen; wenn diese auch aus ganz andern Ursachen entstanden waren, so bleibt doch Aufruhr immer Aufruhr, und ein solcher kann sich, einmal ausgebrochen, in einer erregten Bevölkerung unabhängig von besonderen Be-

weggründen wie eine Seuche ausbreiten. Alles Mögliche hätte geschehen können, wenn man diesen zwei ähnlichen, sich jedoch in ihren Beweggründen widersprechenden Bewegungen gestattet hätte, sich zu entwickeln. Die Ruhestörung in Bayern war der berühmte Hitler-Ludendorff-Putsch in München im November 1923. Er entstand aus einem Gemisch der verschiedensten Gründe, als da waren: die Reaktion auf frühere kommunistische Ausschreitungen, der Antisemitismus und der im Volke herrschende Groll gegen die Vorherrschaft Preußens im Reiche. Im Jahre 1922 hatten sich die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen die Hände gereicht, und gegen sie war eine neue Partei entstanden, die sich Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei oder Nationalsozialistische Freiheitsbewegung nannte. Es war eine Bewegung, die eigentlich gegen alles und alle gerichtet war und sich zu einer Art Faszismus entwickelte. Hitler war oder wurde der Führer. Ludendorff schloß sich ihm wegen des nationalen Elementes an. Große Ideen von einer alldeutschen Gegenrevolution mit Diktatur scheinen dort genährt worden zu sein. Eine Zeitlang wurde sogar an den Unsinn gedacht, nach Berlin zu marschieren.

Zu Anfang des Jahres 1923 nahm die Spannung zwischen den Sozialisten und den Nationalisten zu; es kam zu einigen Zusammenstößen. Die Lage wurde infolge der militärischen Ausbildung und Bewaffnung der Nationalsozialisten immer bedrohlicher. Im September richtete die bayrische Regierung ein besonderes Staatskommissariat ein, das mit Machtbefugnissen ausgerüstet war, die schon an die Diktatur grenzten; der Staatskommissär gebrauchte sie mit unverständiger Strenge. Dann gab es Hungerrevolten, weil die Landbevölkerung sich weigerte, ihre Produkte in die

Stadt zu bringen und dafür eine Währung in Empfang zu nehmen, die schon wertlos geworden war. Die Lage sah wirklich kritisch aus; aber als der Tag des Putsches gekommen — er fand in der Nacht vom 8. zum 9. November statt — wurden die Kräfte Ludendorffs und Hitlers nach anfänglichem Erfolge durch die regulären Truppen in München vollkommen erledigt, und die Führer selbst bedeckten sich mit Schande. Der große Ludendorff — in den Straßen geschlagen! Die ganze Sache brach in sich zusammen, und, obwohl man noch an den Mauern des Platzes, auf dem es zum Kampfe gekommen war, die Einschläge der Kugeln sehen kann, ist doch in München nur sehr wenig Schaden angerichtet worden.

Ich konnte auch in Bayern keinen Fortschritt des Sozialismus, keine Verstaatlichungsmaßnahmen und kein Vorgehen gegen Privatunternehmungen entdecken, und es ist auch in dem ungewöhnlich reichhaltigen Bayrischen Jahrbuch für 1926 nichts dergleichen erwähnt. Es gibt wohl ausgedehnte Staatsdomänen, hauptsächlich Wälder und andre staatliche Einrichtungen, aber die haben schon früher bestanden und werden anscheinend in derselben Weise wie früher verwaltet. In Sachsen jedoch hat man große Pläne verwirklicht, und zwar nach dem Muster der Preußischen Berg- werks- und Hüttengesellschaft (Preußag), von der ich bereits gesprochen und über die ich seither noch manche Informationen erlangt habe.

Der mit dem 31. Dezember 1924 endende Jahresbericht des Direktoriums stellt nämlich fest, daß die Gesellschaft ihren Betrieb vergrößert hat, und die Bilanz zeigt, daß die Preußag imstande war, an den preußischen Staatsschatz über 50 000 Pfund abzuführen und noch 77 000

Pfund auf neue Rechnung zu übertragen. Aber der sächsische Plan geht noch viel weiter. Er ist in dem Jahrbuch für Sachsen pro 1926 von Dr. Peter Reinhold beschrieben, der ihn selbst fast ganz entworfen hat. Dr. Peter Reinhold war bis zum Januar des vergangenen Jahres sächsischer Finanzminister. Dann wurde ihm in Anerkennung seiner außergewöhnlichen Geschicklichkeit das Portefeuille des Reichsfinanzministers angeboten. Das geschah einen Tag vor meiner Unterredung mit ihm, denn ich hatte das Vergnügen, ihn gleich nach seiner Rückkehr aus Berlin einige Minuten sprechen zu können, und erhielt von ihm einige Informationen, die ich für diese Arbeit brauchte.

Er führte aus, daß der neue durch die Revolution geschaffene Staat sich im Besitz einer etwas wirren Auswahl von Unternehmungen befand, die teilweise noch aus den Tagen Augusts des Starken und andrer Könige stammten und von Zeit zu Zeit Zuwachs bekommen hatten. Die Mängel der staatlichen Verwaltung, über die ich schon einige Ansichten angeführt habe, wurden in Sachsen voll erkannt. Im Jahre 1922 wurde daher ein Gesetz angenommen, das die Kommerzialisierung dieser Unternehmen vorsah und nach dem die bürokratische Verwaltung so weit wie möglich durch „die in Privatunternehmen herrschenden geschäftlichen Grundsätze" ersetzt werden sollte. Er fügte hinzu, er erwarte nicht, daß dieses Gesetz die staatlichen Unternehmen von allen Fesseln befreien, sondern nur eine Besserung herbeiführen werde, „denn die psychologischen und andre Hemmungen in einem staatlichen Unternehmen seien zu groß, um durch ein Gesetz abgeschafft werden zu können". Dazu sei es notwendig, noch einen Schritt weiter zu gehen. Wenn diese Unternehmungen einen Aufschwung nehmen

sollten, müßten sie vollkommen von der staatlichen Kontrolle befreit und in Gesellschaften, die gesetzlich den privaten gleichzustellen wären, verwandelt werden. Das brächte zwei große Vorteile mit sich: es ließe ihnen die freie Verfügung über die eigenen Geldmittel und die Freiheit, alle Fragen vom geschäftlichen und nicht vom politischen Standpunkte aus zu entscheiden.

Zwei Gebiete eigneten sich besonders für eine moderne wirtschaftliche Betätigung des Staates: Kraftwagentransport und Kraftgewinnung. Und diese haben auch einen Aufschwung genommen. Der Passagierverkehr mit Kraftwagen wird von einer Gesellschaft besorgt, der Gütertransport von einer andren. Das größte Unternehmen ist die in den Händen der Aktiengesellschaft „Sächsische Werke" liegende Kraftgewinnung und -verteilung. Zwei elektrische Kraftstationen waren im Zusammenhang mit zwei Braunkohlenbergwerken geplant. Eine davon arbeitet schon mit einer Leistung von 100 000 Kilowatt, die andre ist noch im Bau. Überdies ist die Ausbeutung von Wasserkraft zur Gewinnung von Elektrizität im großen Stile in die Hand genommen worden. Drei Wasserkraftwerke arbeiteten schon im Jahre 1925, und ein viertes begann im Jahre 1926. Dr. Reinhold erklärt, daß Sachsen einen ersten Platz unter allen Industriestaaten einnehmen werde, wenn diese Unternehmungen einmal alle ausgebaut sein würden. Die technische Entwicklung ist nach der gewonnenen Kraftmenge zu ermessen, die sich von 14 000 000 Kilowatt im Jahre 1913 und 144 000 000 Kilowatt im Jahre 1921 auf 480 000 000 Kilowatt im Jahre 1925 erhöhte. Auch in finanzieller Hinsicht ist das Wagnis von Erfolg gekrönt. Es konnte nur mit einer amerikanischen Anleihe von

15 000 000 Dollars begonnen werden und hat, wie berechnet wurde, im letzten Jahre eine Dividende von 10 Prozent ausgeschüttet.

Diese sächsischen Staatsunternehmungen scheinen eher eine Annäherung an eine Art Sozialismus vorzustellen als die preußischen, weil sie sich kühn auf das Gebiet moderner wirtschaftlicher Neuerungen vorwagen; aber sie halten sich strikt an die kaufmännischen Grundsätze; weder verdrängen sie Privatunternehmungen noch sind sie darauf berechnet.

Dr. Reinhold sagt, daß niemals eine Drosselung der Privatunternehmungen beabsichtigt war, da man ja damit nur die Zahl der Steuerzahler verringert hätte. Die Einnahmen aus den staatlichen Betrieben dienten im Gegenteil nur dazu, die allgemeinen Lasten zu verringern, und trügen so indirekt dazu bei, die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrien zu heben.

Zum Schlusse möchte ich noch sagen, daß Deutschland seit dem Kriege viel gelitten hat und sein Volk sich keine Illusionen über den verhängnisvollen Ausgang dieses Abenteuers macht, was auch militärische oder patriotische Ehrenretter darüber sagen mögen. Es ist ein krankes Land und leidet noch immer. Zu Anfang dieses Jahres stieg plötzlich die Arbeitslosigkeit rasch an; Mitte Februar gab es 2 000 000 eingetragene Arbeitslose. Ich bin Fabrikanten begegnet, die sich in einem Zustand befanden, der an Verzweiflung grenzte. Sie konnten ihre Waren auf ausländischen Märkten nicht verkaufen und beklagten sich über die englische Konkurrenz und über das Herabdrücken des englischen Kohlenpreises. Seither hat sich die Lage gebessert. Der Generalstreik in England und die Einstellung der Arbeit in den Gruben hat die Deutschen wieder Mut

fassen lassen. Sie werden gesunden, denn sie haben die Kraft und den festen Willen dazu. Die Putschmacher sind nicht ernstzunehmen. Die Masse des Volkes wird sich weder dem Joche von Potsdam noch dem von Moskau beugen. Und vor allem wollen die Deutschen nicht wieder in einen Krieg ziehen, welche Hoffnungen immer sie für eine nebelhafte Zukunft vielleicht noch hegen mögen. Aber der Sozialismus im alten Sinne wird heute nur noch von den Kommunisten gehegt und gepflegt. Die Ansichten und die Haltung der Sozialdemokraten haben sich geändert, wie in einem der folgenden Kapitel dargelegt werden wird.

Der tatsächliche Verlauf der sozialwirtschaftlichen Entwicklung hat nicht, wie im Artikel 156 der Verfassung (der die Enteignung privater Unternehmungen — gegen Entschädigung — und ihre Überführung in staatlichen Besitz ins Auge faßt) vorgesehen war, zur Sozialisierung, sondern eher nach den Bestimmungen des Artikels 165 zur Bildung von Betriebsräten geführt. Das gehört jedoch in ein andres Kapitel und wird später behandelt werden.

Trotz dem obenangeführten Sozialisierungsgesetze und dem besonderen Sozialisierungsgesetze für die Elektrizitätswerke vom Dezember 1919 kam es zu keiner Enteignung. Mit den privaten Kohlenbergwerken verfuhr man, wie schon erklärt, in andrer Weise. Von allen auf die Möglichkeit einer Sozialisierung untersuchten wirtschaftlichen Gebieten wurde nur die Kaliindustrie berührt. Diese wurde durch ein im Juli 1919 verabschiedetes Gesetz ähnlich wie die Kohlenbergwerke behandelt. Heute befindet sich die Sozialisierung in Deutschland in einem Zustande des Scheintodes, es sei denn, daß sich die Bedeutung des Wortes vollkommen geändert habe.

IV. Kapitel

Österreich

Meine Hochachtung für die Österreicher ist infolge meines Studiums ihrer Arbeit in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Kein andres Volk ging aus dem Kriege so erschöpft, so zerrüttet, so zerrissen und hilflos hervor, und keines hat sich von einem anscheinend hoffnungslosen Zustand so gut erholt. An dieser Genesung haben die Sozialdemokraten keinen geringen Anteil. Einer der hervorragendsten unter ihnen, Dr. Otto Bauer, der in Dr. Renners Ministerium im Jahre 1919 Minister des Äußern war, hat einen wirklich herzzerreißenden Bericht über den Zustand des Landes unmittelbar nach dem Kriege geschrieben. Er mag etwas gefärbt sein, denn Dr. Bauer verfügt über einen sehr beredten, wirkungsvollen Stil, aber die Tatsachen sind nicht wegzuleugnen.

Österreich-Ungarn brach sichtlich schon im Oktober 1918, also vor Beendigung des Krieges, infolge von Gehorsamsverweigerungen an der italienischen Front und von Auflösungszuständen im Hinterlande zusammen. Der Rücktritt des Kaisers am 11. November war nur die formelle Anerkennung einer schon vollzogenen Revolution. „Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen", sagt er in seiner Proklamation. Das hatte sich am 30. Oktober

ereignet, als die in einer Sitzung der deutschösterreichischen Mitglieder des Reichsrates am 21. Oktober nach einstimmiger Beschlußfassung eingesetzte Nationalversammlung die Regierung formell dem Staatsrate anvertraute, der aus Vertretern aller Parteien gebildet war. Die Länder, die neben dem deutschen Kerne die Hauptbestandteile des Kaiserreiches bildeten, vor allem Böhmen und Ungarn, hatten sich schon losgerissen, ihre Unabhängigkeit erklärt und Deutschösterreich allein zurückgelassen. Die gerade erwähnten Vorgänge beziehen sich auch nur auf Deutschösterreich und zeigen, daß sich die Revolution dort auf friedliche, verfassungsmäßige Weise vollzogen hat. Der Staatsrat verteilte die Ministerportefeuilles gerecht unter die verschiedenen Parteien; zwei fielen den Sozialdemokraten zu, die damals noch nicht sehr stark waren, außerdem zwei Unterstaatssekretariate. Dr. Renner wurde Leiter der Staatskanzlei.

Aber die herrschende Verwirrung und besonders die Haltung der Arbeiterklassen, die außer der politischen auch eine soziale Revolution erwartet hatten, verschaffte den Sozialdemokraten in der Regierung bald einen Einfluß, der bedeutend größer war, als es ihrer Anzahl zukam. Infolge der Auflösung der alten Ordnung war der neue Staat von Anarchie bedroht; er kam ihr auch sehr nahe. Die Kriegsindustrien stellten von einem Tag zum andern die Arbeit ein, Tausende wurden dadurch brotlos. Aber die größte Gefahr waren die Soldaten. Alle Disziplin hatte aufgehört. Die Armee löste sich einfach auf, die Soldaten eilten nach Hause. Auch Abteilungen feindlich gesinnter Tschechen und Ungarn durchquerten Österreich, um in ihre Heimat zu gelangen. Niemand wollte mehr Dienst tun. Die Depots, Magazine und Gefangenenlager blieben unbewacht, die Le-

bensmittel waren knapp und Plünderungen begannen. Die Gefahr wurde durch die Bildung einer neuen Söldnerschar abgewendet, der die Arbeitslosen scharenweise beitraten. Sie unterwarfen sich der Disziplin und übernahmen die Aufgabe der Verteidigung.

Aber bald entstanden auf innen- und außenpolitischem Gebiete neue Unruhen. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Lebensmittel und Kohle fehlten infolge der Feindseligkeit der Tschechen, die früher den Staat mit beidem versorgt hatten. Es kam zu Streiks, und Versuche zur Einsetzung einer kommunistischen Regierung wurden unternommen. Während all dieser und noch vieler andrer Unruhen verloren die Sozialdemokraten nicht den Kopf. Sie gewannen so an Ansehen in der Regierung, denn nur sie konnten einen mäßigenden Einfluß auf das städtische Proletariat ausüben, das sie als seine Führer betrachtete. Das zeigte sich bei den Wahlen im Februar 1919 für die Konstituierende Nationalversammlung, die die neue Verfassung bestimmen sollte. Dabei wurden die Sozialdemokraten, die bisher die schwächste von den drei großen Parteien gewesen, mit 69 Mandaten die stärkste. Ihnen am nächsten kamen die Christlichsozialen mit 63 Abgeordneten, während die Deutschnationalen, die bisher die stärkste Partei gewesen, nur 24 Sitze erhielten. Diese Zahlen sind aus Dr. Bauers Schriften übernommen. Es sei darauf hingewiesen, daß die Christlichsozialen seit Kriegsbeginn zu einem wichtigen politischen und gewerkschaftlichen Faktor geworden sind, und zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in mehreren andern Staaten. Sie sind in Wahrheit demokratische Konservative und Gegner des Sozialismus. In Österreich sind sie vor allem die Partei der Gutsbesitzer und Bauern, die damals auf keinem guten

Fuße mit den mehr sozialistisch gesinnten städtischen Arbeitern standen. Sie hatten während des Krieges unter der unbarmherzigen Beschlagnahme aller Erzeugnisse sehr gelitten und begrüßten die Revolution mit Freuden. Aber sie fanden bald heraus, daß sie nur den einen verhaßten Bedrücker gegen einen andern eingetauscht hatten. Die Requisitionen für die städtischen Arbeiterräte waren nicht weniger unbeliebt als die der militärischen Behörden, und es entstand bald ein erbitterter Interessenstreit. Aber davon abgesehen hatten die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen unter der Landbevölkerung gemeinsame Berührungspunkte, während sie sich in den Städten grundsätzlich feindlich gegenüberstanden. Da es jedoch nicht möglich war, mit Ausschluß einer dieser beiden Parteien eine Regierung zu bilden, gab es nur den einen Ausweg des Zusammengehens. Es bildete sich denn auch im März 1919 eine Koalitionsregierung, aber der Löwenanteil fiel den Sozialdemokraten zu; sie regierten. Dr. Renner wurde Kanzler.

So waren also die Sozialdemokraten verdientermaßen an die Macht gelangt. Als die Revolution ausbrach, waren sie die einzigen, die eine bestimmte Politik vor Augen oder wenigstens irgendeinen Einfluß auf ein gänzlich verstörtes Volk hatten. Und sie gebrauchten ihn mit viel Weisheit zur Wiederherstellung der Ordnung, zur Verhinderung von Ausschreitungen und zum Schutze des Überbleibsels des einstigen großen Reiches vor inneren und äußeren Gefahren. Auch in der Krise, die bald darauf ein entschlossener Versuch zur Einsetzung einer Kommunistischen Regierung auf der Grundlage der im Jahre 1918 gebildeten Arbeiterräte hervorrief, bewahrten sie die gleiche Haltung. Damals (im März 1919) kam es im Zusammenhang mit der neu

errichteten Kommunistischen Internationale in Moskau zu einer allgemeinen Erhebung des Kommunismus, der Österreichs Nachbarn im Westen und Osten erlagen. Ich habe schon die kommunistische Episode in München erwähnt, die einen Monat dauerte. Eine ähnliche Erhebung war in Budapest erfolgreicher und konnte erst nach einer Lebensdauer von fünf Monaten durch den Einmarsch rumänischer Truppen niedergeschlagen werden, obwohl spätere Ereignisse zeigten, daß diese Bewegung nicht die Unterstützung des Volkes genossen hatte. Der Führer, Béla Kun, machte große Anstrengungen, um die Österreicher zur Befolgung seines Beispieles zu veranlassen, aber die Sozialdemokraten blieben fest, und unter ihrem Einfluß lehnten die Arbeiterräte selbst den Vorschlag ab. Es war die beste Aussicht, die Moskau hatte und je haben wird.

Welche Taten vollbrachten sonst noch die österreichischen Sozialisten, als sie schließlich die herrschende Stellung erreicht hatten? Sie besaßen die Macht nicht so vollständig wie ihre Kollegen in Deutschland im Winter 1918—1919, aber in genügendem Maße, um wenigstens einen Versuch mit der Sozialisierung machen zu können. Ihre Anhänger, die von den eingeführten sozialen Reformen nicht befriedigt waren, verlangten und erwarteten es auch. Sie schrien nach einer neuen Ordnung der Verhältnisse, die sie vollkommen von dem Joche privater Arbeitgeber befreien sollte, ohne sie dem gleich verhaßten des Staates zu überantworten. Vor diese praktische Aufgabe gestellt, folgten die sozialistischen Minister dem deutschen Beispiele und setzten einen Sozialisierungsausschuß ein, dessen Vorsitzender Dr. Bauer selbst wurde. Das Thema war schon zu einer regelrechten Schrulle geworden, und zwar nicht nur bei den geistigen Sozialisten

allein, sondern auch bei andern dieser Frage mehr oder weniger sympathisch gegenüberstehenden Volkswirtschaftlern und sogar beim Bürgertum. Es war wie mit einem Kreuzworträtsel; jeder war damit beschäftigt, es zu lösen, und es wurde von jedem Gesichtspunkte aus erörtert. Dr. Bauer sagt, daß innerhalb weniger Monate eine ganze Literatur über diesen Gegenstand entstand und daß österreichische Volkswirtschaftslehrer die ersten waren, die dazu beigesteuert haben. Wie die österreichische Schule des Sozialismus, so zeichneten sich auch die österreichischen Volkswirtschaftler schon seit langem durch große Begabung und Unabhängigkeit aus. Einige der verständigsten Kritiker der Marxistischen Lehre sind aus ihrem Kreise hervorgegangen. Sie sind natürlich deutscher Abstammung, wie die Österreicher im allgemeinen, aber sie sind doch wesentlich verschieden von den Deutschen im Reiche. Einige von ihnen nahmen sogar tätigen Anteil an der deutschen Untersuchung, über die ich schon gesprochen habe, und entwarfen Pläne für die Sozialisierung der Industrie. Wenn nur ein sehr geringes oder gar kein praktisches Ergebnis erzielt wurde, so ist das nicht dem Mangel an sachverständigen Ratschlägen oder umfassender Erörterung zuzuschreiben. Ich will jetzt auf diese Dinge nicht näher eingehen, denn sie gehören zur theoretischen Seite der Frage, aber wenn man das Ergebnis beurteilen will, ist es notwendig, die große Mühe zu würdigen, die von hochbefähigten Männern zur Lösung dieses Problems aufgewendet worden ist. Auch der verstorbene Dr. Walther Rathenau hatte sich damit beschäftigt — eines der bedauernswertesten Opfer der Reihe von politischen Morden, ein Mann mit seltenen Gaben, dessen vorzeitiger Tod einen großen Verlust für sein Vaterland bedeutete.

Unter den Lösern des Problems befand sich auch Dr. Bauer, der selbst einen Plan entwarf und ihn auch in Anwendung brachte. Wie Dr. Bauer selbst zugibt, glich er den vielen andern, die zu jener Zeit auftauchten. Der Hauptgedanke war, den Staat, die in der Industrie beschäftigten Personen und die Verbraucher zu einer Organisation zu vereinigen, in der alle drei vertreten sein sollten. Wie jeder, der mit dem Thema vertraut ist, sofort sieht, gibt diese Zusammenstellung nichts Neues. Das Bemerkenswerte daran liegt in ihrer Anwendung, denn es kam zu einer Anwendung, und, so viel ich weiß, ist der österreichische Versuch der einzige geblieben, der je praktisch unternommen wurde, diese Form industrieller Organisation in allen Einzelheiten zu verwirklichen. Dr. Bauer erhielt die notwendigen gesetzlichen Machtbefugnisse durch ein im Juli 1919 angenommenes Gesetz und schritt sofort an die Ausführung. Das geeignetste Feld für den Versuch boten die dem Staate gehörenden Kriegsindustrien, die infolge des Kriegsendes beschäftigungslos geworden waren, denn es waren dort keine Hindernisse und keine ernsten Widerstände zu erwarten. Es gereichte sogar den Arbeitslosen und dem Staate zum Vorteil, wenn diese Anstalten erfolgreich fortgeführt wurden. Sie waren von der militärischen Kontrolle befreit und unter zivile Verwaltung gestellt worden, die sich als vollkommen unfähig erwies, sie fortzuführen und im Gang zu erhalten und so einen allgemeinen Abbau von Arbeitern zu verhindern, der für den Staat eine schwere Bürde bedeutet hätte. Andrerseits hätte es den Verlust eines wesentlichen Vermögensbestandes bedeutet, sie zu verkaufen oder in dem bestehenden Zustand zu belassen, denn sie waren alle mit schweren Schulden belastet, das Kapital knapp und die Käufer

zurückhaltend. Es blieb nur ein Ausweg: eine neue Form für die Unternehmungen zu schaffen, in der sie staatliches Eigentum blieben, ihnen jedoch „kaufmännische Beweglichkeit, frei von der Zwangsjacke bürokratischer Kontrolle,“ verliehen wurde.

Hier ist wieder, wie in den andern, früher angeführten Fällen, die staatliche Aufsicht verworfen und die Notwendigkeit kaufmännischer Gebahrung anerkannt worden. Aber Dr. Bauers Plan wich von den andern ab und paßte sich mehr den heutigen Vorstellungen an, indem er es für wesentlich hielt, den angestellten Arbeitern einen großen Einfluß auf die Leitung einzuräumen. Sie haben, sagt er, die Werke und die Warenlager für den Staat gerettet, als sie sie vor Plünderung schützten, und haben einen wachsenden Einfluß gewonnen, da die amtliche Verwaltung sich als unfähig erwies, die Fabriken im Betrieb zu erhalten und die Ordnung wiederherzustellen. „Es war klar, daß die Werke nur bei tätiger Mitwirkung der Betriebsräte zu regelmäßiger Produktion zurückgebracht werden könnten.“ Dr. Bauer begann in bescheidenem Maßstabe mit der Errichtung der „Vereinigten Leder- und Schuhfabriken“. Dieses Unternehmen wurde vom Staate im Vereine mit der Österreichischen Großeinkaufsgenossenschaft als Vertretung der proletarischen, und mit der Produktenbörse als Vertretung der ländlichen Verbraucher gegründet. Der Staat stellte die Schuhfabrik in Brünn bei, die zwei gemeinwirtschaftlichen Institute lieferten das Betriebskapital und übernahmen den Verkauf. Die höchste leitende Behörde war der satzungsmäßige Verwaltungsrat, der aus Vertretern des Staates, der beiden gemeinwirtschaftlichen Anstalten, dem Betriebsrat und Vertretern der Gewerkschaften, denen die Angestellten angehörten, zusammengesetzt war. Dieses erste

Wagnis war von einem ermutigenden Erfolg gekrönt. Die Produktion kam bald in Schwung und steigerte sich. Der Abschluß des ersten Jahres wies einen Reingewinn auf. Das zweite staatliche Unternehmen, die Österreichische Heilmittelstelle, war ebenso erfolgreich. Sie war vom Staate im Vereine mit dem Wiener Krankenanstaltenfond ins Leben gerufen worden und hatte den Dienst der Militärmedikamentenverwaltung zu versehen und öffentliche Anstalten mit Arzneimitteln zu versorgen.

Im Oktober 1919 kam es zu einem Regierungswechsel, und Dr. Bauer trat vom Vorsitz im Sozialisierungsausschuß zurück. Aber die Arbeit wurde von seinen Nachfolgern energisch fortgesetzt und allmählich „entwickelte sich ein ganzes System gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen". Die Form ihrer Organisation war sehr verschieden. Einige Kriegsmaterialfabriken wurden vollkommen in gemeinwirtschaftliche Unternehmen umgewandelt, zum Beispiel das Wiener Arsenal in die „Österreichischen Werke" und die Fabrik in Puntigam in die „Steirischen Waggon-Fabriken". In andern Fällen wurden Kriegsmaterialfabriken mit gemeinwirtschaftlichen und privaten Unternehmungen in einer gemischten Organisationsform vereinigt. Dann entstanden neue gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, die keine Beziehung zur Kriegsindustrie hatten, sondern neuen Bedürfnissen dienten, zum Beispiel die Siedlungs- und Bau-Genossenschaft und die Holzhandelsgesellschaft. Schließlich wurden auch Unternehmen ins Leben gerufen, die die gesetzliche Form von Handelsgesellschaften und keinen gemeinwirtschaftlichen Charakter hatten, aber doch auf gleiche oder ähnliche Weise organisiert waren.

Dr. Bauer war natürlich über den raschen Erfolg seines Planes und über dessen ausgedehnte Anwendung sehr erfreut

und beurteilte seine weiteren Aussichten sehr hoffnungsfreudig. Er behauptete — wie es ja auch den Anschein hatte —, seine Organisation habe ihre Überlegenheit über die bürokratische Ordnung erwiesen. Ferner glaubte er, daß sie, obwohl sie die Herrschaft des Kapitals über die Produktion nicht gebrochen hatte, „Keimzellen der künftigen sozialistischen Ordnung" in das kapitalistische Produktionssystem gepflanzt habe. Vielleicht war es wirklich so! Es ist nur die Frage, ob sie sich auch entwickelten. Dr. Bauer schrieb sein Buch anscheinend im Jahre 1922, und seither hat sich viel ereignet. Österreich stabilisierte in jenem Jahre seine Währung, und, obgleich es seither böse Zeiten durchmachte, hat sich seine wirtschaftliche Lage doch sehr gebessert. Handel und Wandel haben sich neu belebt und das Kapital ist nicht mehr knapp. Als ich mich nach diesen staatlichen Unternehmungen erkundigte, wurde mir gesagt, daß man sie allmählich fallen gelassen oder in Unternehmungen der üblichen Geschäftsform zurückverwandelt hatte. Ich fand sie auch nicht unter andern staatlichen Unternehmungen in der letzten Ausgabe des „Österreichischen Jahrbuch" erwähnt. Anstatt sich zu vermehren und das kapitalistische Gewebe, in das sie eingeimpft worden waren, zu zerstören, scheinen die Zellen also selbst zugrundegegangen zu sein. In Dr. Bauers eigenem Bericht findet sich eine Anspielung dieser Art. Er sagt bei der Beschreibung der Schwierigkeiten, auf die die Sozialisten stießen, daß einige ihrer Schöpfungen aus Mangel an Kapital in gemischte Unternehmen verwandelt werden mußten, an denen auch Privatkapital Anteil hatte.

Was die politische Lage anbetrifft, so verlor die sozialdemokratische Partei in Österreich gleichwie die in Deutschland bald nach den anfänglichen Erfolgen an Boden.

Im Frühjahr 1920 brach die Koalitionsregierung, in der sie die Oberhand hatten, zusammen. Da keine andre Partei ein neues Ministerium bilden konnte oder wollte, behalf man sich bis zu den Herbstwahlen, die nach der von der Konstituierenden Nationalversammlung ausgearbeiteten endgültigen Verfassung vor sich gehen sollten, mit dem alten Kunstgriff einer gemischten Regierung, in der die drei wichtigsten Parteien im Verhältnisse ihrer Stärke vertreten sein sollten. Bei dieser Ordnung der Dinge büßten die Sozialdemokraten an Macht ein, weil es den zwei andern Parteien freistand, in strittigen Fragen gemeinsame Sache zu machen.

Und als die allgemeinen Wahlen im Herbst 1920 stattfanden, sah man, daß die Sozialdemokraten auch unter der Wählerschaft an Anhang verloren hatten. Nach der Anzahl der Stimmen wechselten sie den Platz mit den Christlichsozialen. Sie hatten im Jahre 1919 genau 1 211 814 Stimmen erhalten und die Christlichsozialen 1 068 382. Im Jahre 1920 fiel ihre Stimmenzahl auf 1 022 606, während die der Christlichsozialen Partei sich auf 1 204 912 erhob. In Mandaten ausgedrückt, sanken ihre 69 Mandate auf 66, während die der Christlichsozialen von 63 auf 82 und die der Großdeutschen von 24 auf 26 stiegen. Infolge dieser Ergebnisse zogen sich die Sozialdemokraten von jeder Teilnahme an der Regierung zurück, sie lehnten auch später jede Aufforderung zum Eintritte ab. Ihre Gelegenheit war vorbei, und zwar laut Urteilsspruch des Volkes unter einer neuen und äußerst demokratischen Verfassung.

Es ist lehrreich, zu beobachten, wie oft das geschehen, und wie gerade das System, das die Sozialdemokraten verlangt und von dem sie vertrauensvoll erwartet hatten, daß es ihre Macht erhöhen würde, ihnen zum Nachteil gereichte.

Dr. Bauer schreibt diese merkwürdige Erscheinung in bezug auf Österreich dem wiedergekehrten größeren Wohlstande zu, der regelmäßige Beschäftigung sowie bessere Lebensbedingungen geschaffen und dadurch die revolutionäre Spannung gemildert hätte. Er mag recht haben, danach wären aber die Aussichten für den Sozialismus wohl recht trostlos. Je mehr es nämlich dem Sozialismus gelänge, die Lage zu bessern, desto mehr würde der revolutionäre Eifer nachlassen. Wenn er dagegen die Verhältnisse nicht zu bessern vermöchte, so würde er infolge der Enttäuschung an Anhang verlieren. Das ist das ewige Dilemma, dem der marxistische Sozialismus immer gegenüberstand und das ihn in zwei Teile brach. Die sicherste Stellung für sozialistische Parteien ist die einer ewigen Opposition, die ihnen ständig Gelegenheit bietet, jede andre Partei und jede Regierung nach Herzens Lust zu schmähen, ohne daß sie selbst irgendein Risiko laufen, für eigene Leistungen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die aus dem Unterbewußtsein quellende Erkenntnis dieser Wahrheit scheint auch der Grund zu sein, warum sie sich so oft weigern, an der Verantwortung teilzunehmen. Aber es ist eine negative, unfruchtbare Politik, die nicht auf unbegrenzte Zeit fortgeführt werden kann. Sie muß entweder abwärts zur Einbuße jeglichen Einflusses oder doch wieder aufwärts zur Übernahme der Verantwortung im Staate führen. Natürlich erwarten die Sozialdemokraten letzteres, aber die Aussicht darauf ist in Österreich sehr gering, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung ländlich und der Boden zum größten Teil Eigentum der Bauern ist, die die Lehren Marx', die Diktatur des Proletariats und alles, was damit zusammenhängt, nicht brauchen können. Außerdem hat das Revolutionsfieber sogar

in den Städten nachgelassen, und es wird dank der fortschreitenden Besserung der Lebensbedingungen wahrscheinlich nicht wieder aufleben, außer in der Form von einigen örtlichen, vorübergehenden Explosionen, wie die durch die Nationalisten im Jahre 1925 hervorgerufene. Der Kommunismus zählt gar nicht. Selbst der unbesiegbare Optimismus Moskaus erwartet nicht viel von Österreich.

Ich habe früher über die Versuche berichtet, die gemacht wurden, um die staatlichen Fabriken, die Kriegsmaterial erzeugt hatten, auf eine Art sozialistische Grundlage zu stellen. Es war eine lobenswerte und zu jener Zeit auch nützliche Bemühung, die aber kein bleibendes Ergebnis schaffen konnte, wenigstens nicht in der ursprünglich gedachten Form. Es gibt jedoch dort andre staatliche Unternehmungen älteren Datums, die nicht sozialistischen Ursprungs sind. Die bedeutendste ist die der Eisenbahnen. Sie hatten, solange sie vom Staate geleitet wurden, ein schweres Defizit ergeben, und man mußte sich ernstlich mit ihnen befassen, als die Regierung es nach den in Genf im Jahre 1922 eingegangenen Verpflichtungen unternahm, diesen Verlust auszumerzen. Der erste Schritt hierzu war die unvermeidliche „Kommerzialisierung", zu der geschritten wurde, sobald man die gesetzliche Ermächtigung erhalten hatte (Oktober 1923). Die Eisenbahnen wurden einer für diesen Zweck neugeschaffenen Gesellschaft übergeben, die sich „Österreichische Bundesbahnen" nannte und die Verwaltung für den Staat übernahm. Das Ziel war, die Bahnen so weit zu bringen, daß sie sich selbst erhalten und schließlich auch ein Erträgnis abwerfen würden. Zu diesem Zwecke reorganisierte und zentralisierte man und beschnitt man die Ausgaben in allen Verwaltungszweigen. Die Zahl der Ämter und Büros, die

zur Direktion gehörten, wurde allmählich von 250 auf 140 und der Stand der Angestellten von 135 497 auf 98 789 herabgesetzt. Gleichzeitig wurden Verbesserungen an den Stationen, im Zugsverkehr und am Bahnkörper vorgenommen, Fracht- und Personentarife neu geregelt, die Werkstätten neu gestaltet und umfassende Elektrifizierungspläne mit Wasserkraftwerken in Angriff genommen. Das Ergebnis dieser Reformen war der allmähliche Rückgang des jährlichen Defizits und nach dem Berichte, der im September 1925 durch die hierzu Bevollmächtigten dem Völkerbundsrate erstattet wurde, wies der Haushaltsplan für das Jahr 1925 einen kleinen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben auf.

Das staatliche Tabakmonopol, das auf das Jahr 1784 zurückgeht, blieb unter staatlicher Verwaltung, das „Dorotheum" ist aber nach einem besonderen Statut kommerzialisiert worden. Dieses interessante Unternehmen, das im Jahre 1707 als Versatzamt gegründet worden war, hat sich zu einem sehr bedeutenden Institut entwickelt. Das ursprüngliche Pfandleihgeschäft übernahm auch Versteigerungen sowie die Verwahrung von Wertsachen und hatte einen Sparkassenbetrieb eingerichtet. Es besitzt zahlreiche Filialen in andern Orten. Ende April 1925 waren die Einlagen schon auf nahezu 2 000 000 Pfund gestiegen. In allen diesen Unternehmungen ist nichts von Sozialismus zu entdecken, und die Änderungen, die man vorgenommen, führen eher nach einer den früher beschriebenen Fällen entgegengesetzten Richtung. Österreich ist jedoch noch lange nicht aus den wirtschaftlichen Sorgen heraus — das sind übrigens nur sehr wenige Länder —, aber es wird immer kreditfähiger, verglichen mit der mißlichen Lage, in die es durch den Krieg, die Revolution, die darauffolgende Inflation und

die ernsten Perioden von Arbeitslosigkeit gekommen war. Die letzte Welle von Arbeitslosigkeit begann im Sommer 1925, als eine ähnliche auch über uns hereinbrach. Die Wiener Messe lebte, dank vereinten Anstrengungen des Staates und der privaten Handelskreise, im Jahre 1921 wieder auf und nahm einen kräftigen Aufschwung. Es werden jetzt jährlich zwei Messen abgehalten, eine im Frühling und eine im Herbst, und eine jede dauert acht Tage. Die erste, die im Herbst des Jahres 1921 stattfand, war ein durchschlagender Erfolg; die Institution hat sich seither zu dem wichtigsten internationalen Markt für den mitteleuropäischen Handel entwickelt. Waren aller Art werden dort gekauft und verkauft und größere Abschlüsse gemacht. Im Jahre 1924 stellten fünfzehn fremde Staaten aus, die zusammen durch 723 Firmen vertreten waren. Käufer kamen aus allen Teilen der Welt. Deutschland hatte natürlich unter den fremden Staaten eine führende Stellung, aber auch Großbritannien war gut vertreten.

Ich habe den Sozialisten für die Rolle, die sie zu Beginn der der Revolution gefolgten Periode des Chaos gespielt haben und für den ernsten Versuch, die Sozialisierung durchzuführen, volle Anerkennung gezollt. Sie taten auch viel für die Einführung sozialer Reformen, aber das gehört zu einem andern Teile des Themas, auf den ich später noch zurückkommen werde. Die wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre aber, die noch immer Fortschritte macht, ist nicht ihr Werk. Sie hat sich auf den üblichen geschäftlichen Wegen durch die üblichen geschäftlichen Bemühungen vollzogen und war von einer Erhöhung der Löhne begleitet. Der Verlauf der Dinge und der Rückschlag, den die Sozialdemokraten erlitten, ist um so bemerkenswerter, als Dr. Bauer behaup-

tet, daß die neue Verfassung unter ihrem Einfluß so ausgearbeitet worden sei, daß die arbeitenden Klassen in dem neuen Bundesrate eher stärker vertreten waren, als in dem demokratischeren, aus direkten Wahlen hervorgehenden Nationalrat. Nur in Wien haben die Sozialdemokraten keinen Mißerfolg gehabt, und das ist sehr bemerkenswert und verdient besondere Erwähnung.

Der sozialistische Staat Wien. — Im Jahre 1921 wurde Wien zu einem unabhängigen, sich selbst verwaltenden Bundeslande erklärt und den andern Ländern des Bundesstaates, die die Republik Österreich bilden, gleichgestellt. Wien hatte früher zu Nieder-Österreich gehört und verfassungsmäßig nur die Stellung und Verwaltung einer Stadt gehabt. Diese Änderung bedeutete viel für die Sozialdemokratische Partei. Wien ist in der bestehenden kleinen Republik eine viel wichtigere Einheit, als es in dem früheren großen Kaiserreich gewesen, denn es ist jetzt relativ viel größer. Wien ist nicht nur die Hauptstadt und das Zentrum des intellektuellen Lebens, des Handels, des Verkehrs und der Finanzen, sondern beherbergt auch nahezu drei Zehntel der ganzen Bevölkerung, und seine 1 800 000 Bewohner sind zum größten Teil in Industrien beschäftigt. Es hat aus diesem Grunde eine sozialistische Regierung, und dank seiner großen Bedeutung bildet es ein gewisses Gegengewicht gegen die andern Länder, die in dem ständigen Interessenstreite zwischen Stadt und Land, zwischen städtischen Arbeitern und Bauern auf der gegnerischen Seite sind.

Die Sozialdemokratische Partei war schon vor dem Kriege in Wien numerisch stark. Im Jahre 1911 waren ihr dort nahezu 43% der bei den allgemeinen Wahlen für das Abgeordnetenhaus abgegebenen Stimmen zugefallen, aber

wegen des Statuts des Gemeinderates hatte sie nur 8 Sitze von den 165 Gemeinderatsmandaten inne und nahm an der Verwaltung nicht teil. Nach der Revolution wurden aus den 8 Mandaten 100 oder fünf Achtel der Gesamtzahl und dieses Verhältnis hat sich im Jahre 1925 nahezu auf zwei Drittel erhöht, nämlich auf 78 Mandate von 120. Die Sozialdemokraten hatten daher die volle Macht und scheinen sie auch bemerkenswert gut ausgenützt zu haben, obwohl die oben erwähnten Umstände ihnen früher nicht gestattet hatten, Erfahrungen zu sammeln. Sie begannen mit dem Wiederaufbau der Verfassung auf demokratischer Basis. Wien wurde in Bezirke eingeteilt, und die Gemeinderatsposten wurden proportional auf die Bevölkerung verteilt. Auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes und eines Mindestwahlalters von zwanzig Jahren wird in jedem Wahlbezirke nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Der Gemeinderat wählt den Bürgermeister und den Stadtrat (oder Stadtsenat), der eine aus zwölf Mitgliedern (die nicht Mitglieder des Gemeinderats sein müssen) bestehende zweite Kammer bildet. Es gibt acht ständige Verwaltungsausschüsse, die sich mit den öffentlichen Angelegenheiten befassen. Ihrem Wirkungskreise entzogen ist nur das Unterrichtswesen, für das nach der Bundesverfassung ein besonderer Schulrat vorgesehen ist. Der Gemeinderat ist die oberste Behörde, aber alle Fragen, die ihm vorgelegt werden, sind vorher von den Ausschüssen und dem Stadtrat behandelt worden, der auch in finanziellen Fragen selbständig entscheidet. An der Spitze jedes Ausschusses steht ein Obmann, der vom Gemeinderat aus den Stadträten auf fünf Jahre gewählt wird. Da der Stadtrat nach dem Grundsatze proportioneller Vertretung gewählt wird, ist

auch die Minderheit in ihm vertreten, aber die Obmänner der Ausschüsse sind durchwegs Mitglieder der Mehrheit. Es wird behauptet, daß unter diesem System die gegenwärtige Verwaltung der Stadt, die der Bürgermeister und die Obmänner besorgen, eine rein sozialdemokratische ist. Es ist eine Art Ministerialsystem, bei dem der Bürgermeister der Kanzler ist und die andern, die alle gewählt sind, das Kabinett bilden. Der Bürgermeister verfügt über große Machtbefugnisse, obwohl er als Verwaltungsbeamter dem Gemeinderat verantwortlich ist. Er kann auch zum Obmann des Gemeinderates gewählt werden und in dringenden Fällen unabhängig und auf eigene Verantwortung handeln. Außerdem steht er auch an der Spitze der Landesverwaltung — das ist der Verwaltung Wiens als Bundesstaat, nicht als Stadt. Die Angelegenheiten der beiden werden getrennt behandelt.

Wie arbeitet nun dieses ziemlich verwickelte System? Jeder, den ich fragte, antwortete mir, daß die Verwaltung leistungsfähig und ordentlich, wenn auch verschwenderisch sei. Ihre Leistungsfähigkeit scheint zum großen Teile auf der Geschicklichkeit des Herrn Hugo Breitner zu beruhen, der das Geldwesen unter sich hat und es versteht, Steuern einzutreiben. Er läßt niemanden seinem Netze entschlüpfen. Die Stadt, die öffentlichen Gebäude, die Parkanlagen usw. sind gut gehalten. Ich stimme aus eigener Beobachtung diesem Urteile bei, aber einmal wurde ich doch zum Zeugen einer Niederlage der munizipalen Leistungsfähigkeit. Es hatte einen großen Schneefall gegeben, und auch nicht der geringste Versuch wurde gemacht, den Schnee in den Straßen wegzuschaffen. Der Fahrdamm, der Bürgersteig, die offenen Plätze, alles war mit einer dicken, zusammengetretenen und gefrorenen Schneeschicht bedeckt. Der Anblick der armen Pferde, die

schwere Lasten ziehen mußten — denn Lastautos sind auf dem Festlande noch nicht sehr zahlreich —, lenkte meine Aufmerksamkeit besonders auf diese Tatsache und stimmte mich ärgerlich. Wien ist keine hügelige Stadt, sie ist vorwiegend eben. Aber es gibt auch einige mäßige Steigungen. Die armen Pferde glitten bei jedem Schritt aus und fielen nieder, als sie sich getreulich bemühten, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es war ein qualvoller Anblick. In München zum Beispiel erlebte ich, daß ähnliche Schneemassen sofort beseitigt wurden. Und es gibt doch so viele Arbeitslose in Wien!

Das war ja nur eine kleine Sache, und ich erwähne sie nur in der Hoffnung, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Pferde zu lenken, und nicht etwa, weil ich den Ruf allgemeiner Tüchtigkeit der sozialistischen Verwaltung Wiens in Zweifel ziehen wollte. Im Gegenteil, ich glaube, daß er wohl verdient ist. Aber in welchem Maße der Sozialismus oder welche Art von Sozialismus dabei eine Rolle spielt — das ist eine andre Frage. Es ist gewiß kein Marxistischer Sozialismus; der ist glatt über Bord geworfen. Noch ist es ein rein gefühlsmäßiger Sozialismus; dafür ist die Verwaltung zu praktisch und systematisch. Auch ist es nicht das, was man gewöhnlich unter Munizipalsozialismus versteht. Ich würde es eher eine vorgeschrittene Sozialreform nach geschäftlichen Grundsätzen nennen. Das Hauptziel ist, die Lebenshaltung der ärmeren Klassen durch eine gerechtere Verteilung von Lasten und Vorteilen zu heben, und das große Mittel dazu ist ein wohldurchdachtes System von Steuern, die der Leistungsfähigkeit des Einzelnen angepaßt sind. An diesem Grundsatz ist nichts Neues, aber seine Anwendung im Einzelnen ist durchaus bemerkenswert.

Früher stammten die städtischen Einkünfte bis zu drei

Vierteln aus der Hauszinssteuer. Dazu kamen Verzehrungs- und Getränkesteuern und der Gewinn aus den üblichen städtischen Unternehmungen — wie Gas, Straßenbahnen, Elektrizität und Wasserversorgung. In der Inflationszeit verloren die Mieten allen Wert, und daher wurde auch deren Besteuerung aufgegeben. Desgleichen wurde die Verzehrungssteuer abgeschafft. Und da die städtischen Unternehmungen sich wohl gerade erhielten, aber keinen Gewinn abwarfen, wurde ein ganz neues Besteuerungssystem notwendig. Eine sozial wichtige Erscheinung ist die Besteuerung des Luxus. Es gibt direkte und indirekte Steuern dieser Art, wobei der Wert als Maßstab für die Bemessung der Steuer dient.

Eine direkte Luxussteuer liegt auf Unterhaltungen, auf Speise und Trank in Restaurants und Hotels, auf dem Besitz von Kraftfahrzeugen, auf Dienstboten, Pferden und Hunden. Ferner gibt es noch eine „Fürsorgeabgabe" von $4^1/_2$% (Banken zahlen $8^1/_2$%), die auf allen in geschäftlichen Unternehmungen gezahlten Löhnen liegt. Sie wird monatlich vom Arbeitgeber bezahlt und darf den Angestellten nicht aufgerechnet werden. Es macht bei der Abgabe keinen Unterschied aus, ob das Geschäft gut geht oder nicht. Diese Steuer wird Fürsorgeabgabe genannt, hat aber mit irgendeinem wohltätigen Zweck nichts zu tun. Sie ist eine allgemeine Steuer und geht in den allgemeinen Säckel. Außer diesen gibt es noch eine ganze Reihe von Steuern, die besondere Geschäfte berühren. Solche sind zum Beispiel die konzessionierten Gewerbe einschließlich Buchdruckerei- und Buchhandelsgewerbe, die Vermietung von Zimmern, Plakatierungen, Annoncen in Zeitungen oder Büchern, Versteigerungen, gewisse öffentliche Geschäfte mit der Gemeindeverwaltung, der Verbrauch von Gas und Elektrizität. (Gas

$1^1/_2\%$ und elektrischer Strom 4% von der Rechnung.) Diese letzte Steuer ist ein gutes Beispiel dafür, wie ideale allgemeine Grundsätze umgangen werden können. Wie schon erwähnt, decken die städtischen Verkehrsanstalten gerade ihre Unkosten. Aber die Gemeinde brauchte Geld zum Bau von Wasserkraftwerken, daher legte sie diese Steuern auf Gas und Elektrizität. Sie sind ein Aufschlag zu dem Preise und bringen einen Nutzen ein. Diese Bestimmung dient allerdings einem besonderen Zwecke und soll im Jahre 1932 außer Kraft treten. Aber es ist auch möglich, daß die Gemeinde dann noch weiteres Kapital brauchen wird.

Wenn wir in der Liste der Steuern fortfahren, kommen wir zur Grundsteuer, die auf allen unbebauten Plätzen liegt. Sie ist eine alte Steuer und wird nicht etwa nur in Wien erhoben, wo sie sogar niedriger sein soll als in andern Teilen Österreichs. Eine neue Grundwertsteuer auf allem bebauten oder unbebauten Grundbesitz wurde in den ersten Jahren der sozialistischen Verwaltung eingeführt, aber dann als nicht zweckentsprechend befunden und wieder aufgegeben, weil in Auswirkung des Mieterschutzgesetzes der Realbesitz nichts trug. Von großer Bedeutung ist dagegen die Wertzuwachssteuer, die bei fast allen Besitzübertragungen vorgeschrieben wird. Der Vorgang bei der Bemessung zieht alle nur erdenklichen Umstände in Betracht und ist außerordentlich verwickelt. Diese Steuer ist rückwirkend und entsprechend abgestuft: 10 Prozent vom Wertzuwachs bei Übertragungen vor dem Jahre 1920, dann in den Jahren 1920, 1921 und 1922 jährlich um 10% ansteigend, von da ab 60%. Das geschätzte Erträgnis für das Jahr 1925 war sehr gering. Diese Steuer wird aber als die Stütze der munizipalen Baupolitik angesehen.

Schließlich gibt es noch die Wohnbausteuer, die allen In-

habern von Wohnungen mit vermietbaren Räumen in der Stadt auferlegt wird. Der Hausbesitzer sammelt sie monatlich bei seinen Mietern ein und erhält 10% des Erträgnisses. Das System ist außerordentlich verwickelt, und ich gestehe, daß ich es nicht begriffen habe, aber ich vermute, daß es ein Überbleibsel aus der Inflationszeit ist, während der die Mietzinse so gut wie verschwunden waren. Sie ist eine der abgestuften Steuern, die für Arbeiterwohnungen sehr niedrig bemessen ist und mit der Güte der Wohnungen aufsteigt, und zwar zuerst ganz langsam, für Luxuswohnungen jedoch sehr stark. Sie betrifft sowohl Wohnungen als auch Geschäftsräume, besonders aber erstere. Die Abgabe heißt Wohnbausteuer, weil der Ertrag ausschließlich für den Bau von Gemeindehäusern bestimmt ist.

Das System verschieden hoher Besteuerung ruft natürlich den lebhaften Widerspruch derjenigen hervor, die die schwersten Lasten zu tragen haben, doch ist das ja nichts Neues. Steuern, die den begeisterten Beifall derer finden, die sie zu bezahlen haben, müssen erst entdeckt werden. Größerer Widerspruch würde sich wahrscheinlich in England gegen die drakonische Art der Eintreibung erhoben haben, die sogar eine zwangsweise Bucheinsicht zuläßt. Zahlungsverzögerungen wird mit einem dunklen System 25 prozentiger Aufschläge auf die Rückstände wirksam entgegengearbeitet. Alle diese Maßnahmen würden wohl auch von jeder andern Verwaltung ergriffen werden, wenn sie sich in derselben finanziellen Lage befände wie die Wiener Regierung. Energie und Geist liegen in diesen Maßnahmen, aber kein Sozialismus im eigentlichen Sinne des Wortes.

Auch in den öffentlichen Geschäftsunternehmungen ist keine Spur von Sozialismus zu entdecken. Die Verwaltung greift den Kapitalismus nicht an, sondern nützt ihn aus, indem sie ihr Geld in Privatunternehmen anlegt, möglicher-

weise in der Absicht, sie später einmal in die Hand zu bekommen, derzeit jedoch um der Einkünfte willen. Die reinen Gemeindeunternehmungen, wie zum Beispiel die Gaswerke, sind erfolgreich ausgebaut worden. Sie sind aber von der Zentralverwaltung vollkommen getrennt. Und sogar Dienstzweige wie die Kanalreinigung, die Wasserversorgung, die Verwaltung von Bädern und Friedhöfen erfreuen sich einer großen Unabhängigkeit. Auch eine Gemeindebäckerei wurde eingerichtet, ging aber zugrunde.

Die Wohlfahrtseinrichtungen sind nicht bemerkenswert, abgesehen davon, daß etwa 2000 Betten für Tuberkulose in der Stadt und einige hundert in den Alpen und am Meere systemisiert sind. Eine merkwürdige neuzeitliche Einrichtung ist die klinische Eheberatungsstelle, die sehr gefördert wird. Das Erziehungswesen, dem ebenfalls große Aufmerksamkeit gezollt wird, ist gleichfalls sehr modern und außerordentlich bemerkenswert. Man trachtet, die Fähigkeiten der Kinder zu entwickeln, indem man sie anleitet, Dinge selbst zu beobachten und zu vollbringen. Der Unterricht aus Büchern ist der Förderung der Handfertigkeit durch Zeichnen und Modellieren, dem Anschauungsunterricht und dem Lesen der Literatur von den Märchen bis zu den Klassikern gewichen. Schwerlernende Kinder kommen in besondere Klassen mit nur wenigen Schülern und werden von eigens dazu befähigtem Lehrpersonal unterrichtet. Die Vorkehrungen für die Gesundheitspflege sind nicht bemerkenswert, aber das System, das um die Teilnahme der Eltern für die Arbeit der Schule wirbt, war mir neu. Regelmäßige Elterntage, bei denen Erziehungsfragen besprochen werden und die Eltern ihre Ansichten über Reformen äußern, werden an jeder Schule abgehalten. Fortbildungs- und Handelsschulen

sind gut entwickelt, aber nicht besser als in andern Ländern. Ein psychoanalytisches Institut zur Erforschung des kindlichen Geistes erinnert zu sehr an Dr. Freuds Lehre und die Psychoanalyse, als daß man ohne genauere Einsicht urteilen möchte. Im Zusammenhang mit Unterrichtswesen und Sozialismus mag noch erwähnt werden, daß in Wien im Januar 1926 eine Arbeiterhochschule eröffnet wurde. Es werden dort sechs Monate währende Kurse abgehalten; die Anstalt hat Räumlichkeiten für 32 Hörer. Aber das ist ein gewerkschaftliches und kein städtisches Unternehmen.

Eine auch uns sehr gut bekannte, vom Krieg zurückgebliebene Sorge bildet der überaus fühlbar gewordene Wohnungsmangel in allen großen Bevölkerungszentren. Dieses Problem hat, mit Ausnahme von Rußland, nirgends einen größeren Umfang angenommen als in Wien, denn Wien war stets eine übervölkerte Stadt. Das außerordentlich strenge Mieterschutzgesetz zusammen mit der Inflation hat nicht nur das Aufhören aller privaten Bautätigkeit zur Folge gehabt, sondern auch die notwendigen Ausbesserungen an den bestehenden Häusern hintangehalten, so daß die Not immer größer wurde. Die Gemeindebehörden waren daher gezwungen, die Sache in die Hand zu nehmen, und sie säumten nicht, die Baugelder durch Einhebung der schon erwähnten Wohnbausteuer zu beschaffen, da eine Anleihe nicht zu haben war. Im Jahre 1924 wurde mit der Ausführung eines sich über fünf Jahre erstreckenden Programms für den Bau von 25 000 Wohnungen begonnen, das seither weitergeführt wird. Es sind Mietwohnungen in verschiedenen Größen, von einem einzigen Zimmer angefangen bis zu solchen, die aus zwei Schlafzimmern, Wohnzimmer, Küche und Vorzimmer bestehen. Die Mieten sind sehr niedrig, weit niedriger

als die vor dem Kriege für ähnliche Wohnungen, aber mit viel schlechteren Räumlichkeiten. Der Bau wird von vertragsmäßig verpflichteten Privatbaumeistern ausgeführt, aber die Gemeinde stellt das Material bei. Eine Entwicklung von weniger herkömmlichem Charakter bedeutet auch die Verwandlung von Schrebergärten, die während des Krieges zur Unterstützung der Lebensmittelversorgung angelegt worden waren, in dauernde Niederlassungen. Mit Ende des Jahres 1924 waren 1258 Siedlungshäuser erbaut, im Jahre 1924 verdoppelte sich die Zahl. Der Grund gehört meistens der Gemeinde, die auch 60% des Baupreises vorstreckt. Den Rest finden die Siedler durch die Vermittlung ihrer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften.

Die Finanzierung aller Gemeindeunternehmungen, von denen hier nur die hauptsächlichsten erwähnt wurden, ist eine ungeheure Sache, die aber ganz erfolgreich abgewickelt zu werden scheint. Der Stand von Beamten ist sehr groß, er beträgt alles in allem 50 000 bis 60 000 Personen. Aber die Organisation ist sorgfältig durchdacht, und ein System innerer Disziplin sorgt für gute Leistungen. Die ganze Verwaltung zeichnet sich durch die für Deutsche charakteristische Gründlichkeit und Methodik aus, in Verbindung mit Scharfsinn und Erfindungsgabe, also durch Eigenschaften, die durchaus nicht immer vereint sind.

Daß sich die Lebenshaltung der ärmeren Klassen in Wien gehoben hat, ist aus einigen vom Internationalen Arbeitsamt zusammengetragenen Statistiken zu ersehen, die im Jahre 1925 veröffentlicht wurden[1]).

[1]) „The Workers' Standard of Life in Countries with Depreciated Currency", Seiten 85—89. („Die Lebenshaltung der Arbeiter in Ländern mit entwerteter Währung.")

Diese Statistiken fordern allerdings zahlreiche Vorbehalte heraus: es waren nicht alle hierfür erforderlichen genauen Daten erlangbar, und die Berechnungsmethoden sind sehr verwickelt. Aber nach Abzug aller Ungewißheiten bleibt ihre Sprache noch immer deutlich genug, um es gewiß erscheinen zu lassen, daß sich die Lebenshaltung der Arbeitnehmer in den letzten Jahren gehoben hat. Nachstehende Tabelle mit Indexzahlen, die in Prozenten der Zahlen für das Jahr 1913 berechnet sind, ist diesen Statistiken entnommen:

Indexzahlen der durchschnittlichen Löhne.
(1913 = 100)

	1921	1922	1923	1924
Geschulte Arbeiter				
Maurer	83	103	110	123
Zimmerleute	78	99	107	119
Holzarbeiter	82	72	89	98
Metallarbeiter	64	74	81	100
Spitzenklöppler	76	83	91	97
Weber	—	—	75	75
Buchdrucker	57	72	76	91
Buchbinder	78	90	98	114
Herrenschneider	73	77	93	114
Damenschneider	75	64	81	99
Chemiker	—	81	81	83
Durchschnitt:	73	81	89	101
Ungelernte Arbeiter				
Bauarbeiter	101	114	121	135
Holzarbeiter	62	71	92	110
Metallarbeiter	78	92	101	114
Schneider	—	84	100	120
Chemiker	—	133	135	138
Durchschnitt:	80	99	110	123

Ins Auge fällt dabei die merkliche Besserung der Lage der ungelernten Arbeiter im Vergleiche zu der der geschulten. Die geschulten Arbeiter sind in einigen Zweigen, besonders im Baufache, beträchtlich besser gestellt als vor dem Kriege und in andern wieder ungefähr auf demselben Niveau wie früher. Den ungelernten Arbeitern geht es aber in allen Zweigen bedeutend besser. Diese Erscheinung ist nicht nur in Wien zu beobachten, sondern scheint allgemein zu sein. Sie kann daher nicht einer bestimmten Verwaltung zugeschrieben werden. Sie hat sich nur unter besonders schwierigen Umständen in Wien gezeigt und war von einer allgemeinen Wiederbelebung der Arbeit begleitet. Die durch die Politik der Sozialreformer der Wirtschaft auferlegten Lasten sind unleugbar schwere und werden vielleicht die Stabilität der Wirtschaft beeinträchtigen. Aber bisher scheint das noch nicht der Fall zu sein.

Ich habe diese Einzelheiten über die Hauptstadt Österreichs gegeben, weil sie eine große sich selbstverwaltende Gemeinde vorstellt, die jahrelang vollkommen unter der Herrschaft einer streng sozialistischen Regierung gestanden ist, der ich, wo es mir angemessen schien, volle Anerkennung gezollt habe. Aber, es bilde sich nur niemand ein, daß Wien ein Paradies der Arbeiter geworden sei! Im Oktober des Jahres 1925 betrugen die effektiven Löhne nur 46% der Londoner, wenn die Lebensmittel allein, und 52%, wenn auch die Miete in Rechnung gezogen wird[1]). Die Zahlen sind wegen der Schwierigkeiten der Berechnung mit Vorbehalt aufzunehmen, aber der Vergleich ist im großen ganzen zutreffend. Die entsprechenden Zahlen für Berlin wären 69, bzw. 67%.

[1]) „International Labour Review", Januar 1926, Seite 117.

Ich fühle, daß ich zum Schlusse den Leser zur Vorsicht mahnen muß, denn der soeben gegebene Bericht über Österreich und Wien im besonderen mag einen allzugünstigen Eindruck von der wirtschaftlichen Lage daselbst hinterlassen. Die Lasten, die die Industrie für die Sozialversicherungen, die Arbeitslosenunterstützung usw. zu tragen hat, sind gewaltig angewachsen, und man hegt ernste Befürchtungen, wie das enden werde.

V. Kapitel

Schweden

In Schweden trifft man auf eine ganz andre Atmosphäre. Es ist ein neutral gebliebenes Land, in dem es keine große politische Umwälzung und keine Revolution gab wie in Rußland, Deutschland und Österreich, wo aber dennoch der Sozialismus, als eine politische Bewegung, durch einen rein verfassungsmäßigen Vorgang an die Spitze gelangt ist. Dieser Umschwung hatte sich sogar mit weniger Störungen vollzogen als in den stürmischen Jahren 1902 und 1909. Es gibt dafür natürlich einen geschichtlichen Hintergrund. Die Bewegung hatte schon während einer ganzen Reihe von Jahren vor dem Kriege rasche Fortschritte gemacht, und zwar so rasche, daß schon im Jahre 1914 die Sozialdemokraten zur stärksten Partei in der Zweiten Kammer des Riksdag (Reichstag) anwuchsen; sie waren gerade um einen Kopf den Konservativen überlegen. Wahrscheinlich wäre ihr Sieg auf jeden Fall, auch ohne den Anreiz der die ganze Welt aufwühlenden Ereignisse bei den Nachbarn zustande gekommen, während das in den andern Ländern, mit denen ich mich in den vorhergehenden Kapiteln befaßt habe, wohl schwerlich der Fall gewesen wäre. Die Lage ist also wesentlich verschieden.

Schweden erfreut sich des Vorzuges, das erste Land in

Europa gewesen zu sein, das durch einen regelrechten, verfassungsmäßigen Vorgang eine sozialistische Regierung eingesetzt hat. Das geschah im März 1920, als der verstorbene Mr. Branting, der die Sozialdemokratische Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1887 geleitet hatte, Premierminister wurde und ein rein sozialistisches Kabinett bildete. Er hatte früher, im Jahre 1917, mit drei Kollegen einem liberalen Ministerium angehört. Ferner hat Schweden mehr als irgendein andres Land Europas Zeit gehabt, wenn auch mit Unterbrechungen Erfahrungen mit einer sozialistischen Verwaltung zu machen. Während der letzten sechs Jahre war die Partei dreimal im Amte, und zwar neun Monate im Jahre 1920, achtzehn Monate in der Zeit von 1921 bis 1923 und neunzehn Monate von 1924—1926, also im ganzen fast vier Jahre. Und sie blieb bis zum Juni 1926 im Amte, obwohl Mr. Branting wegen Krankheit im Januar 1925 zurückgetreten und einen Monat später gestorben war. Sein Nachfolger war Mr. R. J. Sandler, ein verhältnismäßig junger Mann, der in der Regierung Brantings Handelsminister war.

Diese Erfahrung versetzt Schweden in eine einzigartige Lage und macht ein Studium der dortigen Angelegenheiten vom Gesichtspunkt unserer Tage aus ganz besonders interessant. Was hatte sich als Folge dieser Entwicklung ereignet? Ein Ausländer, der den Fortschritt des Sozialismus beobachtet und über die Generalstreiks der Vergangenheit, „die Jung-Sozialisten", den russischen Einfluß, das Lob der Gewalttätigkeit und so manches andre gelesen hat, mag, wenn er konservativer Anschauung ist, vermuten, daß Schweden ein recht schreckliches Land sein müsse, das Agitationen, Unruhen und gefährlichen Experimenten ausge-

setzt ist und dem alle Stabilität mangelt. Dagegen mag ein Beobachter entgegengesetzter politischer Ansicht, der das Zeitalter des Weltfriedens ersehnt und den festen Glauben hegt, daß der Sozialismus die Macht habe, es herbeizuführen, wohl erwarten, hier, wenn überhaupt irgendwo, einen entschiedenen Fortschritt in dieser Richtung feststellen zu können. Beide würden jedoch nichts finden, was ihren Befürchtungen oder Hoffnungen entspräche. Sie würden in einem wundervollen Lande, in dem die Natur von großer Schönheit und die Menschen weniger schlecht sind als anderswo, die alte Ordnung noch bestehen sehen.

Die berühmte, von Edward Lear besungene junge Dame, die aus Schweden kam und bei ihrem Eintreffen in der Station Weedon, ohne ein Wort zu sagen, sofort wieder umkehrte, war ein sehr vernünftiges Mädchen. Ich würde an ihrer Stelle dasselbe getan haben, denn, welche Vorzüge Weedon auch haben mag, es fehlt ihm doch die Anziehungskraft Schwedens. Und wenn man heute dieses skandinavische Land mit andern, weniger glücklichen Staaten vergleicht, so fällt einem die ruhige, ordentliche, gedeihliche und heitere Atmosphäre auf, die dort herrscht. Schweden hat auch seine Heimsuchungen gehabt, und zweifellos gibt es unter der Oberfläche noch Reibungen und Unruhen, aber sie sind, verglichen mit denen in andern Ländern, unbedeutend und beeinträchtigen nicht die beneidenswerten Zustände, die ich festgestellt habe. Wie weit diese der Tätigkeit der sozialistischen Regierung zuzuschreiben sind, weiß ich nicht, jedenfalls aber sind sie nicht die Folge der Umsetzung irgendeiner sozialistischen Theorie in die Praxis, denn dazu ist es nie gekommen. Es vollzogen sich zwar andre Wandlungen von geringerer Bedeutung, aber es wurde nie der Versuch

gemacht, die alte Wirtschaftsordnung umzustürzen, und die Kapitalisten schlafen noch immer ruhig in ihren Betten. Es mag eingewendet werden, daß die Sozialisten im Riksdag nicht über die Mehrheit verfügen und daher nicht tun können, was ihnen beliebt. Das ist zwar wahr, aber es gibt noch andre weniger leicht zu überwindende Hindernisse. Wenn man die von der sozialistischen Regierung verfolgte Politik und die schon erwähnten Vorgänge in andern Ländern vergleicht, so erscheint es sehr unwahrscheinlich, daß die Regierung, selbst wenn sie über eine Mehrheit verfügt hätte, mehr getan haben würde oder mehr hätte tun können. Als Mr. Branting im Jahre 1920 sein Amt antrat, folgte er dem Beispiele Deutschlands und Österreichs: er ernannte eine Studienkommission für Sozialisierungsmaßnahmen, die noch immer tagt und Berichte erstattet. Aber ehe wir uns mit diesem Thema befassen, ist es zur Klärung der Lage notwendig, die Ereignisse der letzten Jahre, die schließlich zu einer Regierung der Sozialisten geführt haben, und die verschiedenen Erfolge der Sozialdemokratischen Partei genauer zu beschreiben.

Der Riksdag besteht aus zwei Kammern, die mit gleichen Machtbefugnissen ausgestattet, aber nach der Anzahl der Sitze und dem Wahlverfahren verschieden sind. Die Zweite Kammer ist mit 230 Mitgliedern die größere und demokratischere und wird seit 1921 auf Grund allgemeinen Wahlrechts aller Männer und Frauen, die das Alter von vierundzwanzig Jahren erreicht haben, gewählt. Sie ist daher die wichtigere von beiden. Die Erste Kammer hat 150 Mitglieder und wird von den Landschafts- und den Stadträten der fünf größten Städte indirekt gewählt. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten in finanziellen Fragen hal-

ten beide Kammern eine gemeinsame Sitzung ab. Daher ist auch die Erste Kammer eine nicht zu vernachlässigende Größe, und eine Regierung muß in ihr ebenso stark wie in der Zweiten Kammer vertreten sein. Das ist bei den Sozialdemokraten der Fall, die in beiden Kammern die größte Partei sind, obgleich ihr Übergewicht in der Zweiten viel größer ist als in der Ersten. Die folgende amtliche Tabelle gibt die Mandatszahlen an, die die verschiedenen Parteien in den seit dem Kriege durchgeführten Wahlen errangen. Früher, im Jahre 1914, gab es nur drei Parteien, nämlich, nach den Zahlen der Sitze geordnet: die Sozialdemokratie (87), die Konservativen (86) und die Liberalen (57).

	1917	1920	1921	1924
Sozialdemokraten	86	75	93	104
Liberale	62	48	41	4
Konservative	59	71	62	65
Bauernbund	12	29	21	23
Linkssozialisten	11	5	6	—
Volkspartei	—	—	—	29
Kommunisten	—	2	7	5

Eine beherrschende Stellung. — Es ist offenkundig, daß die Sozialdemokraten nach einem Rückschlag im Jahre 1920, der Mr. Brantings erstes Kabinett zu Fall gebracht hatte, eine beherrschende Stellung errungen haben. Sie haben nicht sehr unter der Absonderung ihres extremsten Flügels gelitten, dessen Anhänger sich Linkssozialisten nannten, sich im Jahre 1917 abspalteten, aber 1924 durch die Kommunisten ersetzt wurden. Die Liberalen sind fast ganz verschwunden, hauptsächlich wegen eines inneren Zerwürf-

nisses in der Frage des Alkoholverbotes. Die Volkspartei, die im Jahre 1924 in Erscheinung trat, bestand aus den Anhängern des Alkoholverbotes in der Liberalen Partei. Immer gleichmäßig behaupten sich die Konservativen und nach ihnen der Bauernbund, der einst die stärkste Partei von allen war, aber vor vielen Jahren über die Frage des Freihandels oder Schutzzolles auseinander brach. Zersplitterung scheint ein Vergnügen zu sein, das sich, wenn überhaupt, nur wenige politische Parteien versagen. In Schweden erlebten sogar die Kommunisten eine Spaltung; sie wurde von einem Mitglied ihrer Partei, einem Arbeiter, hervorgerufen, der nach Rußland gegangen und dort durch seine eigenen Erfahrungen als Arbeiter so enttäuscht worden war, daß er nach Hause zurückkehrte und in der Partei eine Empöpörung anzettelte. Zur Vervollständigung dieser kurzen Darstellung muß noch hinzugefügt werden, daß die Sozialdemokraten auch in der Ersten Kammer die stärkste Partei sind, und zwar haben sie 52 Sitze gegen 44 der Konservativen, 22 der Volkspartei, 18 des Bauernbundes, 13 der Liberalen und 1 der Kommunisten.

Am 1. Juni 1926 erlitt die Regierung in beiden Kammern des Riksdag in der Frage der Arbeitslosenunterstützung eine Niederlage, worauf sie abdankte.

Der Aufstieg der Sozialdemokraten, die im Jahre 1903 nur vier Mitglieder im Riksdag hatten, ist mehreren Ursachen zuzuschreiben, von denen ich folgende erwähne: eine starke Gewerkschaftsbewegung, die der politischen vorausging; eine tätige Propaganda, besonders durch Zeitungen, die in Skandinavien mehr gelesen werden als selbst in Deutschland; das Mißlingen aller Streiks; die Erweiterung des Wahlrechtes, das schon im Jahre 1909 und dann

wieder im Jahre 1921 auf breitere Grundlagen gestellt worden war; die Arbeitslosigkeit seit dem Kriege und die weise Mäßigung in Brantings Politik. Als Branting im Jahre 1920 sein Amt übernahm, löste das Wort „Nationalisierung" noch Schrecken und Furcht aus. Daher der Rückschlag bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1920 und das Anwachsen der Konservativen und der Bauernpartei. Aber die Vorsicht, mit der man das Sozialisierungsproblem behandelte, indem man es zuerst studierte, entsprach dem besonnenen nationalen Charakter, beschwichtigte alle aufgeregten Gemüter und stellte die Frage in ein ganz andres Licht. Das bringt mich auf die Studienkommission und auf das Ergebnis ihrer Arbeit zurück.

Im Jahre 1920 ernannte Mr. Branting zwei Kommissionen, eine sollte die Frage der Demokratisierung der Industrie prüfen und die andre das Sozialisierungsproblem. Auch die erstere hat Berichte herausgegeben, aber ich kann mich in diesem Buche nur mit der letzteren befassen. Im Gegensatz zu den deutschen und österreichischen Kommissionen, die schon seit langem nicht mehr tätig sind, arbeitet die schwedische noch. Sie hat eine große Zahl Berichte verfaßt, die sehr beträchtliche Ausgaben, man spricht von 100 000 Kronen jährlich (ungefähr 5000 Pfund), verursachten. Ich kenne nicht alle, aber man hat mir gesagt, daß vierzehn erschienen sind. Die ich gesehen habe, sind ansehnliche Bände von 400 bis 500 Seiten in wundervollem Druck. Alle zusammen bilden eine kleine Bibliothek und bieten einen umfassenden, von Fachleuten geschriebenen Überblick über die sozialen und industriellen Bewegungen nicht nur Schwedens, sondern auch andrer Länder. Der erste Band befaßt sich mit England vom Jahre 1760 bis 1920.

Es überrascht mich, daß diesen Werken so wenig Beachtung geschenkt wurde. Ich erwartete, in Deutschland wenigstens einige Übersetzungen oder kritische Abhandlungen darüber zu finden, aber auch in der Buchhandlung des „Vorwärts" war nichts zu erfahren. Niemand schien von der Existenz dieser Berichte eine Ahnung zu haben. Und doch stellen diese Schriften eine von berufenen Forschern, Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen sowie Volkswirtschaftlern aller Parteischattierungen sorgfältig ausgearbeitete, leidenschaftslose Untersuchung der Tagesfrage dar. Ich kann daraus nur schließen, daß die Deutschen und besonders die Sozialdemokraten des ganzen Gegenstandes, mag er auch noch in polemischen Schriften über die Sozialisierung behandelt werden, überdrüssig sind, oder daß das Ergebnis der schwedischen Forschung nicht nach ihrem Geschmack ist.

Jene Berichte befaßten sich vor allem mit England, Dänemark und Österreich, aber es sind auch Abhandlungen über die Vereinigten Staaten, Deutschland, Australien und Neu-Seeland erschienen oder in Vorbereitung. Dann gibt es besondere Berichte über die Sozialisierung der einzelnen Industrien, in erster Linie der Eisenbahnen. Eine von Erik Lindner (einem der Sekretäre der Kommission) verfaßte Darstellung dieses Themas wurde im Januar 1925 vom Internationalen Arbeitsamte veröffentlicht[1]). Sie ist in mancher Hinsicht die wichtigste von allen, weil sie noch am ehesten zu einem praktischen Ergebnis geführt hat. Die Kommission machte bestimmte Vorschläge für die Umgestaltung der schwedischen Staatseisenbahnen.

Das ist sehr beachtenswert. Die Haupteisenbahnlinien in Schweden sind vom Staate gebaut worden, gehören ihm

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XIII, Nr. 1 und 2.

und werden staatlich betrieben. Das ist aber nicht mit allen Linien der Fall. Die den Privatgesellschaften gehörenden Linien übertreffen sogar die staatlichen an Kilometerzahl. Das Netz der staatlichen Linien mißt 5836 Kilometer, das der Privatgesellschaften 9487 Kilometer. Wenn wir von diesen die Schmalspurlinien ausschließen, bleiben noch immer 5969 Kilometer Breitspurbahnen, also mehr als das ganze staatliche Netz, in privaten Händen. Nun würde man eigentlich erwarten, daß eine Sozialisierung der Eisenbahnen das Einverleiben der privaten Linien in das Staatssystem bedeutete. Das ist aber nicht der Fall. Die Vorschläge der Kommission für die Umgestaltung der Staatseisenbahnen beziehen sich nur auf die Kommerzialisierung der Bahnen. Die Leitung soll aus den Händen der Regierung genommen und einer unabhängigen Behörde, einer Gesellschaft mit eigenem Statut übergeben werden, die aus einem Vorsitzenden und 28 Mitgliedern zu bestehen hat, von denen 8 von der Regierung, 8 vom Riksdag, 6 vom Eisenbahnpersonal und 6 von den Verbänden zu ernennen sind, die am Transport interessiert sind und die Konsumenten vertreten. Die Generalversammlung hätte einen Exekutiv- oder geschäftsführenden Ausschuß zu bestellen, der die Bahnen verwaltet. Diese Form der Organisation wird jetzt gebräuchlich. Sie soll größere Wirtschaftlichkeit und erhöhte Leistungsfähigkeit verbürgen, soll dem allgemeinen Besten dienen und nicht nur auf Gewinn ausgehen. Es ist eine Organisation, die ein Mittelding zwischen einem staatlichen und einem Privatunternehmen darstellt; wenn sie bei einem bereits bestehenden Privatkonzern zur Anwendung kommt, so mag das als ein Schritt zur Sozialisierung angesehen werden. Wenn sie aber bei staatlichen Unternehmungen eingeführt wird, so be-

deutet das eher einen Schritt zurück zu den Methoden des Privatunternehmens. Ich werde hier Mr. Lindners Erklärung des Prinzips anführen:

„Es ist seit langem klar, daß ein modernes staatliches Unternehmen, das ein wirtschaftliches Ziel hat, von der eigentlichen Staatsverwaltung ganz verschieden ist. Als die schwedische Sozialisierungskommission kürzlich einen Vorschlag für die Reorganisation der Staatseisenbahnen ausarbeitete, zog sie dies in Rechnung und verlangte als grundlegende Bedingung für eine rationelle Geschäftsgebarung, daß der staatliche Verwaltungsapparat durch Organisationsformen ergänzt werde, die dem in Frage stehenden Unternehmen angemessen seien."

Das staatliche Unternehmen sollte daher nach dem Vorschlag der Kommission von der allgemeinen Staatsverwaltung (Hoheitsverwaltung) losgelöst und unter eine besondere Verwaltung gestellt werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Erwägungen auszuschalten, die auf ein geschäftliches Unternehmen nur lähmend wirken kann, und die Regierungsbehörden von der Befassung mit Einzelheiten zu befreien, die eigentlich eine Eisenbahnverwaltung allein angehen.

Die Sozialisierungskommission beschreibt die neue, von ihr vorgeschlagene Organisation als ein unabhängiges, öffentliches Unternehmen, das ausschließlich dem Staate gehört, dessen Verwaltung in den Hauptzügen von den Regierungsbehörden festgelegt und ihrer Aufsicht unterworfen, dessen Betrieb und Leitung aber von der politischen Organisation des Staates vollkommen unabhängig ist.

Andre beachtenswerte Punkte sind folgende:

Das staatliche Eisenbahnunternehmen „sollte sein Ver-

waltungssystem so einrichten, daß es seine Kosten vollkommen deckt, sollte aber nicht trachten, einen Gewinn zu machen". Was aber Kapitalsrücklagen anbetrifft, „ist es doch wichtig, daß staatliche Unternehmungen gleich den Privatunternehmungen normalerweise zur Erhaltung und Vermehrung des Kapitals im Lande beitrügen. Die Staatseisenbahnen müßten daher nach Deckung der Unkosten noch einen Überschuß abwerfen... Dieser Überschuß müßte wenigstens den ‚normalen Kapitalzinsen', erhöht um den zur Deckung des Risikos erforderlichen Prozentsatz, entsprechen... Es ist *nur notwendig*, daß *das Unternehmen den Marktpreis* für sein Kapital und eine Risikoprämie von 1% auf das Grundkapital einbringe".

Grundkapital sei das dem Aktienkapital privater Unternehmungen entsprechende; ein „Nebenkapital" sei notwendig infolge der unentgeltlichen Benützung der Bahnen durch die Regierung, zum Beispiel für militärische Zwecke. Außerdem gäbe es ein durch Ausgabe festverzinslicher Obligationen eingebrachtes Kapital, dessen Verzinsung als Ausgabe betrachtet werden müsse. Dieser Einteilung des Kapitals wird für die den Eisenbahnen vorgeschriebene Rechnungslegung große Wichtigkeit beigemessen und es müssen Bürgschaften vorgesehen werden, daß nicht mißbräuchlich Grundkapital auf Nebenkapitalskonto übertragen werde. „Eine schlechte Verwaltung darf nicht dadurch verschleiert werden, daß vom Grundkapital etwas auf das Nebenkapital überschrieben wird, sondern sie muß durch einen Wechsel in der Leitung geheilt werden." Man kann in diesen Verordnungen die Hand der sachverständigen Volkswirtschaftler erkennen, die an den Beratungen der Kommission teilgenommen haben.

Die bezüglich der Löhne und der Beziehungen zwischen der

Verwaltung und dem Eisenbahnpersonal vorgeschlagenen Änderungen verraten ebenfalls einen kaufmännischen Blick. „Die Kommission betont nachdrücklichst, daß eine kaufmännische Verwaltung der Staatseisenbahnen vollkommen unmöglich ist, wenn die Löhne des Eisenbahnpersonals von den Regierungsbehörden nach staatsfinanziellen oder sozialpolitischen Erwägungen bestimmt werden. Es sollte im Gegenteil der Marktwert der Arbeit die Grundlage für die Berechnung bilden, und die Arbeitsbedingungen sollten, wie bei Privatunternehmungen, durch ein Übereinkommen zwischen der Leitung und den Arbeiterorganisationen bestimmt werden. Die bisherigen Anstellungsbedingungen für die Festangestellten sind mit einem solchen System nicht zu vereinbaren. Die Kommission schlägt daher vor, sie aufzuheben. Als Entschädigung sollen die Angestellten das Streikrecht erhalten; eine Vertretung der Angestellten bei der höchsten Verwaltungsbehörde des Unternehmens und die Verhandlungsmethoden sollen gesetzlich festgelegt werden. Das soll auch für die höchsten Beamten gelten."

In diesen Vorschlägen erkennen wir wieder einmal die gegenwärtig herrschende Neigung, die staatliche Verwaltung auszuschalten und bei den staatlichen Unternehmungen die den Privatunternehmungen eigenen Methoden einzuführen, selbst dort wo der Gewinn nicht das Hauptziel ist. Der Bericht wurde im ganzen mit Beifall aufgenommen, aber es fehlte auch nicht an zahlreichen Kritiken, besonders an der vorgeschlagenen Änderung der Stellung der Eisenbahnangestellten, gegen die vom entgegengesetzten Gesichtspunkte aus Einwendungen erhoben wurden. Die Vorschläge sind bis jetzt noch nicht durchgeführt worden. Ich für meinen Teil finde das Reisen auf der schwedischen Staatseisenbahn außeror-

dentlich behaglich, obwohl man nicht sehr schnell fährt. Aber über ihre Leistungsfähigkeit in anderer Hinsicht weiß ich nichts.

Die beabsichtigte Umgestaltung der Staatseisenbahnen nach diesen Grundsätzen und die allgemeine Erkenntnis der Mängel der staatlichen Verwaltung, womit die schwedischen *Sozialisten sich den auch schon in andern Ländern gezogenen,* früher angeführten Folgerungen anschließen, ist im Falle Schwedens um so überraschender, als dort der Staat außer den Eisenbahnen noch andre große, einträgliche Besitzungen und Unternehmungen, sein Eigen nennt, die ihm ein großes Einkommen sichern. Im Jahre 1923 betrug das in staatlichen Unternehmungen investierte Kapital 2 129 000 000 Kronen (die Krone gleich 1 Shilling $1^1/_2$ Pence). Es warf ein Erträgnis von 5,11% ab. Diese Unternehmungen umfassen großen Waldbesitz und Sägewerke, Eisenbergwerke und -Hütten, Wasserkräfte und hydro-elektrische Anlagen. Es sind dies die drei großen wirtschaftlichen Aktivposten Schwedens. Es gibt dort sehr wenig Kohle, und in landwirtschaftlicher Beziehung kann sich das Land nicht selbst erhalten. Der Staat besitzt 38% des Waldbestandes und dieser gehört mit zu den Gegenständen, die von der Kommission geprüft sind. Sie hat es vorgezogen, zunächst einmal zu erwägen, was mit den staatlichen Unternehmungen geschehen soll, bevor sie sich mit der viel schwierigeren Frage der Privatunternehmungen befaßt, die sozusagen den Kern des Sozialisierungsproblems bilden. Vermutlich wird die Kommission im geeigneten Zeitpunkte auch daran gehen. Inzwischen haben der verstorbene Branting und Sandler die Ansichten der Sozialdemokratischen Partei in einem Sommerkursus im August 1925 dargelegt. Diese Reden ver-

dienen die Beachtung aller, die sich ernstlich mit diesen Fragen befassen, weil sie eine besonders reife und sorgfältig durchdachte Darstellung der von verantwortlichen Sozialisten vertretenen modernen Ideen sind. Ich werde daher hier die wichtigsten Punkte aus diesen Vorträgen kurz zusammenfassen. Zu eingehenderem Studium gebe ich mit Herrn Sandlers Erlaubnis die ganze Vorlesung im Anhang wieder.

Brantings wichtigste Behauptungen sind folgende:

„Ein grundlegender Fehler der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, daß die Produktion, die die ganze menschliche Gesellschaft versorgt, zu sehr der Kontrolle der Allgemeinheit entrückt ist.

Die Besitzer haben — unabhängig von ihrer Befähigung und ihrer Rücksichtnahme auf die Interessen der Gemeinschaft, ihrer Angestellten und der Verbraucher — die verschiedenen Unternehmungen, wie wichtig sie auch für das Leben der Allgemeinheit sein mögen, völlig in ihrer Gewalt.

Es besteht daher eine hinreichende Gewähr weder für die zweckmäßigste Verteilung der Produktion, noch für die sozial und wirtschaftlich beste Verwendung der Gewinne.

Der einst von den Volkswirtschaftlern empfohlene freie Wettbewerb ist in vielen Fällen in ein zügelloses Ringen ausgeartet, das unnötige Arbeit und dadurch eine Erhöhung der Kosten der Waren verursacht hat. In andern Fällen wieder hat er ganz aufgehört und einem monopolistischen System Platz gemacht, das den Interessen der Gesellschaft zuwider läuft.

Das Verlangen nach einer durchgreifenden Umgestaltung der Gesellschaft ist durch den Krieg gestärkt worden, und es besteht der weitverbreitete Wunsch, das freie Verfügungsrecht der privaten Eigentümer natürlicher Hilfsquellen und der

Produktionsmittel einzuschränken, um den nationalen Reichtum unmittelbarer in den Dienst des ganzen Landes zu stellen. Daher die Gesetze über Trusts und Pools, die Gesetze und Vorschläge, die den Arbeitern das Recht einer Teilnahme an der Kontrolle der Industrieunternehmungen einräumen sollen (industrielle Demokratie), und die Maßnahmen zur Überführung der natürlichen Hilfsquellen, der Verkehrsmittel und Industrieunternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle oder in gesellschaftliches Eigentum.

Grundsatz bei den Sozialisierungsmaßnahmen muß sein, daß *die Interessen der Allgemeinheit den privaten Interessen* voranzustellen sind.

Die in letzter Zeit mit großen staatlichen und Gemeindeunternehmungen gemachten Erfahrungen haben gelehrt, daß die Rücksichtnahme auf das Wohl der Allgemeinheit die wirtschaftliche Tätigkeit zu steigern vermag, und daß dort das Geschäftsinteresse besser wahrgenommen wird als in Privatunternehmungen. Beispiele dafür sind: die Eisenbahnen, das Telephon, der Telegraph, die Post, die staatlichen Forste, Wasserkräfte, elektrische Kraftwerke, die Gemeindegaswerke, das elektrische Licht, elektrische Straßenbahnen.

Die technische und finanzielle Leitung dieser Unternehmungen hat bisher meist in den Händen von Staatsbeamten gelegen, die zu Büros organisiert waren. Aber es gibt auch andre Formen. Der Tabakverschleiß ist wie der Wein- und Spiritushandel eine Aktiengesellschaft, von deren Aktien ein großer Teil dem Staate gehört. Ein andres Beispiel gemeinsamen Staats- und Privatbesitzes ist die Grängesberg-Company, die die großen Eisenerzlager in Norrland besitzt und mit einer Dampferflotte von insgesamt 159 000 Tonnen den Erztransport ins Ausland besorgt. Vertragsmäßig

hat der Staat das Recht, die Aktien, die sich in privaten Händen befinden, zu bestimmten Zeiten und unter bestimmten Bedingungen aufzukaufen.

Es gibt also für die Übertragung von Privatunternehmungen in Staatsbesitz oder deren Unterstellung unter staatliche Kontrolle verschiedene Organisationsformen.

Die Verwaltung jedes einzelnen sollte den besondern Verhältnissen angepaßt werden. Vor allem aber sollte man vermeiden, die streng amtlichen Methoden, die in andern Zweigen der Staatsverwaltung am Platze sind, auf Gebiete anzuwenden, die eine geschmeidigere und mehr kaufmännische Organisation mit größerer Handlungsfreiheit für die Leitung erfordern.

Als Ziel wäre ins Auge zu fassen, daß die Vorteile eines freien Spieles des persönlichen Unternehmungsgeistes in einer Weise ausgenützt werden sollten, die volle Wahrung der Interessen der Allgemeinheit sichert, was mit dem Streben des Einzelnen nach Gewinn nicht vereinbar erscheint.

Das Problem ist nicht durch einen für alle Zukunft festgelegten Plan zu lösen. Eine schematische Sozialisierung des ganzen Produktionsprozesses liegt abseits von dem hier entwickelten Gedankengange und von der ganzen Theorie zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung, wie sie von der schwedischen Sozialdemokratie vertreten wird. Die in andern Ländern gemachten Erfahrungen beweisen zur Genüge, wie gefährlich der Versuch ist, an dem bestehenden Produktionssystem heftig zu rütteln.

Die Frage, auf welchen Gebieten Sozialisierungsmaßnahmen notwendig sind und welche Formen sie anzunehmen hätten, sollte einer unbeeinflußten Forschung überlassen wer-

den. Der wichtigste bei diesen Entscheidungen einzunehmende Gesichtspunkt wäre der, daß die Produktion nicht sinken dürfte. Bei der kapitalistischen Produktion liegt der Antrieb zur Erhöhung der Gütererzeugung in dem Verlangen nach Gewinn, und es hieße seine Augen vor offenkundigen Tatsachen verschließen, wenn man die Bedeutung dieses Anreizes ableugnen würde. Doch ist anzunehmen, daß eine gut ausgeglichene Vereinigung der verschiedenen Formen sozialer und privater Produktion vom Standpunkte der Allgemeinheit ein noch viel besseres Ergebnis zeitigen würde."

Es ist nicht meine Absicht, mich hier über diese Ansichten zu äußern. Ich will nur auf ihre nahe Beziehung zu denen andrer hervorragender Sozialisten aufmerksam machen, die in diesem Buche schon angeführt wurden.

Herr Sandler folgt Brantings Fußstapfen, und da sein Vortrag im Anhang I wiedergegeben ist, verweise ich den Leser bezüglich der Einzelheiten darauf. Zwei oder drei wichtige Schlußfolgerungen sind jedoch so deutlich ausgeführt worden, daß ich sie, um das Vorhergesagte zu vervollständigen, hier anführen werde.

Die erste verwirft die staatliche Wirtschaft. „Die mit staatlichen Betrieben gemachten Erfahrungen rechtfertigen die Annahme, daß die Leitung sozialisierter Unternehmungen schwerfällig, bürokratisch und unwirtschaftlich sein würde. Hier muß die Sozialdemokratie auf ihrer Hut sein und darauf achten, daß die Unternehmungen eine „„intelligente, vor bürokratischen Einflüssen gesicherte Leitung"" erhalten." Solche Garantien können geschaffen werden: durch Vermeidung der Monopolsform und zu weitgehender Zentralisation, durch Gewährung eines weiten Betätigungsfeldes für die Gemeinwirtschaft, durch Zulassung der Verbraucher

zur Verwaltung, und indem man der Leitung genügend Handlungsfreiheit läßt. „So wird der Begriff „„Staatliches Unternehmen““ in seinem allgemein gebräuchlichen Sinne verschwinden, und an seine Stelle tritt die sozialisierte Selbstverwaltung lohnender Unternehmungen, in der die verschiedensten Interessen vertreten sind.“

Der zweite Punkt besagt: Obwohl alle natürlichen Hilfsquellen, alle industriellen Unternehmungen, Kreditanstalten und Transportmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergehen sollen, dürfen sie nicht alle nach demselben Schema verwaltet werden. Es soll nicht nach einem einheitlichen und symmetrischen System vorgegangen, nicht eine einzelne Type, sondern eine den verschiedenen Verhältnissen entsprechende Vielfältigkeit der Form geschaffen werden. „Viele Gebiete des Wirtschaftslebens sind noch nicht reif für die Sozialisierung. Der Kapitalismus ist dort noch der wichtigste Faktor für die wirtschaftliche Umgestaltung. Daher soll der Kapitalismus sein Werk unter der Aufsicht und der Kontrolle der Gesellschaft beenden.“ Dies bezieht sich besonders auf die Fabrikerzeugung, als eine von der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer, dem Finanz- und Transportwesen verschiedene Produktionsform. Auf diesem Gebiete, das für uns das wichtigste ist, „könnten Staatsmonopole eine Versuchung zu unwirtschaftlichem Gebahren mit sich bringen.“ Daher sollte die Errichtung von neuen — wahrscheinlich privaten Unternehmungen — auf bereits sozialisierten Gebieten erlaubt werden. „Sozialisierung kann und soll ohne Störung der wirtschaftlichen Freiheit vor sich gehen.“ Mit einem Worte, freier Wettbewerb und private Unternehmungen sind nicht ausgeschlossen. Ferner werden Übergangsformen angedeutet, die vermutlich zwischen privaten und sozialen

Unternehmungen aufkommen würden: das Konzessionssystem, eine oder die andre Form des „Halb- und Halb"-Systems (der staatlichen Beteiligung an Privatunternehmungen) und die Fortführung privater Betriebe bei gesetzlicher Herabsetzung des Gewinnes.

Mittlerweile geht in Schweden alles ganz gemütlich nach der alten Ordnung weiter. Man wird sich dort nicht in wilde Abenteuer stürzen. Das Volk ist viel zu ruhig und besonnen, auch besteht gar kein zwingender Grund dazu. Schweden war durch den Krieg infolge Unterbrechung seines Handels und besonders der Lebensmittelzufuhr, die eine Hungersnot in Aussicht stellte, arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Aber nach seinen Erzeugnissen an Bauholz und Eisen war während des Krieges und nachher große Nachfrage. Dann gab es in den Jahren 1920 und 1923 zwei schlechte wirtschaftliche Perioden mit viel Arbeitslosigkeit und häufigen Streiks. Aber man ließ keine Geldentwertung zu, und Schweden war das erste Land, das im März 1924 mit ausgezeichnetem Erfolg die Goldwährung wiedereinführte. In diesem Jahre kam es zu einer merklichen wirtschaftlichen Erholung, und obwohl die allgemeine Depression des vergangenen Winters auch dort unangenehm empfunden wurde, ist die Lage Schwedens heute in beneidenswertem Maße besser als die in den meisten andern Ländern.

Was die sozialistische Regierung in Schweden, ebenso wie anderwärts, wirklich beschäftigt hat, war die Sozialreform. Der Riksdag hat sich während seiner Tagung im Jahre 1926 hauptsächlich mit der Frage der Abrüstung, dem Achtstundentag und der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt, und alles, was man darüber sagen kann, ist, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei diesen

und ähnlichen Problemen gegenüber etwas vorgeschrittener ist als die der Liberalen. Da die Sozialdemokraten nicht die absolute Mehrheit haben und daher von den Liberalen abhängen, können sie natürlich nicht tun, was ihnen beliebt. Es ist jedoch aus der Untersuchung der Sozialisierungsfrage und aus den darüber geäußerten Meinungen klar zu ersehen, daß die Sozialisten, auch wenn sie vollkommene Handlungsfreiheit gehabt hätten, nicht ungestüm, sondern sehr vorsichtig und zuerst nur versuchsweise ihre Reformen durchgeführt hätten. Sie verrieten auch in Gemeindeangelegenheiten eine ruhige Hand, wenn sie, wie in Stockholm, Gothenburg, Gävle und einigen andern Städten, über die kommunale Macht verfügten.

Bei dem Worte „Gemeindeangelegenheiten" erinnere ich mich an ein sehr angenehmes Erlebnis. Da es nur zugunsten der Gemeindeunternehmung spricht, mag es hier als Gegensatz zu einer andern Sache, die ich später erzählen werde, wiedergegeben werden. Auf meiner Reise nach Stockholm unterbrach ich die Fahrt, um nicht nachts reisen zu müssen, was nicht nur ermüdend ist, sondern den Menschen auch daran hindert, die Landschaft zu sehen. Ich wählte irgendeinen Ort an der Strecke, über den ich gar nichts wußte, zum Nachtaufenthalte. Es war eine ganz kleine Stadt und ich hätte dort leicht überhaupt kein Hotel vorfinden können. Aber ich hatte Glück. Es gab ein Hotel, und ein ausgezeichnetes sogar. Man kann wohl sagen, daß in Schweden die Hotels im allgemeinen sehr gut sind, aber in einem so kleinen Orte war das eigentlich kaum zu erwarten. Es war das Stadthotel, eine Einrichtung, die, wie ich glaube, in Schweden nicht ungewöhnlich ist. Es war Rathaus und gleichzeitig Gasthof, ein ganz hübsches Gebäude. Eine Tan-

zerei war gerade im Gange, als ich ankam, aber ich bekam ohne alle Schwierigkeiten ein gutes Abendessen und ein behagliches Schlafzimmer. Meinem Fenster gegenüber stand auf einem weiten offenen Platze eine junge, gutgewachsene Föhre von etwa dreißig Fuß Höhe. Es hatte stundenlang geschneit, ihre dichten Zweige waren schwer mit Schnee beladen. Am ganzen Baume, vom Fuß bis zur Krone, waren elektrische Birnen befestigt. Ein riesiger Christbaum glitzerte also durch die Schneeflocken und über die weite Fläche frisch gefallenen Schnees. *Ich habe noch nie etwas Hübscheres* gesehen oder überhaupt eine so prächtige Vereinigung von Menschenwerk und Natur.

VI. Kapitel

Die Tschechoslowakei

Eine besondere Teilnahme wird der Tschechoslowakei als einer der neuen Republiken entgegengebracht, die infolge des Krieges doch nicht durch Sturz der Monarchie, sondern de novo infolge einer neuen geographischen und Rasseneinteilung entstanden sind. Ein so auf demokratischer Basis durch Volkserhebung gegründeter Staat scheint in diesen Tagen des vorwärtsdrängenden Sozialismus eine besonders günstige Gelegenheit für praktische Versuche sozialer Richtung zu bieten, weil er ungehindert durch Tradition tun kann, was ihm gefällt. Und tatsächlich hat man geglaubt, die Tschechoslowakei sei eine Art im Werden begriffener sozialistischer Staat.

Inwieweit diese Annahme gerechtfertigt ist, werden wir aus folgendem sehen.

Die Tschechen, eine kraftvolle, von starkem Nationalgefühl durchdrungene Rasse, sind unter deutscher Vorherrschaft seit der Aufhebung der alten Unabhängigkeit Böhmens immer mehr oder weniger widerspenstig gewesen, und die führenden Geister sahen schon ganz zu Beginn des Krieges die Gelegenheit zur Wiedererlangung dieser Unabhängigkeit — zwar nicht in der Form eines Königreiches, aber als Republik. Die erste russische Revolution im Jahre 1917

nährte ihre Hoffnungen und führte zu einer Erklärung, die sich für eine Selbstverwaltung, jedoch noch im Rahmen des österreichischen Kaiserreiches aussprach. Anfangs des Jahres 1918 entwickelte sich dieser Wunsch zu einem Verlangen nach vollständiger Unabhängigkeit, das am 28. Oktober erfüllt wurde. Dieser Schritt war schon lange vorbereitet gewesen, der neue Staat war bereit, sich unter einem Nationalrat, der schon im Sommer gebildet worden war, selbst zu verwalten. Professor Masaryk, einer der ausgezeichnetsten und geachtetsten urteilsfähigen Sozialisten, wurde zum Präsidenten erwählt und bekleidet dieses Amt auch heute noch. Die Regierung war ein Koalitionskabinett, das nur in nationalen Fragen einig war, die in allen andern politischen Problemen mitspielen und die parlamentarische Gruppierung außerordentlich verwirren. Die Hauptparteien sind durch die Scheidung nach Tschechen und Deutschen verdoppelt, überdies gibt es noch Ungarn, Slowaken und andre Parteien, alles in allem einige zwanzig. Die Richtung der Parteien wird also in der Praxis durch die nationalen und nicht durch die gewöhnlichen politischen Gegensätze bestimmt, obwohl auch solche bestehen: folglich kann zwischen den Sozialisten und Nichtsozialisten das Gleichgewicht nicht in derselben Weise hergestellt werden wie in andern Ländern. Die Regierung ist immer von einer Koalition zweier tschechischen Parteien, die eine Mehrheit in beiden Kammern der Nationalversammlung haben, gebildet worden. Eine davon waren immer die Sozialisten. Aber außerhalb der Koalition gibt es andre nicht tschechische Sozialisten sowie Kommunisten. Beide Kammern werden nach dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen gewählt, aber die Altersgrenze für die Wahlberechtigung ist verschieden. Für die Wahl der Abgeordneten der Kammer

ist sie mit 25 und für die Senatswahlen mit 35 Jahren festgesetzt.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1920 erhielten im Abgeordnetenhause die tschechischen Koalitionsparteien 164 Sitze, die übrigen Parteien 127, im Senat 88 gegen 58. Die Koalition ist aus fünf tschechischen Parteien gebildet. Ihrer respektiven politischen Richtung nach von rechts nach links gereiht sind es: 1. die Nationaldemokraten mit 22, 2. die Agrarier mit 42, 3. die Nationalsozialisten mit 27, 4. die Klerikalen mit 21 und 5. die Sozialdemokraten mit 52 Mandaten. Das sind die Zahlen für das Jahr 1920. Man wird bemerken, daß die Sozialisten zwar die größte Partei, aber in entschiedener Minderheit gegen die übrigen Parteien sind. Ebenso war auch ihre Stellung im Senat. Innerhalb des Verbandes kann natürlich von einer ausgesprochenen sozialistischen Politik nicht die Rede sein; selbst wenn die tschechischen Sozialisten gemeinsam mit den deutschen und ungarischen eine Opposition gebildet hätten, wären sie noch immer in einer entschiedenen Minderheit gewesen. Sie hätten dann ihren Einfluß noch weniger geltend machen können. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1925 erlitten sie einen ernsten Rückschlag; sie verloren 23 von ihren 52 Sitzen im Unterhause und 22 von ihren 36 Mandaten im Senat. Die deutschen Sozialisten hatten auch große Verluste zu verzeichnen. Sie kamen im Abgeordnetenhaus von 30 Mandaten auf 17 und im Senate von 16 auf 9 Mandate herab. Die Kommunisten dagegen gewannen an Boden, doch von ihnen werde ich später sprechen. Die stärkste und unbeweglichste Partei sind die Landwirte, deren Stellung sich auch im Jahre 1925 verbesserte. Es muß noch hinzugefügt werden, daß der Verband jetzt auch eine sechste, zwar

kleine, aber ständig wachsende Partei einschließt, die unter dem Namen Gewerbepartei bekannt ist.

Tatsache ist, daß der Sozialismus in der Republik in die Minderheit gedrängt und in Abnahme begriffen ist. Die tschechischen Sozialisten haben geholfen, den neuen Staat aufzubauen und zu befestigen, eine Aufgabe, bei der die Sozialreform eine sehr wichtige Rolle spielte. Sie benutzten ihren Einfluß, um sie nach ihren Wünschen zu gestalten, wie es auch die Sozialisten in andern Ländern getan haben, aber Sozialismus und Sozialreform sind, wie ich schon früher sagte, zwei verschiedene Dinge. Wahrscheinlich kam die Vorstellung, daß diese Republik ein sozialistischer Staat sei, infolge zweier Maßnahmen auf, die in gewissem Sinne diesen Anschein erwecken. Es sind dies die Bodenreform und die Vermögensabgabe; doch wenn man beide genau prüft, sieht man, daß sie nur den neuen Staat auf feste Grundlagen stellen sollten. Die Bodenreform strebte eine weitgehende Aufteilung des Bodens an. Es sollten Bauern und Kleinhäusler geschaffen und Pächter mit Boden beteilt werden, wozu man Land von den außerordentlich großen Gütern ablöste, die besonders in der Slowakei sehr zahlreich waren. Für die Verteilung des Landes war es bezeichnend, daß es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von mittleren Gütern, dagegen sehr viele kleine und zu viele große gab. Die Bodenfrage war durchaus nichts Neues, sie hatte sich schon vor Jahren fühlbar gemacht, und die Verhältnisse waren wohl bekannt. Die außerordentlich starke Auswanderung aus diesen Ländern wurde dem Umstande zugeschrieben, daß diese Frage nicht gelöst war; für den neuen Staat, dessen Wunsch es war, so stark wie möglich zu sein, wurde sie zu einer dringenden Angelegenheit. Er sah in der Boden-

reform ein wirksames Mittel, die Leute zu Hause zu halten und gleichzeitig den Staat in bezug auf Bevölkerung und landwirtschaftliche Produktion zu stärken.

Es wurde keine Zeit verloren und sofort damit begonnen. Das erste darauf bezügliche Gesetz wurde von der Nationalversammlung am 9. November 1918 erlassen, was beweist, wie gut die Tschechen auf ihre Selbständigkeit, die sie erst einige Wochen früher errungen hatten, vorbereitet waren. Dies Gesetz hieß Enteignungsgesetz, obwohl es nur den Verkauf und die Verpfändung von registriertem Landbesitz ohne Einwilligung des Staates verbot. Es war eine Vorsichtsmaßregel, denn die Registrierung war noch nicht einmal durchgeführt worden. Dr. Edward Vondruska bemerkt, daß „weder die Grundbesitzer noch die Pächter jemals gewillt waren, auch nur einen kleinen Teil ihres Grundes zur Vergrößerung der allerkleinsten Bauerngüter abzutreten, sie hätten im Gegenteil ihren Besitz durch Kauf oder Pacht alles Landes, das sie nur erhalten konnten, ständig vergrößert, während die gewöhnlichen Güter an Umfang immer mehr abnahmen." Es gab also keine Bewegung zugunsten einer freiwilligen Abgabe von Land, wie dies Jahre hindurch in Großbritannien der Fall war. Das erste vorbereitende Gesetz sollte die Umgehung der späteren Maßnahmen verhindern. Im April 1919 folgte ein zweites Gesetz, das die Enteignung auf Güter mit über 370 Acker (Morgen) bebauten Landes oder mit einem Gesamtausmaße von 620 Acker beschränkte. Güter, deren Umfang unter diesen Grenzen lag, wurden den Besitzern als Eigentum belassen, in manchen Fällen wurden sogar 1250 Acker erlaubt. Die Ausarbeitung der Einzelheiten der Übergabe, der Entschädigung und Verteilung wurde der nächsten Nationalversammlung

überlassen, aber man begann Listen anzulegen und übergab die Angelegenheit einem neuen zu diesem Zwecke ins Leben gerufenen Amte, dem staatlichen Bodenamt.

All das waren jedoch nur vorbereitende Schritte. Im Jahre 1920 wurde eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, die die verschiedenen praktischen Seiten des Problems behandelten. Das Gesamtausmaß des in den Listen eingetragenen Bodens betrug ungefähr 10 000 000 Acker oder 28,2% des ganzen Flächenraums. Davon waren 6 000 000 Acker Wald und ungefähr 4 000 000 Acker kulturfähiges Land, Wiesen, Weidegrund, Gärten, Weingärten, Bauplätze und Wasser. Die Zahl der der Enteignung unterworfenen Güter betrug 1730. Davon gehörten einige der Kirche und andern Körperschaften. Das enteignete Land sollte mehreren Gattungen von Empfängern zugeteilt werden. Die meisten der Beteilten waren Einzelpersonen wie kleine Landwirte, Kleinhäusler, kleine Gewerbetreibende, landwirtschaftliche und Waldarbeiter, gewesene Soldaten, Kriegsinvalide und Hinterbliebene von Gefallenen. Dann erhielten Vereine, die sich aus den eben genannten Kreisen gebildet hatten, Land, ferner auch gemeinnützige Gesellschaften und Organisationen wie Baugenossenschaften, landwirtschaftliche und Handelsgenossenschaften, Gemeinden, wissenschaftliche und menschenfreundliche Körperschaften. Für die Beteilung der einzelnen war der Grundsatz maßgebend, daß jeder soviel Boden erhalten solle, daß er sich selbst erhalten könne. Dafür wurden je nach der Güte des Bodens 15 bis 25 Acker kulturfähiges Land als hinreichend erachtet. Es wurde Vorsorge getroffen, daß Kredite erhältlich waren, und Bedingungen gestellt, die einen Mißbrauch oder eine Vernachlässigung des Bodens ausschlossen. Die Entschädi-

gung für die enteigneten Besitzer sollte nach dem Durchschnittspreis berechnet werden, der in den Jahren 1913 bis 1915 bei freihändigen Verkäufen von Land in einem 250 Acker übersteigenden Ausmaße gezahlt wurde. Überdies wurden je nach der Größe in genau festgesetzten Abstufungen Abschläge und andre besondere Formen der Schätzung bestimmt.

Es gab bei Abwicklung dieser außerordentlich verwickelten Angelegenheit noch eine Menge andrer Einzelheiten zu beachten, mit denen ich mich aber hier unmöglich näher befassen kann. Zur Kennzeichnung dieser Gesetzgebung und ihres Zieles ist wohl auch schon genug gesagt worden. Die Vorbereitungen brauchten viel Zeit und mit der eigentlichen Durchführung wurde erst im Jahre 1921 begonnen. Ende 1923 jedoch waren 426 000 Acker Kulturland enteignet und 117 152 Bewerbern zugeteilt worden, von denen 62 812 Bauern waren, 32 705 den verschiedensten Berufen angehörten und 21 635 vorher gar keinen Boden besessen hatten. Von den Beteilten waren 98,6% einzelne Personen und nur 1,4% Genossenschaften. Es kamen die kleinen Landwirte an erster, Gewerbetreibende und Handwerker an zweiter, landwirtschaftliche Arbeiter an dritter (10%) und Industriearbeiter an vierter (8%) Stelle. Dazu waren noch 280 000 Acker zur Abrundung kleiner Güter angewiesen worden. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang, aber es sind dies die letzten Daten, die ich erfahren habe. Die Besiedlung, die überall in Mitteleuropa zu einer drängenden Frage geworden ist, wurde durch die Niederlassung von 593 Familien in zwanzig Kolonien gefördert. Man hatte es nicht für möglich befunden, Waldland auf kleine Besitzer aufzuteilen, weil ein kleiner Anteil kein genügendes Erträgnis

zum Leben bietet, die Zerstückelung des Waldes aber sein Verderben bedeutet hätte. Die Natur hat eben auch etwas in dieser Angelegenheit mitzureden.

Ein eingehender Bericht über die Bodenreform-Gesetze und ihre Durchführung wurde im Juli und August des Jahres 1925 in „The International Labour Review" veröffentlicht. Ich entnehme diesen sehr lehrreichen Abhandlungen einige Stellen, die sich mit den Schwierigkeiten, auf die die Bodenreform stieß, und deren sozialen Wirkungen befassen.

Es ist leicht einzusehen, daß die gewaltigen Umwälzungen, die das Bodenreformgesetz mit sich brachte, kaum durchgeführt werden konnten, ohne großen Schwierigkeiten zu begegnen. Die unmittelbarste Verlegenheit war zweifellos die Beschäftigungslosigkeit der Personen, die durch die Teilung der Güter um ihr Brot gekommen waren. Aber sie war schließlich nur eine vorübergehende und nicht die größte Schwierigkeit.

Wenn ein großes Gut erworben und aufgeteilt wird, so ist es selbstverständlich, daß die Frage der bisher dort Angestellten schwierig wird. Besonders ist das der Fall, wenn solche Leute durch ein langes, teures Studium an einer landwirtschaftlichen Hochschule sich besondere Erfahrung in der Verwaltung oder in technischen Fragen erworben haben. Nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes finden solche Personen kein Unterkommen und kein Betätigungsfeld für ihre Fähigkeiten mehr. Aber auch der gewöhnliche Landarbeiter ist schlimm daran. Das hat sich in der Tschechoslowakei gezeigt... Nirgends haben sich größere Schwierigkeiten fühlbar gemacht, als in bezug auf diese Angestellten, denen die Reform die Lebensstellung geraubt zu haben schien.

Es wurden große Anstrengungen gemacht, um der Lage gerecht zu werden. Das erste große Bodenreform-Gesetz vom Jahre 1919, in dem die Grundzüge der Besitzübertragung festgelegt sind, besagt, daß später besondere Fürsorgemaßnahmen für die Personen getroffen werden sollen, die durch die Enteignung der Güter ihre Stellung verloren haben. Seither ist nun eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen worden, die die Vorkehrungen zugunsten dieser Personen beständig erweitern und verbessern...

Bis Ende 1924 sind ungefähr 31 400 solcher Fälle erledigt worden. 10 150 Personen (32,3%) haben neue Anstellungen erhalten, 1370 (4,4%) sind pensioniert worden, 7135 (22,7%) haben Boden zugeteilt bekommen und 12 722 (40,6%) sind mit Geld abgefertigt worden. Diese Zahlen zeigen, daß gut über die Hälfte der durch die Bodenreform in ihren Stellungen betroffenen Personen eine zweifellos ständige Versorgung erhalten haben, wenn man eine Zuweisung von Boden als solche ansehen will. Es bleiben jedoch noch die 40,6%, die nur eine Summe Geldes erhalten haben. Ihr Schicksal wird noch lange eine große Sorge bleiben, da der Arbeitsmarkt sie nicht so rasch aufzusaugen vermag, besonders weil die Klasse von gewöhnlichen Landarbeitern, die diese Form von Entschädigung erhalten hat, sehr groß ist...

Die Landwirtschaft ist eine Betriebsart, in der die Zahl der Arbeiter dem Ausmaß der Arbeit besonders sorgfältig und genau angepaßt sein muß. Eine nur fallweise oder schlecht berechnete Verwendung von Arbeitskräften kann das größte Unheil anrichten... Jede plötzliche allgemeine Veränderung in einem ausgedehnten landwirtschaftlichen System wird mit Bezug auf Anpassung der vorhandenen landwirt-

schaftlichen Arbeitskräfte an geänderte Anforderungen ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Nun hat aber gerade ein solcher plötzlicher und weitreichender Umschwung in ganz Ost- und Mitteleuropa Platz gegriffen. Der Großgrundbesitz ist auf ein Minimum zusammengeschmolzen, und an seine Stelle sind die kleinen Landwirte getreten. Wenn ein solch durchgreifender Wandel sich aufs Geratewohl vollzöge, würde er nur Unheil anrichten. Er muß, wie es geschehen ist, den Verhältnissen angepaßt werden, so daß ein genau eingerichteter neuer organischer Aufbau den alten ersetzt. Das beste neue Gefüge ist in einem solchen Falle eine Genossenschaft, da ihre Zusammensetzung sie befähigt, die vorhandenen Arbeitskräfte den sich ergebenden Aufgaben anzupassen. Sie allein ist heute dazu imstande.

Im allgemeinen treffen diese Bemerkungen auch auf die Kapitalversorgung zu. Die Landwirtschaft ist nicht nur schwerfällig bei der Bildung und Aufnahme des Arbeiternachwuchses, sondern auch bei der Bildung oder Abstoßung von Kapital... Der Übergang von großen Gütern auf kleine bedeutet auch hier einen ungeheuren Wandel, der erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Klasse der bäuerlichen Besitzer ist gewöhnlich ohne Kapital... Die Lage des neuerstandenen kleinen Landwirtes ist sehr ungünstig. Er ist schlimmer daran als sein Kamerad, der Industriearbeiter.

Er kann nicht ohne Kapital arbeiten. Es ist die unerläßliche Vorbedingung für seinen Fortbestand. Nach einem finanziellen Zusammenbruch kann er keinen neuen Arbeitgeber finden, weil er selbst sein eigener Brotherr ist. Ein einziges schlechtes Jahr kann ihn völlig zugrunde richten... Diese außerordentlich gefährliche, geradezu grausame Lage

hat die Aufmerksamkeit jedes Schriftstellers, der in letzter Zeit über landwirtschaftliche Reformen schrieb, erregt. Auch hier verdient die gemeinwirtschaftliche Bewegung berechtigterweise den Vorzug.

Die beiden Schwächen der Landwirtschaft — ihr Kapitalhunger und ihre Schwerfälligkeit bei Beschaffung von Arbeitskräften — sprechen laut zugunsten einer Organisationsform, die imstande ist, trotz alledem ihr Eigentum zu erhalten. Man wird erst sehen, ob ein gemeinwirtschaftlicher Zusammenschluß schließlich die notwendige Kraft und Geschicklichkeit dazu aufbringen wird...

Die Zahl der bisher bestehenden gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften ist gewiß nicht groß... Vom Jahre 1922 bis zum 1. Mai 1925 ist die Bildung von insgesamt 97 Genossenschaften angemeldet worden. Von diesen bestehen 35 mit zusammen 568 Mitgliedern aus Gruppen von Landarbeitern, die früher auf seither enteigneten Gütern beschäftigt waren und jetzt ihren Besitz gemeinsam bearbeiten; 11 arbeiten nach dem System der privaten Landwirtschaft; 6 bestehen aus gewesenen Soldaten; 2 sind mit einem Konsumverein in Verbindung; 35 dienen dem Zwecke, industrielle Unternehmungen zu betreiben (Destillationen, Kondensmilch- und Käsefabriken usw.); 4 dienen Bau- und Besiedlungszwecken; 4 sind Kreditgenossenschaften...

Ungefähr 16% aller in der Landwirtschaft tätigen Personen, deren Gesamtzahl ungefähr 400 000 beträgt, haben aus der Bodenreform Nutzen gezogen... Die Reform hat sich ersichtlicherweise zugunsten jener Klasse ausgewirkt, die vorher entweder gar keinen oder doch nur völlig unzulänglichen Grund besaß. Bis Ende April 1924 gehörten 93% aller Personen, die aus der Regelung der Bodenfrage Nut-

zen gezogen hatten, zu dieser Klasse; nur 7% hatten schon früher Güter über 5 Hektar Ausmaß... Man schätzt, daß schon mehr als die Hälfte aller Großgrundbesitze aufgelöst worden ist...

Die Finanzgebarung bei der Bodenreform war notwendigerweise sehr verwickelt. Alle Gelder haben durch die Hand eines Zentral-Entschädigungsfonds zu gehen, der während der ersten 3 Jahre seines Bestehens aus nach 10 Jahren rückzahlbaren Darlehen in der Höhe von 150 000 000 Kronen gebildet worden ist. Kredit wird in weitem Ausmaße und zu sehr günstigen Bedingungen gewährt. Alle Kreditgeschäfte werden jetzt von einer eigenen, im Herbste des Jahres 1924 ins Leben gerufenen Bank durchgeführt. Im ganzen sind staatliche Kredite in der Höhe von ungefähr 80 000 000 Kronen ausgegeben worden, während Privatbanken die Verantwortung für weitere 50 000 000 übernommen haben. Die Bodenreform steht nunmehr bereits auf eigenen Beinen.

Der nächste zu unternehmende Schritt wird es sein, die Bodenreform dadurch zu ergänzen, daß man ungünstig verteilten Grundbesitz neu zusammenfügt.

Man schätzt, daß gegenwärtig nicht mehr als 10% aller Grundstücke richtig und zweckentsprechend verteilt sind. Das Wiederzusammenfügen unzusammenhängender Grundparzellen aber ist für eine richtige Bewirtschaftung unerläßlich... Weitere Probleme sind: die Befestigung der Lage des neuen Grundbesitzers, seine Erziehung, sein Verhältnis zu seinesgleichen und zu seinen Angestellten (wenn solche vorhanden sind) sowie zu seinen Märkten, schließlich die Menge seines Ertrages.

Dieses Bodengesetz war unleugbar ein arger Eingriff in das Recht privaten Besitzes, und sein Erfolg ist durchaus noch nicht gesichert. Die Vermehrung der Zahl privater Besitzer aber, die hier auch de jure und nicht nur de facto erfolgt ist wie in Rußland, kann nicht als eine Annäherung an den Sozialismus angesehen werden, der ja die Abschaffung jeglichen Privatgrundbesitzes fordert. In einem von der Druckerei der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Buche („Die Genossenschafts-Landwirtschaft und die Bodenreform") legt ein tschechischer Abgeordneter, Herr F. Modracek, dar, daß die gemeinwirtschaftliche Bewegung in der Landwirtschaft und die Betriebsräte in der Industrie einen bedeutungsvollen moralischen Sieg über die alten unfruchtbaren Theorien des Staatssozialismus und der Verstaatlichung vorstellen, eine Ansicht, die auch von Professor Macek geteilt wird.

Die Vermögensabgabe war eine andre, durch die besondere Lage der neugeformten Republik notwendig gewordene Maßnahme. Der junge Staat brauchte große Summen Geldes, um seine finanziellen Beziehungen zu Österreich zu lösen, andre Verpflichtungen zu erfüllen und seinen eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das im April 1920 angenommene Gesetz ist — wie man sich vorstellen kann — sehr umfangreich und außerordentlich verwickelt. Es betraf alle seit mehr als 1 Jahre im Lande lebenden Personen mit Ausnahme fremder Diplomaten und Konsularbeamten und allen Besitz tschechoslowakischer Staatsangehöriger in fremden Ländern mit Ausnahme solcher Vermögen, die in den Wohnstaaten selbst ähnlichen Gesetzen unterlagen. Unterworfen war dem Gesetze jegliches Vermögen im Werte von über 10 000 Kronen, ob es nun aus beweglichen oder unbe-

weglichen Besitztümern bestand, ob es Gewinn brachte oder nicht. Haushaltgerätschaften, Kleider und Gegenstände des persönlichen Bedarfes wurden nebst einigen wenigen andern Dingen freigegeben. Die Grundlage für die Einschätzung bildete der Marktpreis der Gegenstände, und als Handhabe zur Bestimmung dieser veränderlichen und elastischen Größe waren sehr ausführliche Tabellen über den Wert der verschiedensten Dinge ausgearbeitet worden. Das Ergebnis der Maßregel war eine Enttäuschung, und heute spricht man nur mehr wenig von der Vermögensabgabe, obwohl sie noch immer eingehoben wird. Die Regierung hatte erwartet, 10 000 000 000 Kronen hereinzubringen, erzielte jedoch nur etwa die Hälfte dieses Betrages. Die Schwierigkeiten der Einschätzung und Einhebung hatten sich als viel größer erwiesen, als man angenommen hatte. Das Geld schien, wie Präsident Masaryk sagte, zu verschwinden. Bankiers konnten mit Hilfe von Valutamanipulationen bezahlen, aber die Grundbesitzer konnten es nicht, und man kann es sich tatsächlich kaum vorstellen, wie die Vermögensabgabe mit der Agrargesetzgebung nicht hätte in Konflikt geraten sollen.

Den verschiedenen staatlichen Unternehmungen in der Tschechoslowakei widerfuhr das gleiche Schicksal wie in andern Ländern, von denen schon gesprochen wurde. Im vergangenen Jahre sind nachbenannte von der staatlichen Kontrolle befreit und unter selbständige Verwaltungen gestellt worden, um nach kaufmännischen Grundsätzen weitergeführt zu werden: Bergwerke, Forste, Bäder, Staatsdruckereien, Amtsblätter, das Pressebüro, das Tabakmonopol, die Staatslotterie, die Münze, Staatsbanken, Eisenbahnen und die Post. Die Bahnen sind fast alle im Besitz des Staates, der etliche Privatbahnen aufgekauft hat. Das ist

die hauptsächliche oder eigentlich einzige Annäherung an den Sozialismus, die ich festzustellen vermochte. Anderseits hat die Koalitionsregierung die Politik aufgenommen, umfassende und wichtige Gesetze zur Durchführung sozialer Reformen zu erlassen. Wie ich schon bemerkt habe, hat sich hauptsächlich auf diesem Gebiete eine nützliche Mitwirkung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder bemerkbar gemacht. Besonders der Minister für Sozialreform, Dr. L. Winter, hat sich durch sein Wirken allgemeine Anerkennung erworben und scheint sich größter Achtung zu erfreuen. Dr. Joseph Gruber erklärt, daß „für die Gesetzgebung der tschechoslowakischen Republik hauptsächlich die Sozialpolitik charakteristisch ist". Und zweifellos ist das auch der Fall. Das Land hat an der Welle sozialer Gesetzgebung, die seit dem Kriege über den größten Teil des Kontinents gelaufen ist, seinen vollen Anteil gehabt, und die Rückständigkeit der früheren Verhältnisse hat seine Aufgabe nur noch erschwert. Neue Staaten, die mit der Einführung einer sozialen Gesetzgebung beginnen, genießen den Vorteil, daß sie das Beispiel andrer Länder, besonders Großbritanniens, vor sich haben, leiden aber dafür unter dem Nachteile, daß sie große Rückstände wettzumachen haben, daher zu viele Neuerungen auf einmal einführen müssen. Das Tempo wird dabei leicht ein zu rasches; auch die Tschechoslowakei ist diesem Schicksale nicht entgangen. Dr. Gruber gibt zu, daß man einzelne Probleme in zu rauher Weise gelöst habe, und infolgedessen nachträglich in aller Eile manche Änderung vornehmen mußte.

Doch haben sich die Tschechoslowaken bemerkenswert gut gehalten und in den letzten zwei Jahren ihr Land wirtschaftlich sehr in die Höhe gebracht, nachdem es vorher alle

Nöte der Inflation, ungeordnete Verhältnisse, wirtschaftliche Depression, Arbeitslosigkeit, große Streiks usw. durchgemacht hatte. Die Arbeitslosigkeit war zu Beginn des Jahres 1923 am größten. Um diese Zeit gaben die amtlichen Berichte die Zahl der Arbeitslosen mit 441 076 bei einer Gesamtbevölkerung von nur 13 500 000 Menschen an. Nachher fiel die Zahl der Unbeschäftigten immer mehr und mehr, bis im Jahre 1924 nur mehr 81 040 gemeldet waren. Seither hat sich eine weitere Besserung ergeben. Ich sehe keinen Grund, warum das Land nicht in hohem Maße aufblühen sollte. Es besitzt große natürliche Reichtümer in seinem Ackerland, seinen Forsten, Kohlengruben, Eisen- und andern Bergwerken, außerdem aber eine Reihe hochentwikkelter Industrien und vor allem eine tatkräftige und praktisch veranlagte Bevölkerung.

Das einzige, was die nunmehr vor sich gehende friedliche Entwicklung stören könnte, wäre ein Angriff von seiten des Kommunismus. Dieser war in der Tschechoslowakei immer stark, vielleicht weil die auf die Lostrennung von Österreich gerichteten Bestrebungen stark von der russischen Revolution beeinflußt waren. Eigentlich hätte man aber nach dem Verhalten der tschechischen Legionäre, die im Sommer 1918 ganz Sibirien und große Teile des europäischen Rußland von den Bolschewiken befreit haben, das Gegenteil erwarten können. Im Jahre 1919 war der Kommunismus stark genug, um sich nach russischem Beispiel einiger Fabriken zu bemächtigen. Die Arbeiter ergriffen damals Besitz von diesen Werken und wollten, daß die Arbeitgeber sie nach ihren Weisungen weiterbetrieben. Der Versuch ging so wie in Rußland daneben, und die Arbeiter fügten sich freiwillig wieder in die alte Ordnung. Dennoch wurde die tschechoslo-

wakische Kommunistische Partei im Jahre 1920 von Moskau auf 360 000 Mitglieder veranschlagt, was für ein so kleines Land eine ungeheure Ziffer ist. Bei den Wahlen jenes Jahres errangen die Kommunisten 27 Sitze im Abgeordnetenhaus und 7 im Senat; letztes Jahr erhöhte sich die von ihnen gewonnene Mandatszahl sogar auf 41, beziehungsweise 20 — offenbar auf Kosten der Sozialdemokraten. Das scheint die gewöhnliche Strömung nach links anzuzeigen, doch besteht kein Grund zur Annahme, daß sie wirklich gefährlich werden könnte. Die Stimmabgabe für kommunistische Kandidaten ist eben eine Art, seine Unzufriedenheit auszudrücken, welche Ursache sie auch immer haben mag.

Auf dem Kongreß der kommunistischen Gewerkschaften im Januar 1926 wurde festgestellt, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1924 161 497 betrug. Spätere Daten wurden nicht gegeben. Anderseits hatten um dieselbe Zeit der Verband der Tschechoslowakischen Gewerkschaften 343 733, der Verband der deutschen Gewerkschaften 220 576 und der Verband der Nationalsozialisten 330 000 Mitglieder. Der Kommunistenflügel ist daher verhältnismäßig schwach, und er scheint sich hauptsächlich mit Fragen der Sozialreform zu befassen. Auf dem Kongresse wurden unter andern folgende Forderungen beschlossen: allgemein verbindliche Kollektivverträge; Mindestlöhne für alle Industriezweige; Arbeits-Gerichtshöfe; den Betriebsräten sind größere Befugnisse zu erteilen; die Sozialversicherung hat Unfälle und Arbeitslosigkeit in sich zu begreifen und ist auf alle Klassen von Arbeitern auszudehnen; der Arbeitslosenfond ist von Personen, die an der Versicherung teilnehmen, selbständig zu verwalten; das Ghenter System freiwilliger Versicherung

ist abzuschaffen, bis zur Einführung eines neuen Systems hat der Staat alle Unterstützungen auszuzahlen; die Versicherung ist zu erhöhen; es sind mehr freie Tage zu bewilligen; die indirekte Besteuerung ist abzuschaffen[1]).

Mit einem Worte, ein Programm fortschrittlich Radikaler.

Ich schließe das Kapitel mit der Wiedergabe nachstehender Ausführungen des Grafen Ledebur, eines tschechoslowakischen Grundbesitzers, über die Lage in der Republik:

„Die Demokratie in den Oststaaten entspricht im allgemeinen nur sehr wenig der Vorstellung, die man sich in den westlichen Ländern davon macht. In der Tschechoslowakei ist der demokratische Gedanke sowohl von sozialistischen als auch von nationalen Strömungen stark beeinflußt worden. Der tschechische Sozialismus ist nämlich selbst sehr national gesinnt. Ein weitgehender Nationalismus kann in Ländern, die wie die tschechoslowakische Republik von verschiedenen Nationen bevölkert sind, immer nur einseitig sein. Ein solcher nationaler Chauvinismus entspricht nicht dem Staatsinteresse, wie dies in einem Staate mit einheitlicher Bevölkerung der Fall wäre. Da die Tschechen nur ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Staates ausmachen, kann ihr Nationalismus nicht demokratisch im allgemein üblichen Sinne des Wortes genannt werden; die Erfahrung hat im Gegenteil höchst bedauerlicherweise gelehrt, daß er zu selbstherrlichen Maßnahmen gegen die andern Nationalitäten der Republik führt.

Es ist richtig, daß die sozialistischen Parteien in letzter Zeit Anhänger verloren haben, und daß sich dies bei den

[1]) „Industrial and Labour Information", Band XVII, Nr. 11, Seiten 351—352.

letzten Wahlen deutlich gezeigt hat. Der Geist des Sozialismus aber herrscht unabhängig von der Politik der einzelnen Parteien immer noch in so hohem Maße vor, daß die wirtschaftliche Entwicklung durch ihn gefährdet erscheint; um so mehr, als die sozialistischen Tendenzen durch nationale Erwägungen nicht gemildert, sondern eher verstärkt werden. Es ist richtig, daß die Sozialreform in der Tschechoslowakei viel dadurch gewonnen hat, daß sie sich von sozialistischen Ideen beeinflussen ließ. Doch hat der Sozialismus in der Tschechoslowakei in allen wirtschaftlichen Fragen ebensoviel Schaden angerichtet wie in allen andern Ländern, wo Versuche damit angestellt worden sind. Ganz besonders schädlich waren alle Arten von Maßregeln, die gegen die Unverletzlichkeit des Eigentumsrechtes verstießen. Unter diesen sind die Bodenreformgesetze die auffälligsten.

Die tschechoslowakische Bodenreform kann nicht mit der von *Stolypin* in *Rußland* vor dem Kriege durchgeführten Reform verglichen werden. Diese ging dahin, den gemeinsamen Grundbesitz (Mir) in privaten zu verwandeln, während die tschechischen Gesetze in ihren Hauptgrundsätzen eher den von Lloyd George für England vorgeschlagenen Reformen gleichen. Nur besteht der Unterschied, daß es in der Tschechoslowakei keine Moore, keine großen Parks und keine Wiesen gibt, die sich in Ackerboden verwandeln ließen, und daß die Entschädigung, die hier für enteignete Güter bezahlt wird, nicht einmal ein Sechstel oder ein Achtel des wirklichen Wertes der Ländereien beträgt. Die Bodenreform in der Tschechoslowakei zielt darauf ab, die hochkultivierten Landwirtschaften des Großgrundbesitzes aufzuteilen und zu zerstückeln. Die Ergebnisse machen sich schon fühlbar: die landwirtschaftliche Produktion geht zurück.

In den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten wurde das Land überhaupt nicht aufgeteilt, sondern an Anhänger der tschechischen Regierungsparteien zu niedrigen Preisen verkauft. Angehörige der nationalen Minderheiten haben bis zum letzten Jahre nur 2% vom aufgeteilten Lande erhalten, die Angehörigen der tschechischen Mehrheit dagegen 98%. Es ist sogar von staatlichen Funktionären offen erklärt worden, daß der Zweck der Bodenreform nicht in sozialen oder wirtschaftlichen, sondern in rein nationalen Bestrebungen zu suchen sei.

Es sind nur sehr wenige Heimstätten errichtet worden, da es an Geldmitteln fehlt. Freilich hat sich die Zahl der Landbesitzer erhöht, aber nur die wenigsten davon können sich selbst erhalten. Ein Bauer, der sich selbst erhalten soll, muß wenigstens 4 bis 5 Hektar Landes sein Eigen nennen, wogegen die amtlichen Statistiken besagen, daß die Zuweisungen im Durchschnitt nicht mehr als 1,8 Hektar pro Kopf betrugen.

Die den durch die Bodenreform um ihre Stellung gekommenen Angestellten und Arbeitern ausgezahlten Abfindungen sind völlig unzureichend. Sie betrugen im Durchschnitt nicht mehr als den Jahreslohn. Viele von diesen Leuten sind in sehr traurige Verhältnisse geraten.

Der durch die Bodenreform angerichtete moralische Schaden ist ebenfalls sehr groß. Sie hat die Grundlagen von Gesetz und Recht erschüttert. So gibt es beispielsweise eine ganze Menge von Leuten, die meinen, daß die Verwandtschaft mit politisch hervorragenden Persönlichkeiten oder die Zugehörigkeit zu gewissen politischen Parteien sie zur leichten Bereicherung auf Kosten des Nachbars vollkommen berechtige.

Auch das Gesetz über die Vermögensabgabe schießt weit über das Ziel, besonders was die Wertzuwachssteuer anbelangt. Diese besteuert einen scheinbaren Zuwachs des Vermögens, der in Wirklichkeit nur durch das Ansteigen der Preise infolge der Geldentwertung entstanden ist. Zur Zeit, da die Vermögensabgabe festgesetzt wurde, stand die Tschechenkrone in Zürich auf 7 bis 8 Centimes. Bisher sind ungefähr 6 Milliarden Kronen als Vermögensabgabe eingezahlt worden. Da aber die Tschechenkrone heute auf 15,5 Centimes steht, stellt diese Summe von 6 Milliarden eine viel höhere Summe Goldes dar, als man im Jahre 1920 als Gesamtergebnis der Vermögensabgabe hereinzubringen gehofft hatte.

Die Besteuerung des Wertzuwachses steigt bis zu 40% der Differenz zwischen dem Vermögenswerte vom Jahre 1914 und dem von 1919 an. So zum Beispiel konnte eine Maschine, die im Jahre 1914 etwa 50 000 Kronen gekostet hatte, im Jahre 1919 mit 200 000 Kronen bewertet werden. Und trotz der durch vierjährigen Gebrauch bewirkten Abnützung der Maschine wurde in diesem Falle die Summe von 150 000 Kronen als Grundlage für die Berechnung der Wertzuwachssteuer genommen.

Finanzielle und wirtschaftliche Experimente dieser Art hätten nicht ohne die allerübelsten Folgen vorgenommen werden können, wenn die Tschechoslowakei nicht ein so besonders reiches Land wäre.

Der von der sozialistischen Partei in der Tschechoslowakei verlorene Boden wurde teilweise von den Kommunisten gewonnen, die aus den letzten Wahlen mit 41 Mandaten als die zweitstärkste Partei der Republik hervorgegangen sind. Der Kommunismus findet viel Anhang unter den landwirt-

schaftlichen Arbeitern und unter den kleinen Landwirten, deren Hoffnungen durch die Durchführung der Bodenreform zunichte gemacht wurden; sie dient eben nicht den allgemeinen Interessen, sondern nur zur Bereicherung gewisser Personen.

Zweifellos werden viele Jahre vergehen müssen, ehe die junge Republik die bedauerlichen Folgen dieser Fehler überwunden haben wird.

VII. Kapitel

Dänemark

Daß ich Dänemark in diese Studie aufnehme, geschieht, weil dort seit April 1924 — das ist seit mehr als zwei Jahren — ein sozialistisches Kabinett mit Herrn Stauning an der Spitze im Amte ist. Es ist etwas wie Ironie dabei, denn in keinem Lande Westeuropas sind so wenig die Bedingungen gegeben, von denen man nach den gebräuchlichen Theorien annimmt, daß sie nach Einführung des Sozialismus verlangen.

Ursprünglich bildete das Aufkommen der maschinellen Industrie, in der die Menschen von den Fabrikbesitzern „ausgebeutet" werden, die den von den „Arbeitern" geschaffenen „Wertzuwachs" oder „Gewinn" einstecken, die theoretische Grundlage für den Sozialismus als eine organisierte Bewegung, und seither steht dieser noch immer auf der gleichen wirtschaftlichen Plattform. Auch heute stellt man sich den Kapitalismus, der Gegenstand des Angriffes ist, immer als eine Art Großindustrie vor, in der eine große Zahl von Menschen damit beschäftigt wird, Gewinn für die Besitzer herauszuschinden. Marx hat tatsächlich mit großem Aufwande an Worten dargelegt, daß der Begriff „Kapital" erst bei dieser Form der Produktion beginnt, und die allgemeine Neigung der sozialistischen Bestrebungen von heute

geht dahin, die kleineren Leute ungeschoren zu lassen und sich auf die großen Unternehmungen zu beschränken, obwohl der wirtschaftliche Grundsatz, wie Marx zugibt, ganz der gleiche bleibt, ob nun viele oder wenige Menschen in einem Betriebe als Lohnarbeiter beschäftigt sind. Er dachte, die kleinen Unternehmungen würden alle verschwinden, und es würde nichts übrig bleiben als große, die immer größer und deren immer weniger werden würden. Das ist nicht geschehen, aber die Großindustrie ist größer geworden und ist mehr denn je die Zitadelle, die von der „Gesellschaft" gestürmt und genommen werden müßte. Sie wird für die Großstädte und alle mit deren Entstehung zusammenhängenden Übel verantwortlich gemacht. Neuestens sind neben der Großindustrie auch die Banken als eine Sache hingestellt worden, die man sofort übernehmen müsse, da beide Verbündete seien und man mit Hilfe der einen der andern Herr werden kann. Kein Sozialist, der von seiner eigenen Sache etwas weiß, wird ableugnen, daß die Großindustrie den Kern des Problems bilde und daß ihre „Reife" für die Sozialisierung von dem Grade der Entwicklung abhängt, den sie erreicht hat.

In Dänemark aber ist sie viel weniger entwickelt als in irgendeinem westeuropäischen Lande. Es gibt dort eigentlich überhaupt keine Großindustrien nach modernen Begriffen. Das Land hat nur eine einzige große Stadt — Kopenhagen —, die wohl viel Industrie besitzt, aber nur kleine oder höchstens mittlere Unternehmungen. Die Gesamtbevölkerung der 85 Provinz-„Städte" beträgt nur 739 483 Menschen, und 69 davon haben weniger als 10 000, 15 sogar weniger als 2 000 Einwohner. Es ist das Königreich der kleinen Landstädte, die Industrien sind dementsprechend. Sie sind sehr zahlreich und vielfältig, aber über das ganze Land

verteilt und nur für die Versorgung der lokalen Märkte, nicht aber für Massenproduktion eingerichtet. Die große Mehrzahl sind eigentlich Handwerkerunternehmungen. Im Jahre 1914 gab es 82 494 Unternehmungen, die 232 615 Arbeiter beschäftigten. Mehr als die Hälfte — nämlich genau 42 115 — waren einzelne Handwerker, die gar keine Gehilfen beschäftigten. Ihrer 34 014 hatten von 1 bis zu 5 Personen angestellt; 4779 beschäftigten weniger und nur 1586 mehr als 20 Personen. Betriebe der höchsten Kategorie, die über 100 Menschen beschäftigten, gab es nur 264. In einem Industrielande würden die größten dieser Betriebe höchstens als mittlere angesehen werden, und wenn sich auch ein Streben nach Vergrößerung der Betriebe erkennen läßt, so wird ihm doch mehr oder weniger durch die Einführung moderner mechanischer Errungenschaften in den kleinen Unternehmungen entgegengewirkt, so daß es sich bisher nur in sehr engem Rahmen hält. Solche Verhältnisse stehen in geradem Gegensatze zu jenen, mit denen das Verlangen nach Sozialisierung gewöhnlich begründet wird.

Und wenn wir uns dem Grund und Boden zuwenden, die immer noch einen Gegenstand der Aufmerksamkeit für die Sozialisten bilden und manchmal von ihnen in den Vordergrund geschoben werden, so ist zu sagen, daß Dänemark in dieser Beziehung noch viel weniger Gelegenheit zu Enteignungen bietet. Weitaus der größere Teil des kultivierbaren Landes ist unter mittlere und kleine Landwirtschaften verteilt, und die erdrückende Mehrzahl der Güter ist Eigenbesitz der Landwirte; im Jahre 1919 waren nur 7,5% in Händen von Pächtern. Überdies sind diese Verhältnisse durch das letzte, im Jahre 1919 angenommene Agrargesetz, nach welchem Teile von Kirchengütern und Fideikommissen abge-

trennt wurden, um neue Güter zu formen, befestigt und verallgemeinert worden. Diese neuen Güter wurden frei, und die Landwirte, die sich darauf niederließen, erfreuen sich aller wesentlichen Rechte eines Besitzers, wofür sie bloß eine Pacht an den Staat zahlen müssen. Von einer Gesamtzahl von ungefähr 300 000 Landwirten zählen 2251 zu dieser Kategorie.

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, daß die gegenwärtige sozialistische Regierung sich nicht im geringsten bemüht hat, irgendeine Annäherung an die Sozialisierung herbeizuführen. Selbst wenn die parlamentarische Lage sie von der Unterstützung andrer Parteien unabhängig machte, wäre schwer zu erkennen, wo sie anfangen sollte. Die Hälfte aller Eisenbahnen gehört bereits dem Staate, der sie mit Verlust betreibt, und das Aktienkapital der Gesellschaften, die die übrigen Linien betreiben, ist fast ganz in Händen des Staates und der Städte. Es gibt keine Bergwerke, und es besteht kein Verlangen nach der Übernahme von Privatunternehmungen. Was die Regierung tun konnte und getan hat, war die Fortsetzung der Sozialreform, und das allein hatte man wahrscheinlich von ihr erwartet. Die Sozialdemokratische Partei wurde zum ersten Male durch die Wahlen im April 1924 zur stärksten im Folketing (dem Unterhause), da sie 55 Sitze gewann, während die Linkspartei (Liberale) 44, die Konservativen 27 und die Radikalen 20 einnahmen. Vorher waren die Liberalen die stärkste Partei gewesen, die mit Unterstützung der Konservativen das Kabinett bildete. Im Jahre 1924 ergab sich ein umgekehrtes Verhältnis: die Sozialisten und Radikalen zusammen brachten eine Mehrheit gegenüber den Liberalen und Konservativen zustande, die jedoch sehr gering ist — 75 gegen 71 — und durch die Mehrheit der Gegnerschaft im Landsting (dem

Oberhause) so ziemlich ausgeglichen wird. Die Verschiebung nach der Linken hin ist sehr allmählich und vorsichtig vor sich gegangen und war nichts weniger als revolutionär. Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Hauptstütze an den sehr starken Gewerkschaften, während die Radikalen sich auf die kleinen Landwirte und die Liberalen sich auf die Bauern stützen. Der Ministerpräsident ist selbst ein gewesener Arbeiter und Gewerkschaftler. Er hat seine Laufbahn, ähnlich wie der verstorbene Samuel Gompers in Amerika, als Zigarrenarbeiter begonnen. Andre Mitglieder des dänischen Parlamentes gehören zur gleichen Klasse. Aber sie sind keine Feuerbrände und niemand scheint sich vor ihnen zu fürchten. Anläßlich eines lange währenden Streiks im vorigen Jahre, der von einem Verlangen nach höheren Löhnen für die ungelernten Arbeiter ausging, trat die Regierung im nationalen Interesse sehr stark für ein zwangsweises Schiedsgericht ein. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage und vertrat seine Haltung erfolgreich mit der Begründung, daß diese Lösung notwendig sei, um die Ausfuhr aus Dänemark aufrecht zu erhalten.

Nebenbei bemerkt, machen vier Fünftel der gesamten Ausfuhren landwirtschaftliche Produkte aus, und mehr als zwei Drittel davon (im Jahre 1923 waren es 68,7%) gehen nach Großbritannien; nach diesem kommt Deutschland mit der Lappalie von 6,2%. An der Einfuhr nach Dänemark jedoch hat Großbritannien nur mit 20%, Deutschland dagegen mit 32% Anteil. Wie man weiß, ist Butter einer der Hauptausfuhrartikel Dänemarks nach Großbritannien; was aber nicht jedermann weiß, ist, daß infolgedessen die Butterpreise, die, wie ich mir sagen ließ, Weltpreise sind, in London bestimmt werden. Die dänische Hausfrau muß eben-

soviel für die Butter zahlen wie die englische. Wenn sie das nicht wollte, würde alle Butter ausgeführt werden, um den höheren Preis zu erzielen. Als die dänische Valuta entwertet war, blühte das Ausfuhrgeschäft, das in Pfund Sterling abgeschlossen wurde, ungemein auf; als aber im letzten Winter infolge der Stabilisierung die Krone schnell stieg, gab es große wirtschaftliche Störungen und viel Arbeitslosigkeit. Das ist jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung.

Herrn Staunings Regierung, die infolge der Wahlparole, man wünsche ein „aktives Parlament", ans Ruder gekommen ist, hat getrachtet, das Versprechen zu halten und hat eine ungeheure Anzahl von Gesetzentwürfen eingebracht. Von diesen sind viele in den Ausschüssen begraben oder abgelehnt worden; 11, die sich mit verschiedenen mehr oder weniger wichtigen Dingen beschäftigten, aber nichts mit Sozialismus zu tun hatten, wurden angenommen; 14, von denen das Abrüstungsgesetz, das immer noch den Riksdag beschäftigt, das interessanteste ist, sind zurückgelegt worden. Andre Gesetzentwürfe, die nach der Erklärung des Ministerpräsidenten die Regierung während der Session einbringen wollte, bezogen sich auf Altersversorgung, Arbeitslosigkeit, das Strafgesetz, den Grundpacht, Grundsteuern, Gesetze über Banken und Aktiengesellschaften, über Spiel und Arbeiterwesen, besonders über die Einführung des Achtstundentages — lauter Dinge, mit denen sich jede Regierung hätte beschäftigen können, und mit denen die meisten Regierungen sich schon beschäftigt haben. Das einzige unterscheidende Merkmal ist eine Neigung zur „Popularisierung", die sich auch in der Verwaltung zeigt. Als ich fragte, was die Regierung tue, um den Sozialismus einzuführen, gab man mir zur Antwort: „Sozialisten in die Verwaltungsämter bringen."

All das sind Gemeinplätze über die Tätigkeit einer Regierung. Dänemark ist ein sehr ruhiges Land mit seinen wohlausgeglichenen politischen Parteien und Interessen, seinen kleinen Grundbesitzern und kleinen Handwerkern, seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr, seinen für den heimischen Markt arbeitenden Fabriken und bei dem nicht leicht erregbaren Temperamente seiner Bevölkerung. Es wird sich in keine wilden Abenteuer stürzen. Es gibt dort auch eine Kommunistische Partei, aber die ist ungemein schwach.

Bemerkungen über Belgien

Ich will noch einige Bemerkungen über Belgien anfügen, das seit vorigem Jahre auch zu den Ländern gehört, die eine teilweise sozialdemokratische Regierung haben. Deren Berufung war eine Folge der im April 1925 vorgenommenen allgemeinen Wahlen, bei denen die Sozialdemokraten 10 Mandate mehr als im Jahre 1921 (im ganzen 78) gewannen und damit der Katholischen Zentrumspartei gleichkamen, die 2 Mandate verloren hatte, während die Liberalen von 33 Mandaten auf 23 herabsanken. Diese Verschiebung beeinflußte das Gleichgewicht in genügendem Maße, um Herrn Theunis, der der Vorstand einer von den konservativen Katholiken und den Liberalen gebildeten Koalitionsregierung war, zum Rücktritt zu veranlassen. Ich muß hier erklären, daß die Katholiken Belgiens in einen rechten oder konservativen und einen linken, gleichsam sozialistischen Flügel gespalten sind. Dann versuchte M. Vandervelde, der bekannte langjährige Führer der belgischen Sozialisten, eine neue Koalitionsregierung mit dem linken Flügel der Katholiken unter seinem Vorsitze zustandezubringen. Das gelang

ihm nicht, und die Kabinettsbildung bereitete große Schwierigkeiten. Endlich kam sie im Juni auf Grundlage einer gleichmäßigen Vertretung beider Parteien zustande. Vicomte Poullet wurde Ministerpräsident, Vandervelde Vizepräsident. Das Ministerium war daher aus 5 Katholiken und 5 Sozialisten sowie 2 Liberalen als Zugabe zusammengesetzt. Die Sozialisten hatten inne: das Portefeuille des Äußern (Vandervelde), für Unterricht (Huysmans), Verkehr (Anseele), Öffentliche Arbeiten (Laboulle) und Arbeit (Wauters). Selbstverständlich konnte unter diesen Verhältnissen kein eigentlicher Fortschritt des Sozialismus erzielt werden. Vandervelde war mit internationalen Angelegenheiten überbürdet. Seine Ansichten aber sind hinreichend bekannt. Sie stimmen mit denen der schwedischen Sozialisten überein; er vertritt nachdrücklich den Gedanken, daß der Staat nicht fähig sei, Geschäfte zu betreiben, und zieht die Zwischenform einer unabhängigen Gesellschaft mit eigenem Statut vor.

Im Mai 1926 kam es zu einer Ministerkrise, die zum Rücktritt des Vicomte Poullet führte. Es folgte M. Jaspar, der ein neues Koalitionskabinett bildete, in dem das liberale Element etwas stärker vertreten, eine gleichmäßige Vertretung des Zentrums und der Sozialisten aber beibehalten worden war. Jede dieser Parteien hatte 4 Mitglieder in der Regierung. Der belgische Sozialismus ist sehr gemäßigt und zeichnet sich durch seine Neigung für die Gemeinwirtschaftsbewegung aus. Niemand ist Moskau mehr verhaßt als M. Vandervelde.

Das einzige bemerkenswerte Ereignis, das mit dem Sozialismus etwas zu tun hat, ist die Übergabe von 3000 Meilen Staatseisenbahn aus staatlicher Verwaltung an eine „Com-

pagnie Nationale". Das ist eine mit der oben angeführten allgemeinen Neigung übereinstimmende Entstaatlichungsmaßnahme. Das Gesetz über die Durchführung dieser Übertragung wurde im Juli 1926 in der Deputiertenkammer eingebracht. Die Gesellschaft wird eine „autonome Regie" genannt und wird von einem gemischten Verwaltungsrate mit 21 Mitgliedern beaufsichtigt, von denen 3 von den Angestellten und 3 von der Krone auf Grund von Listen gewählt werden, die Arbeiter und Verbraucher enthalten. 10 Mitglieder der Körperschaft werden von der Krone direkt ernannt und die übrigen 5 aus den Kandidaten, die vom Verwaltungsrat des Staatsschuldentilgungsfonds vorgeschlagen werden.

VIII. Kapitel

Der Stadtsozialismus

Im IV. Kapitel habe ich eine Schilderung der Verwaltung der Stadt Wien gegeben, die das vollkommenste Beispiel für eine Gemeindeverwaltung durch eine starke sozialistische Mehrheit darstellt. Und ich habe dargelegt, daß dort nicht viel von dem zu finden ist, was man gewöhnlich in unserm Lande als „Munizipalsozialismus" bezeichnet, nämlich Anstalten und Unternehmungen, die den Ortsbehörden, ob es nun Städte oder bezirksweise zusammengefaßte kleinere Einheiten sind, gehören und von ihnen betrieben werden. Sonst habe ich nur nebenbei einige Bemerkungen über einzelne Städte gemacht. Doch bildet die städtische Verwaltung von Unternehmungen, der einige englische Sozialisten besondere Bedeutung beimessen, einen wichtigen Teil des gewählten Gesamtthemas, so daß sie ausführlicher besprochen werden muß.

Unglücklicherweise ist es recht schwer, über örtliche öffentliche Unternehmungen eingehende Auskünfte zu erlangen. Ich habe überall nachgefragt und hier und da in einer Stadt, in der ich mich gerade aufhielt, mehr oder minder Beachtenswertes erfahren. Doch würde es einen irreführen, wenn man sich aus vereinzelten Beispielen eine allgemeine Vorstellung aufbauen wollte, und die Versuche, volle und umfassende

Auskünfte zu erlangen, sind mit einer einzigen Ausnahme, die ich gleich erwähnen werde, fruchtlos geblieben. Es überrascht einen, daß so wenig geschehen ist, den Gegenstand zu erforschen und festzustellen, was auf dem Gebiete der örtlichen Verwaltung in diesen letzten Jahren des politischen und wirtschaftlichen Umschwunges vor sich geht. Die Zentralbehörden dürften wohl eine Menge von Daten in Händen haben, doch scheint dieses Material nicht zugänglich zu sein — es sei denn, daß ich besonders unglücklich gewesen bin. Amtliche Berichte aber sind eher trockene Knochen, die einem gerade das nicht offenbaren, was man am liebsten wissen möchte. Der einzige Weg, eine gründliche Kenntnis zu erwerben, wäre, von Stadt zu Stadt zu wandern und überall selbst den wirklichen Sachverhalt zu ergründen, eine mühsame und kostspielige Art der Untersuchung, die wahrscheinlich deshalb noch nicht angewendet wurde.

Es gibt noch einen andern und weitaus bequemeren Weg, umfassende Auskünfte zu erlangen, und das ist eine schriftliche Rundfrage. Die Methode ist weniger befriedigend als persönliche Forschung, verschafft einem aber doch mehr lehrreiches Material als die amtlichen Berichte. Sie ist in Deutschland angewendet worden. Im Jahre 1924 wurde eine solche Rundfrage für den Städtetag durchgeführt. Dieser, ein Kongreß der Gemeindeverwaltungen, ist eine Einrichtung, wie wir keine ähnliche besitzen, obwohl es in Schottland etwas in der Art gibt. Die Rundfrage war an alle Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern gerichtet und ersuchte um Auskunft über die bestehenden Formen der Verwaltung von Gemeindeunternehmungen. Der Umstand, daß eine solche Rundfrage für nötig erachtet wurde, zeigt allein schon, daß es an Informationen über den Gegenstand

mangelt. Die Ergebnisse wurden in der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft“, dem amtlichen Organ der Gesellschaft für Kommunalwirtschaft und -politik, von Dr. Chlebowsky, dem Rechtssachverständigen des Magistrates der Stadt Hindenburg, bekanntgegeben. Nachstehendes ist diesem Berichte entnommen.

Er beginnt mit der Feststellung, daß die Verwaltung von Gemeindeunternehmungen eine höchst zeitgemäße Frage geworden sei; es gäbe kaum eine Gemeinde, die nicht gezwungen wäre, sich damit zu befassen, und in der Tagespresse, in technischen Fachzeitschriften und bei Versammlungen würde sie immer wieder erörtert. Besonders nachdrücklich wird sie von den Direktoren solcher Unternehmungen betont, die in einer vollständigen Befreiung von der gemeinderätlichen Aufsicht die einzige Rettung aus den finanziellen Schwierigkeiten erblicken, in die sie verwickelt sind. Die Sache ist nicht ganz neu. Vor dem Kriege war man allgemein der Meinung, daß die verschiedenen, den Gemeindeunternehmungen durch die große Ausdehnung der deutschen Wirtschaft und das rasche Anwachsen der Städte gestellten Aufgaben unter städtischer, durch Gesetze und Vorschriften beengter Verwaltung nicht in der gleichen Weise erfüllt werden können wie von freien industriellen oder geschäftlichen Unternehmungen.

Die damals einsetzenden Reformversuche wurden durch den Krieg unterbrochen, nach dessen Beendigung aber nur um so energischer wieder aufgenommen. Die Verhältnisse machten es dringend notwendig, die Gemeindeunternehmungen in möglichst wirtschaftlicher Weise zu führen. Die Frage erheischte reifliches Studium. In dem im Jahre 1922 dem Preußischen Landtag vorgelegten Gemeindeverwaltungs-Ge-

setz wurden die Städte ausdrücklich ermächtigt, zu rein fiskalischen Zwecken außer den gemeinnützigen Anstalten gewinnbringende, das heißt einen dauernden Ertrag versprechende Unternehmungen zu errichten. Einer der Punkte dieses Gesetzes sagt: „Auf Gewinn berechnete Unternehmungen sollten grundsätzlich nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden und darauf abzielen, einen Reinertrag zur teilweisen Bestreitung der städtischen Ausgaben einzubringen, wenigstens aber die Kosten des Betriebes, die Zinsen des angelegten Kapitals, die Beiträge zu einem Tilgungsfond und die Erneuerungen der Anlagen zu decken."

Die städtischen Behörden fanden, daß diese Bestimmungen nicht weit genug gingen, obwohl sie einigermaßen den Bedürfnissen entsprächen, und meinten, das Wort „sollten" wäre durch „müssen" zu ersetzen. Der Grundsatz, daß auf Gewinn berechnete Unternehmungen kaufmännisch geleitet werden müssen, wurde in allen politischen und wirtschaftlichen Kreisen so vollkommen anerkannt, daß sie dachten, die Gesetzgebung sollte ihm Wirksamkeit verleihen. Da der Gesetzentwurf aus dem Jahre 1922 bis 1924 noch nicht durchgegangen war und es als ganz unsicher erschien, wann dies der Fall sein könnte, wurden sie vor die Frage gestellt, wie Gemeindeunternehmungen bei den bestehenden Gesetzen den höchsten Grad wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu erreichen vermöchten, ob einfach in der Form reiner gewinnbringender Gemeindeunternehmungen oder als rein private Unternehmungen oder als „gemischte" Gesellschaften, an denen öffentliches und privates Kapital beteiligt wäre. Wie die Protokolle des deutschen Städtetages unzweifelhaft beweisen, ist die letztgenannte Form im letzten Jahrzehnt in den Vordergrund getreten.

Im Jahre 1914 ging ein Beschlußantrag durch, der sich für die Annahme des Grundsatzes der gemischten Wirtschaft aussprach und dies damit begründete, daß die technischen Fortschritte eine neue Wirtschaftsform erforderten und daß die Erfahrung die höhere Leistungsfähigkeit der Privatunternehmungen, besonders im Elektrizitätsfache, erwiesen habe, während die Teilnahme öffentlicher Körperschaften im allgemeinen Interesse und wegen der Gemeindefinanzen erwünscht sei. Schon um diese Zeit hatten 75 Städte mit dem Privatkapital Abmachungen über Errichtung von rein geschäftlichen Unternehmungen getroffen. Diese Entwicklung hat während der ersten Kriegsjahre rasche Fortschritte gemacht. Sie dauerte jedoch nicht an, und neuerdings haben die Städte begonnen, von der gemischten Form auf die Form der Gesellschaft überzugehen. Das heißt, die Frage der Organisation wurde wichtiger als die der Finanzierung, und die für die Annahme jeder einzelnen Form entscheidenden Tatsachen waren der kaufmännische Charakter, die größere Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Dann kam die Revolution, und mit ihr setzten die verschiedenen Sozialisierungsbestrebungen ein, die die Entwicklung der gemischten Unternehmungen behinderten oder zum Stillstand brachten. Als die Sozialisierungssucht verebbte, brachte ihnen die Reaktion ein erhöhtes Interesse entgegen, und es folgte eine Periode der Kompromisse, die bis zur Zeit von Dr. Chlebowskys Berichterstattung andauerte. Einerseits wurde an der Idee festgehalten, die Gemeindeunternehmungen, besonders die städtischen Werke, der allgemeinen Gemeindeverwaltung zu entziehen, weil man sagte, daß die schwerfällige bürokratische Verwaltung ganz unfähig sei,

den Anforderungen gerecht zu werden. Anderseits verlor die Idee, dem Privatkapital einen Einfluß auf die wirtschaftliche Ergiebigkeit der Gemeindeunternehmungen einzuräumen, immer mehr an Boden. Allseits ging man darauf aus, sich die Vorteile einer kaufmännischen Geschäftsgebarung zu nutze zu machen, ohne den Charakter eines gewinnbringenden öffentlichen Unternehmens aufzugeben.

Die ganze Frage wurde auf dem Städtetag wieder aufgerollt, wo sie aus allen Gesichtspunkten von Vertretern jeglicher Verwaltungsform, von der rein privaten bis zur rein öffentlichen, besprochen wurde. Die private Form wurde mit der Begründung verworfen, daß die fraglichen Unternehmungen Monopolstellungen besäßen. Ebenso wurde der Vorschlag abgelehnt, privates und öffentliches Kapital in der Art zusammenzuspannen, daß das letztere den kleineren Anteil hätte. Anderseits wurde der Plan, besondere Gesellschaften zu bilden, die ganz oder wenigstens zum größten Teile unter dem Einflusse der Gemeinde stünden, sowie auch der Vorschlag angenommen, sogenannte „verbesserte Regien“ einzuführen. Die letztgenannte Form besteht darin, daß man die tatsächliche Leitung des Betriebes einem möglichst kleinen Ausschuß überträgt und diesem die nötigen Vollmachten für die Verwaltung erteilt. In vielen Fällen wurde darin noch weiter gegangen: die Werke sind dann von der allgemeinen Verwaltung ganz losgelöst und in unabhängige, nach kaufmännischen Grundsätzen geführte Gemeindeunternehmungen verwandelt worden. In diesen Fällen gleicht die Organisation der einer kaufmännischen Gesellschaft; sie hat jedoch nach Dr. Chlebowskys Meinung Vorteile gegenüber dem System der kommunalen Gesellschaften und ist von einer wachsenden Anzahl von Städten angenommen worden.

Er glaubt, daß es die in der Zukunft vorherrschende Form sein wird.

Der Städtetag kam zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen sind wegen ihres Monopolcharakters, ihrer Bedeutung für das tägliche Leben des Volkes und ihres innigen Zusammenhanges mit der allgemeinen Gemeindepolitik, besonders der Wohnbaupolitik, nicht einer rein privaten Wirtschaft zu überlassen, sondern sollen als Gemeindeunternehmungen weitergeführt werden.

2. Zugleich haben jedoch die Erfahrungen der letzten Jahre wiederum und nachdrücklichst bewiesen, daß die Werke nur dann als Gemeindeunternehmungen richtig geführt werden können, wenn die Organisation und die Verwaltung wichtige Grundsätze der Privatwirtschaft berücksichtigen, ohne den Grundsatz umzustoßen, daß der Gemeindepolitik ein entscheidender Einfluß gewahrt bleiben muß.

Auch in den Händen der Gemeinden müssen die Werke wirtschaftlich betrieben werden, das heißt, sie müssen durch geschickte Anpassung an die bestehenden Verhältnisse einen möglichst hohen finanziellen Nutzen abwerfen. Um dies zu ermöglichen, muß die Verwaltung entbürokratisiert werden, das heißt, sie muß durch Ausschaltung der Hindernisse, die die gewöhnliche Geschäftsgebarung eines Gemeindeamtes mit sich bringt, zu rascherer Entschließung befähigt werden. Ferner muß es zu einem Hauptgrundsatz gemacht werden, daß die Verwaltung nach praktischen, wirtschaftlichen und den Erfordernissen der Gemeinde entsprechenden Erwägungen gleichzeitig aber nach feststehenden Grundsätzen geführt werden muß.

3. Diese Erfordernisse können in verschiedener Form erfüllt werden, entweder a) durch eine Regie oder b) durch

eine Gesellschaft. Über die zu wählende Form müssen örtliche Verhältnisse, allgemeine politische Erwägungen und zeitweise auch persönliche Beziehungen entscheiden.

4. Die Regieunternehmung, die nicht nur volles Eigentum der Gemeinde bleibt, sondern auch direkt von städtischen Beamten verwaltet wird, muß so organisiert werden, daß eine wirkliche Vereinfachung und eine im Vergleiche zum gewöhnlichen Geschäftsgange raschere Entscheidung gewährleistet werden.

5. Wenn eine Gesellschaft gebildet wird, kann der munizipale Charakter des Unternehmens nur gewahrt werden, indem entweder das ganze für die Errichtung nötige Kapital oder doch dessen größerer Teil in Händen der Gemeinde bleibt.

Dr. Chlebowsky bringt weiter das Ergebnis der Rundfrage betreffend die zu jener Zeit in allen deutschen Städten mit 25 000 oder mehr Einwohnern tatsächlich bestehenden Verwaltungsformen zur Kenntnis. Die besonders ins Auge gefaßten Gemeindeunternehmungen waren: Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Straßenbahnen und Häfen, wozu auch die Binnenfluß- und Kanalhafenanlagen zählen. Manche Städte führten jedoch in ihren Antwortschreiben auch noch andre Unternehmungen an. Man muß nämlich wissen, daß die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Deutschland eine viel regere ist als in England. Sie erstreckt sich zum Beispiel auf Kohlengruben, Brauereien, Forste, Kanäle, Mühlen, Lokalbahnen, Banken, Theater, Werften, Ziegeleien und andres mehr. Im ganzen werden 22 Arten von Unternehmungen genannt, aber die meisten Städte legten nur Daten über die obengenannten fünf besonderen Gattungen vor, und manche gaben gar keine Einzelheiten an.

Die verschiedenen Verwaltungsformen sind in neun Klassen eingeteilt: 1. reine Gemeindeunternehmungen; 2. „verbesserte Regien“; 3. selbständige (von der eigentlichen Stadtverwaltung unabhängige) Gemeindeunternehmungen; 4.—6. Gesellschaften ohne Beteiligung von Privatkapital, und zwar a) Gesellschaften mit beschränkter Haftung, b) Aktiengesellschaften, c) Körperschaften mit besonderem Statut; 7. gemischte Gesellschaften (bei Beteiligung von öffentlichem und privatem Kapital); 8. intermunizipale Unternehmungen (Beteiligung mehrerer Gemeinden), meist in Form von Gesellschaften; 9. Unternehmungen, die vertragsmäßig an Privatfirmen vergeben sind.

Die Form reiner Gemeindeunternehmungen war bezüglich einzelner Dienste — hauptsächlich der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung — von 79 Städten beibehalten worden. Von diesen waren die wichtigsten: Stuttgart (wo man übrigens daranging, Gesellschaften einzuführen), Köln, Frankfurt a. M. (Gas ausgenommen), Düsseldorf, Chemnitz (Wasser allein). Die meisten andern Städte dieser Liste waren kleine, und viele von ihnen hatten nur eine einzige rein munizipale Unternehmung (entweder Wasser oder Hafen). Die „verbesserte Regie“ war von 67 Städten angenommen worden und die Form des selbständigen Gemeindeunternehmens von 26. Zu diesen beiden Klassen zählten einige Städte ersten Ranges wie München, Dresden, Leipzig, Breslau, Hannover, Bremen, Essen, Elberfeld, Nürnberg und viele andre wichtige industrielle und kommerzielle Mittelpunkte. Die bedeutendsten dieser Städte hatten die unabhängige Form angenommen, die Dr. Chlebowsky als die Form der Zukunft ansieht. In Dresden wurden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie die

städtischen Schlachthäuser und Straßenbahnen in dieser Form betrieben; in Leipzig die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke.

In 13 Städten, darunter Berlin und Hamburg, sind einige der wichtigsten Gemeindebetriebe in Gesellschaften verwandelt worden, deren sämtliche Aktien im Besitze der Gemeinde sind. Bei Einführung dieser Neuerung ist die Stadt Königsberg beispielgebend vorangegangen, die im November 1919 die „Königsberger Gemeinde-Gaswerke, G. m. b. H." errichtete und in der Folge die der Gemeinde gehörigen Straßenbahnen, Wasser- und Elektrizitätswerke, den Hafen und die Kanäle auf die gleiche Grundlage stellte. „Die Erfahrung von vier Jahren", sagt Dr. Chlebowsky, „hat gezeigt, daß das Unternehmen in jeder Beziehung zufriedenstellend arbeitet."

In Berlin wurde die Frage, ob die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung der Gemeinde ebenso behandelt werden sollen, im Jahre 1923 einer eigenen Studienkommission überwiesen. Die Kommission, die das Beispiel vor sich hatte, wie der Preußische Landtag die staatlichen Kohlengruben behandelt hatte, kam zu der Erkenntnis, daß eine Aktiengesellschaft einer Gesellschaft m. b. H. vorzuziehen sei, und daß die betreffenden Werke einer oder mehreren solchen Gesellschaften überlassen werden sollten. In bezug auf die Frage, ob die Werke einer einzigen oder drei getrennten Gesellschaften überantwortet werden sollten, waren die Meinungen ziemlich gleichmäßig geteilt, doch überwog die der erstgenannten Lösung günstige Ansicht mit 13 gegen 12 Stimmen. Die Mehrheit behauptete, daß den öffentlichen Interessen mit einer gemeinsamen Verwaltung besser gedient würde, während die Minderheit glaubte, daß eine getrennte Aufsicht

wirtschaftlich wirkungsvoller sein würde, und daß die öffentlichen Belange durch die Aufstellung eines Aufsichtsrates oder, wenn nötig, durch die Errichtung einer sie alle einschließenden übergeordneten Gesellschaft voll gewahrt werden könnten.

Die Grundzüge der Organisation waren folgende:

Die Firma ist „Berliner Gemeindewerke-Gesellschaft" zu benennen und für fünfzig Jahre zu errichten. Sie unternimmt es, bei Inpachtnahme der Gemeindewerke samt deren Hilfsanstalten Berlin und andre Gegenden mit Gas, Wasser und Elektrizität zu versorgen. Sie ist berechtigt, sich an andern ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen oder solche anzukaufen und selbständige Hilfsgesellschaften ins Leben zu rufen. Das Grundkapital beträgt 5 000 000 Pfund und wird in 1000 Aktien zu je 5000 Pfund zerlegt. Der Verkauf oder die Verpfändung von Aktien müssen vom Gemeinderate und von der Generalversammlung bewilligt werden. Die Organisation hat zu bestehen aus: 1. einem Verwaltungsausschuß oder Direktorium, 2. aus einem Aufsichtsrate, 3. aus der Generalversammlung. Der Verwaltungsausschuß besteht aus 7 ordentlichen Mitgliedern, die vom Gemeinderate ernannt und abberufen werden können. Diesem steht außerdem das Recht zu, Ersatzmitglieder zu ernennen. Der Aufsichtsrat hat aus 15 alljährlich von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern zu bestehen und die Aufsicht über die finanzielle und geschäftliche Gebarung der Gesellschaft zu führen. Die Generalversammlung ist jährlich abzuhalten. Sie nimmt die Berichte des Ausschusses und des Aufsichtsrates entgegen, entscheidet über finanzielle Fragen und wählt die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Vertrag enthielt folgende Bestimmungen:

Die Gemeindeverwaltung verpachtet der Gesellschaft, die ermächtigt wird, sie in Unterpacht weiter zu vergeben, für einen Zeitraum von fünfzig Jahren die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Eisfabrik und die Zentral-Isolierstation zusammen mit allen damit in Verbindung stehenden Unternehmungen, Grundstücken, Gebäuden und Anlagen. Die Erledigung von Geschäftsangelegenheiten, die aus einer Beteiligung der Stadt an Unternehmungen der gleichen Art erwachsen, ist der Gesellschaft zu überlassen. Die daraus sich ergebenden Gewinne gehören der Stadt. Die Gesellschaft übernimmt die Verantwortung dafür, daß die Werke in einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise fortgeführt werden. Sie hat alle Einrichtungen in Ordnung und in gutem Zustande zu erhalten und die notwendigen Erneuerungen und technischen Verbesserungen durchzuführen, wogegen sie ermächtigt ist, wertlose Gebäude und Einrichtungen aller Art aufzulassen und unwirtschaftliche Werke zugunsten modernerer stillzulegen. Die Gesellschaft hat im voraus die Pläne für neue Konstruktionen zu entwerfen, die durch erhöhten Verbrauch oder technische Fortschritte notwendig werden, und sie der Stadt vorzulegen, die im Bedarfsfalle die Bewilligung erteilen kann, durch Anleihen neues Kapital aufzubringen. Die Gesellschaft hat die Werke im Geiste sozialer Wirtschaft zu führen. Sie hat bei der Preisbestimmung den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Allgemeinheit Rechnung zu tragen und sich an den Grundsatz zu halten, daß die tatsächlichen Auslagen für die Verzinsung und Tilgung des Anleihekapitals, sowie die Unkosten, eingeschlossen Abschreibungen und Bildung von Reserven, vollkommen gedeckt werden müssen.

Die Gesellschaft hat der Stadt von allen aus der Belieferung mit Gas, Elektrizität und Wasser bezogenen Einkünften 5% als Pacht und Entschädigung für die Benützung der Straßen, freien Plätze und Rohrleitungen zu bezahlen, die Nebenprodukte der Gaswerke zu Engrospreisen abzuliefern und die Straßenbeleuchtung zum Selbstkostenpreise beizustellen, während die Stadt Strom und Gas sonst zu dem gewöhnlichen Preise bezahlen wird. Die Gesellschaft ist verpflichtet, das Angestelltenpersonal der Unternehmungen zu übernehmen und ihre Rechte, eingeschlossen den Pensionsanspruch, anzuerkennen. Nach Beendigung der Pachtperiode sind alle Einrichtungen usw. der Stadt in gutem Gebrauchszustande zurückzustellen.

Diese den amtlichen Berichten entnommenen Einzelheiten wurden hier angeführt, weil Berlin als größte der deutschen Gemeinden eine hervorragende Stelle einnimmt und sich überdies lange Zeit hindurch des Rufes erfreut hat, besonders gut verwaltet zu werden. Ich hoffe, sie werden als Beispiel für eine der neuen Formen wirtschaftlicher Organisation, die in weitem Ausmaße sowohl von staatlichen als auch von Gemeindeunternehmungen angenommen worden sind, von einigem Interesse sein. Die Ursachen der Einführung dieser Neuerung in Berlin sind in einem im August 1922 vorgelegten Bericht eines Ausschusses von Fachleuten enthalten, der bestellt worden war, die von einer Abordnung der städtischen Werke im vorhergegangenen Jahre aufgeworfene Frage zu studieren. Man stimmte allgemein in der Ansicht überein, daß das bisherige System nicht fortbestehen dürfe, und der Ausschuß erklärte, daß eine Umformung zwei Ziele verfolgen müsse: die Werke müßten soweit als möglich dem Einflußbereiche der Gemeinde entzogen werden

und das höchste erreichbare Maß an Handlungsfreiheit erlangen. Seiner Meinung nach konnten diese Ziele nur durch Anwendung der Methoden des Privatkapitals erreicht werden, indem man den Unternehmungen die Form einer Gesellschaft, und zwar einer besitzenden und leitenden Gesellschaft gäbe, der Tochtergesellschaften zugesellt werden könnten. Mit Bezug auf diese Anregung wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 24. Februar 1923 erklärt, daß wohl die Verhältnisse in den Werken lange nicht so kritische seien, als es nach dem Berichte erscheinen könnte, daß aber einmütig zugegeben werden müsse, daß die städtischen Werke, die durch Einführung der von der Abordnung vorgeschlagenen provisorischen Maßnahmen schon weitaus elastischer gestaltet worden seien, eine noch weitergehende Handlungsfreiheit brauchten, und für ihre freie wirtschaftliche Gebarung nach kaufmännischen Grundsätzen als Organisationsform einzig und allein die einer Gesellschaft in Betracht käme. Offenbar war das ganze Problem sehr eingehend erwogen worden, und es blieb weder ein Zweifel über die Notwendigkeit noch einer über die Art der Umgestaltung bestehen. Die Sozialdemokraten scheinen im allgemeinen mit der Umwandlung von öffentlichen Unternehmungen, seien es nun staatliche oder munizipale, in Gesellschaften um der höheren Leistungsfähigkeit willen ganz einverstanden zu sein. Die Kommunisten jedoch widersetzen sich ihr mit dem Hinweis darauf, daß ein Vertrag wie der oben beschriebene ein Loch für die Wiederkehr des Privatbesitzes offen lasse.

Tatsächlich ist ziemlich viel Privatkapital gemeinsam mit öffentlichen Geldern in Gemeindeunternehmungen angelegt. Die bei Anführung der verschiedenen Organisationsformen

unter Nr. 7 genannten gemischten Gesellschaften sind von dieser Art. Dr. Chlebowsky gibt eine Liste von 56 solchen Unternehmungen in 44 Städten, unter denen sich auch Berlin, Hamburg und andre wichtige Plätze befinden. Dabei muß erwähnt werden, daß es keine Einheitlichkeit in dieser Beziehung gibt, und daß oft in derselben Stadt verschiedene Anstalten nach verschiedenen Systemen betrieben werden. Nachstehende Tabelle verzeichnet die 56 Gesellschaften und die verhältnismäßige Beteiligung von Privatkapital, soweit diese bekannt ist; in einigen wenigen Fällen sind darüber keine Daten in den Berichten angegeben. Mit vier Ausnahmen sind alle diese Gesellschaften erst in diesem Jahrhunderte gegründet worden, 23 bestehen seit 1914 und 16 erst seit dem Kriege, was eine steigende Tendenz anzuzeigen scheint. Die Mehrzahl sind Elektrizitätswerke und lokale Kleinbahnen, doch gibt es darunter auch einige Gaswerke, Straßenbahnen und Wasserwerke.

Gemischte Unternehmungen mit öffentlichem und privatem Kapital

Stadt	Name der Gesellschaft	Beteiligung v. Privatkapital in Prozenten
Aachen	Aachener Kleinbahn-Ges.	unter 50
Altona	Eisenbahn Ges.	5
Augsburg	Lech-Elektrizitätswerke, A. G.	92,3
Bamberg	Überlandwerk Oberfranken, A. G.	40
Berlin	Süd-West Elektrizitätswerke, A. G.	56,3
Berlin	Deutsche Gasgesellschaft	26,61
Braunschweig	Straßenbahn- und Elektrizitäts-Ges.	49
Celle	Celler Tramway, G. m. b. H.	49
Celle	Celle-Wittingen Kleinbahn-Ges.	49
Crefeld	Tramway-Ges.	weniger als 50

Stadt	Name der Gesellschaft	Beteiligung v. Privatkapital in Prozenten
Darmstadt	Hessische Eisenbahn-Ges.	47
Dortmnnd	Dortmunder Gaslicht-Ges.	1,6
Duisburg	Ruhrorter Bezirks-Eisenbahn-Ges.	0,45
Düsseldorf	Rheinische Eisenbahn-Ges.	16,86
Elberfeld	Bergsche Kleinbahn-Ges.	51
Elberfeld	Vohwinkler Seilbahn-Ges.	51
Elberfeld	Elektrische Straßenbahn-Ges.	80
Elberfeld	Bergsche Elektrizitäts-Versorgungs-G. m. b. H.	51
Emden	Gas- u. Elektrizitätswerke, G. m. b. H.	40
Erfurt	Erfurter Elektrische Straßenbahn, G. m. b. H.	32,07
Essen	Rheinisch-Westfälische Elektrizitäts-Ges.	unter 59,50
Essen	Süddeutsche Eisenbahngesellschaft	?
Essen	Gelsenkirchner Wasserwerke, A. G.	?
Eßlingen	Eßlinger Gaswerke, G. m. b. H.	28,9
Frankfurt a. M.	Frankfurter Gas-Ges.	49
Frankfurt a. d. O.	Frankfurter Elektrizitätswerke, G. m. b. H.	50
Fürth	Fränkische Kraftwerke, A. G.	64,84
Gelsenkirchen	Bochum-Gelsenkirchner Eisenbahn, G. m. b. H.	25
Gladbeck	Rheinisch-Westfälische Wasserwerke, G. m. b. H.	15
Hagen	Märkische Gemeinde-Elektrizitätswerke, A. G.	12,7
Hamburg	Hamburger Hochbahn, A. G.	49
Hamburg	Hamburger Elektrizitätswerke, A. G.	50
Kaiserslautern	Gas-Gesellschaft	55,56
Kaiserslautern	Elektrische Straßenbahn-Ges.	49
Lüdenscheid	Märkische Gemeinde-Elektrizitätswerke, A. G.	12,7

Stadt	Name der Gesellschaft	Beteiligung v. Privatkapital in Prozenten
Ludwigshafen	Ludwigshafner Pfälzische Werke, A. G.	27,83
Magdeburg	Salbke Gaswerke, A. G.	79,1
Magdeburg	Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft	49,98
Mannheim	Rheinauer Kraftwerke, A. G.	37,5
Mannheim	Rheinauer Wasserwerke, G. m. b. H.	50
Merseburg	Merseburger Kleinbahn, A. G.	40,92
Mühlheim	Rheinisch-Westfälische Wasserwerke, G. m. b. H.	15
Nürnberg	Fränkische Kraftwerke, A. G.	64,84
Paderborn	Paderborner Elektrizitäts- und Tramway-Ges.	41,2
Regensburg	Oberpfälzische Kreis-Ges.	18
Rheydt	Niederrheinische Licht- und Kraft-Ges.	50
Schneidemühl	Schneidemühler Stadtwerke, G. m. b. H.	33,33
Stargard	Saatziger Kleinbahn-Ges.	7,90
Stettin	Hafen, G. m. b. H.	20
Stralsund	Stralsund-Triebses-Eisenbahn-Gesellschaft	61
Stuttgart	Stuttgarter Tramway-Gesellschaft	unter 50
Trier	Südrheinische Kraftversorgung, G. m. b. H.	13
Wilhelmshaven	Wilhelmshavener Gas- und Elektrizitätswerke, G. m. b. H.	66,66
Wittenberg	Wittenberger Licht- und Kraftwerke, G. m. b. H.	40
Worms	Rheinisch-Hessische Elektrizitätswerke, G. m. b. H.	50
Worms	Rhenania, Wormser Lagerhaus- und Speditions-Gesellschaft	50

In Berlin ist noch eine andre Art des Betriebes von städtischen Unternehmungen durch die drei örtlichen Schnellbahnen vertreten, die an eine Privatgesellschaft verpachtet sind.

Es ist kein Material vorhanden, um die Leistungsfähigkeit der verschiedenen aufgezählten Verwaltungsformen zu vergleichen. Aber das interessiert mich auch weniger als die auf diesem Gebiete erkennbare wirtschaftliche Entwicklung. Zweifellos verfolgt die Bewegung hinsichtlich der Gemeindeunternehmungen im allgemeinen dieselbe Richtung wie hinsichtlich der staatlichen. Die städtische Verwaltung wird weniger einmütig und weniger scharf verurteilt, wie die durch den Staat, doch wird auch sie allgemein verworfen, und die eingeführten Neuerungen gleichen sich bei beiden: sie zielen im wesentlichen auf eine Kommerzialisierung durch Anwendung kaufmännischer Geschäftsgebarung hin. Eine Absicht zur Erweiterung der Gemeindeunternehmungen — sei es durch Aufsaugung privater Unternehmungen, sei es durch Wettbewerb mit solchen — scheint derzeit nicht zu bestehen.

IX. Kapitel

Was die Erfahrung lehrt

Die in den vorhergehenden Kapiteln geschilderten Erfahrungen haben die Stellungnahme der kontinentalen Sozialisten zu dem Wirtschaftsproblem, das sie lösen wollten, geändert. Die Erfolge des Sozialismus als politische Bewegung seit dem Kriege haben ihn vor die Notwendigkeit gestellt, eine Probe seiner Leistungsfähigkeit zu erbringen; dabei haben sich die Schwierigkeiten einer Verwirklichung seines Wirtschaftssystems und die Undurchführbarkeit der bisher gehegten Pläne so deutlich gezeigt, daß eine Überprüfung der ganzen Frage unausweichbar wurde. Der Versuch, Industrie und Handel nach Richtlinien zu sozialisieren, die man früher ohne reifliche Prüfung für ganz selbstverständlich angesehen hatte, ist überall fehlgeschlagen. Am vollständigsten in Rußland, wo der Versuch am vollständigsten war. Der Zusammenbruch war zu offenbar, als daß man ihn hätte verschweigen oder vertuschen können. Es war unmöglich, damit fortzufahren, und man mußte öffentlich etwas von den Grundsätzen fallen lassen, um nur überhaupt fortbestehen zu können. Die durch eine teilweise Wiedereinführung der ausgeschalteten Triebkraft, genannt freier Unternehmergeist, wieder in Gang gebrachte Maschine arbeitete genau in dem Maße besser, als man Triebkraft zuließ,

und brachte einige Besserung, fiel aber wieder ab, sobald man zugunsten des theoretischen Systems, das sich als unbrauchbar erwiesen hatte, das man aber doch nicht aufgeben wollte, die Triebkraft wieder drosselte. Dies machte eine neuerliche Umkehr und die abermalige Zulassung einer begrenzten Betätigung des Kapitalismus, wie sie schon einmal bestanden hatte, notwendig, worauf sich eine weitere kleine Besserung zeigte.

Die russischen Schulweisen hatten sich also durch wirtschaftliche Not gezwungen gesehen, zweimal ihr Verhalten zu ändern. Dies haben sie aber nur mit größtem Widerstreben getan, da ja ihr ganzes politisches System unlöslich mit den verrufenen wirtschaftlichen Grundsätzen verwachsen ist, an denen sie ebendeshalb krampfhaft festhalten. Infolgedessen schwanken sie unbehaglich zwischen der ihnen von der Wirklichkeit aufgezwungenen Politik der Zulassung freier wirtschaftlicher Betätigung und der Politik der Unterdrückung dieser Freiheit nach dem Gebote ihrer Theorien. Der Erfolg ist, daß sie keinen nennenswerten Fortschritt machen und daß alle ihre Unternehmungen sich in einem mehr oder weniger erkennbaren Zustande chronischer Insolvenz befinden, dem sie vergeblich abzuhelfen trachten, indem sie einerseits um fremdes Kapital betteln, anderseits von ihren Arbeitern, deren karger Lohn stets rückständig ist, größere Anstrengungen und von den übermäßig besteuerten Bauern neue Opfer fordern, wobei ihnen nur der jeder Selbsttäuschung eigentümliche Trost bleibt, daß es sich bloß um einen „Übergangszustand" handle. Jeder Zustand ist ein Übergangszustand, es kommt nur darauf an, wie wird der nächste sein? Fanatiker, die sich durch die gegenwärtigen Verhältnisse enttäuscht fühlen, bezeichnen sie als vorübergehend, was unzweifelhaft richtig ist. Sie

meinen jedoch damit, daß die nächste Entwicklungsstufe alle ihre Hoffnungen erfüllen werde. Diese Erwartung aber ist ebensowenig begründet, wie es die Hoffnungen der Vergangenheit waren. So wird also der sogenannte „wissenschaftliche" Sozialismus zur ärgsten aller Utopien.

Immerhin haben die russischen Leninisten von der Erfahrung etwas gelernt, sei es auch nur für das Übergangsstadium. Sie haben gelernt, daß Produktion das erste der wirtschaftlichen Gebote ist; daß die Produktion Kapital erfordert und daß dieses nicht vom Himmel fällt, sondern immer wieder durch Ersparnisse aus dem Gewinn geschaffen werden muß; daß die Menschen von Natur aus faul sind und ohne persönlichen Anreiz nicht arbeiten wollen; daß die Tugenden, die sie dem Proletariate zugeschrieben hatten, erst noch erworben werden müßten; daß die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht für das Wohl der Allgemeinheit, sondern nur zu ihrem eigenen Nutzen schaffen wollen; daß die Lohnarbeit nicht abgeschafft werden kann; daß die Arbeiter eine Industrie nicht zu leiten vermögen; daß es einer fähigen leitenden Gewalt bedarf, um Erfolge zu erzielen; daß man der Techniker und geschulten Arbeitskräfte nicht entbehren kann und für deren Nachwuchs sorgen muß; daß Akkordarbeit und eine Bezahlung nach der Leistung notwendig sind, um den Ertrag zu fördern; daß staatliche Unternehmungen schlecht arbeiten und Beamte unfähig und bestechlich sein können; daß es ohne Märkte und Geldwirtschaft keinen Handel gibt; daß sich Privatunternehmungen rascher den Bedürfnissen von Erzeugung und Verbrauch anzupassen vermögen als staatliche Einrichtungen. Mit einem Worte, sie haben gelernt, daß die Elemente der kapitalistischen Wirtschaft nicht willkürliche Schöpfungen der „Bour-

geoisie", nicht nur zu dem Zwecke erfunden sind, den Arbeiter auszubeuten, sondern wirtschaftliche Notwendigkeiten vorstellen, die nicht ausgeschaltet werden können, ohne das Verderben nach sich zu ziehen. Diese ihre Erkenntnis gilt freilich nur für die „Übergangszeit", aber zufällig ist das gerade die, in der wir leben.

In andern Ländern hat das Beispiel Rußlands nach einigen im Rausche revolutionärer Begeisterung unternommenen vergeblichen Versuchen, es nachzuahmen, eher einen ernüchternden Einfluß auf die Geistesverfassung der Sozialisten im allgemeinen ausgeübt und sie eher vorsichtig gemacht. Nur eine kleine Minderheit, die sich Partei der Kommunisten nennt, hat sich unter die Vormundschaft Rußlands gestellt. Aber wenn man auch diese Leute befragt, was sie tun würden, erfährt man nur, daß sie die in Rußland geschehenen Fehler vermeiden wollten. Über diese negative Behauptung hinaus wissen sie nichts zu sagen, denn sie haben keinerlei Aufbauprogramm für den Tag vorbereitet, an dem sie die bewaffnete Revolution durchgeführt haben würden. Diese allein und an und für sich ist die einzige Aufgabe, die ihnen ihre Lehrmeister und Geldgeber in Moskau gestellt haben, und zu deren Erfüllung sie immer wieder gedrängt werden.

Es ist auch erzählt worden, was die andern Sozialisten getan haben, um den Sozialismus zu verwirklichen, als ihnen die Gelegenheit geboten war, einen Anfang damit zu machen. Sie begannen, die praktischen Probleme der Sozialisierung ins Auge zu fassen, und schleppten eine staunenswerte Menge von Theorien und Argumenten zusammen, aus denen sich eine endlose Reihe von Meinungsverschiedenheiten, aber keinerlei allgemein annehmbare Lösung der Frage ergab: und dies nicht wegen der Stärke des Wider-

standes, sondern wegen der dem Problem selbst innewohnenden Schwierigkeiten. Ich habe die amtlichen Untersuchungen erwähnt, die in Deutschland und Schweden angestellt worden sind und von denen jede vierzehn Bände voll Berichte ergeben hat, außer diesen aber fanden noch andre in Österreich, Bayern, Norwegen und anderswo statt. Und eine schier endlose Flut von Büchern und Schriften behandelt denselben Gegenstand. Die Menge der sozialistischen Literatur ist eine geradezu überwältigende, und vieles davon ist von sehr fähigen und ernsten Männern geschrieben. Doch niemals noch hat ein Berg von Gedanken, die einem praktischen Ziele gelten, ein lächerlicheres Mäuslein geboren. Schließlich versiegte die Auseinandersetzung in dem unfruchtbaren Sande der nicht zu besiegenden Gegensätze. In der Zwischenzeit aber ist auch praktisch nichts geschehen, um das Ideal zu verwirklichen. Keine Industrie ist sozialisiert worden.

Ich nenne das einen Zusammenbruch am Start und finde, daß die auf dem Festlande allgemein verbreitete Ansicht der meinigen entspricht. Man verwendet dort Ausdrücke wie Fiasko, Fehlschlag oder Schiffbruch, wenn man von dem Ergebnis der sozialistischen Versuche spricht, als ob es keiner weiteren Erklärung oder Rechtfertigung bedürfte. Eine Wirkung dieser Mißerfolge war es, daß einige Sozialisten sich bewogen gefühlt haben, der Partei der Kommunisten beizutreten. Einer meiner alten Freunde, ein wohlbekannter deutscher Sozialdemokrat, hat mir einen Brief geschrieben, der mich zufällig gerade bei meiner Rückkehr nach England erreichte, und in dem er mir ankündigte, er sei aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten und habe sich den Kommunisten angeschlossen, weil sich die Sozialdemokratie

als ein Irrtum erwiesen habe. Er schrieb in einer sehr gedrückten Gemütsverfassung und sagte nicht, was er sich von der Kommunistischen Partei erwartete. Er meinte bloß, es gäbe für ihn nur einen völligen Rückzug oder ein Vorwärtsschreiten, seine Überzeugung aber erlaube ihm nicht, sich zurückzuziehen. Ich verstehe ihn sehr gut. Er ist durch das Unvermögen seiner Partei, die Gelegenheit auszunützen, wie sie nach seiner Meinung auszunützen gewesen wäre, schwer enttäuscht worden und sieht in ihrer Politik keine Möglichkeit eines Fortschrittes; aber er kann seinen Glauben nicht abschwören und nimmt Zuflucht zu der Erwartung oder Hoffnung, daß eine entschlossenere Politik zu besserem Erfolge führen werde. Das ist es, was der Kommunismus für ihn bedeutet. Aber er ist durchaus kein Kommunist nach russischer Art und kein Agitator, es dürfte kaum einen Menschen geben, der weniger zur Gewaltanwendung neigt als er.

Es gibt noch andre, die so denken wie er: alles Menschen, die an Enttäuschung kranken. Aber das kommt davon, daß sie sich Wahnvorstellungen hingegeben hatten. Sie haben recht, wenn sie von einem Fehlschlag sprechen, aber ganz unrecht, wenn sie ihn einer schwachen Politik zuschreiben; seine wirkliche Ursache liegt in der Natur der Menschen und Dinge. Die Maschine konnte nicht in Gang gebracht werden, weil sie nach falschen, auf unrichtiger Einschätzung der wirkenden Kräfte beruhenden Grundsätzen gebaut war. Jeder Versuch, sie durch eine Erhöhung des Dampfdruckes in Bewegung zu setzen, kann nur dazu führen, daß sie in Stücke geht oder in die Luft fliegt.

Die meisten Sozialisten auf dem Festlande aber haben aus der Erfahrung eine andre Lehre gezogen, so daß die Versuche nicht ganz wertlos waren. Sie haben ihren Glau-

ben nicht aufgegeben, aber seine Sätze umgemodelt. Sie sehen die Dinge in einem neuen Licht und nehmen eine neue Haltung ein.

Aus dem Getöse der allgemeinen Erörterung sind einige allgemeine Schlußfolgerungen deutlich hörbar geworden.

Die erste ist schon als eine der in Rußland gemachten Entdeckungen genannt worden, es ist die Erkenntnis, daß in jedem Wirtschaftssystem die Produktion die Hauptsache und daher ihr Problem zuerst zu lösen sei; daß alles andre von ihr abhänge; daß eine erfolgreiche Lösung der Produktionsfrage nicht so einfach sei, als daß man sie von vornherein für gesichert und im Handumdrehen geschehen ansehen dürfte, daß sie vielmehr eine ganze Gruppe von Fragen bedeute; daß man sicher sein müsse, mit besseren Aussichten wieder aufbauen zu können, ehe man das Alte niederreißt. Das ist die erste Lehre, die den Sozialisten zuteil wurde, als sie von der Agitation zur Tat übergehen und ihre Theorien in die Praxis umsetzen sollten. Sie zieht viele andre nach sich.

Wenn dagegen gesagt wird, daß die Wichtigkeit der Produktion von den Sozialisten stets anerkannt worden sei, so ist die Antwort darauf, daß die Produktion nie als ein praktisches Problem betrachtet wurde, dessen Lösung irgendwelche Schwierigkeiten bereiten könnte und das jedenfalls erfolgreich gelöst werden müßte, ehe man sich andern Aufgaben zuwendet. In der ganzen sozialistischen Literatur der Vorkriegszeit, sei sie auf Marx oder Fabian eingestellt, sei sie reformistisch oder revolutionär, findet sich nicht ein Punkt, der diesen Gegenstand beleuchten würde. Das ist einer der Gründe, warum die Volkswirte den sozialistischen Wirtschaftsideen so wenig Beachtung geschenkt haben, die

Bolschewiken voll größter Zuversicht in ihr unmögliches Wirtschaftssystem hineingetappt sind und anderswo nüchternere Sozialisten Untersuchungskommissionen eingesetzt haben. An einigen Stellen wurde die kapitalistische Wirtschaft getadelt, daß sie die Produktion nicht besser zu entwickeln vermöge, noch viel mehr wurde aber betont, daß sie nicht imstande sei, die Güter richtig zu verteilen. Seitdem der Sozialismus zum ersten Male als eine organisierte Bewegung auf der Weltbühne erschienen ist, also seit hundert Jahren, hat man immer geglaubt, die große Frage, die ihm zu lösen zukomme, sei die der Verteilung — besser gesagt der Aufteilung — der Güter. Es war die Behauptung des Sozialismus, daß die Aufteilung des Besitzes unter private Eigentümer unvorteilhaft und ungerecht sei und das einzige Heilmittel darin bestehe, die Produktions- und Verkehrsmittel und ähnliches in gemeinsamen oder gesellschaftlichen Besitz zu bringen. Dabei nahm man die Produktion als bereits bestehend an und meinte man, daß nichts andres notwendig wäre, als die vorhandenen Mittel zu übernehmen und die Verteilung der erzeugten Güter neu zu regeln. Wenn überhaupt an die Produktion selbst gedacht wurde, hat man einfach damit gerechnet, daß die vorhandenen Mittel genügten und im Besitze der Allgemeinheit eher besser arbeiten würden als im Privatbesitze. Im allgemeinen aber wurde die Produktion als ein erledigter und selbstverständlicher Teil des Problems angesehen, der keiner weiteren Überprüfung bedürfe, weshalb ihm auch in den verschiedenen Erklärungen über Grundsätze und Politik kein Platz eingeräumt wurde. Die einzige Ausnahme bildet einer der frühesten Pioniere des Sozialismus — Saint-Simon —, der das Problem der Produktion in den Vordergrund seiner Pläne stellte

und vor allem darauf bestand, daß die Wissenschaft herangezogen und die Leitung in die Hände der intelligentesten Personen gelegt werde. Es ist eine bemerkenswerte und nicht bedeutungslose Erscheinung, daß unter den deutschen sozialistischen Volkswirten heute eine Strömung besteht, hinter Marx auf Saint-Simon zurückzugreifen.

Die andern frühen Sozialisten dachten nicht daran, die bestehenden Produktionsmittel aus dem Besitze von Privatpersonen zu übernehmen, wollten vielmehr eigene nach deren Muster schaffen, aber anders betreiben. Die Idee der Übernahme oder Enteignung bestehender von privatem Unternehmungsgeist geschaffener Einrichtungen als fertige Ausrüstung für die Produktion durch den Staat oder das „Proletariat", ist bezeichnend für die zweite, vollkommen unfruchtbare Entwicklungsstufe der sozialistischen Bewegung, die in Deutschland vor ungefähr sechzig Jahren eingesetzt hatte und etwa zwanzig Jahre später allgemein anerkannt wurde. Die Besitzer sollten enteignet werden und damit wäre alles getan; diese Überzeugung wurde durch die Tatsache bestärkt, daß einige schon lange bestehende Monopole von den Staaten oder den Gemeindeverwaltungen übernommen wurden, die in der Lage waren, jeden wirtschaftlichen Mißerfolg durch Besteuerung oder durch budgetäre Verschiebungen zu verdecken. So erschien also die Frage der Gütererzeugung im voraus gelöst, und man brauchte nicht darüber nachzudenken.

Die Entdeckung, daß die erste Frage, die die Sozialisierung zu lösen habe, gerade die der Produktion und daß sie eine ungemein schwierige sei, läßt die ganze Sache in einem neuen Lichte erscheinen. Das wurde zum ersten Male von den Bolschewiken erkannt, als sie im Jahre 1918 nach vorhergegangener Enteignung der bisherigen Besitzer

einen bedeutenden Rückgang der produktiven Tätigkeit beobachten mußten. Lenin erkannte damals, daß sie vor allem diese heben müßten, und seither lassen die Bolschewiken immer wieder den Schrei nach erhöhter Leistung ertönen. Als die Reihe an sie gekommen war, erkannten auch die deutschen und die österreichischen Sozialisten dieselbe Wahrheit und stellten die Leistungsfähigkeit in den Vordergrund. Sie müsse nicht nur aufrechterhalten, sondern erhöht werden. „Der Sozialismus hängt von erhöhter Produktion ab", wie Umbreit auf dem bereits in Kapitel III erwähnten deutschen Gewerkschaftskongreß sagte[1]).

Zu der gleichen Schlußfolgerung müssen offenkundig alle Sozialisten gelangen, sobald sie vor die Frage praktischer Maßnahmen gestellt werden; denn eine bessere Verteilung kann doch keinen Nutzen bringen, wenn weniger zu verteilen ist. Auch kann die leichtfertige Annahme, daß die Produktionstätigkeit durch irgendeine geistreiche, aber zweifelhafte Annahme gefördert werden würde, nicht mehr zufriedenstellen, wenn die Aufgabe praktisch gelöst werden muß und die Verantwortung für ihre Lösung auf die Sozialisten selbst fällt. Sie können sich, wenn es sich um die Wirklichkeit handelt, keinen Fehlschlägen aussetzen und müssen deshalb das Problem ernst nehmen. Daher alle die Untersuchungen der Sozialisierungsfragen, die zeigen, daß deren Lösung viel heikler und schwieriger ist, als man geglaubt hatte, und die zur Folge hatten, daß man bisher die privaten Eigentümer in ihrem Besitz belassen hat.

Die zweite allgemeine Schlußfolgerung ist mit der ersten innig verwachsen. Die Anerkennung der Tatsache, daß die Produktivität das Haupterfordernis für das Gedeihen des

[1]) Siehe Seiten 124ff.

Sozialismus ist, führt zur Verwerfung einer vom Staate geleiteten Industrie. Außerhalb Sowjet-Rußlands ist die Politik der Verstaatlichung im alten Sinne auf dem Festlande tot, und selbst in Rußland ist ihr Fehlschlagen stillschweigend zugegeben worden, indem man die Großindustrien zu Trusts zusammenschloß, die kleinen aber den Privatunternehmern überließ. Überall anderswo wird die Verstaatlichungspolitik öffentlich verdammt; kein Mensch von Bedeutung findet ein gutes Wort für sie. Die Erfahrung hat die von den Kritikern gegen staatliche Unternehmungen ständig vorgebrachten Einwände, daß sie wirtschaftlich weniger leistungsfähig und politischen Einflüssen wegen ihrer jeder staatlichen Kontrolle anhaftenden bürokratischen Organisation leicht zugänglich seien, vollinhaltlich bestätigt. Ich habe bereits genügend Beweise für das Vorwiegen dieser Meinung bei den Führern des kontinentalen Sozialismus und für den dadurch verursachten Wandel in ihrer Politik erbracht. Um aber jeden Zweifel in dieser Hinsicht zu zerstreuen, will ich noch einige Zeugen anführen und auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, der leichteren Übersicht halber die Äußerungen der bewährtesten Fachmänner zusammenstellen. In umfassendster Weise stellt Dr. Kautsky diese Erkenntnis in seinem Vorwort zu dem auf der Heidelberger Konferenz im September 1925 angenommenen neuen Programme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dar:

„Der Staatsbetrieb mit den Kräften und Methoden der bisherigen staatlichen Bürokratie hat überall versagt. Er kommt für die Sozialisierung nicht mehr in Betracht.“

Hier wird das System vollkommen verworfen. Das beweist, daß man die jetzt nachdrücklich abgelehnte Form einer wirtschaftlichen Organisation früher angenommen hatte.

Es war auch unzweifelhaft der Fall. Alle Staatsbetriebe waren bürokratisch eingerichtet, und bis zu dem Zeitpunkte, da die Revolte des Syndikalismus die denkenden Sozialisten zwang, die Lage einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen, war allgemein ein Staats-Kollektivismus dieser Art in Verbindung mit einem Gemeinde-Kollektivismus als geeigneter Ersatz für die bestehende Wirtschaftsordnung angesehen worden. Es ist diese Auffassung auch heute noch die weitestverbreitete, wenigstens bei den britischen Sozialisten, wie ihre Stellung zur staatlichen Kriegsindustrie, verschiedene fruchtlose Versuche in Australien, sowie manche in dieser Weise geführte Gemeindeunternehmungen beweisen. Diese alle werden als Beispiele eines praktischen Sozialismus angeführt, und es wird keine Anstrengung gescheut, um sie erfolgreich erscheinen zu lassen.

Aber die Bedeutung der oben angeführten Verwerfung durch einen Fachmann reicht noch weiter. Warum wird der Staatskollektivismus abgelehnt? Stramme Marxisten haben immer behauptet, der Staat, den sie im Sinne hätten, sei nicht der bestehende kapitalistische der „Bourgeois", sondern der „Proletarier"-Staat der Zukunft, der unter einer rein demokratischen Verfassung erstehen sollte und ganz etwas andres wäre als der bisherige.

Jetzt haben sie in Deutschland und anderswo erreicht, was sie niemals ohne ein langwieriges Ringen zu erlangen erwartet hatten — nämlich eine so vollkommen demokratische Verfassung, als sie nur selbst eine zu entwerfen vermochten. Hier möchte ich beiläufig bemerken, daß die Sozialisten, die getrachtet haben, Deutschland vor der Niederlage zu bewahren, und heute noch bedauern, daß ihnen dies nicht gelang, diesen ungeheuren Umschwung ganz zu übersehen und nicht

zu erkennen scheinen, daß die Monarchie und der Militarismus, die sie verabscheuen, heute fester dastünden denn je, wenn ihnen ihr Vorhaben geglückt wäre. Wie immer — es ist ihnen nicht gelungen, und die der Niederlage folgende Revolution hat die politischen Verhältnisse geschaffen, wie sie für das Erstehen eines „Proletarier"-Staates notwendig sind. Mehr als das: in Deutschland war der „Proletarier"-Staat — insoferne man darunter, was wahrscheinlich zutrifft, eine rein sozialistische Regierung versteht — tatsächlich errichtet worden und einige Zeit unumstritten im Besitze der Macht geblieben.

Wie Paul Umbreit auf dem Gewerkschaftskongreß zu Nürnberg erklärte, war der große Tag, auf den die arbeitenden Klassen seit Jahrzehnten zu hoffen gelehrt worden waren, war der Tag des Grabgeläutes für das kapitalistische System, der Tag der Befreiung des Proletariats, der Geburtstag der sozialistischen Gesellschaft — war dieser große Tag endlich gekommen. Wenn die Sozialisten ihre Übermacht nicht zu erhalten verstanden, war es der demokratischen Wählerschaft zuzuschreiben, die ihnen keine genügende Unterstützung zuteil werden ließ. Jedenfalls war der alte Einwurf, daß der Staat nur ein Organ der „herrschenden Klassen" sei, nicht länger aufrechtzuerhalten; denn unter dem Verhältniswahlrecht für alle Erwachsenen sind die politisch herrschenden Klassen diejenigen, die die größte Zahl von Wählern beistellen, wie die deutschen Sozialisten, die wenigstens logisch sind, vollkommen einsehen. Wenn also das Proletariat die Sozialisten nicht zur Macht berufen hat, so geschah dies, weil es nicht wollte.

Wenn heute die Festlands-Sozialisten die Staatsbetriebe verwerfen, so hat das nichts mit den alten Einwendungen

zu tun, sondern es geschieht aus ganz andern Gründen; und es ist wichtig, das festzustellen, weil es besagt, daß man jetzt einsieht, der Fehler liege an der Form der Organisation selbst, unabhängig von dem Charakter oder der Politik der an der Macht befindlichen Regierung. Die von der Deutschen Sozialisierungskommission zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung angeführte Liste von Mängeln der staatlichen Kohlenwerke ist, wie auch Herrn Osterroths Meinung, bereits angeführt worden, und ich will sie nicht wiederholen, dagegen mag die Aussage eines hervorragenden Gewerkschaftsführers beigefügt werden, da sie eine Stimme aus einem andern Lager darstellt.

Bei der bereits erwähnten Versammlung brachte Paul Umbreit die Angelegenheit vor die Gewerkschaften. Er erklärte den Vorgang der Sozialisierung und warb um Hilfe, indem er bat, jeder Mann möge alle seine Kräfte in den Dienst der Sache stellen:

„Nur von einem Übel muß sich der Sozialismus freihalten — nämlich von dem Bürokratismus, der ohne alles Verständnis für die wirklichen Zusammenhänge innerhalb der sozialistischen Gesellschaft nur an seine eigene Stellung denkt und zu herrschen, zu befehlen und zu schematisieren wünscht. Bürokratismus ist der ärgste innere Feind des Sozialismus, und man kann sich nicht genug gegen sein Eindringen und sein Anwachsen wehren."

Daß die Sozialisten des Festlandes so nachdrücklich und wiederholt auf die Gefährlichkeit des Bürokratismus für staatliche Unternehmungen hinweisen, ist der nicht nur auf Deutschland beschränkten Erfahrung zuzuschreiben. Ein von den Sozialisten unseres Landes gewöhnlich angewendeter polemischer Kniff ist es, jeden Mißerfolg in Deutschland den

Alliierten und dem Friedensvertrage von Versailles zuzuschreiben. Aber die endgültige Aufgabe des Gedankens staatlicher Bewirtschaftung, wie sie in der oben angeführten Weise von der Sozialisierungskommission ausgesprochen wurde, ist noch während der Zeit des Waffenstillstandes und in einem Augenblicke beschlossen worden, wo die Strafmaßnahmen des Friedensvertrages noch gar nicht festgesetzt waren. Dieser Beschluß hatte also mit den Bestimmungen des Vertrages gar nichts zu tun, sondern war einzig und allein von der Notwendigkeit bedingt, sich ernstlich mit der Sozialisierungsfrage zu beschäftigen, die der sozialistischen Regierung durch ihren Aufstieg zur Macht aufgezwungen worden war. Es ist wahr, daß Deutschland in der Folgezeit durch die Bestimmungen des Vertrages hart bestraft und zu einem wirtschaftlichen Krüppel gemacht worden ist, doch trifft das wieder für Österreich nicht zu, dem die Alliierten im Jahre 1922 aufhalfen. Die Verhältnisse in beiden Ländern waren ganz verschiedene, dennoch waren die österreichischen Sozialisten gezwungen, dieselben Schlußfolgerungen zu ziehen. Über die staatlichen Kriegsindustrien führte Dr. Otto Bauer etwa folgendes aus:

„Es war unmöglich, sie in Händen der technisch und kaufmännisch unfähigen bürokratischen Leitung zu lassen. So verlangte der elende Zustand, in den die staatlichen Kriegsindustrien verfallen waren, nach einer neuen Betriebsform, die sie als öffentliches Eigentum weiterführen, ihnen aber eine kaufmännisch elastischere, von der Zwangsjacke des Bürokratismus befreite Leitung sichern sollte."

Dann ist da Schweden, wo die Verhältnisse wieder ganz anders lagen. Schweden war neutral geblieben, hatte durch den Krieg nicht unmittelbar gelitten, war vom Friedensver-

frage in keiner Weise berührt und von jeder Einmischung der Alliierten absolut frei. Dennoch hat auch dort die berufene Stimme des sozialistischen Premierministers die gleiche Warnung ausgesprochen. Als dieser im Jahre 1925 über Sozialisierung sprach, sagte er, im Interesse des erwünschten Erfolges der Sozialisierung wäre es von größter Bedeutung, die Verwaltungsfragen in vernünftiger Weise zu lösen. „Die Sozialdemokratie", fuhr er fort, „muß auf ihrer Hut sein und dafür sorgen, daß die Unternehmungen intelligente Leiter bekommen und vor jeder bürokratischen Verwaltung bewahrt bleiben", denn die mit den Staatsbetrieben gemachten Erfahrungen „berechtigen zu der Befürchtung, daß die Leitung sozialisierter Betriebe schlapp, bürokratisch und unwirtschaftlich sein würde".

Es ist nicht notwendig, diesen Gegenstand noch weiter auszuführen. Die „Ausschaltung der Bürokratie" ist ein stehender Satz geworden, der in allen modernisierten sozialistischen Programmen wiederkehrt.

Aus den beiden ersten Schlußfolgerungen ergibt sich logischerweise eine dritte. Sie geht dahin, daß die „Ausschaltung der Bürokratie" den Ausschluß von Beamtenwirtschaft und politischer Beeinflussung notwendig macht, was erreicht wird, wenn man die Leitungen der in öffentlichem Besitz stehenden Unternehmungen von der allgemeinen politischen Verwaltung unabhängig macht. Für solche Betriebe muß eine leistungsfähigere Form der Organisation gefunden werden, deren Hauptzug die Anwendung der in den Privatunternehmungen üblichen Geschäftsgrundsätze bildet. Eine solche Organisationsform soll rasche Entscheidungen, Bewegungsfreiheit, Gerechtigkeit bei Anstellungen und Beförderungen und eine kluge Leitung sichern. In Deutschland wird allge-

mein als die für solche Zwecke geeignetste Form die der Handelsgesellschaft angesehen. Welche Form immer man aber einführen mag, der Kernpunkt der Sache bleibt die leitende Intelligenz, und die wesentlichen Bedingungen sind volle Verantwortlichkeit, freie Hand und persönliches Interesse am Erfolge. Die Einführung einer „kaufmännischen Gebarung" bei Unternehmungen dieser Art ist einer der Hauptzüge der Entwicklung in der letzten Zeit. Es ist eher eine „Entstaatlichung" als eine Sozialisierung.

Man wird erst sehen müssen, inwiefern diese Versuche, die Vorteile privaten Unternehmungsgeistes mit dem Eigentumsrecht des Staates zu koppeln, von Erfolg gekrönt sein werden. Aber schon das Zugeständnis, daß es notwendig sei, die Elemente der Privatwirtschaft beizubehalten, bedeutet einen gewaltigen Meinungsumschwung. In den letzten Jahren hat sich auf seiten der Sozialisten eine gewisse Neigung erkennen lassen, zuzugestehen, daß der Kapitalismus — also die auf dem privaten Eigentumsrechte beruhende und von privatem Unternehmergeist geformte Wirtschaftsordnung — in der Vergangenheit einige gute Dienste geleistet hat, obgleich im allgemeinen daran festgehalten wird, daß er nicht nur keine Verdienste hat, sondern an allem sozialen Übel schuld ist. Selbst die klarer blickenden Sozialisten haben sich bisher geweigert, ihm irgendwelche gute Eigenschaften zuzuerkennen. Sie haben ihn immer als fertig und abgetan, als veraltet, verknöchert und schädlich hingestellt und verkündet, er müsse sobald und so vollkommen als möglich hinweggefegt werden. Die neue Ansicht — die sich auch in Rußland geltend macht —, daß ihm immerhin etwas wirtschaftlich Wertvolles, bei staatlichen Unternehmungen nicht Anzutreffendes innewohne, bedeutet also eine völlige Umkehr. Als

der Sozialismus vor die Aufgaben der Wirklichkeit gestellt wurde, ging er beim Kapitalismus in die Schule, um zu lernen, wie es zu machen sei.

Bisher war diese Bewegung eine rein empirische. Die Lage der verantwortlichen Sozialisten ist folgende: sie erkennen, daß sie die Produktion erhöhen müssen, und sind, um dies zu erreichen, gezwungen, sich einige Grundbegriffe des Kapitalismus zunutze zu machen. Die theoretische Tragweite dieses Zugeständnisses aber wird noch nicht voll erfaßt, da sie sich mit dem Schlagworte von der „Übergangsperiode“ trösten und sich mit Hilfe dieses Trostes immer noch an die alten Ideale anklammern. Es ist erst ein Anfang gemacht worden. Professor Schumacher sagt, es ziehe durch die sozialistische Literatur der letzten Zeit etwas wie die Entdeckung des Unternehmers. Er sagt: „etwas wie“; denn es ist noch nicht ganz so weit gekommen; der deutsche Sozialismus ist noch immer von Marx hypnotisiert, der nichts von einem Unternehmer wußte. So meint Dr. August Müller in seinem Buche „Sozialisierung oder Sozialismus?“, daß die Stellung des Unternehmers als Leiter des technischen Vorganges der Erzeugung von Marx sehr hoch eingeschätzt werde. Aber alles, was Marx anerkannte, war die Leistung der Betriebsleitung oder Aufsicht, und das ist etwas ganz andres als die Tätigkeit des Unternehmers. Von der wirklichen Bedeutung des Unternehmers hatte er keine Annung, wie am besten aus dem von ihm gewählten Vergleiche mit dem Kapellmeister eines Orchesters hervorgeht. Der Betriebsleiter ist wohl der Kapellmeister, hinter ihm aber steht, wie ich an andrer Stelle ausgeführt habe, eine viel wichtigere Person, auf die Marx völlig vergißt. Ich meine den Komponisten, ohne dessen Wirken der Kapellmeister nichts zu dirigieren

und das Orchester nichts zu spielen hätte; und der Komponist ist im wirtschaftlichen Leben der Unternehmer. Marx sah es als selbstverständlich an, daß die Partitur vorhanden sei, so daß man sie nur zu übernehmen brauche. Die ganze Theorie einer Politik der Enteignung oder Übernahme durch die Allgemeinheit beruht auf dieser Vorstellung und übersieht völlig das dynamische oder schöpferische Element. Gerade das Fehlen dieser Kraft in staatlichen Betrieben bringt es aber mit sich, daß staatliche Unternehmungen auf ein begrenztes Betätigungsfeld beschränkt sind und unter gleichen Bedingungen nicht mit privaten in Wettbewerb treten können — wie die Erfahrungen in Rußland schlüssig bewiesen haben. Es ist dabei nicht einmal der Anreiz des Gewinnes der den Unterschied in der Leistungsfähigkeit bestimmende Hauptumstand. Vielmehr fällt die Art der Betätigung ins Gewicht, die bei einem privaten Unternehmen eine freie, bei staatlichen aber eine an allerlei Vorschriften gebundene ist. Die Einführung der kaufmännischen Gebarung bei Staatsbetrieben ist eine stillschweigende Anerkennung dieser Wahrheit, und die Ideologie der Sozialisierung wechselt Hand in Hand mit ihr. Es würde mich jedoch zu weit von dem eigentlichen Gegenstande dieses Kapitels ablenken, wenn ich diesen Gedankengang noch weiter verfolgen wollte.

Die vierte Schlußfolgerung ist die, daß die Sozialisierung der Industrie, wenn sie einmal ernstlich in Angriff genommen würde, verschiedene Formen von Organisationen ins Leben rufen müßte, wie sie durch die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Produktionszweigen bedingt sind, daß also die Idee, nach einem einheitlichen, symmetrischen Plane vorzugehen, undurchführbar und fehlerhaft wäre. Diese Entdeckung kommt abermals einem vollkommenen Mei-

nungsumschwung gleich. Es ist wahr, daß Marx in durchaus negativer Stellungnahme es abgelehnt hat, irgendeinen Plan für die die bestehende Wirtschaftsordnung ersetzende wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft der Zukunft niederzulegen, und daß er dieses Problem sich selbst überlassen hat. Dennoch haben die Sozialisten immer das Bild irgendeines universellen, idealen Systems vor Augen gehabt, das berufen wäre, an Stelle der gegenwärtigen „anarchischen" Unordnung zu treten. Gerade daß man die gegenwärtige Ordnung im Vergleiche zu der, die kommen sollte, eine „anarchische" nennt, bedingt die Einführung eines umfassenden, einheitlichen, nach gewissen allgemeingültigen Grundsätzen aufgebauten Systems. Tatsächlich dachte man auch überall an eine solche Form, als nach dem Kriege die Gelegenheit zur Verwirklichung des Sozialismus gekommen schien. Bei uns hatten wir sogar schon vor dem Kriege den Guild-Sozialismus (Gilden- oder Genossenschafts-Sozialismus), der einen ähnlichen Plan vertrat. Später gab es eine wahre Hochflut von Entwürfen, die alle den Hauptzug eines einheitlichen und symmetrischen Aufbaues gemein hatten. Der Plan der Bolschewisten, wie er im 1. Kapitel beschrieben ist, war nur einer von vielen. Sie zielten alle auf die Einführung einer systematischen oder „Planwirtschaft", wie man es in Deutschland nennt, hin und sahen, wenn sie auch in Einzelheiten auseinandergingen, grundsätzlich eine Hierarchie von Ausschüssen vor. Jetzt hat man die Einheitlichkeit fallen lassen, und Vielfältigkeit der Form ist auf der Tagesordnung. Besonders bemerkenswert ist die Annahme einer gemischten Organisationsform, in der staatliches und privates Kapital zusammenwirken.

Daß die Umgestaltung stufenweise vor sich gehen muß,

ist keine neue Erkenntnis, doch wurde sie durch die Erfahrungen der letzten Zeit bestärkt, und sie ist zu einer allgemeinen geworden, seitdem das russische Beispiel, dem niemand, nicht einmal die Kommunisten andrer Länder, folgen will, abschreckend gewirkt hat. Ich habe gesagt, nicht einmal die Kommunisten, denn was diese unter unmittelbarer Anleitung von Moskau herbeiführen wollen, ist nicht die bolschewistische Wirtschaftsordnung, sondern die bolschewistische politische Revolution. Sogar in Rußland selbst haben die Sowjets schon lange aufgehört, wirtschaftliche Funktionen auszuüben und sind zu rein politischen Einrichtungen geworden.

Eine andre Schlußfolgerung, die mit der stufenweisen Umgestaltung zusammenhängt, bisher aber nicht gezogen wurde, ist die, daß die Produktion während des Überganges nicht unterbrochen werden darf. Dies bedingt Zustimmung und Entschädigung der Besitzer, wenn man ein stufenweises Vorgehen im Auge hat. Sollen nämlich die Industrien eine nach der andern sozialisiert werden, so müssen offenbar Entschädigungen gezahlt werden, sonst würden die Eigentümer der noch freigelassenen Industrien nicht ruhig warten, bis man ihnen ihren Besitz raubt, sondern damit abwandern oder ihn lieber zerstören.

All das bedeutet, daß der Marxismus sich überlebt hat. Die von der geschichtlichen Klassenkampftheorie verlangte und vorausgesagte völlige Umgestaltung des wirtschaftlichen Apparates ist auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben, wenn nicht ganz aufgegeben. Sie ist mit den oben angeführten, aus der Erfahrung geschöpften Erkenntnissen unvereinbar. Die wirtschaftliche Entwicklung hat nicht den in jenen Theorien vorgezeichneten Weg genommen und strebt auch nicht nach dieser Richtung. Dies spiegelt sich, wenigstens teilweise,

in den neuen, überprüften Programmen verschiedener sozialistischer Parteien. Ich bringe deren zwei — das deutsche und das schwedische — im Anhange. Jenes ist das wichtigere wegen der Bedeutung Deutschlands und weil dieses Land so lange in der sozialistischen Bewegung führend gewesen ist. Es beleuchtet auch deutlicher als das andre den Umschwung in der Lage, der noch besser aus den Erläuterungen zu erkennen ist, die führende Sozialisten zu dem Programm geschrieben haben und die gleichzeitig mit diesem veröffentlicht wurden.

Im Jahre 1891 nahm die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Programm an, das den Sozialisten in den meisten andern Ländern als Muster diente. Man nannte es das Erfurter Programm, weil es auf einem in diesem Jahre zu Erfurt abgehaltenen Kongreß verfaßt wurde[1]). Bis zum Jahre 1921 blieb es unverändert, obwohl eine starke Gruppe der Partei mehrere Jahre hindurch eine Revision der Einleitung mit der Begründung verlangte, daß diese nicht den Tatsachen entspräche. Auf dem im Jahre 1921 zu Görlitz abgehaltenen Kongresse wurden in Anbetracht der geänderten Lage einige Abänderungen vorgenommen, und im September 1925 wurde auf dem Heidelberger Kongreß ein neues Programm in aller Form aufgestellt. Bemerkenswert ist, daß der Entwurf dazu von Karl Kautsky stammt, der auch schon das Programm von 1891 entworfen hatte und seit jener Zeit stets als der berufene Wortführer der deutschen Sozialdemokratie in theoretischer Hinsicht gegolten hat.

Die in diesem neuen Programm auftretenden Abweichungen von dem früheren sind vielfältig und lehrreich, aber ich kann mich nur mit den wichtigsten befassen. Einige davon sind

[1]) Siehe: „The Socialist Movement", II. Teil, Seiten 57—61.

natürlich durch die von der politischen Revolution geschaffene geänderte Lage bedingt worden, wie Dr. Kautsky in einer erklärenden Denkschrift auseinandersetzt. Was zur Zeit des Erfurter Programmes noch in weiter Ferne lag, war jetzt zum unmittelbaren Tatbereich geworden. Daher beschäftigt sich dieses Programm weniger mit der reinen Theorie und mehr mit praktischen Fragen, wenn auch das Endziel das gleiche bleibt.

Doch gehen die Änderungen weit darüber hinaus. Die vorangestellte Aufzählung von Grundsätzen ist stark abgeändert worden. Es ist immer noch Marxismus, aber viel weniger dogmatisch, und einige Hauptzüge der marxistischen Theorien sind verschwunden. Die unerhörte Behauptung, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit der Sicherheit eines Naturgesetzes zur Vernichtung des Kleingewerbes führen müsse, macht der weitaus milderen Feststellung Platz, daß die großen Unternehmungen infolge der inneren Gesetze wirtschaftlicher Entwicklung angewachsen sind, das Kleingewerbe zurückgedrängt und seine Bedeutung für die Gesellschaft herabgemindert haben. Das bedeutet ein — wenn auch nicht offenes — Eingeständnis, daß die kleinen Unternehmungen weder in der Industrie noch im Handel, noch in der Landwirtschaft verschwunden sind oder zu verschwinden scheinen, wie dies nach den Voraussagen Marx' der Fall sein müßte.

Wichtiger ist an dem neuen Programm die Aufgabe der Theorie, daß das Elend immer mehr zunehme — einer Theorie, die einen Hauptzug des „wissenschaftlichen Sozialismus“ bildete. Dieser Punkt war lange Zeit hindurch die Ursache von Streitigkeiten und Schwierigkeiten innerhalb der Partei, denn das Elend hatte sichtlich nicht zugenommen. Jetzt ist diese Theorie durch die Behauptung ersetzt worden,

daß im Kapitalismus dahin wirkende Strömungen am Werke seien, die nur durch unausgesetzte Bekämpfung unschädlich gemacht werden konnten. Das ist im besten Falle eine halbe Wahrheit, denn die Tatsache, daß sich die Lebensbedingungen in stets zunehmendem Maße gebessert haben, ist nicht nur den Anstrengungen der Gewerkschaften und der sozialen Gesetzgebung zu verdanken, sondern zu nicht geringem Teil den industriellen Errungenschaften des Kapitalismus, der allerlei Bequemlichkeiten und Gebrauchsartikel zu schaffen und zu verbilligen verstanden hat. Immerhin ist es schon etwas, daß der Punkt von der Zunahme des Elends aus dem Programm verschwunden ist, was einen großen Triumph für die Revisionisten bedeutet.

An andrer Stelle wird die Zweiklassen-Theorie durch die Anerkennung des Erstehens einer neuen Mittelklasse durchbrochen, einer Klasse, die wohl nicht ihrem Ursprunge nach, doch nach ihrer modernen Entwicklung als eine neue betrachtet werden kann. Sie besteht aus den geistigen Arbeitern: aus Angehörigen der gelehrten Berufe, Künstlern, Staatsbeamten, Journalisten, Lehrern, Technikern, den Beamten industrieller Unternehmungen und von Handelshäusern. Dr. Kautsky weist mit besonderem Nachdruck auf diese Klasse hin und legt dar, daß in dem Zeitraum zwischen 1882 und 1907 ihr verhältnismäßiger Anteil an der Zahl aller arbeitenden Personen in Deutschland um 176% gestiegen ist, während der der Lohnarbeiter nur um 10% zugenommen hat und der der freien Arbeiter um 33% gefallen ist. Er sieht jedoch von seinem Standpunkte aus diesen neuen Mittelstand mit hoffnungsvollen Augen an und meint, daß er — weit davon entfernt, einen Puffer zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu bilden — selbst in den Klassenkampf

gezogen sei, der die Mehrzahl seiner Angehörigen auf Seite des Proletariates finde.

Das „Heidelberger Programm" sagt von den Angehörigen dieser Klasse, daß mit dem Anwachsen ihrer Zahl die Möglichkeit für sie immer geringer werde, zu „bevorzugten Stellungen" aufzusteigen, so daß ihre Interessen immer mehr mit denen der andern Arbeiter verwachsen. Das mag für Deutschland zutreffen, ist aber gewiß in England oder Amerika nicht der Fall. Eine der häufigsten, doch am wenigsten beachteten Erscheinungen bei industriellen Streitigkeiten ist die Tatsache, daß der Beamtenstab fast immer zur Verwaltung hält und die Betriebe fortzuführen oder sie wenigstens vor Schaden zu bewahren trachtet. Auch der Zusammenbruch von Generalstreiks infolge bereitwilliger Mitarbeit der Mittelklassen ist eine oft beobachtete geschichtliche Tatsache.

Neu ist auch die Anerkennung von Konzernen und Trusts und der Macht des Finanzkapitals, das in den letzten Jahren in den gegen den Kapitalismus gerichteten Anklagen eine so große Rolle spielte.

Anderseits wird an der Theorie des Klassenkampfes festgehalten, ja, man behauptet sogar, daß die Gegensätze immer schärfer geworden seien und immer bitterer empfunden würden, was mit der Einführung von gemischten Industrieräten und ähnlichen Einrichtungen schwer in Einklang zu bringen ist.

Es sind in der Anführung der Grundsätze auch noch andre Änderungen zu bemerken, aber am meisten geändert erscheint der zweite Teil des Programmes, der die Grundlage der zu befolgenden praktischen Politik festlegt. In diesem Teile spiegelt sich der Umschwung der Lage viel deutlicher. Von acht Abschnitten, die er umfaßt, handelt nur ein einziger von

Wirtschaftspolitik, die doch den Hauptinhalt der sozialistischen Lehre bildet, — und auch die neun dort angeführten Punkte sind unbestimmter Natur und verhältnismäßig milde abgefaßt.

Mit Bezug auf die Hauptfrage, ob Privatbesitz weiter anerkannt oder verstaatlicht werden solle, wird nur vom Boden, von Bodenschätzen und von natürlichen Kraftquellen gesprochen. Diese drei sollen „der Ausbeutung durch die Kapitalisten entzogen und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden". In der Einleitung wird noch immer der Ausdruck Produktionsmittel gebraucht, aber das alte Programm war darin viel ausführlicher; es nannte Grund und Boden, Bergwerke und Zechen, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Transportmittel. Wenn man heute nur mehr ein engeres Gebiet in Betracht zieht, so geschieht dies in Übereinstimmung mit der Politik einer stufenweise fortschreitenden Sozialisierung und kann als ein Zeichen angesehen werden, daß man sich dieser endgültig zugewendet hat.

Die andern Punkte des wirtschaftlichen Abschnittes des Programmes beziehen sich auf den Ausbau von Industrie-(Whitley)räten, in denen den Arbeitern (und den Gewerkschaften) ein Einfluß auf die Organisation eingeräumt werden soll; auf die Einführung einer staatlichen Aufsicht über Trusts und Kartelle; Förderung der Produktion (durch welche Mittel ist nicht gesagt); Förderung der Besiedlung; Herabsetzung der Zölle bis zur Erreichung des Freihandels; Ausgestaltung der im staatlichen Besitz befindlichen Betriebe bei Vermeidung bürokratischer Einrichtungen (darauf wird auch noch in einem andern Abschnitte Nachdruck gelegt); Förderung von Konsumvereinen und andern gemeinnützigen, nicht auf Gewinn berechneten Unternehmungen, sowie des

Baues von Gemeinschaftswohnhäusern und auf eine Reform des Mietrechtes.

Ein großer Teil dieses Programmes hat nichts eigentlich Sozialistisches an sich und könnte sehr wohl auch von andern Parteien vertreten werden. Noch viel mehr trifft das bei den andern Abschnitten zu, die über die Verfassung, die Verwaltung, über Recht und Rechtsprechung, soziale Fragen, Unterricht, Finanz- und Steuerwesen und über die auswärtige Politik handeln. Der zeitgemäßeste und wichtigste Abschnitt ist der über das Wesen des Sozialismus, der eine Anzahl von inneren Reformmaßnahmen enthält, die entweder ganz allgemeinen Charakter haben oder sich besonders auf das Gewerkschaftswesen beziehen.

Auffallend ist, daß nirgends das Recht der Rede- und Versammlungsfreiheit erwähnt wird. Der Einwurf, daß diese Rechte ohnehin schon gewährleistet sind, ist nicht stichhaltig, denn andre Rechte, die auch schon lange verbrieft sind — wie zum Beispiel das Vereins- und Streikrecht — sind angeführt, obwohl sie viel schwerer unterdrückt werden könnten. Vielleicht sehen die Sozialdemokraten voraus, daß sie selbst in die Lage kommen könnten, die Redefreiheit aufzuheben?

Im ganzen beschäftigt sich das Programm mehr mit allgemeiner Politik und sozialen Reformen als mit dem eigentlichen Sozialismus. Es läßt erkennen, daß der Marxismus im Rückgang begriffen ist. Das zeigt sich noch deutlicher in der bei den Haaren herbeigezogenen Behauptung, daß der Klassenkampf immer härter werde, trotz — oder infolge — der neuzeitlichen Entwicklung, die zu vollkommener Demokratie, politischer Gleichstellung, sozialen Reformen, verbesserten Lebensbedingungen für den Lohnarbeiter, zu gemischten Industrieräten, höheren Überwachungsräten, die Verhält-

nisse berücksichtigender Besteuerung und ähnlichen Dingen geführt hat. Dr. Kautsky selbst gibt in seinen erklärenden Begleitworten zu, daß die Formen des Klassenkampfes mit dem Fortschreiten der Demokratie milder geworden sind, er behauptet aber gleichzeitig, daß die Gegensätze sich nur verschärft hätten, und weist auf der nächsten Seite darauf hin, daß der Kampf leicht die wildesten Formen annehmen könnte. Er meint, daß die Ansprüche der Lohnarbeiter mit jedem erfüllten Wunsche steigen und Widerstand auslösen. Es ist wohl richtig, daß die Ansprüche wachsen, der Widerstand aber ist viel geringer, als er es früher zu sein pflegte, und die Gegensätze sind sehr durch die bereits erwähnten Einrichtungen gemildert, die beide Parteien auf dem Fuße der Gleichheit zusammenführen. Die Psychologie der ganzen Bewegung ist heute vollkommen verschieden von der der marxistischen Auffassung des Klassenkampfes zugrundeliegenden, die sich auf die Annahme eines ständig wachsenden Elends gründete. Es war dies die Seelenverfassung der Verzweiflung, die Revolutionen gebiert und solche infolge des zunehmenden Elends der Kriegszeit in Rußland, Deutschland und Österreich auch tatsächlich hervorgerufen hat. Heute ist es eine Psychologie des Emporstrebens, die von einem Rückgang des Elends ausgeht, und die niemals zur Revolution führt, wie ich schon an andrer Stelle ausgeführt habe[1]). Eine Besserung — und eine solche wird auch von Dr. Kautsky zugegeben — treibt die Menschen nie zur Gewaltanwendung.

Im übrigen bestätigt Kautsky alle oben angeführten Schlußfolgerungen. Ich habe schon mehrfach seinen Ausspruch erwähnt, daß die staatlichen Unternehmungen in ihrer alten Form überall versagt hätten und nicht länger als Bei-

[1]) „The Socialist Movement", II. Teil, Seiten 168—173.

spiele in Betracht kämen. „Die Staatsbetriebe", sagt er, „sollen nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtet werden." Er verwirft auch die Einheitlichkeit und tritt für Vielfältigkeit der Organisationsformen ein. Weiter verlacht er die dem Kommunismus eigentümliche Auffassung von der Gesellschaft der Zukunft, die er — „eine Art Kasernensozialismus" nennt, „in dem jeder von einer obersten Behörde zu seiner Tätigkeit kommandiert wird und seine bestimmte Ration an Lebensmitteln, Kleidern und Wohnung zugewiesen bekommt". Kautsky meint ferner, daß die Produktionstätigkeit nicht unterbrochen werden dürfe, und daß folglich die kapitalistische Produktion auf vielen Gebieten fortdauern würde. Nur daß die Produktion erhöht werden müsse, hat er nirgends nachdrücklich betont; er nimmt bloß an, daß dies der Fall sein werde.

Der Umschwung der Verhältnisse und der Abstieg des Marxismus kommen auch dadurch zum Ausdruck, daß im „Heidelberger Programm" Lassalle seine Auferstehung feiert[1]. Der Verfasser der offiziellen Ausgabe, Paul Kampffmeyer, stellt in einigen Schlußbemerkungen Lassalle neben Marx und Engels ins volle Rampenlicht. Dies versetzt den deutschen Sozialismus um nahezu ein halbes Jahrhundert zu dem „Gothaer Programm" vom Jahre 1875 zurück, in dem ein Kompromiß zwischen den Anhängern von Marx und Lassalle geschlossen worden war, die sich jahrelang scharf befehdet hatten. Dieses Programm enthielt nur stark verwässerten Marxismus und wurde von Marx selbst scharf getadelt. Es forderte nicht den Klassenkampf und vertrat nicht die Theorie der Zunahme des Elends, enthielt dagegen Lassalles politischen Glauben an eine friedliche und freiwil-

[1]) Siehe: „The Socialist Movement", I. Teil, Seiten 51—57.

lige wirtschaftliche Umwandlung der Gesellschaft durch die Ausgestaltung freier Verbände schaffender Arbeiter mit staatlicher Hilfe. Später, als Marx erhöhten Einfluß auf den Parteiberatungen gewann, wurde Lassalle immer mehr ausgeschaltet und im „Erfurter Programm" ist keine Spur mehr von ihm zu entdecken. Wenn er heute in Verbindung mit dem neuen Programm wieder auftaucht, ist das also sehr bedeutungsvoll. Es ist eines der vielen Zeichen dafür, daß bei den Sozialisten eine starke Strömung besteht, sich von Marx abzuwenden und mehr aus den Lehren seiner Vorläufer zu schöpfen, als sie für gut befanden, seitdem sie Engels mit seiner Forderung nach einem „wissenschaftlichen Sozialismus" hypnotisiert hatte.

Das schwedische Programm macht sich im allgemeinen dieselben Richtlinien zu eigen wie das deutsche, der einzige Punkt, der besondere Beachtung verdient, ist die sehr eingehend auseinandergesetzte Politik in der ungemein verwickelten Frage des Bodenbesitzes, auf die die schwedischen Sozialisten immer sehr großes Gewicht gelegt haben. Diese Politik fordert nur die Enteignung des Großgrundbesitzes, was der allgemeinen Neigung der Gegenwart entspricht, die Sozialisierung — wenigstens vorderhand — auf die großen Betriebe zu beschränken, und eine Art Mittelweg zwischen den bestehenden Verhältnissen und einer vollkommenen Verstaatlichung darstellt. Die Landwirtschaft gibt uns, nebenbei gesagt, eine beachtenswerte, aber noch sehr wenig beachtete Lehre über das Verhältnis zwischen staatlichem und privatem Besitz. Es ist noch niemandem eingefallen, daß die weiten Landstrecken, die bereits dem Staate gehören, auch von diesem bewirtschaftet werden sollten; sie werden stets Pächtern überlassen.

X. Kapitel

Die eigentlichen Strömungen unserer Zeit

Der Sozialismus hat sich, wo man es mit ihm versuchte, nicht bewährt und alle auf ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht. Er führte in Rußland, wo er mit Volldampf eingesetzt hatte, zum vollständigen Niedergang der Nation und wurde gegen den Willen der Beherrscher des Landes zu einem Rückzug gezwungen, der heute noch andauert. Die Erklärung, es sei dort zuviel des Sozialismus auf einmal eingeführt worden, erscheint mir schwach und unzutreffend. Wenn nur seine Grundsätze gesund wären, so hätte wohl die Überhastung einige üble Folgen, niemals aber einen so vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch zeitigen können. Die Erfahrungen der Folgezeit haben denn auch gezeigt, daß seine Grundlage selbst eine falsche ist: der Grundsatz nämlich vom alleinigen Besitz des Staates und der alleinigen Leitung durch den Staat bei Ausschluß des privaten Unternehmungsgeistes. Wo dieser Grundsatz fallen gelassen und dem Privatunternehmen eine Entfaltungsmöglichkeit geboten wurde, dort zeigt sich eine Besserung; wo man daran festhielt, sind nur Fehlschläge zu beobachten.

Anderswo ist die umschichtige Politik allmählicher Sozialisierung wegen der der Frage anhaftenden Schwierigkeiten und des Mangels einer annehmbaren Formel, nach der sie

zu lösen wäre, gleich von Anfang an festgefahren. Weil aber die Sozialisten in der Stunde ihres politischen Erfolges *nicht imstande waren, mit der Sozialisierung weiterzukommen*, darf man nicht glauben, daß gar nichts geschehen und keine Änderung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft eingetreten sei. Es hat im Gegenteil große Veränderungen gegeben und der Entwicklungsprozeß dauert auf diesem Gebiete nach verschiedenen Richtungen hin noch immer fort. Es war eine der Wirkungen des Krieges, bereits bestehende Bewegungen zu beschleunigen und neue anzuregen. Diese sind wirksam und bergen große Möglichkeiten. Sie streben nach einer Neuordnung der Gesellschaft, die nicht die uns von den Sozialisten vorgeführte Form des Sozialismus annehmen, aber doch einiges von diesem an sich haben wird.

Solcher Bewegungen gibt es viele, und sie beeinflussen sich gegenseitig. Sie beschränken sich nicht auf das wirtschaftliche, sondern sind auch auf politischem und geistigem Gebiet fühlbar. Ich kann sie hier nur sehr gedrängt behandeln. Um aber die Richtung zu verstehen, in der sich unsere Zivilisation in dieser erregten Zeit bewegt, muß man weit über das Gebiet der in den vorhergehenden Kapiteln angestellten Untersuchungen hinausblicken. So muß zum Beispiel jede Betrachtung über Kapitalismus und Sozialismus in ihrer Wechselwirkung bei Neugestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Vereinigten Staaten einbeziehen, wo der Kapitalismus am höchsten entwickelt ist, der Sozialismus aber am wenigsten Halt hat. Diese Tatsache übersehen und behaupten wollen, daß der Sozialismus herrschen müsse und tatsächlich herrsche, weil der Kapitalismus zusammengebrochen sei, ist bloße Sophisterei. Die Bedeutung Amerikas für die Lösung der durch den Kapitalis-

mus geschaffenen Fragen kann nicht außer acht gelassen werden.

Die Richtungen, von denen ich spreche, können folgendermaßen eingeteilt werden: 1. Politische Demokratie, 2. Sozialreform, 3. Industrielle Demokratie, 4. Wissenschaftliche Organisation oder „Rationalisierung" der Industrie, 5. Kapitalistische Demokratie. Ich könnte noch viele andre Namen nennen, aber die aufgezählten werden für meinen Zweck ausreichen, da ich mich ja nicht in Einzelheiten einlassen, sondern nur in großen Zügen andeuten möchte, welchen Lauf die Dinge nehmen, und die Bedeutung der wichtigeren Erscheinungen der Entwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die in den verschiedenen Ländern verschiedenen neuen Elemente auseinandersetzen will. Ich werde zur Erklärung Beispiele wählen, die am bezeichnendsten für die einzelnen Strömungen sind.

1. Politische Demokratie. — Das Fortschreiten der politischen Demokratie hat zwei allgemeine Wirkungen. Es beeinflußt die Gesetzgebung, was der Hauptzweck ist; aber es hat auch eine psychologische Wirkung, die weniger auffällig, aber weitreichender und dauernder ist. Das Bewußtsein neugewonnener politischer Rechte macht sich bei den Menschen, denen sie gewährt worden sind, fühlbar und spornt sie an, sich auch auf andre Weise als durch die Gesetzgebung bemerkbar zu machen. Dies erhöht ihr Selbstbewußtsein, was sehr schön ist, wenn damit Hand in Hand eine Steigerung des Verantwortlichkeitsgefühles geht. Da diese aber gewöhnlich nachhinkt, ergibt sich ein Zeitraum, während dessen eine bedeutende Erweiterung der politischen Rechte leicht zu einer Geistesverfassung führt, die nach andern, weniger leicht und schnell zu erreichenden Veränderun-

gen schreit. Diese Richtung wird von allen forciert, die große Veränderungen herbeigeführt zu sehen wünschen, und der Erfolg ist, daß man leicht ein zu schnelles Tempo einschlägt, was wieder eine Reaktion auslöst.

Daß etwas dieser Art in Europa vor sich gegangen ist, kann man leicht erkennen. Berücksichtigt man die durch den Krieg erzeugte ungewöhnliche Erregung und die ihm gefolgten chaotischen Verhältnisse und die Welle revolutionärer Begeisterung, die über den Völkern zusammengeschlagen ist, so hat — wie mir scheint — der Aufschwung der Demokratie, der in *Mitteleuropa* am größten gewesen ist, eher einen beruhigenden als einen störenden Einfluß ausgeübt. Er war dort *im allgemeinen* von einem größeren Verantwortlichkeitsgefühl begleitet gewesen, als man unter den gegebenen Verhältnissen erwarten durfte, weshalb es zu keinen Übergriffen gekommen ist. Wäre die einzige Wechselwahl zu der alten politischen Ordnung der Bolschewismus gewesen, so wäre gewiß dieser in den neuen Republiken eingeführt worden. Einige Zeit war auch der Ausgang des Ringens zweifelhaft, aber schließlich wurden die neuen Staatengebilde ohne Bürgerkrieg durch die Demokratie gerettet. Aber auch so war der Umschwung ein ungeheurer, vor seinem Eintritt, wenigstens in Deutschland, kaum auszudenkender. Ein deutscher Sozialist, der mir bald nach Kriegsbeginn schrieb, meinte voll Vertrauens, daß es in Deutschland, was auch immer der Ausgang sein möge, niemals zu einer Revolution kommen werde. In andern Ländern scheint die Größe der durch den Sturz der Kaiserreiche herbeigeführten Umwälzung noch immer kaum verstanden zu werden. Sie war ein Triumph für die Sozialisten, die immer nach der Demokratie verlangt hatten, und öffnete die

Tür für andre Neuerungen. Diese haben nicht gerade den Sozialismus herbeigeführt, doch sind sie zahlreich und einschneidend. Ihre Wirkung erscheint mir, trotz einiger anhaftender Nachteile, im ganzen eine gute zu sein, und ich glaube, dies wird sich noch besser erkennen lassen, wenn die Nachwehen des Krieges überwunden sein werden und die Welt zu Ruhe und Vernunft zurückgefunden haben wird.

Der Aufschwung der Demokratie blieb selbstverständlich nicht auf Mitteleuropa beschränkt, doch waren anderswo, wie in Großbritannien, die Veränderungen, wenn auch bedeutend, doch nicht so große. Daß auch die Demokratie ihre Schwächen hat und besonders die Gefahr einer gewissen Unbeständigkeit mit sich bringt, ist nicht abzuleugnen. Die häufigen Wechsel der Regierungen seit dem Kriege sind auffällig. Eine Ausnahme von dieser Erscheinung machen nur Rußland, wo dank systematischer Unterdrückung des Volkes durch Bespitzelung und Gewalt eine despotische Oligarchie an der Herrschaft blieb, und Italien, wo eine überragende Persönlichkeit eine Art Diktatur über ein verfassungsmäßiges, parlamentarisches System gesetzt hat. Keiner dieser Regierungsformen kann ewige Dauer zugetraut und keine der beiden kann als ein nachahmenswertes Beispiel für andre Länder angesehen werden, denn sie sind den unaufhaltsamen Freiheitsbestrebungen im Wege, die in der Demokratie ihren Ausdruck finden. Der Mißbrauch der Freiheit dagegen führt zur Anarchie, und die politische Unbeständigkeit, die sich in manchen Ländern nach dem Kriege gezeigt hat, kommt der Anarchie sehr nahe. Sie ist eine Folge der ewigen Meinungsverschiedenheiten und der fortschreitenden Spaltung der Parteien. Das einzige Heilmittel dagegen ist eine vernünftige Verständigung auf Grund

ehrlicher Rücksichtnahme auf das Wohl der Allgemeinheit und einer Anerkennung der Wahrheit, daß Neuerungen wohl unvermeidlich sind, aber nur allmählich eingeführt werden dürfen.

2. Sozialreform. — Die allgemeinsten, wenn auch nicht die bedeutendsten Neuerungen sind auf dem Gebiete der Sozialreform durchgeführt worden und werden es noch. Der Ausdruck wird gewöhnlich für gesetzgeberische Maßnahmen gebraucht, die die Lebensbedingungen der ärmeren Klassen verbessern und die gesellschaftlichen Übel überhaupt bekämpfen sollen. Er ist nicht ganz gleichbedeutend mit „Arbeitsgesetzgebung", da er noch andres umfaßt, doch bilden die Verhältnisse und gegenseitigen Beziehungen in der Industrie den Hauptwirkungskreis der Sozialreform in wirtschaftlicher Hinsicht, und die von mir erwähnten Neuerungen fallen in diesen Rahmen. Eine solche Gesetzgebung ist nichts Neues, und keine Regierung oder Partei kann sie sich allein zuschreiben. Sie hat jedoch seit dem Kriege einen starken Antrieb erfahren: teils durch die während des Krieges geschaffenen Verhältnisse, teils durch den oben erwähnten Aufschwung der politischen Demokratie, aber auch durch den Einfluß des vom Völkerbunde eingesetzten Internationalen Arbeitsamtes. Jedenfalls steht die Sozialreform in engen Beziehungen zum Sozialismus.

Ihr Ziel ist es, gewisse besondere Übel und Mißbräuche zu mildern oder zu beseitigen, während die Sozialisten diese in Bausch und Bogen mit allen andern durch ihr ideales System abschaffen möchten. Sie ist daher sozusagen eine alternative Methode zur Erreichung desselben Zieles, woraus sich eine gewisse Gegnerschaft zwischen den beiden Richtungen ergibt. Ein vollkommener Gegensatz aber besteht

zwischen der Politik der Sozialreform und der alten Theorie des marxistischen Sozialismus, der den revolutionären Umsturz der bestehenden Ordnung infolge des Klassenkampfes und zunehmenden Elends predigte. Die Sozialreform verringert das Elend und wirkt daher in entgegengesetzter Richtung. Wie ich schon auseinandergesetzt habe, ist die ältere Ansicht zugunsten der Theorie aufgegeben worden, daß verbesserte Lebensbedingungen (die zugegeben werden müssen) das Proletariat stärken und den Klassenkampf verschärfen, also schließlich auch zur Revolution führen müssen. Diese Theorie wird in dem „Heidelberger Programm" vertreten. Es läßt den Sozialisten freie Hand, soziale Reformen zu befürworten, die demzufolge auch einen großen Raum in ihren Programmen einnehmen.

Trotzdem blieb eine gewisse Gegnerschaft bestehen. Die Sozialisten sehen in ihr nur ein Herumflicken an dem Problem, das einzig und allein durch den Sozialismus gelöst werden könne. Als Weg zu diesem und als Waffe gegen die Bourgeoisie ist der Sozialreform ein Platz eingeräumt, als Ausweg aus dem Sozialismus wird sie aber nach wie vor erbittert bekämpft. Wenn die Sozialisten soziale Reformen fordern, so geschieht das weniger, um dem Proletariate zu nützen, als um die Bourgeoisie zu schädigen. Das ist aus ihrem Widerstande gegen Maßnahmen zu erkennen, die vielleicht beiden Teilen nützen würden. Die Sozialisten haben getan, was alle Eiferer tun: sie haben Mittel und Zweck verwechselt und mehr Gewicht darauf gelegt, den Kapitalismus anzugreifen, als der Allgemeinheit zu helfen, geradeso wie die Prohibitionisten (Alkoholgegner) das gesetzliche Verbot des Alkoholhandels an Stelle eines richtigen Verbotes der Unmäßigkeit gesetzt haben. Die Allgemeinheit

aber behält das Ziel im Auge; sie wünscht Verbesserungen und beurteilt die Mittel nach dem Erfolge.

Aus diesem Grunde wird sich wahrscheinlich die Rechnung der Sozialisten als falsch herausstellen. Im Gegensatze zu ihren Theorien beweist die allgemeine Erfahrung der Menschheit, daß eine Verschlechterung der Lebensbedingungen Unzufriedenheit hervorruft, eine Besserung aber eine mindestens zeitweilige Zufriedenheit, die so lange dauert, bis sich die Lebenshaltung wieder hebt. Unzufriedenheit ist das Kind unerfüllter Wünsche. Eine kleine Geschichte aus Dean Ramsays „Reminiscences of Scottish Life and Character" (*Erinnerungen an Schottisches Leben und Schottischen Charakter*) ist typisch dafür. Ein eingefleischter Brummbär und Hetzer namens Davy Armstrong verließ sein Heimatsdorf und traf nach vielen Jahren mit einem früheren Freunde und Gesinnungsgenossen zusammen, der das alte Lied anstimmte. Davy aber wollte nichts mehr davon wissen. Sein alter Freund bemerkte zu seinem Befremden, daß er ein richtiger Aristokrat geworden war und wollte den Grund wissen. „I've a coo now" (Ich habe jetzt eine Kuh), antwortete Davy. Ich empfehle den Sozialisten, die da glauben, daß verbesserte Lebensbedingungen die revolutionäre Begeisterung zu nähren vermögen, sich diese Geschichte zu Herzen zu nehmen. Die Beherrscher Rußlands aber haben allen Grund, die Psychologie der Unzufriedenheit zu studieren, denn sie bedroht sie in hohem Maße.

Die Frage ist, ob die Besserung der Lebensbedingungen auch fortdauern kann. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß dies nicht der Fall sein sollte, wenn nur die wirtschaftlichen Grundlagen nicht durch überhastetes Handeln zerstört werden. Bisher hat die sozialreformerische Bewegung

Fortschritte gemacht und augenblicklich ist sie sehr wirksam. Sie läuft eher die Gefahr, in ein eine Reaktion auslösendes, zu hastiges Tempo zu verfallen, als die, zum Stillstande zu kommen. Die größten Erfolge wurden bisher in nachstehenden Punkten erzielt: Arbeitszeit, besonders Einführung des Achtstunden-Tages; Minimalalter für Zulassung zur Arbeit; Nachtarbeit; Wochenruhe; Vorschriften für lebensgefährliche Betriebe; Sozialversicherung. Alle diese Dinge wurden von dem Internationalen Arbeitsamt in der Absicht aufgegriffen, durch internationale Abkommen eine möglichst einheitliche Regelung zu erzielen, was eine höchst wichtige Voraussetzung weiteren Fortschrittes ist. Bisher hatte alles den Charakter von Schutzmaßnahmen und war eine direkte Fortsetzung der frühesten Gesetzgebung dieser Art. Den Armen und Schwachen die unbestimmte Wohltat des Schutzes gesetzlicher Maßnahmen gegen unwürdige Lebensbedingungen oder die Folgen von Unglücksfällen zu erweisen, ist offenbar eine wichtigere Pflicht der Gesellschaft als die, der Allgemeinheit bestimmte Vorteile zu verschaffen. Daher wird immer zuerst an jene Maßnahmen gedacht, wenn in einem Lande mit der einschlägigen Gesetzgebung begonnen wird, sie gereichen aber schließlich auch der Allgemeinheit zum Wohle.

Zwei Punkte der oben gegebenen Liste verdienen ein besonderes Augenmerk. Es sind dies der Achtstunden-Tag und die Sozialversicherung. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit war schon Gegenstand der ältesten aller modernen Reformbestrebungen. Sie hat sich langsam, aber stetig in einem Lande nach dem andern durchgesetzt. Viele Jahre hindurch befaßten sich die betreffenden Vorschriften nur mit der Arbeit der Frauen und Kinder, doch berührten sie mittelbar

auch die männlichen Angestellten der Industrien, die von Frauenarbeit abhängig waren. So wurde der Weg für die unmittelbare Anwendung der Gesetze auch auf die Arbeit der Männer bereitet. Zu Hilfe kam auch eine Bewegung, die eine Verkürzung der Arbeitszeit durch freiwilliges Übereinkommen anstrebte. In diesen Dingen ging Großbritannien voran, aber als andre Länder mehr und mehr industrialisiert wurden, folgten sie seinem Beispiele. Man kann sagen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die allgemeinste und hartnäckigste Forderung der Arbeiterschaft ist, wenn man von dem Verlangen nach Lohnerhöhung absehen will.

Der Achtstunden-Tag ist die moderne Errungenschaft dieser allgemeinen Bewegung. Er war schon vor hundert Jahren eines der am heißesten ersehnten Ideale der organisierten Arbeiterschaft in England und ist seither, mit Zwischenpausen, immer wieder gefordert worden. Der Achtstunden-Tag wurde zum erstenmal im Jahre 1888 in den Vereinigten Staaten für gewisse Kategorien von Regierungsangestellten gesetzlich festgelegt, doch wurde vor dem Kriege kein weiterer Fortschritt in der gesetzlichen Einführung gemacht. Die erste Einführung in der Industrie erfolgte in England durch den „Coal Mines Regulation Act“ vom Jahre 1908, der als eine Folge der allgemeinen Wahlen im Jahre 1906 angesehen werden kann; die Kohlenarbeiter brachten damals 16 Vertreter ins Parlament und die Labour Party trat mit 29 Mitgliedern ins Leben. Die allgemeine Einführung des Achtstunden-Tages war schon lange eine ständige Forderung in Sozialistischen Programmen gewesen, in Schweden waren bereits — allerdings vergeblich — Anstrengungen gemacht worden, sie durchzusetzen. Das einzige andre Land, das schon vor dem Kriege dem briti-

schen Beispiel folgte, war Frankreich, wo ein ähnliches Gesetz für die Bergarbeiter im Jahre 1913 angenommen wurde.

Während des Krieges wurde die Frage in verschiedenen Ländern aufgegriffen, und nachher stellte sie das Internationale Arbeitsamt an die Spitze seines Programmes. Bis zum Mai 1926 war die Washingtoner Konvention über die Arbeitszeit (Washington Hours Convention) in elf Ländern angenommen und zum Gesetz erhoben worden, während ihre Annahme in 18 andern Ländern halbwegs gesichert erschien. Eine Sonderkonferenz, die im vorhergegangenen März in London abgehalten worden war und an der Vertreter Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens teilgenommen hatten, soll einige Schwierigkeiten beseitigt haben, die damals noch einer rückhaltlosen Annahme durch Großbritannien und Deutschland im Wege standen. Mit einem Worte, der Achtstunden-Tag ist der Normal-Arbeitstag der industriellen Länder geworden, und das stellt einen großen, wirklichen Fortschritt vor. In den Vereinigten Staaten, wo es in diesen Dingen keine einheitliche Gesetzgebung gibt und noch immer außerordentlich verschiedene Arbeitszeiten in Geltung sind, zeigt sich ein ähnliches Bestreben, obwohl die Regierung im Internationalen Arbeitsamt nicht vertreten ist.

Die außerordentlich rasche Einführung der verkürzten Arbeitszeit hat einige sehr bemerkenswerte Wirkungen gezeitigt. Es ist die Frage der Beziehungen zwischen Arbeitszeit und Leistung brennend geworden. Ursprünglich war die Verkürzung der Arbeitszeit eine Maßnahme zum Schutze der Gesundheit, die nur insofern auch zu einer Erhöhung des Einkommens führen konnte, als sie Gelegenheit bot, für Über-

zeitarbeit höheren Stundenlohn zu verdienen. Man hatte daher gerechnet, daß sie mit wirtschaftlichen Verlusten verbunden sein werde und deshalb auch Widerstand geleistet. Aber schon vor dem Kriege hatten die von einzelnen Arbeitgebern angestellten Versuche und das in Amerika begonnene und in England fortgesetzte eingehende Studium der Ermüdung bei industriellen Arbeitern Zweifel an dieser Annahme aufkommen lassen und ein neues Forschungsgebiet eröffnet. Dann wurden im Kriege überall von den Munitionsarbeitern außerordentliche Anstrengungen verlangt, was die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Frage lenkte und zu eingehenderen Studien aneiferte. Man fand dabei heraus, daß eine Verminderung der Arbeitsstunden die Produktion nicht herabdrücken muß, sondern sie in manchen Fällen sogar fördert, da die Ermüdung verringert wird. Diese Entdeckung wurde begierig aufgegriffen und mußte einen starken Grund für die Forderung des Achtstunden-Tages abgeben, die schließlich mit dem bereits angeführten Erfolg in den Friedensvertrag aufgenommen wurde.

Spätere Erfahrungen haben die etwas voreilige Verallgemeinerung aus erregten Zeiten nicht ganz bestätigt. Viel systematische Forschung, genaue Beobachtungen und Versuche wurden, besonders in Großbritannien und Amerika, diesem Gegenstand gewidmet, wobei sich herausstellte, daß er viel verwickelter ist, als man einst gedacht hatte. Das Ergebnis ist von mannigfachen Umständen abhängig, besonders aber von der Art der Arbeit. Immerhin können aus den Beobachtungen einige allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die aus wirtschaftlichen Gründen dem Wohlbefinden des Arbeiters gewidmete Sorge, die sich in dieser Entwicklung

und in einigen andern damit zusammenhängenden Errungenschaften, wie den Erholungspausen und den Fürsorgeeinrichtungen ausspricht, ist eine neue Seite in den industriellen Beziehungen und hat sich ohne Zweifel in körperlicher, sittlicher und geistiger Hinsicht als wohltätig erwiesen. Die amerikanische Industrie hat diese fortschrittliche Richtung mit großer Tatkraft und viel Erfolg eingeschlagen und verdankt die führende Stellung, die sie heute in der Welt einnimmt, nicht zum geringsten Teile dem durch Verkürzung der Arbeitszeit gebotenen Ansporn. Doch die Neugestaltung der Industrie gehört eigentlich in ein andres Kapitel, und ich habe sie hier nur so nebenbei erwähnt, weil sie mit der Verkürzung der Arbeitszeit in innigem Zusammenhange steht. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der großen Streitigkeiten in der britischen Kohlenindustrie.

Es muß aber auch zugegeben werden, daß die wirtschaftlichen Erfordernisse der allgemeinen Einführung des Achtstunden-Tages oder der Achtundvierzigstunden-Woche, die eine für manche Verhältnisse besser passende Form ist, gewisse Grenzen setzen. Die Erfahrung in manchen Ländern hat gelehrt, daß die strenge Anwendung des Grundsatzes undurchführbar ist, daß Ausnahmen zugelassen werden müssen. Daß dies nicht einem Mangel an gutem Willen der kapitalistischen Arbeitgeber oder ihrer Unfähigkeit zuzuschreiben ist — sie waren, nebenbei gesagt, die ersten, die den Achtstunden-Tag freiwillig eingeführt haben —, erhellt aus dem Umstande, daß die Unmöglichkeit einer strengen allgemeinen Anwendung des Grundsatzes nirgends mehr betont wird als in den russischen Staatsbetrieben, und daß in der Praxis nirgends mehr Ausnahmen gemacht werden als dort.

In Schweden, wo ein Gesetz den Achtstunden-Tag im

Jahre 1919 provisorisch für einen Zeitraum von fünf Jahren eingeführt hat, kam die Angelegenheit im Jahre 1926 behufs neuerlicher Prüfung wieder zur Sprache. Sie bildete den Gegenstand besonderer Untersuchungen durch den Rat für soziale Gesetzgebung, dessen Bericht ein gutes Licht auf die Frage wirft und wieder einmal beweist, wie verwickelt sie eigentlich ist. Man fand, daß sich die größten Schwierigkeiten nicht bei der eigentlichen Warenerzeugung ergeben, die allgemein in erster Linie in Betracht gezogen wird, sondern viel mehr bei den damit im Zusammenhang stehenden Lager- und Versandarbeiten, wo größere Schnelligkeit und Anspannung nicht viel Sinn haben. Diese Wahrnehmung steht in Einklang mit den aus andern Ländern berichteten Erfahrungen; dort hat die Einführung des Achtstunden-Tages eine bedeutende Vermehrung der nicht an der Erzeugung beteiligten Angestellten notwendig gemacht. Die allgemein zu beherzigende Lehre ist, daß der Übergang nicht zu rasch erfolgen darf, und die kürzlich in Italien und für die englischen Kohlengruben getroffenen Entscheidungen, die eine Rückkehr zu längerer Arbeitszeit gestatten, bestätigen sie.

Die Sozialversicherung ist eine andre Schutzmaßnahme von wirtschaftlicher Bedeutung. Sie hat in der letzten Zeit eine ungeheuere Verbreitung gewonnen und bietet eine Sicherung gegen die Folgen von Krankheiten, Unfällen, Arbeitsunfähigkeit, Alter und Tod sowie der Arbeitslosigkeit. Aus kleinen Anfängen mit freiwillig beigesteuerten Beträgen von Gewerkschaften und wohltätigen Gesellschaften hat sich die Sozialversicherung zu einem gesetzlich begründeten Bau entwickelt. In dieser Entwicklung spielte Deutschland die führende Rolle, indem es im Jahre 1883 nach einem Regie-

rungsentwurfe die zwangsweise Krankenversicherung, im nächsten Jahre eine ebensolche Unfallversicherung und später eine Altersversicherung einführte. Die betreffenden Gesetze waren zuerst von den Sozialisten aufs heftigste bekämpft worden, die segensreichen Wirkungen zwangen aber diese Politiker zu einer Änderung ihrer Stellungnahme. Im Jahre 1902 erkannten sie in aller Form an, daß durch die Versicherung allerlei Unglücksfällen begegnet und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden könnten, wobei sie jedoch vorsichtig genug waren, darauf hinzuweisen, daß die bestehenden Gesetze in keiner Weise den Ansprüchen der arbeitenden Klassen gerecht würden. Seit dieser Zeit haben sie im allgemeinen die Erweiterung und Reform der Sozialversicherung befürwortet, doch waren sie ihr nie sehr gewogen; zu ihrer Entwicklung haben sie nur selten beigetragen, denn die Kritiken der Sozialisten waren recht unfruchtbar.

Andre Länder sind dem Beispiele Deutschlands nur langsam gefolgt, dennoch hat die Sozialversicherung immer mehr Boden gewonnen, und ein großer Schritt zu ihrer Verallgemeinerung geschah mit der Annahme des staatlichen Krankenversicherungs-Gesetzes (National Health Insurance) in Großbritannien, in das auch die Arbeitslosigkeit einbezogen wurde. Diese Erweiterung stellte den ersten Versuch einer staatlich organisierten, zwangsweisen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in großem Maßstabe vor. Vorher hatte es eine Menge solcher staatlich organisierter Einrichtungen auf der Grundlage freiwilliger Teilnehmerschaft gegeben. Die ersten wurden im Jahre 1893 in der Schweiz ins Leben gerufen, gewannen aber keine rechte Bedeutung; ein im Jahre 1895 in St. Gallen gemachter Versuch, die zwangsweise Mitgliedschaft einzuführen, hatte keinen Erfolg. Der

erste bemerkenswerte Fortschritt wurde im Jahre 1901 in Belgien erzielt, wo die Stadt Gent ein Verfahren freiwilliger, öffentlicher Versicherung einführte, das sich bewährte und als das Genter System berühmt wurde. Es war auf dem gesunden Grundsatze aufgebaut, die Selbsthilfe gegen Arbeitslosigkeit durch Zuwendungen aus staatlichen Mitteln zu ermutigen, und wurde von mehreren Ländern angenommen, wo es noch jetzt in Kraft ist.

Seit dem Kriege hat die Sozialversicherung an Verbreitung gewonnen, sie ist in einer stets zunehmenden Anzahl von Ländern eine ständige Erscheinung des nationalen Lebens geworden. Die einzige hervortretende Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten, wo es außer der Unfallversicherung nur freiwillige Versicherungen gibt. Im Jahre 1925 war die zwangsweise Krankenversicherung schon in zwanzig Ländern eingeführt, während viele andre die Einführung erwogen. In zwölf von diesen zwanzig Ländern, wie in Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und Rußland, umfaßt sie alle Arbeiter, in andern nur die Handels- und Industrie-, in wieder andern die Industrieangestellten allein. Zu den Ländern, in denen um diese Zeit die betreffenden Gesetze erst in Ausarbeitung waren, zählen Frankreich, Italien, Schweden, Belgien und Australien. Noch weiter verbreitet ist die Versicherung gegen Alter, Arbeitsunfähigkeit und vorzeitigen Tod. Sie ist in sechsundzwanzig Ländern mehr oder weniger allgemein eingeführt. In einigen davon, wie in Großbritannien, den britischen Dominions, Dänemark und Norwegen, treten an die Stelle der Altersversicherung Renten, zu deren Erlangung keine Beiträge geleistet werden müssen, in manchen Ländern sogar solche für Arbeitsunfähige und für Witwen.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist verhältnismäßig neu, die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Kriege hat ihr eine besondere Bedeutung verliehen. Sie befindet sich daher in einem Zustand lebhafter, aber unsicherer und ganz verschiedenartiger Entwicklung. In sechzehn Ländern, Rußland eingeschlossen, ist sie eingeführt worden, und in sieben davon — in Österreich, Großbritannien, dem Irischen Freistaat, Italien, Polen, Queensland und Rußland — ist sie eine zwangsweise. Andre Länder sind sich über die zu wählende Form noch nicht schlüssig geworden. Am vollkommensten ist das System in Großbritannien ausgebaut, wo die im Jahre 1911 eingeführte Versicherung in den Jahren 1916 und 1920 auf weitere Gebiete ausgedehnt worden ist.

Diese knappen Angaben zeigen die Sozialversicherung als eine sehr verbreitete, in lebhaftester Fortentwicklung begriffene Bewegung. Sie hat ungemein rasch von einem Lande auf das andre und von einem Gebiete auf das andre übergegriffen. Neuerdings ist sie von der Arbeitslosigkeit auch auf Witwenschaft und Mutterschaft, als besonderen Formen von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, ausgedehnt worden. Man kann nicht umhin, sich zu fragen, ob sie nicht ein zu rasches Tempo eingeschlagen hat. Sie ist zu einer ungeheuer verwickelten Sache geworden, die eine verwirrende Fülle von Einzelheiten und eine Menge ungelöster Fragen einschließt, denen noch nicht die für eine glückliche Lösung notwendige Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Daß sie für breite Schichten der Bevölkerung große materielle Vorteile mit sich gebracht hat, ist unbestreitbar richtig, und daß sie ein im wesentlichen gesundes Mittel zur Befriedigung wirklicher Bedürfnisse darstellt, geht daraus hervor, daß sie

immer und überall aus freiwilligen Anstrengungen erstanden ist. Zwangsweise Einführung und Erweiterung aber beziehen noch andre Elemente ein, und für sie gibt es bisher noch kein anerkanntes Leitprinzip. Daher manche Mängel und Nachteile und nicht wenig Überflüssiges, daher auch der immer lauter werdende Wunsch nach Vereinheitlichung und Vereinfachung der Systeme, die bisher leider sehr verschieden sind. Das ganze Problem muß noch an Hand der gemachten Erfahrungen einer gewissenhaften technischen Überprüfung unterzogen werden, um leitende Grundsätze festlegen zu können. Es wäre sehr schade, wenn die Methode der Versicherung durch falsche Anwendung oder falsche Kostenberechnung das allgemeine Vertrauen verlöre und ein Rückschlag einträte.

Noch eine moderne Einrichtung des Arbeiterschutzes bleibt zu erwähnen übrig. Es ist dies die Festsetzung eines Mindestlohnes. Dieser Ausdruck wird höchst oberflächlicherweise in verschiedenem Sinne und für verschiedene Verhältnisse verwendet, mit dem gewöhnlich von unklaren Vorstellungen ausgehenden Erfolg. Tatsächlich bestehende Unterschiede werden durch die Gleichheit der Bezeichnung verwischt, und *die Ursachen, die einer bestimmten Absicht zugrunde liegen,* werden stillschweigend einer andern unterschoben. Wenn die Maßnahme ursprünglich das Ziel verfolgte, einer bestimmten, in besonders schlechten Verhältnissen befindlichen Arbeiterklasse aufzuhelfen, ist die Festsetzung von Minimallöhnen heute zu einem Mittel geworden, die Löhne zuerst einander anzugleichen und dann wiederum zu erhöhen. Gleich den andern bereits angeführten Maßnahmen war auch diese schon vor dem Kriege bekannt, doch hat sie sich nach ihm stark fortentwickelt.

Der Gegenstand ist zuerst im Jahre 1889 in Großbritannien aufgegriffen worden, wo ein eigens gewählter Ausschuß des Oberhauses eine Untersuchung in Angelegenheit der sogenannten „sweated trades" oder Ausbeutung der Arbeiter durchführte. Die Nachforschungen ergaben, daß das „sweating" — das heißt, die Festsetzung außerordentlich niedriger Löhne für hilflose Personen seitens skrupelloser Unternehmer — tatsächlich vorkomme, der Ausschuß empfahl daher einige Maßregeln gegen diesen Unfug. Das Handelsministerium stellte darauf in gewissen Industrien, in denen hauptsächlich Frauen verwendet werden, eine Untersuchung an. In den Jahren 1907 und 1908 wurden dem Unterhause Gesetzentwürfe zur Verhinderung der Arbeiterausbeutung vorgelegt, die sich besonders gegen jene Industrien richteten, die Frauen-Heimarbeit in Anspruch nehmen. Es sollten zu diesem Zwecke Lohnämter errichtet werden, in denen Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam und in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines unabhängigen Obmanns vertreten sein sollten. Die Entwürfe wurden von einem besonderen Ausschusse des Unterhauses gebilligt, und im Jahre 1909 ging ein entsprechendes Gesetz durch, das Lohnämter zur Festsetzung von Mindestlöhnen für Schneider-, Spitzen-, Netz- und Kettenschmiedearbeiten einführte und das Handelsministerium ermächtigte, dieses System auch auf andre Industrien auszudehnen, bei denen eine Ausbeutung der Arbeitskräfte vorkommen sollte.

Es war dies die einzige wirksame Maßnahme dieser Art, die vor dem Kriege durchgeführt wurde, obwohl ein Versuch in dieser Richtung auch in Frankreich mit einem im Jahre 1899 erschienenen Erlaß gemacht worden war. Das englische Gesetz fand allgemeinen Beifall, weil es sich her-

ausgestellt hatte, daß die in den betreffenden Industrien beschäftigten Heimarbeiter — hauptsächlich Frauen — außerordentlich schlecht bezahlt und nicht in der Lage waren, sich selbst zu erhalten. Zweck des Gesetzes war es also, ihnen einen Mindestunterhalt zu sichern. Die Bewegung begnügte sich aber nicht lange mit dem Erreichten. Im Jahre 1912 wurde als Folge eines allgemeinen Kohlenarbeiterstreiks ein Gesetz angenommen, das Mindestlöhne für diese Arbeiterklasse festsetzte. Diese Verfügung brachte einen neuen Grundsatz zum Ausdruck, denn niemand konnte behaupten, daß die Kohlenindustrie eine „sweated industry", eine ausbeuterische Industrie sei, oder daß die Kohlenarbeiter eine nichtorganisierte, hilflose Klasse vorstellten wie etwa die Näherinnen. Sie verdienten im Gegenteil mehr und waren, wie sie eben bewiesen hatten, strammer organisiert als die meisten andern Arbeiter. Für die öffentliche Meinung und auch für die Regierung war dabei die Erwägung maßgebend, daß sich der Streit hauptsächlich um Beseitigung des Einflusses ungewöhnlicher Verhältnisse auf die Verdienstmöglichkeit der Kohlenarbeiter drehte, die sich beklagten, daß sie oft infolge von Naturereignissen verhindert seien, so viel zu verdienen, als ihnen sonst möglich wäre. Die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne beseitigte die Wirkung solcher Fälle, indem ein bestimmtes Durchschnittseinkommen gesichert und der Akkord- bis zu einem gewissen Grade durch Stundenlohn ersetzt wurde.

Infolge verschiedener Neueinrichtungen in der Kriegsindustrie wurde im Jahre 1918 durch ein neues Gesetz derselbe Grundsatz auch für andre Arbeiterklassen in Anwendung gebracht, indem das Handelsministerium ermächtigt wurde, das System auch auf „non-sweated trades", das

heißt auf Industrien anzuwenden, bei denen von einer Ausbeutung der Arbeitskräfte nicht geredet werden konnte, und Mindeststundenlöhne für Akkordarbeiter festzusetzen, um deren durchschnittlichen Verdienst demjenigen der Zeitarbeiter auf alle Fälle anzugleichen. Gleich nach dem Kriege war von den Gewerkschaften ein Versuch ausgegangen, die gesetzliche Festsetzung eines allgemein gültigen Mindestlohnes herbeizuführen, was den Arbeitern „ein vernünftiges Auskommen" ermöglichen und einen vorläufigen Schritt zur Besserung der *allgemeinen Lebenshaltung* vorstellen sollte. Die Regierung kam diesem Verlangen insoweit entgegen, als sie die Wirksamkeit der betreffenden Gesetze auf mehrere weitere Industrien ausdehnte und die Einsetzung einer Kommission zum Studium der Frage allgemeiner Einführung eines Mindestlohnes vorschlug. All dies ereignete sich unter dem Einflusse der allgemein herrschenden Erregung und der allgemeinen Enttäuschung darüber, daß dem Abschlusse des Krieges nicht, wie man geglaubt hatte, eine Zeit unerhörten Wohlstandes für alle gefolgt war. Der wirtschaftliche Tiefstand der Jahre 1920 und 1921 wirkte jedoch ernüchternd, und es wurden vielfach abfällige Äußerungen über mißbräuchliche Anwendung der betreffenden Gesetze laut, was dazu führte, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, der ihre Auswirkungen zu überprüfen hatte. Das Ergebnis dieser Untersuchung war die Feststellung, daß die Gesetze von guter Wirkung waren, wo es sich wirklich um „sweating" (Ausbeutung) handelte, daß aber mit ihrer Ausdehnung auf andre, nicht geeignete Arbeitsgebiete innegehalten werden sollte.

Auch in andern Ländern hatte die Mindestlohn-Gesetzgebung immer in der Absicht begonnen, die Arbeiter vor

Ausbeutung zu schützen und ihnen auskömmliche Löhne zu sichern. Die einzigen, die solche Maßnahmen schon vor dem Kriege ergriffen hatten, waren Frankreich und Australien. In Australien war die Bewegung, die 1896 im Staate Victoria mit der Einführung von Lohnämtern für gewisse Industrien eingesetzt hatte, schon vor dem Kriege in ein ganz andres Stadium getreten und mit industriellen Streitigkeiten und der Einführung zwangsweiser Schiedsgerichte verquickt worden. Der Grundsatz, daß für besondere Fälle ein *auskömmlicher Lohn* gesetzlich festzusetzen sei, wurde in das Prinzip umgewandelt, durch Schiedsgerichte einen „living wage", einen die Lebensführung ermöglichenden Lohn, allgemein bestimmen zu lassen.

In den meisten Ländern ist während und nach dem Kriege das Prinzip der Mindestlöhne nur im Sinne der erstgenannten Auffassung zur Anwendung gebracht worden, so in Österreich, Frankreich und Norwegen, in der Tschechoslowakei und der Schweiz, in mehreren amerikanischen Staaten und in Kanada. Doch besteht das Bestreben, es in gleicher Richtung wie in Großbritannien und Australien auszubauen. In Deutschland, wo schon im Jahre 1911 Arbeiterkammern für die Heimarbeiter eingeführt worden waren, denen jedoch nicht das Recht zustand, Lohnsätze zu bestimmen, wurden diese Kammern durch ein im Juni 1923 angenommenes Gesetz ermächtigt, dies zu tun, wo die Entlohnung eine „offenkundig unangemessene" sei, sowie Mindestlöhne festzusetzen und bereits bestehende Abmachungen für die gesamte Industrie derselben Art verbindlich zu machen. Die Übung, besondere Abmachungen oder Lohnbestimmungen zu allgemein verbindlichen zu machen, ist eine andre der die Frage immer verwickelter gestaltenden Erscheinungen. Sie wird nach den

jetzt bestehenden deutschen Gesetzen beim Einigungsverfahren allgemein geübt, was der Einrichtung zwangsweiser Schiedsgerichte sehr nahe kommt. Doch hat sich bereits ein gewisser Widerstand dagegen fühlbar gemacht, und das Arbeitsministerium hat als Bedingung festgesetzt, daß besondere Lohnsätze nur dann für allgemein verbindlich erklärt werden dürfen, wenn wichtige öffentliche Belange es erfordern.

Man erkennt, daß die ganze Frage im Vorwärtsrollen begriffen ist. Doch hat das Bestreben, den gesetzmäßigen Mindestlohn zu sehr hinaufzutreiben, manchenorts eine Reaktion ausgelöst, teils weil es die Freiheit zu sehr beschränkt, teils weil der Mindestlohn geneigt ist, der Höchstlohn zu werden.

3. Industrielle Demokratie. — Die eben in dem Abschnitt über Sozialreform besprochenen Maßnahmen hatten, wie ich auseinandergesetzt habe, wenigstens in ihren Anfängen einen gegenpoligen Grundzug, das heißt, sie waren darauf berechnet, bestimmte, anerkannte Übel zu beseitigen und besondere Bevölkerungsschichten vor einem Untergange infolge ihrer Schwäche oder infolge von Unglücksfällen zu bewahren, ohne ihre Unabhängigkeit zu zerstören. Das Prinzip hat immer mehr den Beifall der Öffentlichkeit gefunden und hat sich nicht nur auf menschenfreundlichem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete als gerechtfertigt erwiesen. Es wünscht wohl auch niemand, zu den früheren Verhältnissen zurückzukehren. Das Prinzip läßt sich jedoch nur innerhalb gewisser Grenzen zur Anwendung bringen und dient, wenn es gewaltsam auch auf Verhältnisse und Klassen ausgedehnt wird, die einer solchen Hilfe nicht bedürfen, weder menschenfreundlichen noch wirtschaftlichen Zwecken, sondern bringt in diesem Falle bloß den Nachteil mit sich,

daß die Arbeitslust verringert wird. Was als Rettungsgürtel für Schwache und Unglückliche gedacht ist, kann nicht eine fühlbare Besserung der allgemeinen Lage des Lohnarbeiters herbeiführen; dazu bedarf es eines ganz andern Werkzeuges, und hier beginnt die Sendung der industriellen Demokratie.

Dieser Ausdruck ist verhältnismäßig neu und seine Bedeutung noch nicht fest umschrieben. Er ist erst seit dem Kriege allgemein gebräuchlich geworden und hat verschiedene Auslegungen gefunden. Im großen und ganzen aber ist wohl zu verstehen, was er meint. Er bedeutet eine Stufe des Fortschrittes der industriellen Entwicklung in der Richtung der Erfüllung eines schon lange gehegten, oftmals ausgesprochenen, gewöhnlich aber nur instinktiv empfundenen Wunsches der Angestellten, die als das, was sie wirklich sind, als Mitarbeiter des Unternehmers, und nicht nur als lebendige Werkzeuge behandelt werden möchten. Die industrielle Demokratie bedeutet das Zugeständnis an die Arbeitnehmer, als Gleichberechtigte bei der Führung des Geschäftes insoweit mitreden zu dürfen, als ihre eigenen Interessen dadurch berührt werden. Das ist ein wirklicher Fortschritt mit einer langen Vorgeschichte, die sich eigentlich mit der Geschichte der Gewerkschaften deckt. Man kann die nacheinander getanen wichtigsten Schritte genau verfolgen: zuerst Zusammenschluß, dann das gesetzliche Recht der Vereinsbildung, die Bildung der Gewerkschaften, deren Anerkennung seitens der Arbeitgeber, Kollektivverträge, gelegentliche Verhandlungen und schließlich eine ständige Einrichtung für gemeinsame Beratungen zwischen Gleichberechtigten.

Die Bewegung hatte diese Stufe bereits vor dem Kriege erreicht — allerdings nur in Großbritannien und Frank-

reich, in welchen Staaten der Grundsatz in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen war: — und zwar in Frankreich durch das Gesetz über Einigungsverfahren und Schiedsgerichte vom Jahre 1892 und die sogenannten Conseils de Prud'hommes-Akte vom Jahre 1907; in Großbritannien durch den Conciliation Act (Gesetz über das Einigungsverfahren) vom Jahre 1896. In beiden Fällen war eine freiwillige Inanspruchnahme der Schlichtungsämter vorgesehen, wobei sich in Frankreich nur geringe Erfolge zeigten.

In keiner andern Hinsicht aber ist das industrielle Leben durch den Krieg so sehr umgemodelt worden als in dieser. Nicht nur, daß sich die Fragestellung in praktischer und gesetzgeberischer Hinsicht veränderte: es hatte sich in der ganzen Atmosphäre ein Wechsel vollzogen. Das spiegelt sich in dem gebräuchlich gewordenen Ausdrucke „Industrielle Demokratie", der herangezogen wurde, um eine neue Ordnung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu bezeichnen, welche besondere Form sie auch immer annehmen mögen. Ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit, die dem Gedanken in volkswirtschaftlichen Betrachtungen und in der Industrie-Politik eingeräumt wurde, ist darin zu erkennen, daß die schwedische Regierung im Jahre 1920 eine Studienkommission für „Industrielle Demokratie" eingesetzt hat. Der Gedanke hat seit dem Kriege allgemeine Verbreitung gefunden, und ein Land nach dem andern hat Versuche gemacht, ihn zu verwirklichen. Der Hauptgrund für sein Vordringen ist in dem Bedürfnis nach einem Frieden in der Industrie zu suchen, das — besonders in Großbritannien — schon vor dem Kriege zu der oben geschilderten Entwicklung der Dinge geführt hatte und durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage nach dem Kriege bestärkt

worden ist. Die Notwendigkeit der Produktion und die Unmöglichkeit, sie in einem Dunstkreis ewigen Haders zu sichern, sind Unternehmern, Staatsmännern und allen einsichtsvollen Leuten in dieser Zeit deutlicher geworden als je zuvor, woraus ein erhöhtes Friedensbedürfnis entsprungen ist. Der Grundsatz, Streitigkeiten durch vernünftige Aussprache zuvorzukommen, war an Orten zur Geltung gelangt, wo man früher niemals daran gedacht hatte. In den kriegführenden Ländern, wo die Notwendigkeit der Erzeugung von Kriegsmaterial die Menschen einander näherbrachte und der Lohnarbeiter in noch nicht dagewesener Weise anerkannt wurde, sind die Erfahrungen gesammelt worden, die den Weg wiesen, wie es gemacht werden müsse. Es war, als hätte sich plötzlich eine Tür aufgetan und den Menschen den Zutritt in einen unbekannten Raum eröffnet. Dem Bedürfnis, Streitigkeiten auszuweichen, hat sich die Erkenntnis zugesellt, daß ein Zusammenwirken wirkliche Vorteile bringt.

Der Umschwung war natürlich in den Ländern am fühlbarsten, wo die Bewegung bis dahin am schwächsten gewesen, er machte sich weniger bemerkbar in Großbritannien und Frankreich, wo diese Bewegung die größten Fortschritte aufzuweisen hatte. In Großbritannien hat sich die Sache in der alten Richtung fortentwickelt, nur sind die Maßnahmen verallgemeinert und in der Form der Whitley Councils zu einem System verdichtet worden. In Frankreich ergab sich wegen der verwüsteten Gebiete eine andre Lage. Der Wiederaufbau war zu einer nationalen Aufgabe geworden, und das Gefühl, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen, einte die Menschen zu gemeinsamer Anstrengung. Es ist dort kein förmlicher Umschwung eingetreten, aber der glückliche Hang der Franzosen zu schlagkräftigen Ausdrücken hat der Welt

eine Formel für das Nachkriegs-Wirtschaftsideal geschenkt, die alle Elemente der Zusammenarbeit in sich begreift und allgemein anwendbar ist. Sie lautet: „Höchstproduktion bei geringster Arbeitszeit und Höchstlöhnen — Maximum an Ausstattung mit Betriebsmitteln zur Erzielung eines Höchstertrages bei geringsten Herstellungskosten." Es ist zu bemerken, daß dieses Losungswort von den Gewerkschaften ausgegeben worden ist.

Von den andern Ländern sind in dieser Beziehung zwei besonders beachtenswert, teils wegen ihrer industriellen Bedeutung, teils wegen der großen Wandlungen, die sich dort unter dem Einfluß des Gedankens der Industriellen Demokratie vollzogen haben. Ich meine Deutschland und die Vereinigten Staaten. Die Verhältnisse sind in beiden Ländern die denkbar verschiedensten, und dementsprechend ist auch die Art der Bewegung in beiden eine ganz verschiedene. In Deutschland, das in eine verzweifelte wirtschaftliche Lage versetzt worden war, aber an Ordnung und Gehorsam gegen die Behörden gewöhnt ist, hat sie den größten Fortschritt gemacht und eine ganz systematische Form angenommen; in Amerika, das von dem Kriege unberührt geblieben war und sich einer wirtschaftlichen Blütezeit sondergleichen erfreut, hat sie sich im Rahmen freiwilliger Verständigung stark verbreitet, so daß ihr Entschlußgeist und Vielfältigkeit als bezeichnende Merkmale anhaften. Zwischen diese beiden äußersten Grenzen lassen sich alle andern Beispiele einreihen. Ich kann hier beide nur in großen Zügen besprechen.

In Deutschland ist die Bildung von Ausschüssen zur Vertretung der Arbeiter in einzelnen Unternehmungen durchaus nicht neu. Zuerst wurde diese Einrichtung von wohlwollenden Arbeitgebern geschaffen, schon im Jahre 1891 je-

doch fand sie gesetzliche Billigung im Arbeiterschutz-Gesetz, das die freiwillige Bildung solcher Ausschüsse gestattete. Es ist ganz gut möglich, daß die russischen Sozialisten, Lenin eingeschlossen, den Keim der Sowjet-Idee dieser deutschen Einrichtung entlehnten. Durch sie wurde eine Vertretung der Arbeiterinteressen anerkannt, ihre praktische Wirkung aber hing völlig von der Haltung der Arbeitgeber ab und war nicht sehr groß. Ein weiterer Schritt wurde nach der Spanne argen wirtschaftlichen Niederganges getan, die zu Beginn dieses Jahrhunderts anhob. Im Jahre 1905 wurde ein Gesetz angenommen, das die Einsetzung von Arbeiterausschüssen für alle preußischen Kohlengruben, die mehr als hundert Arbeiter beschäftigten, zur Pflicht machte; später wurde die Wirksamkeit dieses Gesetzes auch auf andre Teile des Reiches ausgedehnt. Bei all diesen Einrichtungen war jedoch der Grundsatz gleichberechtigter Vertretung noch nicht anerkannt, und es war vor dem Kriege auch kein weiterer Fortschritt in dieser Richtung zu verzeichnen.

Die industriellen Nöte der Kriegszeit brachten einen großen Wandel mit sich, der im Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 Ausdruck fand, das die Arbeiterausschüsse vorschrieb, ihnen erhöhte Befugnisse erteilte und gemischte Schiedsgerichte einsetzte. Der Geist, der in diesen Verfügungen an den Tag getreten war, erstarkte im weiteren Verlaufe des Krieges, so daß sich bei dessen Abschluß Arbeitgeber und -nehmer gegenseitig als Mitarbeiter ansahen. Das zeigte sich in überzeugender Weise schon wenige Tage nach der Revolution. Wichtige Arbeitgeber-Verbände trafen mit den Gewerkschaften am 15. November 1918 eine Vereinbarung über den Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Industrieverbande, wodurch den Ar-

beitnehmern in aller Form das Recht zugestanden wurde, an der Leitung der Betriebe teilzunehmen. Diese Vereinbarung, die von der einstweiligen Regierung anerkannt wurde, war weitaus förmlicher und bedeutungsvoller als die in Großbritannien im Jahre 1917 geschaffene National Alliance of Employers and Employed (Nationalverband der Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Jenes Abkommen wurde später außer Kraft gesetzt, bildete jedoch die Grundlage für die nun schrittweise folgende wichtige Gesetzgebung[1]).

Der erste Schritt war eine am 23. Dezember 1918 herausgegebene Ministerialverordnung, die den gemeinsamen Industrieverband bestätigt und seine Aufgaben in gewissem Sinne festlegt. Der zweite Schritt — am 11. August 1919 — war die „Verankerung" der Einrichtung der Betriebsräte in der Verfassung (Artikel 165). Der dritte (4. Februar 1920) die Annahme des Betriebsrätegesetzes mit den Durchführungsbestimmungen zu Artikel 165 der Verfassung. Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß diese Maßnahmen, die dem Arbeiter in gesetzlicher, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eine ganz neue Stellung einräumten, nicht ohne viele Debatten und großen Widerstand von verschiedenen Seiten entworfen und angenommen wurden. Die öffentliche Meinung aber war auf seiten der darin vertretenen Grundsätze. Den heftigsten Widerstand leisteten die revolutionären Soldaten- und Arbeiterräte, die sich im Oktober gebildet und nach der Revolution verbreitet hatten, wie im III. Kapitel berichtet. Diese Körperschaften hatten mit den eben genannten Betriebsräten nichts zu tun. Die Arbeiter-

[1]) Siehe: Feig und Sitzler „Betriebsrätegesetz" (Franz Vahlen) und Marcel Berthelot „Works Councils in Germany" (Betriebsräte in Deutschland), herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamte.

und Soldatenräte waren nach bolschewistischem Muster gebildet worden, und ihr Hauptziel war die Errichtung eines bolschewistischen politischen Systems. Sie stemmten sich heftig gegen jede verfassungsmäßige Politik und ganz besonders gegen eine industrielle Politik der Verständigung und des Zusammenwirkens mit den Arbeitgebern, wie sie von den Mehrheitssozialisten und den Gewerkschaften gebilligt worden war. Ausschlaggebend waren die letztgenannten, die sich auf der Nürnberger Versammlung im Juli 1919 zugunsten der verfassungsmäßigen Betriebsräte aussprachen. „Im Einverständnis mit den Gewerkschaften und von deren Macht unterstützt, werden die Betriebsräte die demokratischen Grundsätze in den Fabriken zur Geltung bringen. Die Grundlage einer solchen Demokratie ist der gesetzlich sanktionierte und Gesetzeskraft besitzende Kollektiv-Arbeitsvertrag."

Dies bestimmte das Wesen der Betriebsräte: sie sollten einen Teil des Betriebes der Gewerkschaften bilden und nicht Nebenbuhler mit politischen Zielen werden. Das Ringen um die Herrschaft aber, das später wieder einsetzte, hinterließ dauernde Nachwirkungen. Es ist der Grund für die feste Entschlossenheit der deutschen Gewerkschaftler, sich im Gegensatz zu ihren britischen Kollegen, mit Moskau nicht einzulassen.

Die Grundsätze und die Form der neuen Ordnung wurden in allgemeinen Ausdrücken in Artikel 165 der Verfassung festgelegt, der beginnt:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte

mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat."

Die Verfassung gibt dann fortfahrend die Grundzüge für die Errichtung gemischter Bezirkswirtschaftsräte und eines Reichswirtschaftsrates an, in denen die oben genannten Arbeiterorganisationen mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden zusammentreten sollen. Was die Sozialisten damals über die Stellung der Betriebsräte in der Industrie dachten, erhellt aus einer Erklärung in dem führenden Sozialistenblatt „Vorwärts":

„Aufgabe der Betriebsarbeiterräte ist es, an Stelle des autokratischen ein demokratisches System der Geschäftsgebarung einzuführen, die eigenmächtige Entscheidung des Arbeitgebers durch die Mitwirkung der Arbeiter bei allen Fragen, die sie angehen, zu ersetzen und so eine neue Arbeiterverfassung vorzubereiten. Anders steht es mit den Fragen, die die ökonomische und technische Verwaltung der Betriebe betreffen. In dieser Beziehung können dem Betriebsarbeiterrate nicht gleiche Rechte wie dem Unternehmer eingeräumt werden, sondern nur ein Aufsichts- und Inspizierungsrecht. Direkte Teilnahme der Arbeiter an der Geschäftsleitung wäre nicht Sozialismus, sondern Syndikalismus[1])."

Die Aufstellung dieses Grundsatzes ist sehr bemerkenswert, da sie aus einer maßgebenden sozialistischen Quelle

[1]) Der „Vorwärts" vom 10. August 1919, angeführt von Marcel Berthelot in seinem Buche „Works Councils in Germany", Seite 19.

stammt. Es mag sein, daß man dadurch die Befürchtungen der Arbeitgeber zerstreuen wollte, die fanden, daß die bereits vorbereiteten und veröffentlichten Gesetzentwürfe über die Betriebsräte zu weit gingen, obwohl sie grundsätzlich damit einverstanden waren. Dieser Zweck wurde jedoch nicht erreicht, die Unternehmer setzten sich gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes heftig zur Wehr. Anderseits behaupteten die Mehrheits-Sozialisten, daß die Entwürfe nicht weit genug gingen, während der linke Flügel sie überhaupt ganz verwarf. Schließlich wurde das vielfach abgeänderte Gesetz von der Nationalversammlung mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen. Es war zugegebenermaßen ein Kompromiß zwischen einander widerstreitenden Ansichten, wie auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung", ein halbamtliches Organ, erklärte. Diese sagte, das Gesetz bedeute nur eine zeitweilige Lösung der Frage und einen Schritt zur Herbeiführung einer neuen Ordnung:

„Jedenfalls bedeutet das Gesetz eine neue Ära im Wirtschaftsleben unseres Staates. Es sichert dem Arbeiter die Mitarbeit in den Fragen der Produktion und ist vor allem der erste Schritt zu einer Organisation gemeinsamer Arbeit und zur Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten und aller Berufe an dem Ausbau des wirtschaftlichen Lebens des Staates[1]."

Das scheint mir eine sehr gute Darstellung zu sein. Es war ein Beginn, und die unverkennbare Richtung der Bewegung ist bedeutungsvoller als die bisher erzielten Fortschritte, obwohl diese nicht gering waren. Was bisher geschehen ist, war wohl so ziemlich alles, was auf einmal vollbracht werden konnte, denn solche wirtschaftliche Neuerun-

[1]) Siehe „Works Councils in Germany" Seite 27.

gen dürfen nicht überhastet werden, besonders wenn sie in gesetzlicher Form genau festgelegt werden sollen, wie dies dem Geiste des deutschen Volkes zu entsprechen scheint.

Es würde über den Zweck dieses Kapitels hinausgehen, wenn ich mich auf die Einzelheiten dieses Gesetzes einlassen wollte, das eine umfangreiche, in 6 Abteilungen gegliederte, 106 Punkte umfassende Urkunde darstellt. Ich will nur seine hauptsächlichen Bestimmungen und Wirkungen aufzählen. Es brachte die Durchführungsbestimmungen zu dem ersten Teile des in der Verfassung entworfenen, oben angeführten Planes, aber nur zum ersten Teil. Das heißt, es enthielt Bestimmungen über die Bildung von Betriebsarbeiterräten in (mit gewissen Ausnahmen) allen staatlichen und privaten Unternehmungen, die für gewöhnlich mindestens 20 Personen beschäftigen. Diese Körperschaften sollten sowohl aus Arbeitern als auch aus festbesoldeten Angestellten zusammengesetzt werden, obwohl diese auch noch eigene Ausschüsse zu bilden hatten. Kurz dargestellt waren die Aufgaben der Betriebsräte folgende: 1. Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und 2. Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke. Das ist der Wortlaut des ersten Paragraphen des Gesetzes. In einem späteren (§ 66) ist die Reihenfolge die umgekehrte. Dort lauten die ersten drei Punkte, der Betriebsrat habe 1. durch seinen Rat die Betriebsleitung zu unterstützen und dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Betriebsleistungen zu sorgen; 2. an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten und 3. zur Erhaltung des Friedens in Streitfällen durch Anrufung des Schlichtungsausschusses oder einer ver-

einbarten Schiedsstelle beizutragen. Seine weiteren Pflichten sind 4. die Durchführung der Schiedssprüche zu überwachen; 5. die Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmer zu vereinbaren; 6. das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Vereinigungsfreiheit einzutreten; 7. Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrates entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken; 8. für die Verhütung von Unglücksfällen und jeder Gefährdung der Gesundheit Vorsorgen zu treffen und die Beamten bei Durchführung der Bestimmungen zu unterstützen; 9. an der Verwaltung der Pensionskassen, der Werkswohnungen und andern Wohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken.

Die den Räten in diesen Paragraphen zugewiesene Rolle ist bescheiden genug, bei der Durchführung der Bestimmungen ergaben sich trotzdem viele Reibungen, nicht so sehr wegen Mängeln des Gesetzes als wegen der Streitsucht der Menschen, die sich bei jeder Gelegenheit zeigt. Besonders in der Kohlenindustrie gab es sehr viele Streitigkeiten. Es scheint, daß in dieser überall am schwersten zu einem Einvernehmen zu gelangen ist. Im ganzen aber hat die Einrichtung die ärgsten Stürme überstanden und sich bewährt. Es besteht nirgends die Absicht, sie fallen zu lassen, und zweifellos wird sie sich zu gegebener Zeit fortentwickeln. Die Weisheit, daß man vorsichtig vorgehen, daß man sich Zeit lassen müsse, wenn es gilt, neue Beziehungen zwischen den Menschen zwangsweise einzuführen, ist bereits genügend erprobt worden.

In Amerika bietet die Bewegung der Form nach das denkbar verschiedenste Bild; gerade das läßt aber die Ähn-

lichkeit der Geistesrichtung in beiden Ländern nur um so deutlicher erkennen. Es ist bezeichnend, daß früher sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten an dem Widerstand gegen die Gewerkschaften oder Arbeiterverbände, der sich allerdings auf verschiedene Weise geäußert hat und aus fast entgegengesetzten Gründen hervorgegangen ist, mit einer Entschlossenheit festgehalten wurde, die in Großbritannien und einigen andern Ländern schon lange nicht mehr herrschte. Wenn diese beiden, nach Art und Überlieferung so verschiedenen Länder, jedes nach seiner Eigenart, den gleichen, ungewohnten Weg beschreiten, so haben wir es sicher mit einer weltumspannenden Bewegung zu tun.

Diese begann in Amerika, wie anderswo, während des Krieges mit der Bildung von Betriebsräten und shop committees (Werkstätten-Ausschüssen) durch die Regierung. Die amerikanischen Unternehmer hängen ebenso leidenschaftlich an dem Grundsatze der Handlungsfreiheit, wie die deutschen nach festen gesetzlichen Bestimmungen verlangen, weshalb die zwangsweise Einführung dieser Neuerung in den Vereinigten Staaten von den Unternehmern nicht mit sehr freundlichen Augen angesehen wurde. Wenn sie später freiwillig angenommen wurde, so muß das ihren Erfolgen zugeschrieben werden, die alle Vorurteile besiegten. Die Einrichtung hat sich jedenfalls verbreitet und gewinnt auch noch nach dem Kriege an Boden. Im Jahre 1919 bestanden 225 Betriebsräte, in denen 391 400 Arbeiter vertreten waren; im Jahre 1922 waren es 725 für 690 000 Arbeiter und im Jahre 1924 bereits 814 für 1 117 037 Arbeiter. Verschiedene Industrien hatten bis dahin die Neuerung angenommen, mehr als die Hälfte der Zahlen jedoch entfiel auf die Metall-, Holz- und Buchdruckerei-Industrie. Die

Praxis hatte in der Großindustrie rascher um sich gegriffen als in den kleineren Industrien: mehr als die Hälfte der in Betriebsräten vertretenen Arbeiter gehörte Unternehmungen an, die mehr als 15 000 Mann beschäftigten. Obwohl diese Körperschaften überall Betriebsräte (works councils) genannt werden, sind sie durchaus nicht einheitlich aufgebaut. Ihre Einführung ist eine freiwillige und versuchsweise, weshalb man zahlreiche Typen unterscheiden kann. Alle beruhen aber auf dem Grundsatze, daß gemeinsame Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgehalten werden sollen. Professor Feis von der Universität zu Cincinnati sagt über sie:

„Ihre Einführung bedeutete in jedem Falle das Zugeständnis eines Rechtes, das die Arbeitgeber vor dem Kriege durchaus nicht allgemein anerkannt haben — nämlich des Rechtes der Arbeiter jedes Unternehmens, mit dem Arbeitgeber gemeinschaftliche Konferenzen und Beratungen abzuhalten. Diese Praxis gemeinsamer Besprechungen, die jetzt fast überall zugelassen ist, gehört nunmehr zum Wesen der amerikanischen Industrie, und ihre tiefere Bedeutung mag sehr groß sein. Die shop committees haben stellenweise ihren Wirkungskreis derart erweitert, daß sie sich nicht nur mehr mit den Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern vielfach auch schon mit der Organisation der Produktion zu befassen haben. In andern Fällen wieder haben sich die shop committees als ein Mittel erwiesen, den Unternehmer zu genaueren Auskünften über die allgemeine finanzielle und geschäftliche Lage des Unternehmens oder der Industrie zu veranlassen, als es bisher üblich war. Der Verfasser dieses Buches zweifelt nicht, daß in nicht allzu ferner Zeit die Arbeiter eines jeden größeren Unternehmens die Errichtung irgendeiner

Art von Arbeiterrat als eine ganz selbstverständliche, unumgängliche, mit ihrer Stellung und ihren Rechten innig zusammenhängende Maßnahme betrachten werden[1].)"

In einem Briefe an das englische Blatt Spectator (Der Beobachter) vom 17. Juli 1926 sagt Mr. Murray T. Quigg, Herausgeber des New Yorker Blattes Law and Liberty (Gesetz und Freiheit):

„In Amerika sind 1 500 000 bis 2 000 000 Arbeiter innerhalb ihrer Fabriken organisiert, um ihren Wünschen gemeinsam Ausdruck zu verleihen und um gemeinsam zu verhandeln. Diese Arbeitervereinigungen haben in manchen Fabriken sehr großen Einfluß und sind dort sehr genau über die finanzielle und geschäftliche Lage des Unternehmens unterrichtet. In andern Fabriken wieder oder in Zweiganstalten derselben Unternehmungen besitzen diese Vereinigungen keinen so großen Einfluß."

Es besteht zwischen dieser Bewegung in Amerika und der in andern Ländern, nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo und hauptsächlich in Großbritannien, ein großer Unterschied, und zwar bezüglich ihres Verhältnisses zu den Gewerkschaften. In Amerika sind nämlich die Betriebsräte nicht nur ganz unabhängig von den Gewerkschaften, sondern in gewissem Sinne sogar als Gegenorganisationen geschaffen worden. Es ist wohl teilweise diesem Grunde zuzuschreiben, daß ihre Bildung von den Unternehmern begünstigt wurde. Etwas von der Feindschaft zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften hat sich während des Krieges auch in Form der Bewegung der Werkstättenvertrauensmänner (shop stewards movement) in Großbritannien gezeigt. Das Ringen zwischen den beiden Organisationen in Deutschland ist schon

[1]) „International Labour Review", Band XII, Seiten 6 und 789.

oben erwähnt worden. Aber die Bewegung der Werkstätten-vertrauensmänner ist in der Gewerkschaftsbewegung aufgegangen, und in Deutschland bestimmt das betreffende Gesetz geradezu, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften untergeordnet sind. Soviel ich erkennen kann, sind die beiden Bewegungen auch in Amerika im Begriffe, sich zu verschmelzen, oder ist es doch wahrscheinlich, daß dies geschehen wird. Die herzliche Aufnahme, die der Grundsatz der Zusammenarbeit in der Industrie bei der wichtigsten Gewerkschaftsorganisation, dem amerikanischen Arbeiterbund (American Federation of Labour), gefunden hat, wie die Worte des Präsidenten William Green besagten, läßt es als selbstverständlich erscheinen, daß zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten, die ja die Werkzeuge zur Durchführung dieses Grundsatzes vorstellen, zumindest harmonische Beziehungen hergestellt werden müssen. Dies aber erscheint mir als eine wesentliche Vorbedingung für einen dauernden Erfolg und eine weitere Entwicklung der Bewegung.

4. Die Wissenschaftliche Organisation oder Rationalisierung der Industrie. — Der Ausdruck „Rationalisierung" ist erst vor kurzem in Deutschland gebräuchlich geworden, die Sache selbst ist in Amerika am weitesten fortgeschritten. Rationalisierung bedeutet die Organisation der Industrie in genauer Übereinstimmung mit den Errungenschaften der einschlägigen Forschungen und bei Anwendung der vorteilhaftesten Methoden zur Erreichung des angestrebten Zieles. Sie ist also tatsächlich nichts anderes als die von Saint-Simon schon vor mehr als hundert Jahren angeregte Anwendung der Wissenschaft — d. h., der durch genaue Beobachtung und durch Versuche erworbenen Kenntnisse — auf die Industrie. Unter der Bezeich-

nung sind zahlreiche Probleme technischer, physiologischer, psychologischer, kommerzieller und finanzieller Natur zusammengefaßt. In Deutschland betrifft die Rationalisierung hauptsächlich die Einführung vervollkommneter technischer Methoden zur Erhöhung der Produktion, in Amerika wieder legt das Taylor System mehr Gewicht auf das physiologische Moment. Die Politik hoher Löhne und der Beratung mit dem Werkspersonal gehört zu den psychologischen Maßnahmen, die Forschungen über die Ermüdung des Industriearbeiters und die Wohlfahrtseinrichtungen haben sowohl physiologischen als auch psychologischen Hintergrund; Preisbestimmung und Marktverhältnisse sind Gegenstände der Handelswissenschaft; Beherrschung des Marktes mit Hilfe von Bankkrediten gehört zur Finanzwissenschaft.

Das alles aber sind nur verschiedene Seiten einer einzigen großen Bewegung, die, wie oben gesagt, die Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze auf die Organisation des Wirtschaftslebens anstrebt. Und das ist etwas ganz Neues. Der Fortschritt der Industrie ist schon lange von den technischen Wissenschaften abhängig gewesen, die gewöhnlich in verschiedene Zweige eingeteilt werden, als da sind: Mechanik, Chemie, Elektrotechnik, Hydraulik, Aerostatik und andre mehr. Das ist allgemein bekannt, aber die Erkenntnis, daß für den ganzen Wirtschaftsapparat durch exaktes Studium Grundsätze festgelegt und zur Anwendung gebracht werden können, ist eine neue Entdeckung und ein neuer Ausgangspunkt. So neu tatsächlich, daß nicht einmal jene, die daran arbeiten, ihrer Bedeutung ganz inne geworden sind. Sie sind ganz versunken in das Studium ihres eigenen Wissenszweiges und erblicken gar nicht den Zusammenhang mit andern. Sie sehen nicht die Bewegung in ihrem ganzen Umfang.

Das Aufkommen der Bezeichnung efficiency engineer (Leistungsfähigkeits-Ingenieur) für den Fachmann in einem Zweige der Bewegung zeigt, daß man sich von dem alten Geiste selbst dann noch nicht loslösen kann, wenn es gilt, Namen für etwas ganz Neues zu finden. Früher hat man unter Ingenieur einen Mann verstanden, der sich mehr oder weniger nur mit materiellen Gegenständen und mit Naturkräften zu befassen hatte, während es sich jetzt hauptsächlich, ja fast ausschließlich um Menschen, ihre Fähigkeiten, ihre Wünsche und Gefühle handelt. Das nämlich sind die Gegenstände der neuesten Forschung. Die praktischen Folgerungen, die aus ihr gezogen werden, bestimmt zum nicht geringen Teile die Erfahrung, wie der Mensch auf Reizmittel reagiert.

Es ist ein weites Neuland, das auf dem Gebiete der Volkswirtschaft entdeckt worden ist. Es ist eine Schöpfung des Kapitalismus. Die Sache hat nichts mit Theorien oder Moralvorschriften zu tun und bringt doch gewaltige moralische Wirkungen hervor. Noch weniger hat sie der Anregung oder dem Beispiele staatlich geführter Unternehmungen zu verdanken. Die ganze Bewegung ist von der Privatindustrie des kapitalistischesten Landes der Welt — der Vereinigten Staaten — ausgegangen. Amerika hat darin die Führung an sich gerissen und sie auch leicht in Händen behalten. Andre Länder sind ihm gezwungenermaßen nachgefolgt oder trachten wenigstens, ihm zu folgen, darunter auch Rußland, wo Lenin im Jahre 1918 erklärte, daß man eine wissenschaftliche Organisation, Akkordarbeit und einige wertvolle Elemente des Taylor-Systems einführen müsse.

Es kann selbstverständlich gar nicht die Rede davon sein, hier auch nur eine kurze Schilderung der zahlreichen Seiten

der Bewegung zu geben. Ich kann nur kurz ihren Ursprung und ihre Fortschritte berühren.

Ihr Begründer war der verewigte F. W. Taylor, der im Jahre 1874 geboren war und im Jahre 1915 gestorben ist. Wie es aber bei Pionierarbeiten oft vorkommt, begriff er gar nicht die volle Bedeutung seiner eigenen Arbeit, so daß die Schule, die er schließlich begründete, eine ganz andre Richtung einschlug, als er ursprünglich gedacht hatte, und in einem bestimmten Sinne sogar eine ganz entgegengesetzte. Er war ein Industrieller der alten Schule, und als er in der Absicht, die Leistungen zu steigern, daranging, seine Aufmerksamkeit dem Faktor „Mensch" in der Industrie seine Aufmerksamkeit zu widmen, betrachtete er diesen nur als einen Bestandteil der ganzen Maschinerie, den man durch reichliches Ölen und richtige Einfügung leistungsfähiger machen könne. Dabei dachte er aber nur an den Vorteil des Unternehmens und gar nicht daran, was den Menschen dabei zugute kommen könnte. Diese sollten nur immer angetrieben werden, was sie haßten. Daher heftiger Widerstand seitens der Gewerkschaften und nicht nur dieser allein. Auch Unternehmer zeigten sich der neuen Idee feindlich. Aber seine Entdeckung, daß man durch eingehendes Studium der ineinandergreifenden Bewegungen viel Zeit und Mühe ersparen und größere Wirtschaftlichkeit erzielen könne, war eine grundlegende Wahrheit. Einige seiner Jünger ließen sich in in ihrer Engherzigkeit, wie dies so oft der Fall ist, bei Verfolgung seiner Idee zu Übertreibungen verleiten, was die Vorurteile verstärkte. Allmählich aber wurden alle Auswüchse abgestreift, so daß der wirklich wertvolle Kern und die richtige Anwendung der Lehre erkannt wurde. Forschungen und Erfahrungen haben besonders in der Kriegszeit dazu

geführt, daß man den Grund für den Widerstand der Arbeiter und das Mittel zu seiner Überwindung erkannte, das darin besteht, die durch die neuen Methoden erzielten Ersparnisse an Zeit und Mühe auch ihnen zugute kommen zu lassen. Es führte dies zu einem Studium der Arbeiterseele, was die ganze Bewegung — namentlich nach dem Kriege — in eine Phase größerer Menschenfreundlichkeit überleitete. Heute bedeutet die Rationalisierung nicht nur viel mehr, sondern in mancher Beziehung auch etwas ganz andres als das Taylor-System. Der Grundgedanke ist: erhöhte Produktion bei verringerten Kosten oder, wie die Franzosen sagen, Maximalproduktion bei Minimalkosten. Zur Erreichung dieses Zieles gehören aber nicht nur die vollendetste, modernste technische Ausrüstung und eine Organisation auf wissenschaftlicher Grundlage, sondern auch die freudige Mitarbeit aller Angestellten. Wie sollte nun diese gewonnen werden? Das konnte nur geschehen, indem man die Arbeiter auch als Mitarbeiter behandelte, ihre Wünsche erforschte, sie aneiferte, den höchsten Lohn anzustreben, sich mit ihnen beriet, ihnen Aufschlüsse über die Geschäftslage gab, ihnen mit einem Worte Vertrauen schenkte.

Diese Politik scheint in Amerika von den Unternehmern erfolgreich genug befolgt worden zu sein und den Amerikanischen Arbeiterbund (American Federation of Labour) gewonnen zu haben, dessen Präsident, Mr. Green, im Jahre 1925 erklärte, daß „der Verband es ablehne, sich die Theorie zu eigen zu machen, daß das Zerwürfnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein unheilbares sei", und auf der gegenseitigen Anerkennung gewisser Rechte bestand. Diese Rechte seien: „das der Arbeitgeber, ihre Unternehmungen zu leiten und aus ihren Anlagen einen angemessenen Nutzen

zu ziehen — das der Angestellten, sich zu organisieren, gemeinsam zu verhandeln und sich bei den Beratungen mit dem Unternehmer durch gewählte Vertrauensmänner vertreten zu lassen". Hier ist ein Zusammenhang zwischen Nationalisierung, Industrieller Demokratie und dem System der Betriebsräte deutlich zu erkennen.

Die von der „American Federation of Labour" eingenommene freundliche Haltung muß den günstigen Erfahrungen zugeschrieben werden, die mit dem System gemacht worden sind. Die neuen Beziehungen zwischen Unternehmern und Angestellten sind eben nicht nur Theorien und Phrasenwerk, sondern haben sich in der Praxis bewährt. Bei ihrer Erprobung sind die Eisenbahngesellschaften vorangegangen. Die Baltimore- und Ohio-Bahn begann schon im Jahre 1922 mit der versuchsweisen Einführung eines von den Angestellten vorgeschlagenen Planes zur regelmäßigen Zusammenarbeit zwischen ihnen und der Verwaltung. Der Anfang wurde in einer Reparaturwerkstätte gemacht, die wegen fortwährender Streitigkeiten berüchtigt war. Man bildete dort gemischte Ausschüsse, die alle vierzehn Tage zusammentraten und Vorschläge in betreff des Betriebs, nicht aber Lohn- oder Arbeitsbedingungen besprachen. Das System bewährte sich. Dank ihm ergaben sich große Ersparnisse, die zum Teil für Lohnaufbesserungen verwendet wurden, so daß beide Teile zufrieden waren. Es wurde daher das System zuerst auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt und dann von andern Eisenbahngesellschaften übernommen. Der Organisator, Mr. Beyer, sagt in einem Bericht an die Kanadischen Staatsbahnen: „Die amerikanische Arbeiterbewegung ist endgültig aus dem Zustand einer gemeinsamen Selbstverteidigung in den der Mitarbeit zur Steigerung der Leistungen übergegan-

gen." Die Angestellten haben erkannt, daß ihr eigenes Wohlergehen von dem Erfolg des Unternehmens abhängig ist. „Sie sind", wie Green sagt, „der Meinung, daß bessere allgemeine Lebensbedingungen nur von einer Erhöhung der Produktion erwartet werden können." Und sie tun gerne mit, wenn sie auch wirklich als Mitarbeiter behandelt werden. Das ist im großen die Lehre, die aus diesen Versuchen gezogen werden kann.

In diesem Zusammenhang darf eines wichtigen Punktes nicht vergessen werden: das ist die Frage ständiger Beschäftigung. Des Arbeiters – eigentlich wohl jedermanns – Seelenstimmung wird nicht nur durch seine augenblickliche Lage, sondern auch durch seine Sorge um die Zukunft beeinflußt. Er mag mit der Gegenwart recht zufrieden sein, aber es wird sich ihm unwillkürlich die Frage aufdrängen, ob es auch so bleiben werde. Das Gefühl der Unsicherheit ist immer ein sehr unangenehmes, und die Industriearbeiter sind ihm besonders ausgesetzt, weil sie von dem Auf und Nieder des Geschäftsganges in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Angst, hierdurch um ihr Brot gebracht zu werden, verläßt sie niemals. Die Schwankungen in der Geschäftslage sind eine schon lange allgemein beachtete und vielfach studierte Erscheinung. Sie bilden einen der Hauptanklagepunkte gegen den modernen Kapitalismus und sind in hohem Maße für das Aufkommen und Fortschreiten des Sozialismus verantwortlich, der behauptet, gegen dieses wie gegen alle andern Übel das einzige Heilmittel zu besitzen.

Nebenbei möchte ich gleich hier bemerken, daß man mit den geschichtlichen Tatsachen in Widerspruch gerät, wenn man behauptet, der moderne Kapitalismus führe die Konjunkturwechsel herbei. Der Handel war wohl, solange er be-

steht, immer den Schwankungen ausgesetzt, die durch Wetter, Kriege und Krankheiten hervorgerufen werden. Jedenfalls kamen sie im Mittelalter sehr häufig vor, wo die Preisschwankungen noch heftiger und willkürlicher waren als jetzt. In der Neuzeit haben sie einen andern Charakter angenommen. Sie sind regelmäßiger geworden und erstrecken sich gewöhnlich auf alle Gebiete. Das Übel der Arbeitslosigkeit, das auch schon seit Jahrhunderten bekannt ist und beklagt wird, hat die Entwicklung des modernen Industrialismus und die Bevölkerungszunahme entschieden verschärft. Es ist unbestreitbar eine der ärgsten Krankheiten des modernen Wirtschaftslebens und schreit nach einer Behandlung. Aber schließt man nach den Erfahrungen in Rußland, wo diese Krankheiten schlimmer als anderswo aufgetreten sind, dann verfügt der Sozialismus über kein Mittel dagegen. Das Bedürfnis nach einem solchen ist seit dem Kriege dringender geworden als je, und das Problem, den Arbeitern möglichst ununterbrochene Beschäftigung zu verschaffen, ist von dem der wissenschaftlichen Organisation oder Rationalisierung nicht mehr zu trennen. Man hat diese Frage in den verschiedensten Ländern systematischer und eingehender studiert als bisher, aber, wie zugegeben werden muß, ohne viel, wenn auch nicht ohne allen Erfolg. Der Hauptgerfolg dieser Bemühungen war jedenfalls, daß man das Problem klarer erkannt, die Arten der Arbeitslosigkeit nach ihren Ursachen unterschieden und daß man allgemeine Richtlinien zur Bekämpfung des Übels festgelegt hat.

Sowohl die zwangsweise als auch die freiwillige Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit sind bereits erwähnt worden. Die Versicherung will aber nur die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit beseitigen; verhindern kann sie sie

nur indirekt und in sehr geringem Maße. Sie stellt gegenüber der reinen Unterstützung oder den „Hilfswerken", die auch nichts andres sind als verschleierte Unterstützungen, eine kleine Besserung vor, rührt aber nicht an das eigentliche Problem und kann zu Mißbräuchen führen. Die Aufgabe unserer Zeit wäre es, der Arbeitslosigkeit durch eine Stabilisierung der Wirtschaftslage vorzubeugen, wozu es — wie man bereits erkannt hat — notwendig wäre, die Schwankungen der Geschäftslage vorauszusehen. Eine Art dieser Schwankungen, die durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingte, kann man mit Sicherheit und ziemlicher Genauigkeit vorhersagen, und, ihnen zu begegnen, könnte viel mehr geschehen, als bisher versucht worden ist. Man hat sie bisher, allgemein gesagt, als ein selbstverständliches und unvermeidliches Übel angesehen und gar keinen Versuch gemacht, dieses Übel zu bekämpfen. Neuere Forschungen und Versuche, die besonders in Amerika vorgenommen wurden, haben jedoch ergeben, daß das Problem wenigstens teilweise lösbar sein dürfte[1]). Das Baugewerbe, das eines der auffälligsten Beispiele für Saisonschwankungen bietet, hat den Gegenstand besonderer Untersuchungen gebildet. Der Erfolg war, daß Hoover darüber sagen kann: „Die meisten Konstruktionstypen können jetzt fast während des ganzen Jahres und in allen Teilen der Union erbaut werden." In einem andern wichtigen Geschäftszweige — der Belieferung der Weihnachtsmärkte — ist das Problem von der „Dennison Manufacturing Company" mit vollem Erfolg

[1]) Siehe „Stabilisation of Employment in the United States" („Stabilisierung der Arbeitsgelegenheiten in den Vereinigten Staaten") von J. R. Bellerby, „Studies and Reports" („Studien und Berichte") des Internationalen Arbeitsamtes, Serie C, Nr. 11, Seiten 34—38.

gelöst worden. Anderseits kann Arbeitslosigkeit durch Todesfälle, Bankrotte und andre unglückliche Umstände herbeigeführt werden, die nicht vorausgesehen werden können. Aber diese Art der Arbeitslosigkeit, die allerdings für das Individuum große und unverdiente Leiden mit sich bringen kann, ist eine beschränkte und vorübergehende, und ihr kann durch die Versicherung entgegengewirkt werden.

Die größten Schwierigkeiten bietet die Behandlung jener Art von Arbeitslosigkeit, die man, mit einem nicht sehr glücklich gewählten Ausdruck, als „zyklische" bezeichnet[1]). Diese ist eine mehr oder weniger auf der ganzen Welt verbreitete Erscheinung, wenn auch die verschiedenen Länder in verschiedenem Maße davon betroffen werden. Und es ist an ihr sicherlich ein gewisser Rhythmus zu beobachten; aber ganz so regelmäßig, wie das Beiwort „zyklische" vermuten ließe, sind ihre Phasen leider nicht. Wenn dies der Fall wäre, könnte man ihren Eintritt, ihre Dauer und ihren Grad mit annähernder Sicherheit voraussehen und Vorkehrungen dagegen treffen. Gerade das aber kann man noch nicht. Neuere Studien zielen denn auch hauptsächlich auf das Problem der Vorhersage ab. Die Ursachen dieser Schwan-

[1]) Anmerkung des Übersetzers: Der Ausdruck wäre wohl am einfachsten und zutreffendsten mit „periodische Arbeitslosigkeit" zu übersetzen. Ich sehe mich jedoch veranlaßt, das Wort „zyklische" beizubehalten, da der britische Verfasser weitere Betrachtungen daran knüpft und da es sehr häufig vorkommt, daß solche — gewissermaßen technische — Ausdrücke der Allgemeinverständlichkeit halber in andere Sprachen übernommen werden. Der Verfasser sagt an dieser Stelle: „die man, nicht sehr glücklich, als ‚zyklische' Arbeitslosigkeit oder als Beschäftigungszyklus bezeichnet, worunter das abwechselnde Zu- und Abnehmen der Geschäftstätigkeit gemeint ist, oder — um die gebräuchlichen Jargonausdrücke zu verwenden — ‚boom' und ‚slump' (etwa Hausse und Baisse)".

kungen sind, obwohl sie von den Volkswirtschaftlern viel erörtert und über sie die verschiedensten Theorien aufgestellt wurden, niemals zufriedenstellend aufgeklärt worden. Neuerer Zeit wird ihnen übrigens weniger Aufmerksamkeit gewidmet als dem wahrscheinlichen Verlaufe der Schwankung. Es ist ähnlich wie mit dem Wetter und der Meteorologie. Es gibt unzählige Theorien über das Wetter und seine periodischen Wechsel, aber keine hat vollkommen entsprochen. Daher beschäftigt sich die Meteorologie heute mehr mit kurzfristigen Voraussagen, die es gestatten, sich vorzusehen, als mit der Ergründung der Ursachen der Erscheinung. Dasselbe gilt für die Geschäfts-Meteorologie. Die Stabilisierung der Geschäftslage mit Hilfe der Wissenschaft hängt von einer richtigen Voraussicht ab, die es ermöglicht, rechtzeitig ausgleichende Maßnahmen zu treffen.

Diese Richtung ist vielleicht bisher in Amerika mit mehr Eifer verfolgt worden als irgendwo anders, besonders infolge der Bemühungen des „Federal Reserve (Nationalbank) Board", welches Amt seit 1920 — anscheinend mit nennenswertem Erfolg — das Kreditgeschäft im Interesse der Stabilisierung nach solchen wissenschaftlichen Grundsätzen geführt hat. Ein andres Mittel, einen gewissen Ausgleich zu erzielen, ist es, die Pläne sowohl für staatliche als auch für private Arbeiten vorzubereiten, um im geeigneten Augenblicke Beschäftigung zu bieten. Auch dazu gehört Voraussicht. Der beste Dienst, den die Regierungsämter in dieser Beziehung leisten könnten, wäre wohl die Sammlung und Verbreitung möglichst vieler und genauer Daten, die der Allgemeinheit als Anhaltspunkte für ihre Arbeit dienen sollten. Man darf sich nicht vorstellen, daß Produktion und Verbrauch jemals genau in Einklang gebracht werden könnten und der

Geschäftsgang vor allen Erschütterungen zu bewahren sei. Dazu spielen viel zu viele unberechenbare Umstände mit: neue Entdeckungen und Erfindungen, Eigenheiten der Menschen und Launen der Natur, wobei gerade diese wahrscheinlich den Ausgangspunkt der Wellenbewegung bilden. Arge Stöße aber können vermieden und die Schwankungen gemildert werden; in dieser Beziehung sind auch schon in den angedeuteten und in andern Richtungen Fortschritte zu verzeichnen.

5. Kapitalistische Demokratie. — Dieser Ausdruck wird heutzutage gebraucht, um die Ausbreitung des Besitzes zu bezeichnen, die mir der hervorstechendste und wichtigste Zug der sich jetzt abspielenden Wandlungen des Wirtschaftslebens zu sein und die größte Bedeutung für den Sozialismus zu haben scheint. Das Eigentum hat für den Sozialismus und alle verwandten oder gegnerischen „Ismen" immer eine große Rolle gespielt: das persönliche Eigentum für den Individualismus, Staatseigentum für den Kollektivismus, gewerkschaftliches Eigentum für den Syndikalismus, Eigentum der Zünfte für den Gildismus (die Gildenbewegung), gemeinschaftliches Eigentum für den Kommunismus, Aberkennung jedes Eigentums für den Anarchismus. Tatsächlich ist die Eigentumsfrage der Punkt, um den sich alles dreht. Und was heute vor sich geht, ist nichts andres als eine ungeheuer rasche Vermehrung der Eigentümer, die ein Zerfließen des Kapitals in verschiedener Form und infolge verschiedener Ursachen darstellt.

Die Erscheinung ist in der Form von Sparkassen, Konsumvereinen, Baugenossenschaften, Versicherungen, öffentlichen Anleihen und Aktiengesellschaften schon lange erkennbar, ohne daß man ihr viel Aufmerksamkeit geschenkt, je-

denfalls aber, ohne daß man ihre soziale Bedeutung ganz erkannt hätte. Auch heute noch wird das Wort „Kapitalist" gemeiniglich in Verbindung mit der Vorstellung von einem reichen Manne gebraucht und immer noch von dem „arbeitslosen Einkommen" gesprochen, als wäre es das ausschließliche Vorrecht des „faulen Reichen", ein solches zu genießen. Tatsächlich gibt es noch immer Sozialisten, die behaupten, Marx hätte vollkommen recht gehabt, als er voraussagte, daß sich das Kapital immer mehr in immer weniger Händen sammeln werde und alle andern Menschen allmählich zu besitzlosen Proletariern herabsinken würden, trotzdem in Wirklichkeit gerade das Entgegengesetzte der Fall ist. Der Krieg hat das Auseinanderfließen des Kapitals so stark gefördert, daß man jetzt die Erscheinung allgemein zu erkennen beginnt. In der Landwirtschaft schreitet sowohl die freiwillige als auch die zwangsweise Auflösung des Großgrundbesitzes allgemein fort, gleichzeitig hat sich die alte Form des Sparens und der Geldanlage ungemein ausgebreitet, und neue Arten haben sich ihr zugesellt, die nicht nur die gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch die zwischen Erzeugern und Verbrauchern beeinflussen und deren Interessen zu vereinen trachten.

Auch in dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten beispielgebend vorangegangen. Wenn die neue Bewegung auch nicht auf dieses Land beschränkt blieb, so ist sie doch gerade dort in voller Freiheit und in jeder nur erdenklichen Weise mit außergewöhnlicher Kraft gefördert worden. Eine ihrer Formen ist die weitgehende Verwirklichung der alten Idee von dem Mitbesitz der Angestellten an den Industrien. Diese Einrichtung hatte früher eher enttäuscht und wenig Fortschritte gezeitigt, obwohl sie durchaus kein so vollkommener

Fehlschlag gewesen, wie dies manchmal behauptet wird, sondern in manchen Fällen sogar durchschlagende und dauernde Erfolge zu verzeichnen hatte. Ihr Wiederaufleben und die weite Verbreitung, die sie in letzter Zeit gefunden hat, sind verschiedenen Ursachen zuzuschreiben, doch kann man zusammenfassend sagen, sie seien eine Folge größeren Entgegenkommens auf beiden Seiten und des Umstandes, daß die Arbeiter infolge des hohen Lohnniveaus heute leichter imstande sind, die sich ihnen bietende günstige Gelegenheit auszunützen. Was einige wenige Pioniere der Idee unter den Unternehmern in kleinem Maßstabe begonnen haben, ist heute zu einer weitreichenden Bewegung geworden, die darauf abzielt, den Ankauf von Aktien großer Gesellschaften den Angestellten dadurch zu erleichtern, daß man die Aktien spaltet und auf kleine Beträge lautende Anteilscheine ausgibt. Die Arbeiter kommen diesem Angebote in einem neuen Geiste entgegen, der teilweise wohl auf die Erfahrungen mit der Freiheitsanleihe (Liberty Loan) zurückzuführen ist, teilweise aber auch auf eine Steigerung der Ansprüche infolge hoher Löhne und der Ausbreitung der Idee der Industriellen Demokratie, die in dem Erwerb von Anteilscheinen ihre logische Ergänzung findet.

Soweit ich feststellen kann, sind bisher über diese Bewegung keine umfassenden und genauen statistischen Daten veröffentlicht worden. Es ist wohl alles zu schnell gegangen. Eine oberflächliche Vorstellung kann man aber aus der zahlenmäßigen Zunahme der Aktienbesitzer bei einzelnen Gesellschaften gewinnen, für die ich im nachstehenden einige sprechende Beispiele anführe. Die Zahlen geben die Anzahl der Aktienbesitzer vor einigen Jahren und zu Ende des Jahres 1924 an.

Gesellschaft	Anzahl der Aktienbesitzer	
	früher	im Jahr 1925
American Telegraph & Telephone	7535	343000
Standard Oil Group	6078	300000
United States Steel (Stahlwerke)	43019	158940
Pennsylvania Railroad (Eisenbahn)	29000	144228
Atchison Topeka Railroad (Eisenbahn)	13147	67118
Southern California Edison	2000	65636
Southern Pacific Railroad (Eisenbahn)	968	60186
Union Pacific Railroad (Eisenbahn)	12450	52532

Die angeführten Beispiele sollen nur die allgemeine Neigung zur Ausbreitung des Aktienbesitzes zeigen, nicht aber den Umfang der Bewegung. Der Gesamtzuwachs wird nicht von den Angestellten der genannten Gesellschaften allein bestritten, aber doch zum größten Teile, den Rest bilden andre Leute mit verhältnismäßig geringen Mitteln, die nur wenige Anteilscheine erstehen. Ein solches Zerfließen des Kapitals in viele Hände ist weithin zu beobachten, und bei den Gesellschaften, die öffentliche Dienste versehen, sind die meisten der Aktienbesitzer auch Verbraucher. Mr. Robert S. Brookings gibt in seinem Buche über Industrial Ownership (Das Eigentum in der Industrie) einige beachtenswerte Einzelheiten. Er scheidet z. B. die Aktionäre des „Bell Telephone System" nach ihren Beschäftigungen und gibt an, wie viele Anteile jede Berufsklasse besitzt. Es gibt da 97833 Aktienbesitzer, die 98 verschiedenen Berufen angehören und 560000 Aktien in Händen haben, so daß auf jeden etwas weniger als 6 Stück kommen. Davon entfallen 4843 Aktien auf 1596 Arbeiter; 6432 Stück auf 1537

Eisenbahner; 870 auf 156 Bauarbeiter; 2384 auf 498 Hausgehilfen; 622 auf 159 Grubenarbeiter; 3132 auf 797 Tischler; 43 982 auf 10 732 Handelsangestellte; 19 597 Hausfrauen besitzen 119 331 Aktien und bilden damit die weitaus stärkste Einzelklasse; 1247 Bankiers und Makler besitzen 21 600 Stück und 24 „Kapitalisten" — das sind vermutlich Leute ohne eigentliche Beschäftigung — haben 712 Stück in Händen. Diese bezeichnende Liste trägt gewiß dazu bei, die Wahl des Ausdruckes „Kapitalistische Demokratie" zu rechtfertigen.

Ich habe gesagt, daß die Verbreitung und Zerstreuung des Kapitals in Amerika rascher fortgeschritten ist als anderswo. Sie hat dort auch ganz besondere Formen angenommen, von denen ich gleich sprechen will, ist aber durchaus nicht auf Amerika allein beschränkt. Nachstehende Zahlen, die die Anzahl der Aktionäre verschiedener großer Gesellschaften angeben, zeigen die weitgehende Zersplitterung in Großbritannien:

Gesellschaft	Anzahl der Aktionäre im Jahre 1925
London, Midland and Scottish Railway (Eisenbahn)	308 028
London and North-Eastern Railway (Eisenbahn)	252 961
Great Western Railway (Eisenbahn)	135 108
Southern Railway (Eisenbahn)	90 000
Vickers Limited (Stahlwerk)	73 382
Westminster Bank (Bank)	69 882
Midland Bank (Bank)	57 250
Lloyds Bank (Bank)	55 668
Courtlands Limited	43 826
Harrods Limited	33 253

Diese und ähnliche Daten können freilich nur ein sehr allgemeines Bild bieten; sie sagen uns nicht die Zahl der persönlichen Besitzer und schließen nicht die ganz kleinen Sparer ein, die in Großbritannien ihr Geld meist der Postsparkasse und andern Sparbanken anvertrauen oder in National Savings Certificates (Reichssparscheinen) und ähnlichen Staatspapieren anlegen. Das Parlamentsmitglied Mr. Walter Runciman hat berechnet, daß auf diese Weise im Jahre 1925 ungefähr 15 000 000 Personen eine Summe von etwa 770 000 000 Pfund angelegt hatten. Unterstützungsvereine und Versicherungsfonds dazurechnend, gelangte er zu dem Ergebnis, daß im ganzen etwa 1 750 000 000 Pfund angelegter Gelder im Besitze kleiner Sparer stehen. In andern Ländern gibt es ähnliche Einrichtungen, um das Geld der kleinen Sparer zu betreuen, und in manchen Ländern — zum Beispiel in Frankreich — sind sie vielleicht noch häufiger als in Großbritannien. Daß die Arbeiter ihr Geld in den Industrien anlegen, die ihnen Beschäftigung bieten, ist auch keine neue und keine seltene Erscheinung. Die Arbeiter der Baumwollindustrie in Lancashire pflegten schon lange ihr Geld in Anteilscheinen und Anleihen der Fabriken anzulegen, und man hört aus unanfechtbarer Quelle, daß in der Spinnereiindustrie 90% der Arbeiter diese Praxis befolgen.

In diesem Zusammenhange drängt sich uns die wichtige Frage auf: Wie verhalten sich die Arbeiter-Aktionäre zu der Verwaltung? Und gerade die Erfahrungen der Industrie von Lancashire vermögen sie einigermaßen zu beantworten. Wir hören heute so oft von dem Verlangen nach einer „Stimme in der Verwaltung“ oder einer „Teilnahme an der Kontrolle“ sprechen, und die Unternehmer scheuen diese

Forderung. Man möchte nun glauben, daß die Arbeiter, wenn sie gleichzeitig Aktionäre sind, ihren doppelten Anspruch geltend machten. In den Baumwollspinnereien Lancashires aber ist dies durchaus nicht der Fall. Sie wählen sich eben nur solche Fabriken zur Anlage ihrer Gelder, zu deren Leitung sie Vertrauen haben, und dann lassen sie die Direktion ruhig schalten. Als Arbeiter haben sie durch ihre Vertreter nach dem Prinzipe der gemeinsamen Beratungen in allen Fragen, die sie selbst angehen, ein Wort mitzureden, als Aktionäre aber mischen sie sich nicht in die Leitung der Geschäfte, die — wie sie anerkennen — besondere Fähigkeiten erfordert. Ihre Haltung ist genau dieselbe wie die andrer Aktionäre, die wohl die Macht haben, eine oder mehrere Personen mit der Führung des Geschäftes zu betrauen, weiterhin aber keinen Einfluß auf die Geschäftsgebarung nehmen, außer wenn sie berufen werden, über irgendwelche ihnen vorgelegte allgemeine Fragen von Wichtigkeit zu entscheiden. Ich werde mich später mit der Frage noch eingehender beschäftigen und führe hier nur die Erfahrungen in Lancashire an, doch glaube ich, daß es noch viele andre Fälle erfolgreicher Mitbeteiligung der Arbeiter als Aktionäre, die in Großbritannien gar nicht so selten ist, gibt.

Bevor ich diese Seite des Gegenstandes weiter verfolge, möchte ich noch erwähnen, daß es auch schon eine andre und bessere Form der Kapitalistischen Demokratie gibt, die in den Vereinigten Staaten einen erstaunlichen Aufschwung genommen und die man in andern Ländern einzuführen begonnen hat. Ich meine die Einrichtung der Arbeiterbanken und Arbeiter-Kapitalsanlagegesellschaften mit Risikoverteilung (Labour Investment Companies). Die Mount-

Vernon-Sparkasse hat damit in kleinem Maßstabe im Jahre 1920 begonnen, die Bewegung hat aber so rasche Fortschritte gemacht, daß im Jahre 1925 in Amerika schon 29 Arbeiterbanken bestanden. Von diesen verfügte eine — die „Brotherhood Locomotive Engineers Cooperative National Bank“ (etwa Nationale Genossenschaftsbank der Lokomotivführer) — allein über ein Kapital von 5 000 000 Pfund. Mehrere andre hatten jede über 1 000 000 Pfund zur Verfügung und das Gesamtkapital aller betrug ungefähr 18 000 000 Pfund. Überdies bestanden zur selben Zeit schon sieben Investment Companies mit einem Gesamtkapital von mehr als 4 000 000 Pfund.

Eine ähnliche Bewegung, aber in viel kleinerem Maßstabe, ist in Belgien, Frankreich, Deutschland und Spanien zu beobachten. Und es scheint, daß diese sich ganz ohne Zusammenhang mit dem amerikanischen Beispiel zu entwickeln begonnen hat. Sie hat hier die Form angenommen, daß Gewerkschaften ein Anlagekapital sammeln, um Aktien von Industrieunternehmungen oder ähnliche Papiere zu kaufen. In Belgien waren die ersten Schritte in dieser Richtung von den Christlichen Gewerkschaften des Distrikts von Lüttich in den Jahren 1920 und 1921 unternommen worden. Diese bildeten einen Verband zu obgenanntem Zwecke und gaben ohne Beschränkung der Mitgliederzahl Aktien zu 25 Franken aus. Sie hatten zuerst einige Schwierigkeiten zu überwinden, hielten aber durch und erzielten schließlich so gute Erfolge, daß Brüssel und Charleroi ihrem Beispiele folgten. Lüttich ist der Hauptbezirk der Metallindustrie in Belgien und Charleroi das Zentrum der Kohlenindustrie. Was zuerst angekauft wurde, waren auch Aktien der metallurgischen und Bergwerksgesellschaften. Seit der Zeit haben

die Verbände auch Aktien von Versicherungsgesellschaften und Banken angekauft.

In Frankreich begann die Bewegung ungefähr um dieselbe Zeit mit unabhängig voneinander eingeleitetem Vorgehen des Christlichen Eisenbahnerverbandes und der Bankangestellten. Die ersten waren die Angestellten der Linie Paris—Orléans, die bis zum Jahre 1925 hundertzwanzig Aktien der Gesellschaft erworben hatten. Seither sind die Leute der Nordost- und der Paris—Lyon—Marseille-Eisenbahn mit Erfolg ihrem Beispiele gefolgt. Es scheint jedoch zwischen der Auffassung der Franzosen und der der Belgier betreffs des Zweckes der Einrichtung ein Unterschied zu bestehen. Die Vertreter der französischen Arbeiter haben auf den Aktionärversammlungen erklärt, daß sie zum Gedeihen der Gesellschaften mitarbeiten wollten, und sind herzlich willkommen geheißen worden. Die Belgier dagegen haben auf den Aktionärversammlungen versucht, ihre eigenen Forderungen durchzudrücken; dieser Gegensatz mag jedoch in der Verschiedenheit der vorher bestandenen Beziehungen begründet sein.

Auch in Deutschland haben sich an verschiedenen Orten Gewerkschaften und festbesoldete Angestellte zusammengetan, um Aktien verschiedener Industriegesellschaften anzukaufen. Dasselbe haben in Spanien die bei der Madrider Tabakgesellschaft beschäftigten Arbeiter getan[1]). Zweifellos ist die Bewegung lebendig und in Zunahme begriffen. Ob die ungewöhnliche Entwicklung, die sie in Amerika erfahren hat, dem Druck eines ernsten wirtschaftlichen Niederganges zu widerstehen vermöchte, muß sich erst zeigen. In früheren Jahren hat sie dort jedenfalls eine Periode sehr schlechten

[1]) Siehe „International Labour Revue“, Band XII, Nr. 3.

Geschäftsganges nicht nur überstanden, sondern sie ist auch während dieser gewachsen. Dasselbe kann von den bescheideneren Bestrebungen in Belgien, Frankreich und Deutschland gesagt werden.

Um nun auf die Frage zurückzukommen, wie sich die Arbeiter als Aktionäre den Leitungen der Unternehmungen gegenüber verhalten, die ich oben schon berührt habe und die sich uns angesichts meiner Bemerkung über die verschiedenen Ansichten französischer und belgischer Gewerkschaftsvertreter wieder aufdrängte, muß ich sagen, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen die Befürchtung, die Arbeiter-Aktionäre würden sich zum Schaden der Gesellschaft in die Geschäftsgebarung einmengen, unangebracht ist. Der Aktienbesitz der Arbeiter scheint sogar eher einen gewissen Schutz gegen schädliche Einmischung zu gewähren. Als Aktionäre sind sie nämlich mehr und viel unmittelbarer an dem Gedeihen der Gesellschaft beteiligt, denn als bloße Arbeiter, und der große Vorteil ihrer Zulassung als Aktionäre besteht darin, daß sie einen Einblick in die Geschäfte der Gesellschaft gewinnen, der ihnen sonst verwehrt bleibt, und daß sie den Grundsatz der „Erfolgwirtschaft", wie die Deutschen es nennen, verstehen lernen. In den Unternehmungen alter Art, wo der Unternehmer auch der Besitzer war, hatte dieser vollkommen freie Hand, aber auch die volle Verantwortung, und der Erfolg hing einzig von seiner Tüchtigkeit ab. In der neuen Wirtschaft, wo Leitung und Besitz getrennte Dinge vorstellen, bleiben die Grundlagen die gleichen, der Unterschied ist nur der, daß die Aktionäre den Unternehmer wählen oder ihm gestatten, sich selbst zu wählen, daß aber jedenfalls die Entscheidung in ihren Händen liegt. Die Vorbedingungen des Erfolges sind: rich-

tige Auswahl, volle Verantwortung und freie Hand. Das ist jetzt von allen Volkswirtschaftlern anerkannt. Auch hat man gefunden, daß die Arbeit des Unternehmers nicht nur nicht überflüssig, sondern noch viel wichtiger geworden ist, und daß für die erfolgreiche Leitung großer Unternehmungen eine viel seltenere und viel schwerer zu ersetzende Befähigung erforderlich ist als bei kleinen.

Arbeiter-Aktionäre begreifen das ebenso gut wie andre, wenn man ihnen nur Einblick gewährt. Der Mangel an Gelegenheit, die Grundsätze der Erfolgwirtschaft kennen zu lernen, ist es nämlich, der die Menschen in Unwissenheit und in der Einbildung verharren läßt, daß sie alles ebenso gut machen könnten wie die Leiter. Es mag unter ihnen Persönlichkeiten geben, die dazu befähigt wären. Der beste Weg, ihre Begabung zu erkennen und sie auszunützen, ist es, sie anzuhören. Man spricht viel davon, daß es für den Unternehmer notwendig sei, Leute ins Vertrauen zu ziehen, um sich ihre Mitarbeit zu sichern. Dies ist am sichersten zu erreichen, wenn man, indem man den Arbeiter in den Werkstätten über Einzelheiten befragt, in ihm das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Politik des Aktionärs erweckt. Wenn man sich ihm ferne hält, so schafft das Feindseligkeit. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Eindringen von Vertretern der Arbeiter und der Gewerkschaften in die Aktionärversammlungen harmonischere Beziehungen anbahnt und zum Vorteil einer Gesellschaft ausschlagen muß, an deren Gedeihen alle ein gemeinsames Interesse haben. Je mehr solcher Arbeiter-Aktionäre sind, desto stärker wird das Gefühl in ihnen sein, daß sie für den Erfolg mitverantwortlich sind.

XI. Kapitel

Schluß

Die sich aus dieser Studie ergebenden Schlußfolgerungen führen zur sicheren Erkenntnis der Richtung, nach der die Wandlungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens streben. Mir wenigstens ist das ganz klar, und einige Leser werden wahrscheinlich meiner Meinung sein; andre gewiß nicht. Gut so — die Zeit wird entscheiden.

Die wirtschaftliche Ordnung ist in steter Veränderung begriffen, wo immer das Wissen zunimmt, weil die Menschen dadurch neue Wege zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und Wünsche kennen lernen, was jeweils zu neuen gegenseitigen Beziehungen unter ihnen führt. Es gibt keinen Stillstand, nur das Tempo des Umwandlungsprozesses wechselt: es ist einmal schneller, einmal langsamer. Aber, ob schnell oder langsam, niemals ist es abgerissen. Es herrscht immer Stetigkeit sowohl als Wechsel, denn der Mensch lebt von Tag zu Tag. Er braucht heute seinen Unterhalt, wie er ihn gestern brauchte und morgen wieder brauchen wird. Daher muß die Umwandlung stufenweise vor sich gehen; und dies trifft auch auf den lebendigen gesellschaftlichen Organismus zu, der den Wirtschaftsapparat bedient und ihn sich anpaßt. Ein allzu jäher Gangwechsel bringt die Maschine in Unordnung und verringert dementsprechend ihre Leistungsfähigkeit.

Das ist freilich noch nicht die ganze Wahrheit. Menschen sind nicht nur Puppen, die von den Verhältnissen gegängelt werden. Sie haben Ideale, die sich über die niedrigen Sorgen um das tägliche Brot emporschwingen, und sie können durch Willensanstrengungen den gesellschaftlichen Organismus umgestalten. Aber nur innerhalb gewisser Grenzen, die durch materielle Verhältnisse und deren Einfluß auf die Menschen bestimmt sind. Die Begeisterung mag zum Himmel lodern, aber zwei und zwei bleiben vier, und die Menschen werden sich nicht so verhalten, als wären es fünf. Die eben angedeuteten Grundsätze, nach denen sich jede wirtschaftliche oder gesellschaftliche Wandlung vollziehen muß, können nicht ungestraft außer acht gelassen werden. In Zeiten großer Erregung kommt man jedoch leicht in Versuchung, sie zu übersehen und sich an Neuerungen zu wagen, die nicht nur einen allzu jähen Wechsel bedeuten, sondern auch nach der falschen Richtung führen können.

Das ist es, was seit dem Kriege geschehen ist. Es war eine Zeit großer Erregung, die Gelegenheit bot, Neuerungen einzuführen oder wenigstens zu versuchen, die in ruhigeren Tagen nicht möglich gewesen wären. Zu diesen zählt die große wirtschaftliche Neuordnung, die wir Sozialismus nennen, für den man in den letzten vierzig Jahren mit außerordentlicher Heftigkeit eingetreten ist, und der immer mehr Anhang gefunden hat.

Der Versuch, ihn einzuführen, hat zu dem in diesem Buche beschriebenen Ergebnis geführt. Er ist fehlgeschlagen, weil er gegen die Grundsätze organischer Umformung verstieß, und führte nach einer falschen Richtung, weil er von wirtschaftlichen Trugschlüssen ausging. Das ist deutlich zu erkennen; andre Neuerungen nach einer andern Richtung

hin haben große und rasche Fortschritte gemacht. Vergleicht man den Zusammenbruch des Sozialismus in Rußland und seine Ohnmacht anderswo mit dem Bilde wirklichen, lebendigen, manigfaltigen Geschehens, das im letzten Kapitel entworfen worden ist, so muß der Gegensatz stutzig machen. Einerseits Lähmung und Versumpfung, anderseits emsiges Schaffen und rascher Fortschritt. Nirgends läßt sich eine Neigung zur Verstaatlichung entdecken, wohl aber zeigt sich allgemein eine entschiedene Abkehr von dem Grundsatz staatlicher Verwaltung. Was wirklich Fortschritte erzielt hat, ist ganz etwas andres als der Sozialismus, und war erfolgreich, weil es mit den Grundsätzen übereinstimmt, nach denen sich jeder Wandel vollzieht. Es bewahrt die Zusammenhänge und verbindet das Alte organisch mit dem Neuen. Gerade die Verschiedenheit der Formen ist ein Beweis dafür; denn jede Umgestaltung, die soziale so gut wie die biologische, strebt nach Vielfältigkeit und Verschiedenheit und nicht nach Vereinfachung und Vereinheitlichung. Das ist nicht Anarchie oder Mangel an Ordnung, sondern eine Gesetzmäßigkeit höherer Art. Die angebliche „Anarchie" des Kapitalismus ist eine Täuschung; hier herrscht eine innere Ordnung, nur kann sie der Beobachter nicht leicht erkennen, weil sie ungemein verwickelt ist.

Einiges, was nicht willkürlich, sondern aus guten Gründen staatliches Eigentum geworden ist, wird es bleiben. Aber das Gebiet ist streng abgegrenzt. Es wäre erweitert worden, wenn genügend Anlaß dazu gewesen wäre — das heißt, wenn eine Erweiterung der Wirtschaft und der Gesellschaft Nutzen versprochen hätte. Nach einer Richtung hin dürfte übrigens der Besitz des Staates aus eben diesem Grunde wahrscheinlich noch erweitert werden: ich meine auf die neuen

noch nicht ausgebeuteten natürlichen Kraftquellen, besonders auf Wasserkräfte. Ich glaube, daß es von Vorteil sein wird, wenn der Staat solche Kraftquellen in Besitz nimmt, sie aber nicht selbst ausbeutet, und daß die öffentliche Meinung nach solchen Maßnahmen verlangen wird. Es mögen vielleicht auch noch andre natürliche Reichtümer in den Besitz des Staates übergehen, aber der große Wirtschaftsapparat als solcher wird nicht verstaatlicht werden, auch nicht allmählich. Die Anregungen zur Verstaatlichung konnten niemals richtig begründet werden, und am Prüfstein der Wirklichkeit hat es sich erwiesen, daß die Idee ungesund ist. Sie ist aus der Wahnvorstellung hervorgegangen, daß es ein vollkommenes System gebe, ein Allheilmittel, das einfach, einheitlich und wirksam gegen jedes Übel angewendet werden könne. So etwas gibt es aber nicht. Es gibt keinen Schlüssel, der alle Türen öffnet. Nicht nur der Sozialismus ist das Opfer eines Trugbildes geworden; alle gekünstelten „Ismen" teilen mehr oder weniger dieses Los. Sie sind auf dem Holzwege, weil sie eben „Ismen" sind, das heißt, weil sie zu absolute Forderungen stellen und zu viel verlangen. Etwas Wahres ist in jedem von ihnen, keiner aber umfaßt die ganze Wahrheit, die viel zu gewaltig ist, als daß sie sich in eine Formel pressen ließe.

Das trifft auch auf den Individualismus zu. Was heute wirklich vor sich geht, ist, wenn ich es in eine allgemeine philosophische Erklärung zusammenfasse, die Formung eines neuen Ausgleichs zwischen dem persönlichen und dem sozialen Grundstoff im Menschen, die beide gleich mächtig und gleich unzerstörbar sind. Sie stehen in gegensätzlichen Beziehungen zueinander, ebenso wie ihre Seitenstücke: Freiheit und Gesetzesmacht. Und so, wie zwischen Freiheit und Autorität

immer und notwendigerweise ein Kompromiß bestehen muß, weil beide unzerstörbar sind, ist es auch hier der Fall. Ein solches Kompromiß ist natürlich niemals ein vollkommener Ausgleich. Kein Teil kann dabei ganz unterdrückt werden, aber einer ist immer stärker als der andre, der ihm dann ausgeliefert ist. Das geht auf und ab in ewigem Wechsel wie bei einer Schaukel, denn abwechselnd wird immer ein Grundsatz zum Götzen gemacht und so hoch gehoben, daß er schließlich unerträglich wird und eine Gegenwirkung auslöst, die, nicht plötzlich, sondern allmählich, zu einem neuen Kompromiß führt.

Der Individualismus war eine Reaktion gegen die übermäßige Macht des Staates, und zu weit getrieben, veranlaßte er eine Gegenwirkung in Gestalt des Sozialismus. Der in diesen Begriffen verkörperte Fehler beruht in dem Versuch, dem einen Element zu viel Übermacht über das andre zu geben. Im vorigen Jahrhundert war das persönliche Element das bevorzugte, heute ist es das soziale. Daher die Reaktion gegen dieses und ein neues Kompromiß im Entstehen. Schulweise Sozialisten werden freilich das Wiederemporkommen des individuellen Elementes bekämpfen, wie ebensolche Individualisten im vorigen Jahrhundert das soziale Element bekämpft haben. Sie werden nach mehr Machtgewalt schreien, wie die andern unbeschränkte Freiheit verlangt hatten. Aber sie werden sie nicht erlangen, weil sie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Abbruch tut, was bereits zur Wiedereinführung des laissez-faire in dem Sinne geführt hat, daß man dem Unternehmer freie Hand läßt — nicht seine Leute nach Willkür zu behandeln, wohl aber seinen Aufgaben nach seiner Art gerecht zu werden.

Das neue Kompromiß wird sich nach und nach den Be-

dürfnissen der Menschen anpassen. Es wird eine Besserung vorstellen. Denn es geht vorwärts, vorwärts auf Zickzack-Wegen. Jedes neue Kompromiß bringt einen gerechteren Ausgleich zwischen den beiden Elementen. Unter der neuen Ordnung, die sich gestaltet, wird der Wert der Persönlichkeit, der Führerschaft, der persönlichen Anstrengung und des individuellen Unternehmungsgeistes wieder voll anerkannt werden; gleichzeitig aber wird die soziale Pflicht, die Schwachen und Unglücklichen aufrecht zu erhalten, besser erfüllt werden als bisher. Viele Tore werden sich vor dem Rufe nach Gleichberechtigung auftun, und die Klassenunterschiede werden allmählich dahinschmelzen in der Wärme eines innigeren Zusammenschlusses und im Zusammenfließen gemeinsamer Interessen.

Anhang I

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Heidelberger Kongreß im September 1925

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in

privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemo-

kratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die

Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Aktionsprogramm

Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinzialen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzen-

weg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen[1]). Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, anderseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafgesetz größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

---

[1]) Hiemit sollten wohl die Gemeindebehörden ermächtigt werden, in ihrem Wirkungskreis und auf ihre Verantwortung private Unternehmungen zu enteignen. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz vom März 1919 ermächtigte nur das Reich zur Übernahme privater Konzerne und zur Mitbeteiligung der provinzialen und Ortsbehörden an der Verwaltung solcher enteigneter Konzerne.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 24 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauensperson zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

Anhang II

Die Schwedische Sozialdemokratische Partei

Politisches Programm, beschlossen auf dem XII. Parteikongresse zu Stockholm, 1924

I.

Rede- und Pressefreiheit. Religionsfreiheit. Vereinigungs- und Versammlungsrecht.

II.

Demokratische Selbstregierung. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für die Erwachsenen beiderlei Geschlechtes. Republik mit demokratischer Vertretung. Volksentscheid.

III.

Eine nach demokratischen Grundsätzen zu bildende und zu überwachende, fähige Verwaltung.

IV.

Einfluß des Volkes auf Justizangelegenheiten. Mitwirkung von Laien bei der Rechtsprechung. Öffentlichkeit der Verhandlungen in allen Instanzen. Unentgeltliche Rechtsberatung. Eine menschlichere Strafgesetzgebung. Abschaffung der Todesstrafe. Abschaffung des Standrechtes. Gleichheit vor dem Gesetze für Männer und Frauen. Abschaffung der vom Klassengeiste eingegebenen arbeiterfeindlichen Gesetze.

V.

Unentgeltlicher Unterricht in den staatlichen Schulen. Volksschulen als Grundlage der Erziehung für alle Staatsbürger. Fachschulen für Handwerk, Industrie, Handel, Landwirtschaft und die freien Berufe. Gesicherte Aufnahme befähigter Schüler in die Mittelschulen und Hochschulen. Die wirtschaftlichen Hin-

dernisse ihrer Fortbildung sind aus dem Wege zu räumen. Keine konfessionelle Schule. Förderung wissenschaftlicher Forschung und des freien Unterrichtes.

VI.

Trennung von Kirche und Staat. Kirchengüter sind vom Staate zu übernehmen.

VII.

Direkte Steuern. Progressive Einkommensteuer. Steuerfreies Existenzminimum. Erhöhung der Steuern auf die nicht durch Arbeit erworbenen Einkommen. Progressive Besteuerung des Privatbesitzes, besonders durch Erbschaftssteuern. Das zum Wohle der Allgemeinheit arbeitende Kapital soll von Steuern befreit sein. Überschüsse gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen sollen dazu beitragen, Löcher des Budgets zu stopfen.

VIII.

Freihandel. Ausfuhrhandel unter der Kontrolle der Allgemeinheit.

IX.

Unfallversicherung, Krankenversicherung, Mutterschaftsversicherung. Arbeitslosenversicherung. Pensionen nicht nur für Greise und Arbeitsunfähige, sondern auch für Kinder und Witwen.

X.

a) Gesetzliche Einführung des Achtstunden-Tages. Verbot der Nachtarbeit, die nur für Industrien erlaubt werden darf, die hiezu aus technischen Gründen oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt genötigt sind. Eine zusammenhängende Erholungszeit von mindestens 36 Stunden in jeder Woche. Industriearbeit für Kinder unter 15 Jahren ist zu verbieten, ebenso jede Arbeit, die von der Erfüllung der Schulpflicht abhielte. Schutzmaßregeln gegen Unfälle. Fabrikaufsicht. Unentgeltliche staatliche Arbeitsvermittlung. Ausreichende Mindestlöhne, die von der Allgemeinheit festzusetzen sind. Ausdehnung der Wirksamkeit der Arbeiterschutzgesetze auf die Hausindustrien. Freie Auswanderung und Einwanderung. Die Wohltaten der Arbeiterschutzgesetze und der Versicherungen sollen auch ausländischen Arbeitern zugutekommen.

b) Den Arbeitern soll Beteiligung an der Verwaltung der Pri-

vatunternehmungen zugestanden werden. Die Rechte der arbeitenden Klassen sollen durch internationale Verträge geschützt werden.

XI.

Maßregeln zur Verhinderung der Trunksucht. Aufklärung über die Wirkungen der Trunksucht auf das Individuum und die Gemeinschaft. Maßregeln zur Behebung der sozialen Ursachen des Alkoholismus. Eine auf Einschränkung und schließlich das Verbot des Alkoholhandels abzielende Gesetzgebung.

XII.

Das Recht zur Enteignung von Besitz zum Besten der Allgemeinheit.

XIII.

Dem Besitze der Allgemeinheit sind einzuverleiben: alle Bodenschätze, Industrieunternehmungen, Kreditinstitute, Transport- und Verkehrsmittel, die zur Einrichtung einer systematischen Staatswirtschaft notwendig sind. Tüchtige Verwaltung der öffentlichen Unternehmungen und Schutz vor bürokratischen Tendenzen. Arbeiter und Verbraucher sollen an der Verwaltung öffentlicher Unternehmungen teilnehmen. Unternehmungen, die im Privatbesitz verbleiben, sollen von der Allgemeinheit beaufsichtigt werden.

XIV.

Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen sollen vom Staate gefördert werden.

XV.

a) Enteignung des privaten Großgrundbesitzes. Brachliegender Boden soll der Gemeinschaft anheimfallen. Fideikommisse sind abzuschaffen, ihre Güter vom Staate zu erwerben. Staatsgeschenke an Grund und Boden haben an den Staat zurückzufallen. Güter, die dem Staate gehören, sollen nur dann aufgeteilt werden, wenn die natürlichen Verhältnisse eine rationelle Bewirtschaftung des Ganzen unmöglich machen. Große Güter dürfen nur dann an private Pächter vergeben werden, wenn die Interessen der Allgemeinheit und der landwirtschaftlichen Arbeiter gesichert sind. Kleinen Landwirten kann Grund überlassen werden, jedoch nur unter der gegenseitigen Vereinbarung,

daß der Grund Eigentum der Allgemeinheit bleiben, den Pächtern aber das Recht zustehen soll, die Pacht beliebig zu verlängern.

b) Grundkäufe müssen konzessioniert werden, so daß der Staat sie zu kontrollieren vermag. Kleinhäusler und Pächter von Grundstücken aus privatem Besitz müssen durch eine entsprechende Pachtgesetzgebung geschützt werden. Für urbar gemachtes Land und Verbesserung des Bodens sind den Eigentümern Prämien zu bewilligen. Im Falle des Todes eines Landwirtes hat der Staat auf Wunsch der Erben das Grundstück anzukaufen, um die Erben instand zu setzen, den Boden, den ihre Väter bebaut, auch weiter zu bewirtschaften. Ein allgemeines Gesetz für das ganze Land betreffs brachliegender Güter.

c) Der Staat soll die „Eigenheimbewegung" in die Hand nehmen. Er soll dem Bauenden das zum Baue erforderliche Geld gegen Hypothekarsicherung leihen.

XVI.

Die Verteilung von Einkommen und Besitz ist zu regeln.

XVII.

Kontrolle der auswärtigen Politik nach demokratischen Grundsätzen. Die Geheimdiplomatie ist abzuschaffen. Der Völkerbund ist demokratisch zu organisieren. Allgemeine Abrüstung und Einführung von Miliz- oder Polizeitruppen.

Anhang III

Die Behandlung des Sozialisierungsproblems in Schweden

(Ein Vortrag des Ministerpräsidenten, Herrn Sandler)

Einleitung.

Die Aufgabe, die mir in dieser Sommerschule gestellt ist, besteht darin, eine kurze Schilderung zu geben, wie die Sozialisierungsfrage in Schweden behandelt wurde. Wie allgemein bekannt, ist die Sozialisierung in der Kriegs- und Revolutionszeit in weitem Ausmaße durchgeführt worden. Nach dem Kriege sind in verschiedenen Ländern Maßnahmen getroffen worden, die Sozialisierung durchzuführen oder ihr den Weg zu bereiten oder wenigstens ihren Wert zu ergründen und die Möglichkeit ihrer Durchführung zu überprüfen. Was in Schweden geschehen ist, gehört in diese dritte Kategorie. Die eigens zu diesem Zwecke eingesetzte Sozialisierungskommission hat im Sommer des Jahres 1920 ihre Tätigkeit begonnen.

Schweden hatte damals eine Sozialdemokratische Regierung mit Branting als Ministerpräsidenten an der Spitze. Dieser hatte bei Übernahme der Regierung im März 1920 erklärt, er wolle das Sozialisierungsproblem klarstellen lassen.

Bevor ich erkläre, nach welchen Grundsätzen die Regierung bei dieser Untersuchung vorgehen wollte, will ich die Stellungnahme des Programmes der Sozialdemokratischen Partei zu dem Sozialisierungsproblem erwähnen. Knapp bevor Branting zur Regierung kam, hatte die Partei ihr Programm besonders bezüglich der Sozialisierungsfrage einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Die Programm-Kommission der Partei, die die

Abänderung vorbereitete und deren Vorschläge der Parteikongreß im wesentlichen angenommen hat, hatte ihre Ansichten im Jahre 1919 in einem Berichte niedergelegt. Die nachstehenden Ausführungen stützen sich auf dieses Dokument.

1. Das Sozialdemokratische Parteiprogramm.

Vor allem will ich einige allgemeine Bemerkungen über die Fassung des Programmes vorbringen.

Es gibt wohl an, was die Partei beabsichtigt, sagt aber nicht, in welcher Weise das Ziel erreicht werden soll.

Um zu einem Ziele zu gelangen, muß eine Bewegung verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Im Programm ist nur das Ziel genannt, die Entwicklungsstufen sind verschwiegen. So zum Beispiel beschäftigen sich die der Sozialisierung geltenden Punkte gar nicht mit den Übergangsformen, die sich bei der Umwandlung von Privatunternehmungen in vergesellschaftete ergeben müssen — ein Gegenstand, über den sich manches sagen ließe.

Auch erwähnt das Programm nicht, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Forderungen erfüllt werden sollen. Das ist nämlich eine taktische und nicht eine programmatische Frage. Die Taktik aber muß im eigensten Interesse des Programmes offen bleiben.

Das Parteiprogramm ist insoferne ein kurzfristiges, als es keine andern Forderungen enthalten durfte, als solche, die die Partei selbst erfüllen will, sobald sie die dazu erforderliche Macht erlangt hat. Nachher ergeben sich weitere Probleme, die erst nach Beginn der Sozialisierung dringend werden.

Doch soll das Programm nicht in dem Sinne ein kurzfristiges sein, daß es von Jahr zu Jahr oder von einer Wahlperiode zur andern — etwa mit Rücksicht auf die Wandlungen der politischen Konjunktur — immer wieder abgeändert werden müßte. Dem Bedürfnisse, Richtlinien für das praktische Vorgehen unter bestimmten, gegebenen politischen Verhältnissen zu entwerfen, kann das Parteiprogramm nicht Rechnung tragen. Solche Richtlinien kommen am besten in einem Wahlprogramm zum Ausdruck. Der Entwurf eines solchen bietet die beste Gelegenheit, sich zu entscheiden, auf welche Programmpunkte am

meisten Nachdruck zu legen ist, und sich über Einzelheiten der Maßnahmen auszusprechen, die der Wählerschaft zur Stellungnahme vorgelegt oder vor den Riksdag (das Parlament) gebracht werden sollen.

Besonders in bezug auf das Sozialisierungsproblem ist es notwendig, zu betonen, daß die Aufstellung der Programmforderungen durchaus nicht besagen soll, daß die Bedingungen zur Erfüllung dieser Forderungen bereits vorhanden seien.

Von den siebzehn Punkten des Sozialdemokratischen Parteiprogrammes betreffen fünf direkt die Sozialisierung; ein Punkt handelt von der Enteignung; einer von der Gemeinwirtschaft; einer von der Verteilung des Einkommens und der Güter; von den beiden Hauptpunkten schließlich betrifft der eine die Bodenfrage und die Lage der Landwirte im besonderen, der andre das Wirtschaftsleben in andrer Hinsicht und im allgemeinen. Ich werde die einzelnen Punkte in dieser Reihenfolge behandeln.

XII. Das Recht der Enteignung zugunsten der Allgemeinheit.

Dieser Punkt verlangt nach einer gesetzlichen Handhabe, um das Recht der Enteignung auf alle Zweige der Produktion in Anwendung bringen zu können, und zwar nicht nur auf Betriebe, sondern auch auf das Kapital. Er spricht von einem Enteignungsrechte zugunsten des Staates, der Gemeinde, andrer Verwaltungseinheiten oder zugunsten besonderer unter Kontrolle der Allgemeinheit stehender Gruppen, wie zum Beispiel der gemeinwirtschaftlichen Organisationen.

Die Sozialisierung muß natürlich nicht gerade mit gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen anfangen. In welchem Maße die Übernahme von Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit im Wege allgemein gebräuchlicher geschäftlicher Abschlüsse bewerkstelligt werden kann, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und kann durch das Programm nicht entschieden werden. Schließlich aber werden in vielen Fällen gesetzliche Enteignungen notwendig sein, weshalb solche möglich gemacht werden müssen.

Inwieweit die Sozialisierung mit Entschädigung zu verbinden sein wird, kann nicht allgemeingültig bestimmt werden. Die Ver-

sagung einer Entschädigung kann (bei allgemeiner Enteignung der besitzenden Klassen) ebenso gerechtfertigt sein, wie die besondere Besteuerung des Reichtums. Man kann es auch vorteilhaft finden, die Besitzer für eine gewisse Zeit der Zukunft zur Zahlung von Interessen an die Allgemeinheit zu verhalten. Wenn private Betriebe oder Produktionszweige in einen Enteignungsprozeß mit der Allgemeinheit verwickelt werden, wird es zum Hauptgrundsatz gemacht werden, daß der Handelswert gedeckt sei. Normalerweise kann das geschehen, indem man private Gruppen unter den Kapitalisten nicht ihres Besitzes enteignet oder andre in Nutznießung des ihrigen beläßt. Wo eine Entschädigung erfolgt, werden die Besitzer am besten einem ruhigen und allmählichen Fortschritte der Sozialisierung dienen, wenn sie als Klasse die Kosten der Ablösung tragen. Es kann nicht davon die Rede sein, daß die Allgemeinheit durch eine längere Periode hindurch Interessen bezahlt, da ja die Klasse der Kapitalisten als solche abgeschafft werden soll. Ein allmähliches Aufgehen dieser Klasse in der arbeitenden Gesellschaft kann dadurch ermöglicht werden, daß man die Verzinsung stufenweise abnehmen läßt, oder das Kapital erst nach dem Tode des Eigentümers einzieht.

Ich gehe nun über auf den Punkt:

XVI. Die Verteilung des Einkommens und der Güter soll geregelt werden.

Der Sozialismus wünscht eine Erhöhung der Produktion und eine gleichmäßigere Verteilung der Erzeugnisse. Bei Regelung dieser Frage muß jederzeit auf mögliche Reaktionen Bedacht genommen werden, die eine Erhöhung der Produktion hemmen könnten, die wieder unumgänglich notwendig ist, um das Elend der Massen aus der Welt zu schaffen. Bei Fortsetzung der Sozialisierungsmaßnahmen und nicht zum geringsten Teile infolge der Demokratisierung der Schulen werden die Einkommen auch ohne besondere Maßregeln gleichwerden. Überdies kann aber ein Eingreifen seitens der Gesellschaft verlangt werden. Aber nicht der Ausgleichung der durch Arbeit erworbenen Einkommen wird das Hauptaugenmerk zugewendet, sondern der Ab-

schaffung des „arbeitslosen" Einkommens aus Kapitalien. Die Gesellschaft sollte sich auf eine mehr oder weniger vollkommene Abschaffung des Privatbesitzes vorbereiten, der ein arbeitsloses Einkommen gewährt. Es genügt zunächst, diesen Besitz so zu beschränken, daß die Erbschaft nicht mehr hinreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten, so daß der Erbe nicht mehr produktiver Arbeit fernbleibt. Die Beschlagnahme des Privateigentums zugunsten der Gemeinschaft eröffnet einen neuen Weg für die Durchführung der Sozialisierung. Sie kann nicht nur durch Sozialisierung der Betriebe, sondern auch durch Sozialisierung der Reichtümer erreicht werden. Die Allgemeinheit tritt dadurch an Stelle von Privatpersonen in den Besitz der Produktionsmittel.

Das Sozialdemokratische Programm sagt im Punkte XIV:

XIV. Die Gesellschaft fördert gemeinwirtschaftliche Unternehmungen.

Obwohl die Bedeutung der gemeinwirtschaftlichen Bewegung in den Parteigrundsätzen seit dem Jahre 1911 nachdrücklich betont worden ist, hat das politische Programm nichts über die gemeinwirtschaftliche Organisation der Konsumenten gesagt. Zur Befürwortung der Aufnahme eines besonderen Punktes hat die Programmkommission folgende Ansichten vorgebracht.

Die Gemeinwirtschaft beschränkt sich nicht nur auf die gerechte Selbstverteidigung der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten, sie ist vielmehr eine Organisationsform, die für die Gesellschaft der Zukunft große Möglichkeiten in sich birgt. Vor allem hat sie eine Regelung der Güterverteilung im Interesse der Verbraucher in Angriff genommen. Überdies aber organisiert sie produktive Unternehmungen, die in den Besitz der Konsumenten gelangen und einzig in deren Interesse geführt werden.

Infolgedessen ist der Gemeinwirtschaft eine bedeutende Rolle in dem großen Sozialisierungsprozesse vorbehalten. Doch überschätzt man sie sicherlich, wenn man meint, daß die freie Entfaltung dieser Bewegung eine direkte Sozialisierung unnötig mache. Die Macht, die notwendig ist, um in den in Betracht gezogenen Punkten die Herrschaft über den Kapitalismus

zu erlangen, kann nicht ohne Eroberung der politischen Macht errungen werden.

In wichtigen Produktionszweigen führt die direkte Sozialisierung durch die Allgemeinheit früher zu einem beherrschenden Einfluß der Verbraucher auf das Produktionssystem. Direkte Sozialisierung hat vor Betrieben der Konsumenten, die mit der kapitalistischen Industrie zu konkurrieren haben, auch den Vorteil, daß sie die Gesellschaft vor einer Überflutung mit überflüssigen Unternehmungen bewahrt. Im Rahmen des allgemeinen Sozialisierungsplanes aber wird es weise sein, einen immer größeren Raum der besonderen, weniger zwangsweisen Form der Sozialisierung offen zu lassen, die die Gemeinwirtschaft in ihren höheren Entwicklungsstufen vorstellt.

XV. Die Bodenfrage.

Was die Bodenfrage anbetrifft, die im Programme eingehend auseinandergesetzt ist, werde ich mich darauf beschränken, die Hauptbegründung aus dem Berichte der Programmkommission anzuführen und dann die Stelle selbst ohne weitere Kommentare wiederzugeben.

Der Boden und seine Reichtümer sollten ebenso wie andre wichtige Produktionsmittel Eigentum der Allgemeinheit und von ihr kontrolliert werden. Hauptsorgen der Agrarpolitik müssen sein:

Die Erleichterung der Erwerbung von Grund und Boden für alle, die sich durch Landarbeit ein Heim und den Lebensunterhalt zu sichern wünschen;

zu verhindern, daß Landbesitz als ein Mittel benützt werde, die Frucht fremder Arbeit zu ernten;

Schutz des Bodenbearbeiters gegen kapitalistische Ausbeutung;

Ausarbeitung eines systematischen Planes für die Produktion und Erhöhung des Ertrages.

Die Großindustrie bildet in der kapitalistischen Gesellschaft ein Mittel, die Früchte fremder Arbeit zu ernten. Eine Agrarpolitik, die dem arbeitenden Volke dienen will, muß der landwirtschaftlichen Großindustrie eine Form geben, die eine Erschöpfung des Bodens verhindert, und sie zu diesem Behufe in den Besitz der Allgemeinheit bringen. Es sollten Gemeinwirt-

schaft und geeignete Formen des „Share"-Systems, bei dem die Pacht mit den Erzeugnissen des Bodens bezahlt wird, eingeführt werden. Anderseits bedeutet der Bodenbesitz für die kleinen Landwirte nicht ein Mittel, die Früchte fremder Arbeit zu genießen, sondern nur ein Mittel, für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu gewinnen. Daß sie Boden im Besitz haben, kann daher nicht als eine Verletzung des Rechtes andrer auf den Boden ausgelegt werden. Eine Agrarpolitik, die ihnen zum Vorteil gereichen soll, muß darauf ausgehen, ihren Grund und Boden vor dem Rückfall an das monopolistische Kapital und vor der Spekulation zu bewahren und den Bodenertrag zu erhöhen. Das Interesse der Allgemeinheit erfordert keine Aberkennung ihres Eigentumsrechtes auf den Boden.

In unserem Staate müssen wegen seiner natürlichen Verhältnisse — wegen des Klimas und der Topographie — kleine und große landwirtschaftliche Betriebe nebeneinander bestehen und Seite an Seite entwickelt werden.

Von diesen Grundsätzen, namentlich in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion ausgehend, hat die Programmkommission ihren Plan für das Agrarprogramm ausgearbeitet. Dieses Programm, das auf dem Parteikongresse angenommen worden ist, enthält folgende Punkte:

A.

1. Zwangsweiser Ankauf von privatem Großgrundbesitz.

2. Vernachlässigte Güter sollen vom Staate übernommen werden.

3. Die Einrichtung von Grundfideikommissen ist abzuschaffen. Der Staat löst den Grund ab.

4. Staatliche Schenkungen von Land haben an den Staat zurückzufallen.

5. Der staatliche Landbesitz darf nur aufgeteilt werden, wenn die natürlichen Verhältnisse die Bewirtschaftung im großen unmöglich machen.

6. Große staatliche Güter sind unter Sicherstellung der öffentlichen Interessen und der Landarbeiter an Private zur Ausnutzung zu übergeben.

7. Staatlicher Grundbesitz, der für die Anlage kleiner Wirtschaften ausersehen worden ist, ist den Landwirten unter Sicherstellung des Eigentumsrechtes zur Bearbeitung zu überlassen.

B.

1. Für die bereits bestehenden, im Privatbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Betriebe ist ein Konzessionssystem auszuarbeiten, das der Allgemeinheit die Kontrolle über Landkäufe verschafft.

2. Kleinhäusler und Pächter von in Privatbesitz befindlichem Boden sind durch eigene Pachtgesetze zu schützen. Der Grundbesitzer hat für Urbarmachung oder Verbesserung des Bodens Vergütung zu leisten.

3. Beim Tode des Grundbesitzers wird der Staat auf Wunsch der Erben den Grundbesitz ankaufen, um den Pächtern das Recht auf weitere Bebauung des Bodens, auf dem sie geboren wurden, zu sichern.

4. Gesetze über Brachland für das ganze Reich.

C.

1. Die „Eigenheim"-Bewegung ist vom Staate in die Hand zu nehmen.

2. Der Staat leiht dem Hauskäufer Geld, damit er neue Baulichkeiten aufführen kann. —

Mit dem letzten Programmpunkt, der das Problem der Sozialisierung auf andren Wirtschaftsgebieten behandelt, will ich mich sehr eingehend beschäftigen, da er von höchst wichtigen prinzipiellen Begründungen begleitet ist.

Der Programmpunkt selbst lautet:

XIII. In den Besitz der Allgemeinheit sind zu überführen:

Alle Bodenschätze,

industriellen Unternehmungen,

Kreditanstalten,

Transport- und Verkehrsmittel, die für eine systematische Wirtschaft notwendig sind.

Verlangt wird weiters:

Eine fähige Leitung der staatlichen Unternehmungen und deren Schutz gegen bürokratische Einflüsse.

Arbeiter und Verbraucher sollen an der Verwaltung der staatlichen Unternehmungen mitwirken.

Soziale Kontrolle der in Privatbesitz verbleibenden Unternehmungen.

Auf den obengenannten Gebieten soll die Sozialisierung nach dem Hauptgrundsatze durchgeführt werden, daß alle Produktionsmittel, die zum Aufbau einer systematischen Wirtschaft notwendig sind, in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen sind. Die Sozialisierung darf nicht eine vom wirtschaftlichen Standpunkte aus nicht zu rechtfertigende Form annehmen. Sie muß sich von tiefer Einsicht und einem reifen Verständnis für die Wichtigkeit der verschiedenen Betriebszweige für die ganze Wirtschaft leiten lassen.

Die politischen Maßnahmen der Sozialisierung sollen eine vollbewußte Mitwirkung an dem dem Sozialismus entgegenführenden Entwicklungsprozeß darstellen. Diese Maßnahmen müssen natürlich die vom Privatkapitalismus erzielte Konzentration zur Grundlage nehmen. Wo die Produktion sich noch nicht so weit entwickelt hat, daß sie die Form einer Monopolunternehmung erreicht oder fast erreicht hat, ist die volle Reife für die Sozialisierung noch nicht vorhanden.

Viele Gebiete des Wirtschaftslebens sind noch nicht für die Sozialisierung reif. Kapitalismus bildet dort immer noch den wichtigsten Faktor für die wirtschaftliche Umgestaltung. Daher soll der Kapitalismus sein Werk unter Aufsicht und Kontrolle der Gesellschaft beenden. Die Allgemeinheit sollte Konzentrationsbestrebungen bewußt unterstützen, die einen wirtschaftlichen Fortschritt versprechen, und so das freiwillige Streben nach Organisation in der Wirtschaft bestärken. Eine solche Politik wird sicherer und jedenfalls schneller zu einer dauernden sozialistischen Ordnung der Produktion führen, als eine voreilige Sozialisierung von Industriezweigen, die noch nicht genügend organisiert sind.

Die Programmkommission sagt: „Das Sozialisierungsprogramm der Partei muß daher zwei Dinge ins Auge fassen: soziale Besitzergreifung und soziale Kontrolle. Das bewußte

Ziel der sozialen Kontrolle muß es sein, die soziale Besitzergreifung vorzubereiten: ‚Erst vorbereiten, dann sozialisieren.'"

Im Wirtschaftsleben übt der Besitz der natürlichen Reichtümer einen bestimmenden Einfluß aus, wie nicht zuletzt aus dem Bestreben der großen Industrieunternehmen hervorgeht, sich auch in den Besitz der Rohstoffe zu setzen. Bei Durchführung der Sozialisierung spielen die gleichen wirtschaftlichen Kräfte mit. Wenn auch — wegen ihrer praktischen Organisation — die tatsächlich bereits in höherem Maße konzentrierten Industriezweige zuerst sozialisiert werden sollen, wird der Endsieg der Sozialisierung erst errungen sein, wenn die Allgemeinheit von allen jenen natürlichen Reichtümern, die — wie Wälder, Bergwerke und Wasserkräfte — von der industriellen Produktion ausgebeutet werden, Besitz ergriffen hat.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind also solche, daß die Sozialisierung gewisser natürlicher Reichtümer als das praktische Problem der Zukunft erscheint.

Eine Gesellschaft, die rasch eine Stellung im Wirtschaftsleben an sich reißen will, dürfte natürlich den Kapitalismus nicht nur in seinen wirtschaftlichen Grundlagen — den Rohstoffen —, sondern müßte ihn auch in seiner höchsten Entwicklungsform — dem Finanzkapital — angreifen.

Darüber sagt die Programmkommission:

Auf dem Gebiete der Kreditmittel schreitet die Konzentration sprungweise fort. Schon haben hier in Schweden einige wenige Großbanken den größten Teil dieser Mittel in Händen. Hier ist die Reife für die Sozialisierung unzweifelhaft erreicht. Und wenn die Großbanken in Händen der Allgemeinheit sind, ist dieser eine dauernde Kontrolle und Herrschaft über die Industrie und ihre Entwicklung gesichert.

Transportmittel und Verkehrsmittel sind schon in weitem Ausmaße im Besitz der Allgemeinheit, wie Staatsbahnen und öffentliche Straßen. Nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit für den großen Verkehr sollten sie — wie alle Eisenbahnen, Kanäle und Wasserwege — einem Verwaltungssysteme für den ganzen Staatsbereich unterstellt werden, wobei jedoch eine zu starke Zentralisation zu vermeiden wäre.

Hierher gehören auch die großen Schiffahrtsgesellschaften. Es wäre für die Organisation des Außenhandels von großer Bedeutung, wenn sie in den Besitz der Allgemeinheit übergingen.

Auf dem industriellen Gebiete sind verschiedene Grade wirtschaftlicher Reife zu beobachten. Die Sozialisierung sollte sich auf die großen Industriezweige und Unternehmungen werfen, die von wesentlicher Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben sind. Kleinere Unternehmungen sollten in der Regel als kontrollierte Privatbetriebe weiterbestehen dürfen, damit die Frage der sozialen Verwaltung im Beginne nicht mit einem allzugroßen Fragenkomplex belastet werde.

Die Steigerung der gesellschaftlichen Produktion kann teils in monopolistischer Form, teils bei Fortdauer des freien Wettbewerbes vor sich gehen. Die Allgemeinheit sollte ihren eigenen Unternehmungen eine gesetzliche Monopolstellung nur dort einräumen, wo besondere Gründe dafür sprechen.

Begründet wäre eine Monopolstellung bezüglich der großen Naturschätze.

Diese müssen dauernd und fest im Besitze der Allgemeinheit bleiben. Auf diesem Gebiete muß Privatbesitz vollkommen ausgeschaltet sein. Das darf jedoch nicht verhindern, daß unter gewissen Bedingungen die Ausbeutung solcher natürlicher Reichtümer Privatunternehmern überlassen wird.

Ebenso sollte die Allgemeinheit nicht das Bestehen privater, kapitalistischer Finanzinstitute neben ihren eigenen dulden. Eine natürliche Lösung würde es sein, daß die Kreditgewährung, besonders die kleinerer Kredite, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen überlassen wird.

Was Fabrikswaren anbelangt, liegen die Verhältnisse anders. Staatsmonopole könnten da die Versuchung zu unwirtschaftlicher Gebarung mit sich bringen. Es sollte daher kein gesetzliches Verbot der Neuerrichtung von Betrieben auf Gebieten, die bereits sozialisiert sind, verlangt werden. Die Sozialisierung kann und soll ohne Störung der wirtschaftlichen Freiheit vor sich gehen. Den Verbrauchern dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, wenn sie ihre Bedürfnisse auf anderm Wege als durch die sozialisierten Unternehmungen decken wollen. Eine die ganze

Nation umfassende gemeinwirtschaftliche Vereinigung würde wirtschaftlich genügend stark sein, um als Konkurrent in der Produktion auftreten zu können, wenn die staatlichen Unternehmungen schlecht wirtschaften. Die Programmkommission fordert hier weiters den Freihandel, der das beste Heilmittel gegen eine unwirtschaftliche Gebarung in den staatlichen Betrieben sei.

In dem Maße, als die Sozialisierung fortschreitet, stirbt der politische „Machtstaat" ab, um sich in eine wirtschaftliche Staatsverwaltung zu verwandeln: „in einen Zusammenschluß aller Organe, die die höchstmögliche Leistungsfähigkeit und eine möglichst gerechte Güterverteilung zu erreichen trachten (Vandervelde)."

Im Einklange mit diesen Gedanken, die zu den grundlegenden Theorien des Sozialismus gehören und schon von Engels eindringlich gepredigt worden sind, muß die Sozialisierung in ihrem eigensten Interesse die Vernichtung der Übermacht des Staates mit seinen bürokratischen Formen anstreben.

Das Programm beschäftigt sich nicht mit den Übergangsformen zwischen privaten und sozialen Betrieben, die vermutlich aufkommen werden. Es mag hier nur angedeutet werden, daß keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Anwendung des Konzessionssystemes, oder der einen und der andern Form des „Halb-und-Halb-Systems", der staatlichen Beteiligung an privaten Unternehmungen, bestehen. Eine Zwischenform könnte auch sein, daß bei Fortdauer des Privatbetriebes die an die Aktionäre zu zahlende Dividende herabgesetzt würde und der Überschuß der Allgemeinheit zugute käme.

Damit die Sozialisierung die erwünschten Wirkungen erzielen könne, ist eine rationelle Lösung des Verwaltungsproblems von höchster Wichtigkeit.

Die mit staatlichen Betrieben gemachten Erfahrungen rechtfertigen den Verdacht, daß die Leitung sozialisierter Unternehmungen schwerfällig, bürokratisch und unwirtschaftlich sein würde.

Hier muß die Sozialdemokratie auf ihrer Hut sein und darauf achten, daß die Unternehmungen eine „kluge, vor bürokratischen Einflüssen gesicherte Leitung" erhalten.

Garantien gegen ein Einreißen des Bürokratismus können geschaffen werden: durch Vermeidung der Monopolform, durch Vermeidung zu weitgehender Zentralisation, durch Gewährung eines weiten Betätigungsfeldes für die Gemeinwirtschaft, durch Zulassung der Verbraucher zur Verwaltung und indem man der Leitung genügend Handlungsfreiheit läßt. Die Leitung des Unternehmens muß eine kluge sein. Weder Beamte noch Politiker, sondern nur die in technischer und kaufmännischer Beziehung bestausgebildetsten Leute sollen an die Spitze staatlicher Unternehmungen gestellt werden.

So wird der Begriff „Staatsbetrieb" in seinem allgemein gebräuchlichen Sinne verschwinden, und an seine Stelle der Begriff einer sozialisierten Selbstverwaltung produktiver Unternehmungen bei Zuziehung der Vertreter verschiedener Interessen treten.

Im Verwaltungsrate sollte die ganze Gesellschaft — Arbeiter, sonstiges Personal und Verbraucher — vertreten sein.

In den sozialisierten Produktionszweigen ist die Stellung des Arbeiters grundsätzlich verschieden von der des Arbeiters in einem Unternehmen des privaten Kapitalismus. Er soll in dem Direktionsrate vertreten sein und so an der Betriebsleitung teilnehmen.

Die Produktion wird um des Verbrauchers willen aufrecht erhalten. Daher sollen im Direktionsrate auch die Verbraucher eine Stimme haben. In bezug auf die gewöhnlichen Gebrauchsartikel fällt die Vertretung der Verbraucherinteressen natürlicherweise dem gemeinwirtschaftlichen Organ der Verbraucher zu. In bezug auf Rohstoffe und Fabrikswaren, die nicht dem Publikum verkauft werden, soll eine Vertretung der Einkäufer gewählt werden.

Über die in privatem Besitz verbleibenden Unternehmungen soll eine öffentliche Kontrolle ausgeübt werden. Hier muß eine ständige Aufsicht über die Produktion, die Ausbeutung der Arbeiter und den Kapitalsertrag Platz greifen. Öffentliche Rechnungslegung und behördliche Überwachung werden eingeführt, die das Unternehmen selbst gegen den Profithunger der Aktionäre schützen sollen. Gegen die Erschöpfung der natürlichen Hilfs-

quellen, die von Privaten ausgebeutet werden, müssen Vorkehrungen getroffen werden. Weder Verschwendung noch Erschöpfung darf geduldet werden. So ist es zum Beispiel für die Waldwirtschaft von höchster Bedeutung, daß ein wirksames Forstschutzgesetz für Waldbezirke ausgearbeitet werde, die in Privatbesitz verbleiben, und daß die Allgemeinheit eine vernünftige Forstwirtschaft durchsetze.

Ich habe diese genaue Erklärung des Sozialisierungsprogrammes unserer Partei gegeben, um zu zeigen, wie weit die Gedanken unserer Partei fortgeschritten waren, als die betreffende politische Aktion einsetzte.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit 1917 mit vier von elf Ministerposten zusammen mit der liberalen Partei eine Regierung gebildet. Im März 1920 kam diese Koalitionsregierung wegen eines Streites der Sozialdemokraten mit den Liberalen über die Frage der Gemeindesteuern zu Fall. Es wurde darauf eine sozialdemokratische Minderheitsregierung mit Branting an der Spitze gebildet.

Deren Hauptziel war es, ein Gemeindesteuersystem durchzubringen, was ihr jedoch nicht gelang. Ehe sie sich jedoch im Herbste zurückzog, hat sie amtliche Untersuchungen über das Sozialisierungsproblem eingeleitet.

Ich gehe nun daran, den Zweck der von der Regierung eingesetzten Studienkommission zu schildern . . .

Im gleichen Verlage ist erschienen:

Bekenntnisse eines Kapitalisten

von Ernest J. P. Benn

2. Auflage. Kart. M. 3.50, in Leinen M. 5.50

Benns „Bekenntnisse" lassen sich als Gegenstück zu Shadwells „Zusammenbruch des Sozialismus" bezeichnen, da Benn als erfahrener Geschäftsmann vom Standpunkt der Praxis aus zu den sozialistischen Ideen Stellung nimmt.

So schreibt der Literarische Handweiser (Freiburg): Wir haben in diesen Bekenntnissen einen ausgezeichneten Beitrag zur Beleuchtung der Unternehmerfunktion im Wirtschaftsganzen.

Die Rundschau für G.m.b.H. (Köln): Besonders angenehm berührt die rückhaltlose Offenheit des Verfassers, der eine gründliche Kenntnis der theoretischen Grundlagen der Nationalökonomie, insbesondere der sozialistischen Theorien verrät ... Das Buch verdient eine Massenverbreitung, damit der Geist nüchternster Arbeit auch in Deutschland einen weiteren Antrieb zu neuem wirtschaftlichen Aufstieg hervorruft.

Das Prager Tageblatt: ... eine wertvolle Bereicherung der in unserer Zeit so bedeutsamen wirtschaftspolitischen Schriften, zumal das Buch reiche Erfahrung, praktische Erprobung mannigfacher nationalökonomischer Grundsätze und gediegene Wiedergabe tiefer und gesunder Gedanken eines modernen Kaufmanns vereinigt.

(Innsbruck)

METTERNICH, DER STAATSMANN UND DER MENSCH. Herausgegeben von Heinrich Ritter von Srbik. Oktavformat. 2 Bände mit 1440 Seiten Text und 16 Tafeln in Mattdruck. Band I/II geheftet M. 40.—, in Leinen gebunden M. 48.—, in Halbleder M. 60.—.

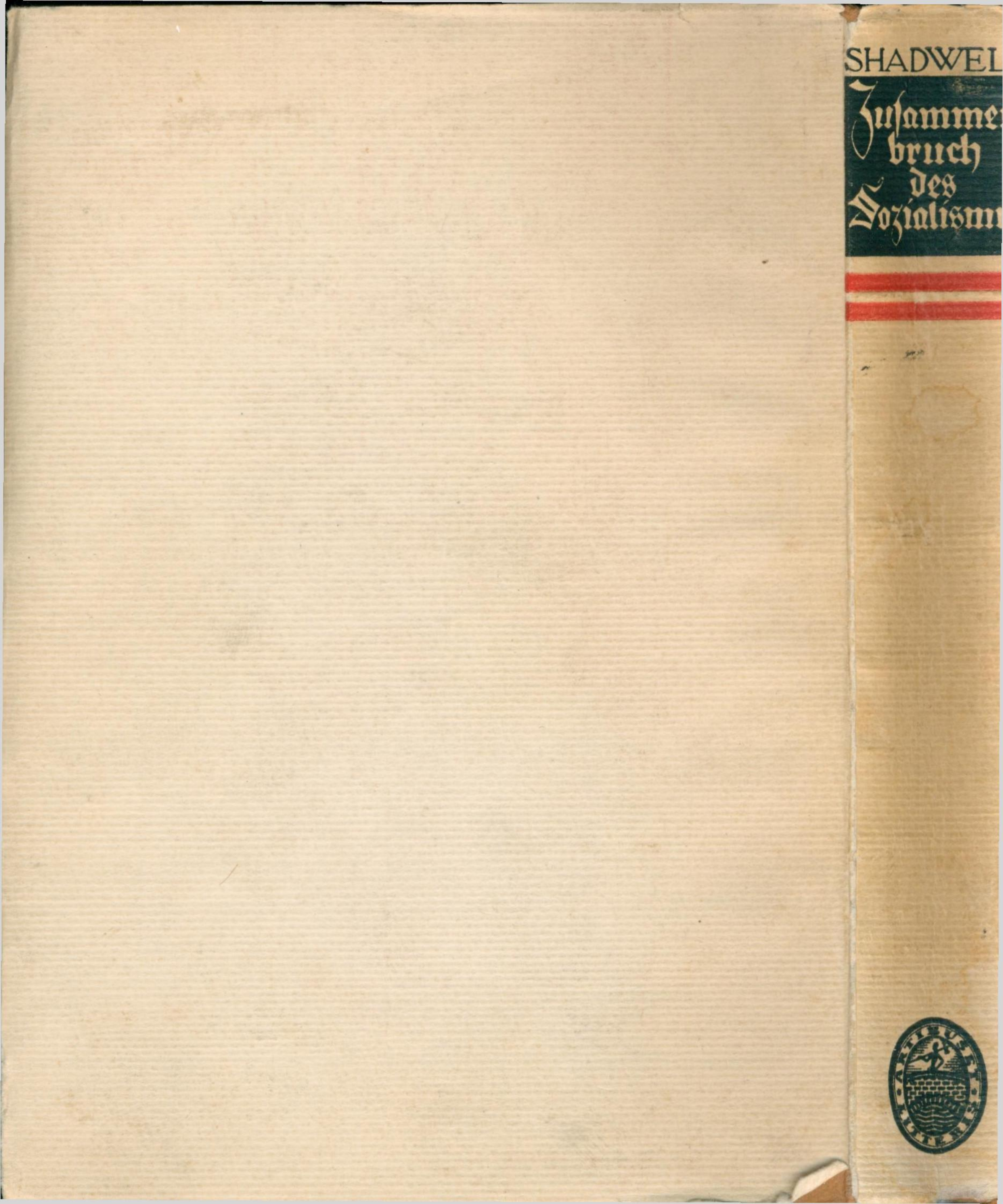
Die erste umfassende Biographie dieses Staatsmannes, dessen Leben sich vor einem Hintergrund von unvergleichlicher Größe abspielt; die französische Revolution, die Freiheitskriege und, was sich nach ihnen bis zum Jahre 1848 an inneren, für fast alle europäischen Völker grundlegenden Kämpfen abspielte, bilden die gewaltige Schaubühne, die durch den Verfasser eine Schilderung von großer Sprachvollendung findet.

DIE KUNST DES BEGRIFFLICHEN DENKENS. Von Leo Jordan. 160 Seiten Oktav. Geheftet M. 5.—, in Leinen gebunden M. 7.50.

Das Buch zerfällt in einen darstellenden Teil, in dem in fesselnder Weise die Technik des Denkens entwickelt und auf allerlei, selbst in der Wissenschaft vorkommende Denkfehler hingewiesen wird, und in Beispiele, in denen Denkfehler zergliedert und Widersprüche aus dem Versailler Vertrage logisch nachgewiesen werden.

IM KAMPF UM DEN GEIST. Von Weltanschauungen und Religionen. Von Friedrich Nibergall. 238 Seiten Oktav. Geheftet M. 6.—, in Leinen geb. M. 7.50.

Eine Übersicht über die gegenwärtig miteinander ringenden Weltanschauungen und religiösen Strömungen möchte das Buch bieten. Es will von beiden zwei Gruppen schildern: sowohl die, von denen die führenden Kreise sagen, daß sie längst überwunden und nur noch bei rückständigen Geistern zu finden sind, wie auch die anderen, die jetzt in der Blüte oder in der Mode stehen.


SHADWEL
Zusammen
bruch
des
Sozialism